

# Raum und Mensch

Das erste Hauptkapitel nähert sich der Aargauer Zeitgeschichte über Analysen zur demografischen und kulturellen Entwicklung. «Mensch» meint also die Summe aller Veränderungen der aargauischen Gesellschaft und «Raum» alle menschengemachten Eingriffe in die Topografie: Planung, Städtebau, Architektur, Tiefbau, aber auch die Interventionen in die Natur – Meliorationen und letztlich die Wiedergutmachungen derselben.

Patrick Zehnder beschreibt in seinem Beitrag einen Aargau, der deutlich schneller wuchs als die Schweiz im Durchschnitt. Die Bevölkerung des heute viertgrössten Kantons hat sich seit 1945 verzweieinhalbfacht. In den ersten Jahrzehnten zog die wachsende Industrie in grosser Zahl Menschen aus anderen Kantonen und aus den Mittelmeerländern an. Es waren Wachstumsraten, wie sie nach dem wirtschaftlichen Einbruch Mitte der 1970er-Jahre nie mehr erreicht wurden. Der rasante Wandel der Gesellschaft weckte Ängste. So entstand in den 1960er-Jahren jene Bewegung, die vor einer «Überfremdung» warnte und auch im Aargau bis heute Widerhall findet. Begleitet wurde die starke Zuwanderung von einem vergleichsweise lange anhaltenden Babyboom, der längst in einen Alterungsprozess der Aargauerinnen und Aargauer umgeschlagen hat. Gleichzeitig wuchs der Anteil der aussereuropäischen ausländischen Wohnbevölkerung.

Die statistischen Grundlagen für die Demografie liegen für den Untersuchungszeitraum lückenlos vor, seit 1973 mit einer höheren Detaillierung von Statistik Aargau. Ortsgeschichten und lokale Periodika befassen sich darüber hinaus zuverlässig mit demografischen Themen. Einen nationalen Rahmen steckt das entsprechende Kapitel in der «Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert» von 2012 ab. Gut untersucht ist die Geschichte der Italienerinnen und Italiener im Aargau, namentlich in Gränichen, Wettingen, Laufenburg, Lenzburg und Wohlen. Jene von Migrantinnen und Migranten aus anderen Ländern bleibt vorerst ein Forschungsdesiderat.

Zahlreich sind die Belege für die im Artikel von Fabian Furter erörterte These vom Aargau als Testfeld für moderne Planungsideen und Architekturen. Seien es neuartige Bauaufgaben wie das Einkaufszentrum, die Autobahnraststätte oder das Terrassenhaus, die auf den Prüfstein gestellt wurden, oder kluge Instrumente der Stadtplanung, die im Aargau in ersten Übungsanlägen zur Anwendung kamen; Fussgängerzonen etwa oder Gestaltungspläne. Die besondere geografische Lage im Dunstkreis mehrerer Grossstädte öffnete diesen Versuchsraum für Neues. Doch: Wer testet, macht auch Fehler. Viele Planungen mussten als Irrwege erkannt werden. Unkenntnis war dabei ein Faktor, das ungeheure Tempo der Entwicklung ein anderer. Es blieben kaum Verschnaufpausen. Beeinflusst von den Ergebnissen der Volkszählung 1960, wurde an der Zehn-Millionen-Schweiz modelliert, die dann gar nicht eintrat. In grober Vereinfachung lässt sich der Untersuchungszeitraum in zwei Phasen aufschlüsseln: In einer ersten manifestierte sich das Wachstum in der gebauten Umwelt, ohne dass ein griffiges Instrumentarium dieses adäquat zu lenken vermochte. Es galt,

der Moderne jede noch so erdenkliche Infrastruktur bereitzustellen. Mahnende Stimmen blieben weitgehend ungehört. Erst in den 1960er- und 1970er-Jahren entstand das Fundament für eine koordinierte Planung. Viel Schaden war bis dahin angerichtet. Als Schnittstelle zur zweiten Phase bietet sich das Jahr 1980 mit der Inkraftsetzung des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes an. Jetzt waren die wichtigsten Leitplanken der Raumentwicklung definiert, auch wenn beispielsweise der kantonale Richtplan erst 1985 Rechtskraft erlangte. Phase zwei – sie dauert bis heute an – ist von Bestrebungen geprägt, das Verursachte zu verbessern oder gar zurückzubauen. Der Fokus im Kapitel «Testfeld Planung» liegt folgerichtig auf den Jahren zwischen 1950 und 1980.

Eine Darstellung zur Planungsgeschichte des Aargaus fehlte bislang ebenso wie eine systematische Analyse des Architekturschaffens. Immerhin existieren inzwischen grundlegende Arbeiten zur Geschichte der Raumplanung in der Schweiz. Hilfestellungen geben Publikationen wie der «Schweizer Architekturführer» oder vereinzelte Monografien über hiesige Planungs- und Architekturbüros. Die Brugger Firma Metron spielte und spielt dabei als wohl prägendste, international tätige Akteurin auf beiden Klaviaturen: auf jener der Planung und jener der Architektur. Zentrale Primärquellen für die Analyse der Raumentwicklung bildeten der umfangreiche Nachlass von Hans Marti im Archiv der ETH sowie die Tätigkeitsberichte der kantonalen Abteilung Raumplanung.

Das Kapitel «Im Widerspruch» von Maria Meier widmet sich den Bestrebungen im Bereich Natur- und Umweltschutz und vertieft damit die Analyse zur Raumentwicklung. Dass im Wasserkanton Aargau dem Schutz der Gewässer eine grosse Bedeutung beimessen wurde, erstaunt wenig. Pionierhaft und von nationaler Strahlkraft waren Initiativen wie das 1969 angenommene Reusstalgesetz und die Reusstalsanierung oder die frühen Uferschutzbestrebungen, die 1986 im Hallwilerseeschutzdekret mündeten. Dass der Aargau früh in ökologische Ausgleichsflächen und den Auenschutz investierte, ist wenig bekannt. Viel eher kennt man ihn als «poubelle suisse», als Abfallgrube der Schweiz, wobei insbesondere die Sondermülldeponie Kölliken und das atomare Zwischenlager in Würenlingen bekannt sind. Mit dem «Fluorkrieg» übten sich die Aargauerinnen und Aargauer schon in den 1950er-Jahren in Umweltprotesten und der erfolgreiche Widerstand gegen das AKW in Kaiseraugst 1975 gilt heute als Wendepunkt der Schweizer Energiepolitik.

Natur- und Umweltschutz als Begriff und Kategorie tauchen auch im Aargau spät auf. In den behördlichen Quellen erscheint er bis in die 1970er-Jahre unter Stichworten wie Gewässerschutz oder Kehrrichtbeseitigung. Bedeutsam sind daher die Mitteilungen und die Bestände von engagierten Privatpersonen und Organisationen wie der Aargauischen Naturforschenden Gesellschaft, dem Aargauischen Bund für Naturschutz (ab 1996 Pro Natura Aargau), der Stiftung Reusstal, dem Landschaftsschutzverband Hallwilersee, dem Verband Oberfricktalischer Natur- und Vogelschutzvereine und vielen mehr.

# Rasante Bevölkerungsentwicklung zwischen den nationalen Zentren

## Wachstum, Alterung und Zuwanderung im Aargau

Die Bevölkerung im Aargau wuchs in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ununterbrochen. Dabei überlagerten sich drei Prozesse: die starke nationale und internationale Zuwanderung bis 1973, der bedeutende Geburtenrückgang seit Mitte der 1960er-Jahre sowie die seither beispiellose Alterung der Gesellschaft. Ab den 1950er-Jahren bildete sich im Zuge der Suburbanisierung der «Aargauer Speckgürtel» zwischen den nationalen Zentren in den benachbarten Kantonen heraus. — *Patrick Zehnder*

### Wachstum in zwei Schüben

Im Kanton Aargau wohnten zu Beginn des 20. Jahrhunderts 206 498 Personen. Das waren lediglich 6646 Menschen mehr als bei der ersten Volkszählung im schweizerischen Bundesstaat fünfzig Jahre zuvor. Bis 1950 stieg die Bevölkerungszahl um beinahe die Hälfte auf 300 782. Im Jahr 2000 betrug sie 547 493 und 2019 sogar 685 423 Personen. Das enorme Bevölkerungswachstum belief sich in den knapp sieben Jahrzehnten bis 2019 auf 128 Prozent.<sup>1</sup> Damit folgte der Aargau mit der Schweiz einem globalen Trend.

Von 1950 bis 2019 wuchs die Schweizer Bevölkerung von 4 714 992 auf 8 606 033 Personen an, also um gut achtzig Prozent.<sup>2</sup> Im Aargau lag das Bevölkerungswachstum während der gesamten Periode über dem nationalen Durchschnitt (siehe Grafik 01). Bemerkenswert ist die beinahe parallele Entwicklung der Aargauer und Schweizer Wachstumsraten seit 1950. Für die Schweiz gilt, im Gegensatz zu vielen europäischen Ländern, dass Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftswachstum im 20. Jahrhundert Hand in Hand gingen.<sup>3</sup>

Im Aargau lassen sich zwei Phasen des Wachstums ausmachen: Bis 1970 konnte der überdurchschnittliche Anstieg auf die erstarkende Industrie zurückgeführt werden (siehe «Industrie», S. 324). Nach 1990 gewann die zentrale Lage des Kantons an Bedeutung. Der Aargau bildet ein Verbindungsglied zwischen den Metropolitanregionen Zürich, Bern und Basel. Die Arbeitsplätze in

der wachsenden Dienstleistungsbranche wurden dank der im Ausbau begriffenen Verkehrsinfrastruktur immer besser erreichbar (siehe «Raumplanung», S. 56). Der Anstieg liess den Aargau bis 2019 zum Kanton mit der viertgrössten ständigen Wohnbevölkerung wachsen, hinter Zürich, Bern und der Waadt. Mit 1404 Quadratkilometern flächenmässig nur der zehntgrösste Kanton, liegt er in puncto Bevölkerungsdichte mit 486 Personen pro Quadratkilometer schweizweit direkt hinter stärker verstäderten Gebieten – den beiden Basel, Zürich, Genf und Zug – auf dem sechsten Platz. Ein hoher Wert, wenn man bedenkt, dass ein gutes Drittel des Kantonsgebiets mit Wald und Gehölz bedeckt ist.<sup>4</sup> Verstärkt wird dieser Befund durch den Umstand, dass zwei Fünftel der Fläche des Aargaus der landwirtschaftlichen Produktion dienen.

### Ambivalente Beurteilung des Wachstums

Seit dem Jahr 2000 erscheint der Aargau als «Aufsteiger mit Sendungsbewusstsein», wie die wirtschaftsliberale *Neue Zürcher Zeitung* anerkennend festhielt.<sup>5</sup> Dabei steht er im Gegensatz zu den Nachbarkantonen zwischen den Zentren der Deutschschweiz. Solothurns Bevölkerung beispielsweise stagnierte, während der «Aargau forsch Steuerzahler anzieht».<sup>6</sup> Das hatte zur Folge, dass die westlichen Nachbarn in der Amtsperiode 2015 bis 2019 ein Nationalratsmandat aareabwärts weiterreichen mussten und der Aargau seither 16 Nationalrätinnen und Nationalräte nach Bern schickt. In

der eidgenössischen Legislatur 1943 bis 1947 waren es lediglich ein Dutzend in der damals 194-köpfigen grossen Kammer gewesen.

Das aussergewöhnliche Bevölkerungswachstum nach 1950 basierte auf einer starken Zunahme der schweizerischen und der ausländischen Bevölkerung. Am stärksten steigerte sich die ständige Wohnbevölkerung des Aargaus von 1950 bis 1970, am schwächsten zwischen 1941 und 1950 sowie ab 1990 bis zur Jahrtausendwende. Dies legt nahe, dass neben dem natürlichen Bevölkerungswachstum – Geburten abzüglich Todesfälle – die Zuwanderung aus dem In- und Ausland für das Ansteigen der Aargauer Bevölkerungszahl verantwortlich war. Bis Mitte der 1970er-Jahre verstärkte sich diese und spiegelte die wirtschaftliche Entwicklung wider. Das Schweizer Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit hinterliess deutliche Spuren. Auch in der Wirtschaftskrise nach 1973 wuchs die Aargauer Bevölkerung weiter, im Unterschied zu anderen stark industrialisierten Kantonen wie etwa Solothurn.<sup>7</sup> Seither ging das natürliche Bevölkerungswachstum zurück. Zusammen mit der wirtschaftlich bedingten Migration sorgte es jedoch weiterhin für einen schweizweit überdurchschnittlichen Bevölkerungsanstieg. Fluchtbewegungen in die sichere Schweiz, zum Beispiel während der Staatenzerfallskriege im Jugoslawien der 1990er-Jahre, trugen dazu bei.

Obwohl die wirtschaftliche Entwicklung ein wichtiger Motor des Bevölkerungswachstums war, hat man in jüngster Zeit die Zuwanderung aus dem In- und Ausland zunehmend kritisch beurteilt. Auf politischer Ebene entstand die Diskussion um das Phänomen des «schlechten Wachstums» (bad growth), in welcher von nachteiligen Auswirkungen des Bevölkerungswachstums ausgegangen wird.<sup>8</sup> Man beobachtete mit Sorge die steigenden Infrastruktur-, Bildungs-, Sozial- und Gesundheitskosten, mit denen die wirtschaftliche Entwicklung und damit die Steuereinnahmen nicht mithalten konnten.<sup>9</sup> Unter diesem Blickwinkel wird die Suburbanisierung im Aargau als Folge des Verdrängungsprozesses in Zürich, Zug, Luzern und Basel betrachtet. Sozial schwächere Personen können sich das Wohnen und Leben in den Städten nicht mehr leisten und ziehen in den benachbarten Aargau. Die behördlichen Anstrengungen zielten darauf ab, die Wertschöpfung des Kantons zu verbessern und die grosse Ungleichheit zwischen den Gemeinden zu nivellieren. Die Erfahrung lehrt jedoch, dass sich negative Entwicklungen in einzelnen Gemeinden oder Regionen nur langsam und mit grossem Aufwand korrigieren lassen.<sup>10</sup>

#### Wachsende regionale Unterschiede

Die Aargauer Bevölkerung wuchs. Doch die elf Bezirke taten dies nicht im Gleichschritt (siehe Grafik 02). Besonders stark stieg die Bevölkerungszahl in den Gebieten nahe den ausserkantonalen Ballungszentren Basel und Zürich, wo die Desurbanisierung besonders ausgeprägt war. Dieser Vorgang liess namentlich die Bezirke Rheinfelden, Bremgarten und Baden wachsen. Leicht geringer fiel die Zunahme im Wachstumskorridor entlang der Eisenbahnlinie Zürich–Bern und der Autobahn A1 aus. Dieser Vorgang betraf die Bezirke Lenzburg, Brugg und Aar-

au, deren Entwicklung etwa dem kantonalen Mittel folgte. Hier kam es zumindest zu einer verstärkten Agglomerationsbildung.<sup>11</sup> Die restlichen Regionen des Aargaus – die Bezirke Kulm, Zofingen, Laufenburg und Muri – wuchsen im kantonalen Vergleich deutlich unterdurchschnittlich.

Die relativ geringen Unterschiede bis 1950 vergrösserten sich in den folgenden zwei Jahrzehnten, als die Bezirke Baden und Bremgarten die höchsten Zuwachsraten erreichten (siehe Tabelle 01).<sup>12</sup> Zwischen 1970 und 1980 verringerten sich die Wachstumswerte, wobei die Bezirke Kulm und Zofingen sogar eine Nettoabwanderung erlebten. Beide traf die industrielle Umstrukturierung besonders hart. Einzig die Bevölkerungszunahme in Rheinfelden schwächte sich in diesem Jahrzehnt trotz wirtschaftlicher Rezession weniger ab. Nach 1980 fällt das deutliche Wachstum des Bezirks Muri auf, der nach dem Jahr 2000 vom Bezirk Rheinfelden mit der kantonsweit stärksten Bevölkerungszunahme abgelöst wurde. Beide Bezirke gerieten verstärkt in den Einflussbereich der prosperierenden Nachbarregionen Zug respektive Basel.

Diese Entwicklung entspricht jener der gesamten Schweiz: Der nationale Urbanisierungsgrad stieg von 1980 bis 1990 deutlich.<sup>13</sup> Der Anteil der in Städten und Agglomerationen wohnhaften Bevölkerung kletterte von 61,5 auf 68,9 Prozent. Vor allem die Möglichkeit, zur Arbeit, Ausbildung und Freizeitgestaltung in die Zentren zu pendeln, liess das Weichbild der Kernstädte wachsen. Dies deckt sich mit den Veränderungen, die sich im Limmattal, im Rheintal und im Freiamt bis zum Ende des Jahrhunderts vollzogen.

#### Wachstum aus den Zentren heraus

Nach 1950 wuchsen die Aargauer Zentren vergleichsweise stark.<sup>14</sup> Doch sie blieben deutlich kleiner als die Städte in den Nachbarkantonen Zürich, Basel, Zug, Luzern und Solothurn, die allesamt über mindestens eine bestimmende Zentrumsstadt verfügen. Nach 1960 verschob sich das Wachstum in die zentrumsnahen Gemeinden,<sup>15</sup> von 1970 bis 1990 in die etwas weiter von den Zentren entfernten Orte. Im folgenden Jahrzehnt stieg die Bevölkerungszahl in ländlichen Gegenden besonders stark an. Seit dem Jahr 2000 legten wiederum vor allem unmittelbare Vorortsgemeinden der Städte zu. Aussergewöhnlich ist, dass seither die Bevölkerungszunahme auch in den Zentren anhält.

Die geschilderte Entwicklung verstärkte die Pendlerbewegungen zum Arbeitsplatz (siehe Grafik 03). Der Ausbau der Infrastruktur mit den Autobahnen (A1, A2, A3, A14) sowie den seit 1970 zahlreichen Ortsumfahrungen machte zusammen mit der Massenmotorisierung Pendeln in grossem Stil erst möglich. Ebenso verbesserten die Verdichtung des Eisenbahnnetzes, namentlich der 2008 erfolgte Anschluss des Aargaus an die 1990 eröffnete Zürcher S-Bahn, sowie die Feinverteilung mit Postauto und regionalen Verkehrsbetrieben auch die Erreichbarkeit von vormalig schlecht an den öffentlichen Verkehr angebundenen Dörfern.<sup>16</sup> Seit

2008 ist die Nummerierung der Linien auf jene der Zürcher, Basler und Luzerner S-Bahnen abgestimmt, ein untrügliches Zeichen der Verflechtung des öffentlichen Nahverkehrs über die Kantons-grenzen hinweg. So vergrösserten sich nicht nur die technischen Möglichkeiten der Arbeits- und Freizeitmobilität, sondern auch die Bereitschaft der Bevölkerung, lange Wege auf sich zu nehmen.<sup>17</sup> Diese beiden Gesichtspunkte ebneten die Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung in Stadt, zentrumsnaher Agglomeration und ländlichen Gemeinden im Verlauf der untersuchten sieben Jahrzehnte ein.

#### Steigende Mobilität zur Arbeit

Seit 1950 verstärkte sich im Aargau bei den Erwerbstätigen sowohl die innerkantonale Pendlerbewegung als auch jene über die Kantons- und die Landesgrenze hinweg.<sup>18</sup> Dabei überstieg die Zahl der Wegpendlerinnen und Wegpendler aus dem Kanton stets deutlich jene der Zupendlerinnen und Zupendler (siehe Grafik 03). Wirtschaftliche Turbulenzen wie in den 1970er- und 1990er-Jahren bremsten die Zunahme lediglich leicht ab.

Bedingt durch die Lage zwischen den überproportional wachsenden Anziehungspunkten Zürich, Basel, Bern, Luzern und Zug, akzentuierte sich die tägliche Bewegung aus dem Kanton weg. Gleichzeitig wuchs auch die Zahl jener Personen, die ihren Arbeitsplatz im Aargau fanden. Der regste Austausch von Arbeitskräften bestand in der ganzen Untersuchungsperiode mit dem Kanton Zürich.<sup>19</sup> Stets über die Hälfte aller Wegpendler suchten ihn auf, bei steigender Tendenz (2000 bei 62,1%). In der Gegenrichtung erhöhte sich der Anteil der Zürcher Zupendlerinnen von ein Fünftel auf 30,5 Prozent im Jahr 2000. Umgekehrt verlief dagegen die Entwicklung der Pendlerzahlen mit dem Kanton Solothurn, der 1950 noch einen Fünftel der Aargauer Wegpendlerinnen aufnahm. Seit der rückläufigen Wirtschaftsentwicklung in den 1970er-Jahren sank der Anteil auf knapp neun Prozent im Jahr 2000. Auch die Solothurner Zupendler verloren im gleichen Zeitraum an Bedeutung. Ihr Anteil sank von 37,4 Prozent auf ein Viertel. Der Anteil an Zupendlerinnen aus dem Luzernischen halbierte sich auf 14,3 Prozent. Die Solothurner wie die Luzerner Zupendler und Zupendlerinnen arbeiteten vor 1970 zur Hauptsache in Aarau, Zofingen, Reinach, Menziken, Rothrist und Murgenthal.<sup>20</sup>

#### Höhere Bildungsmobilität

Wie erwähnt, erleichterte der Ausbau der Strassen- und Bahninfrastruktur das Pendeln. Dennoch stieg in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts der Zeitbedarf für den Arbeitsweg. Der Personenwagen blieb dabei das bevorzugte Transportmittel.<sup>21</sup> Dies entspricht dem nationalen Trend.<sup>22</sup> Ausserdem führten der steigende Lebensstandard und einmal erworbenes Wohneigentum dazu, dass man bei einem Stellenwechsel nicht mehr umzog, sondern lange Arbeitswege in Kauf nahm. Dazu kommen steuerrechtliche Aspekte, die beispielsweise den Abzug der Kosten für den Arbeitsweg vom steuerbaren Einkommen vorsehen.<sup>23</sup>

Was unterdessen als berufliche Mobilität längst Normalität ist, bildete in einer Studie von vor 1970 noch ein erklärungsbedürftiges Novum: «Wie schon mehrfach erwähnt, werden Gemeinden des östlichen Aargaus zu Wohngebieten innerhalb der Agglomeration Zürich. Die meisten berufstätigen Zuzüger dieser Gemeinden arbeiten auf dem Gebiet des Kantons Zürich und werden in der Regel auch weiterhin ausserhalb des Kantons Aargau einer Beschäftigung nachgehen.»<sup>24</sup>

Auch zu Ausbildungszwecken wird gependelt.<sup>25</sup> Von den knapp 72 000 im Aargau wohnhaften Personen über 15 Jahre, die nicht arbeiteten, sondern eine Aus- oder Weiterbildung verfolgten, verliessen 2010 hochgerechnet 37 000 – also mehr als die Hälfte – täglich den Kanton. Ein Viertel dieser Schülerinnen, Lehrlinge und Studenten hatte eine Ausbildungsstätte im Kanton Zürich. Sie kamen vor allem aus dem Ostargau. Auch die beiden Basel zogen Aargauerinnen und Aargauer in Ausbildung an, besonders aus den Bezirken Rheinfelden und Laufenburg, die über keine eigenen Mittelschulen verfügten. In den Kanton gelangten dagegen 6400 Personen, die meisten davon hauptsächlich aus Zürich (ein Viertel) und Solothurn (ein Fünftel). Die deutliche Mehrheit aller Auszubildenden benützte den öffentlichen Verkehr. Für das Ungleichgewicht verantwortlich ist der Umstand, dass der Aargau keine eigene Universität hat. Der Campus Brugg-Windisch der Fachhochschule Nordwestschweiz öffnete 2013 seine Türen und dürfte sich in künftigen Erhebungen niederschlagen.<sup>26</sup>

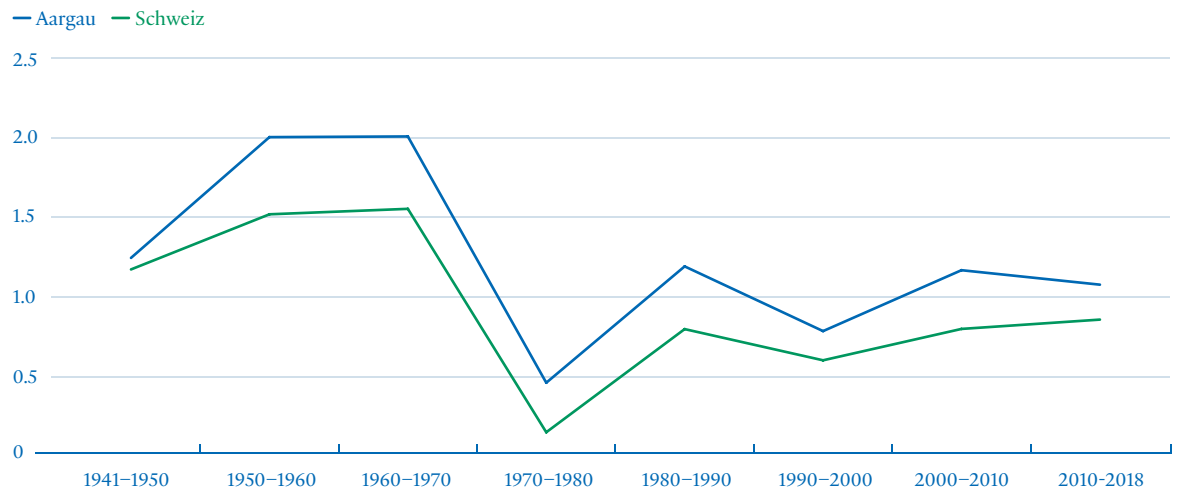
#### Grenzgänger: eine weitere Gruppe von Zupendlern

Grenzgängerinnen und Grenzgänger werden in der Statistik separat ausgewiesen (siehe Grafik 04). Sie wohnen zwar im grenznahen Ausland, überqueren jedoch die Landesgrenze zur täglichen Arbeit im Aargau. «1950 war die Zahl der in Industrie und Handwerk des Aargaus beschäftigten Grenzgänger mit rund 160 noch unbedeutend. 1957 wurde der höchste Stand erreicht und seither sind die Grenzgänger kontinuierlich zurückgegangen. Im August 1960 wurden noch 2650 in Industrie und Handwerk beschäftigt; im August 1964 nur noch 1340»,<sup>27</sup> resümierte 1965 die Prognos-Studie. Der hier beschriebene Rückgang war auf das deutsche «Wirtschaftswunder» zurückzuführen. Dieses schuf Tausende Arbeitsplätze.

Grundsätzlich stieg die Zahl der bei der Aargauer Fremdenpolizei respektive dem Migrationsamt gemeldeten Grenzgängerinnen und Grenzgänger seit 1950 an. Trotz rückläufiger Zahlen in der ersten Hälfte der 1980er-Jahre wurde 1990 mit 11 000 Personen ein weiterer Höchststand erreicht. Danach gingen die Werte deutlich zurück, bevor sie seit der Jahrtausendwende wieder kräftig auf gegen 14 000 anstiegen. Bis 2004 wurden die Bewilligungen je nach Arbeitsmarktlage vergeben. Aufgrund der bilateralen Abkommen lief dieses System aus.<sup>28</sup> Die meisten Grenzgänger waren Männer, die im industriellen Sektor rund um Baden arbeiteten.<sup>29</sup> Sie kamen aus den Landkreisen Lörrach und Waldshut.<sup>30</sup> Eine kleinere Anzahl arbeitete im Dienstleistungsbereich. Vorwiegend waren dies Frauen, die

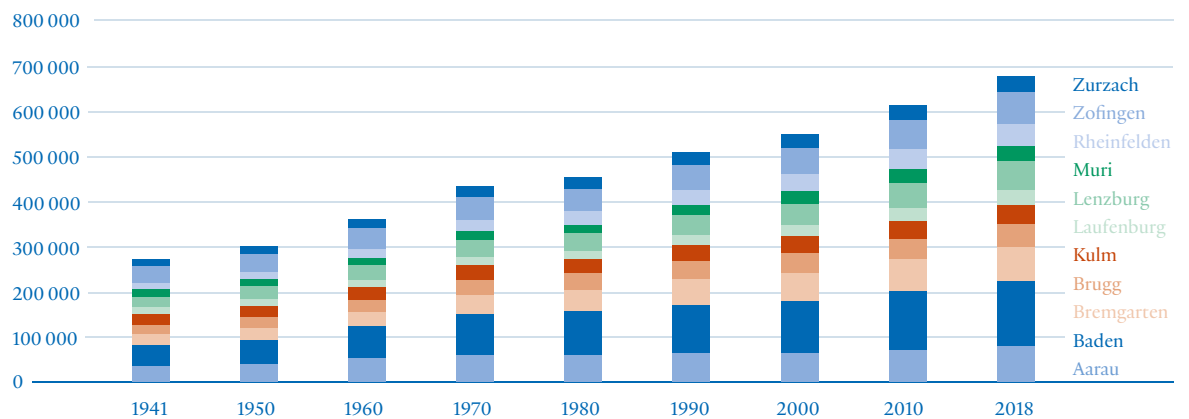
Grafik 01

### Durchschnittliches Bevölkerungswachstum Aargau und Schweiz 1941–2019 (in Prozent pro Jahr)



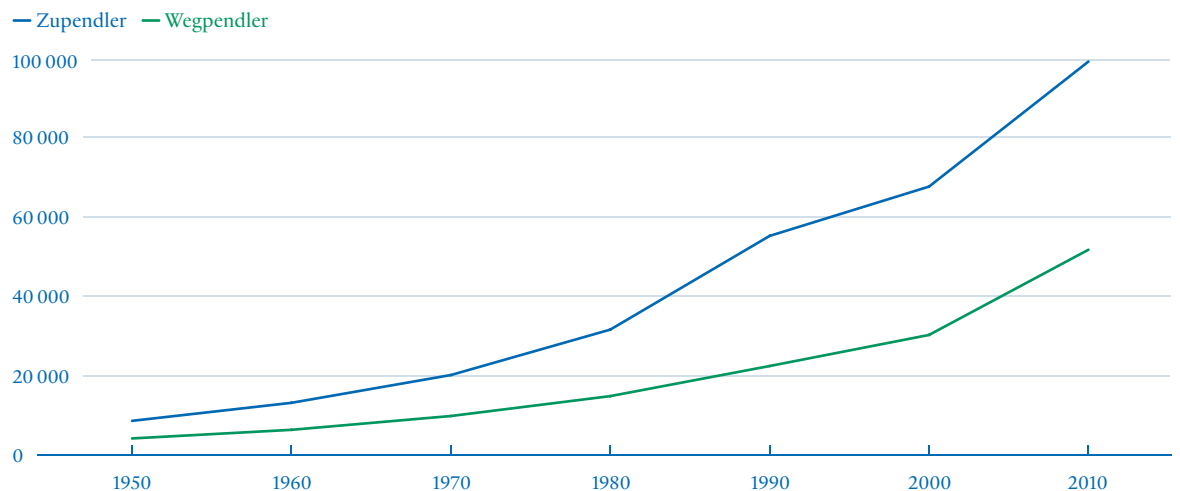
Grafik 02

### Bevölkerungszahlen Kanton Aargau nach Bezirken 1941–2019



Grafik 03

### Erwerbstätige Pendler über die aargauische Kantonsgrenze 1950–2010



Grafik 01 Das Bevölkerungswachstum im Aargau bewegte sich ab den 1940er-Jahren über dem Schweizer Durchschnitt. Deutlich höher als im Landesmittel war die Zunahme bis zum Einbruch in den 1970er-Jahren. Seither hat sich das Wachstum wieder verstärkt, ohne allerdings die früheren Zuwachsraten zu erreichen. Quelle: Bundesamt für Statistik.

Grafik 02 Verstärktes Ungleichgewicht: Zwischen 1941 und 2019 wuchsen die Bezirke Rheinfelden, Brugg und Baden am stärksten. Ihre Bevölkerung verdreifachte sich. Am geringsten entwickelte sich der Bezirk Kulm, wo sich die Einwohnerschaft nicht einmal verdoppelte. Quelle: Statistik Aargau.

Grafik 03 Elfmal mehr Personen als 1950 verliessen 2010 den Aargau zur Arbeit. Am stärksten stieg die Zahl nach der Jahrtausendwende. Das Verhältnis zwischen Zu- und Wegpendlern blieb in der ganzen Zeit fast unverändert bei 1 zu 2. Quelle: Statistik Aargau.

Tabelle  
01Entwicklung der Aargauer Wohnbevölkerung nach Bezirken 1941–2019  
(in Prozent pro Jahrzehnt)

Bezirk/Periode	1941 –1950	1950 –1960	1960 –1970	1970 –1980	1980 –1990	1990 –2000	2000 –2010	2010 –2019	Gesamt 1941 –2019
Aarau	13,8	30,0	14,6	1,6	7,9	1,3	11,7	10,6	125,5
Baden	16,0	35,1	28,2	6,3	10,9	6,4	12,9	9,5	211,6
Bremgarten	8,0	18,7	32,7	13,2	20,9	9,8	12,4	11,5	220,3
Brugg	12,4	15,3	29,2	7,1	11,1	5,9	5,8	8,9	143,1
Kulm	8,3	8,8	10,5	–1,2	8,4	7,7	5,5	9,5	73,4
Laufenburg	4,0	6,4	13,4	3,7	15,7	15,6	13,6	10,9	119,5
Lenzburg	9,9	18,6	17,1	2,0	11,8	10,2	14,6	20,4	160,3
Muri	5,6	3,6	10,5	5,3	20,4	18,5	14,5	11,8	132,1
Rheinfelden	12,3	15,3	27,9	21,7	10,9	14,4	17,6	9,4	228,6
Zofingen	11,2	19,3	10,4	–3,2	8,9	5,0	11,1	10,8	99,6
Zurzach	13,0	11,4	19,7	7,3	12,2	7,0	6,5	7,0	121,0
Aargau gesamt	11,2	20,0	20,0	4,7	11,9	7,9	11,7	10,8	150,5

Tabelle  
02Bewegung und Bilanz der Bevölkerung im Kanton Aargau 1941–2019  
(Durchschnitte pro Jahr auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner)

	Lebendgeborene	Verstorbene	Geburten- überschuss	Wanderungs- überschuss	Gesamtzunahme
1941–1950	21,3	10,4	10,9	1,2	12,1
1950–1960	21,1	9,5	11,6	7,2	18,8
1960–1970	21,4	8,7	12,7	5,8	18,5
1970–1980	14,1	7,9	6,2	–1,3	4,9
1980–1990	12,5	7,8	4,7	6,0	10,7
1990–2000	11,6	7,6	4,0	4,6	8,6
2000–2010	9,6	7,1	2,5	8,4	10,9
2010–2019	9,9	7,2	2,7	9,5	12,2

Tabelle  
03

## Altersspezifische Lebenserwartung 1948–2013, bei Geburt sowie im Alter von 15, 45, 65 und 80 Jahren (gesamtschweizerische Zahlen)

Jahrfünft	Männer					Frauen				
	0 Jahre	15 Jahre	45 Jahre	65 Jahre	80 Jahre	0 Jahre	15 Jahre	45 Jahre	65 Jahre	80 Jahre
1948/1953	66,36	54,84	27,45	12,40	5,24	70,85	58,68	30,46	14,04	5,74
1958/1963	68,72	56,15	28,32	12,94	5,47	74,13	61,08	32,29	15,24	6,10
1968/1973	70,29	57,09	29,07	13,32	5,78	76,22	57,09	33,70	16,33	6,68
1978/1983	72,40	58,49	30,48	14,40	6,29	79,08	64,93	35,94	18,25	7,76
1988/1993	74,19	60,01	32,15	15,51	6,78	81,05	66,73	37,71	19,72	8,62
1998/2003	77,22	62,82	34,26	17,12	7,50	82,82	68,30	39,04	20,88	9,26
2008/2013	80,12	65,56	36,51	18,90	8,29	84,47	69,89	40,40	22,00	9,97

Tabelle 01 In den 1950er- und 1960er-Jahren wuchs der Aargau am stärksten. Die Bezirke Kulm und Zofingen erlebten in den 1970er-Jahren einen Bevölkerungsrückgang. Insgesamt entwickelte sich die Bevölkerung in vier Bezirken über dem Kantonsmittel, sieben blieben unter diesem Wert. Quelle: Statistik Aargau.

Tabelle 02 Der Babyboom der Nachkriegszeit führte im Aargau bei sinkender Zahl von Todesfällen zu einem bedeutenden natürlichen Bevölkerungswachstum. Bedingt durch die Rezession der 1970er-Jahre blieb dieses bis in die 1980er-Jahre grösser als der Wanderungsüberschuss. Quellen: Historische Statistik und Statistik Aargau.

Tabelle 03 Die Lebenserwartung bei Geburt erhöhte sich seit 1950 für Männer und Frauen um mehr als 13 Jahre. Der Unterschied von vier Jahren zwischen den Geschlechtern blieb allerdings bestehen. Quelle: Bundesamt für Statistik.



bei Banken und Versicherungen in Aarau und Baden angestellt waren. Auch die Chemie- und Pharmabetriebe entlang des Rheins im Fricktal waren wichtige Arbeitsgeber.<sup>31</sup> Deutlich weniger Personen als aus Deutschland kamen täglich aus dem Elsass in den Aargau zur Arbeit.<sup>32</sup>

## Bevölkerungsbewegung, Lebenserwartung und Altersstruktur

Das Bevölkerungswachstum des Kantons Aargau prägte bis 1970 ein hoher Geburtenüberschuss (siehe Tabelle 02). Dieser setzte in den frühen 1940er-Jahren ein.<sup>33</sup> Als «Babyboom» bezeichnet, hielt er bis Mitte der 1960er-Jahre an, wirkte aber noch bis 1975 nach. Gleichzeitig fiel der Anteil der Todesfälle geringer aus. Die Zuwanderung blieb vor 1950 bescheiden. In den beiden folgenden Jahrzehnten allerdings überlagerten sich geburtenstarke Jahrgänge und eine sinkende Sterblichkeit. Zudem entfaltete sich eine starke Zuwanderung. Vor allem Ausländerinnen und Ausländer trugen zum Wanderungsüberschuss bei. Als sich der Geburtenüberschuss nach 1970 beinahe halbierte, schlug die Migrationsbewegung in eine Ab- oder Rückwanderung um. Wegen der konjunkturellen Schwäche verliessen mehr Personen den Aargau, als zuzogen. Bis Mitte der 1980er-Jahre trug der jährliche Geburtenüberschuss stark zum Bevölkerungswachstum bei.<sup>34</sup> Seither ist der Wanderungsüberschuss im Aargau die stärkste Komponente des Wachstums. Gesamtschweizerisch war dies bereits vierzig Jahre früher der Fall.<sup>35</sup>

### Verzögerter Rückgang der Geburtenziffer

Die Anzahl der Geburten pro tausend Einwohnerinnen und Einwohner lag im Aargau bis 1990 über derjenigen für die Schweiz (siehe Grafik 05). Danach glich sie sich dem Schweizer Wert an. Die Geburtenziffer erreichte im Aargau bis 1950 mit 21 Promille einen Höchstwert, fünfzig Jahre später mit 10 Promille die tiefste Marke. Seither hat sie sich stabilisiert. Der deutliche Rückgang um 1970 wird gemeinhin vereinfachend als «Pillenknicke» apostrophiert. Er ging einher mit einem Mentalitätswandel, der die Kleinfamilie zum Ideal erhob. Die Verfügbarkeit der pharmakologischen Kontrazeption wirkte sich allerdings kaum auf den Geburtenrückgang aus.<sup>36</sup> Vielmehr ermöglichte sie eine effektive Familienplanung und erlaubte im Zuge der Bewegung von «1968», Sexualität und Fortpflanzung zu entkoppeln. So änderte sich auch die Einstellung breiter Bevölkerungskreise zu Ehe und Geschlechtsleben.

In den sechs Aargauer Bezirken mit hauptsächlich katholischer Bevölkerung – besonders im ländlich geprägten Freiamt, im Fricktal und im «Zurzibiet» – dürfte die Ablehnung der Geburtenregelung durch den Vatikan den Rückgang der Geburtenziffer verzögert haben. Papst Paul VI. (1897–1978, Pontifikat 1963–1978) äusserte sich im Juli 1968 in seinem Rundschreiben «Humanae vitae» «über die rechte Ordnung der Weitergabe

menschlichen Lebens».<sup>37</sup> In der umstrittenen Enzyklika lehnte er sowohl die «freie Liebe» als auch die künstliche Empfängnisverhütung ab. Darunter fiel auch die seit den frühen 1960er-Jahren verfügbare, hormonbasierte Antibabypille.

Die hier beschriebenen Veränderungen waren direkte Folgen des erwähnten zweiten demografischen Übergangs im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts.<sup>38</sup> Laut der sozialwissenschaftlichen Forschung gingen diese Veränderungen mit einem grundlegenden Wandel sozialer Normen einher. Unbestrittene gesellschaftliche Werte gerieten im Strudel des Nachkriegsaufschwungs ins Wanken. Individualisierung und Selbstverwirklichung trieben den Umbruch an.

### «Sterben die Schweizer aus?»

Im Grunde genommen stand der Geburtenrückgang der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbruchsstimmung der Nachkriegszeit entgegen. Jahrzehnte darauf erst wurde klar, wie einschneidend der «Pillenknicke» in gesellschaftlicher Hinsicht war:<sup>39</sup> Wenn die eigenen Kinder einmal wohlhabender und erfolgreicher sein sollten als die Eltern, so war eine geringere Kinderzahl der Ausweg. Nur so vermochte man ausreichend in ihre Ausbildung zu investieren. Die industrielle Wissensgesellschaft mit dem erstarkenden Dienstleistungsbereich stellte neue Anforderungen an den Bildungsrucksack der nachwachsenden Generation. Unter diesen Gesichtspunkten lässt sich der Geburtenrückgang um 1970 positiv deuten. Wer allerdings auf die Regenerationskraft der Schweizer Bevölkerung vertraute, sah die nationale Zukunft zunehmend gefährdet. «Sterben die Schweizer aus?» lautete der alarmistische Titel einer vom Bund angestrebten Studie von 1985.<sup>40</sup>

Im hier beobachteten Zeitabschnitt unterschritt die Anzahl Todesfälle pro tausend Einwohnerinnen und Einwohner im Aargau stets jene der gesamten Schweiz. Zusammen mit der höheren Geburtenrate ergab sich daraus ein natürliches Bevölkerungswachstum über dem Landesdurchschnitt. Die Sterbeziffer betrug im Aargau während des Zweiten Weltkriegs noch über zehn und sank bis 2018 auf sieben Promille. Verantwortlich für diese Entwicklung war die geringere Säuglingssterblichkeit in der gesamten Schweiz. Sie sank in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts deutlich.<sup>41</sup> Starben 1961 21 von tausend Neugeborenen vor dem ersten Geburtstag, waren es 1980 noch neun, 2010 sogar weniger als vier. Der Wert lag dabei bei den Jungen leicht höher als bei den Mädchen. Ursache für die Todesfälle im ersten Lebensjahr waren Komplikationen während der Schwangerschaft und bei der Geburt, ebenso angeborene Fehlbildungen und Anomalien der Chromosomen. Die Säuglingssterblichkeit im restlichen Westeuropa liegt leicht tiefer.

Seuchenzüge wie die Hongkong-Grippe von 1968 oder die Vogelgrippe um die Jahrtausendwende hinterliessen in der Aargauer Demografie keinen Eindruck, wie es letztmals 1918/19 die Spanische Grippe tat. Die Folgen der Covid-19-Pandemie lassen sich noch nicht abschätzen.

Die geringere Säuglingssterblichkeit trug zu einer deutlich steigenden Lebenserwartung bei (siehe Tabelle 03). Knaben, die um 1950 zur Welt kamen, hatten eine Lebenserwartung von gut 66 Jahren, Mädchen von gegen 71 Jahren. Bis zu den um 2010 Geborenen stieg der Wert auf 80 und 84 Jahre an. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts verbesserten sich die Lebensbedingungen und die Ernährungssituation, die medizinische Versorgung und die Arbeitssicherheit in einem Mass, dass keine der Altersklassen eine deutliche Abstufung der Lebenserwartung hinnehmen musste. Die häufigsten Todesursachen bei jungen Erwachsenen bildeten in den vergangenen Jahrzehnten Selbstmord und Unfall.<sup>42</sup> Zwischen vierzig und sechzig Jahren starben Frauen wie Männer am häufigsten an Krebs, während bei den noch älteren Personen meist Herz-Kreislauf-Krankheiten für das Ableben verantwortlich waren.

Wer sich um 2010 im Alter von 65 Jahren pensionieren liess, durfte als Mann einen sechs Jahre längeren Ruhestand erwarten als sechs Jahrzehnte früher. Bei Frauen verlängerte sich diese Zeitspanne sogar um acht Jahre. Erst bei Personen über achtzig Jahren verringerte sich der Abstand bezüglich Lebenserwartung zwischen den Geschlechtern: Männer durften im Durchschnitt mit weiteren gut acht Lebensjahren rechnen, Frauen mit knapp zehn. Wegen der steigenden Lebenserwartung alterte die Gesellschaft deutlich. Seit längerem verschiebt die demografische Entwicklung den Schwerpunkt der Aargauer Bevölkerung zu höheren Altersklassen: Der Jugend- und der Altersquotient nähern sich an.<sup>43</sup>

Diese Entwicklung zeigte sich auch in der Altersstruktur der Aargauer Bevölkerung (siehe Grafik 09). Sie wies 1950 noch die für Industrieländer typische Form der «Glockenpyramide» auf, mit einer beinahe stagnierenden Bevölkerungszahl. Bis 1980 entwickelte sich die Altersschichtung ansatzweise zu einer «Urnenpyramide», was sich bis zur Jahrtausendwende verstärkte. Diese Struktur wäre charakteristisch für eine schrumpfende Bevölkerung, würde diese Entwicklung nicht durch Zuwanderung aufgefangen.

Die Alterung der Gesellschaft zeigte zwei Seiten der Medaille. Immer mehr Menschen erfreuten sich eines aktiven, langen Ruhestands, erreichten ein hohes Alter und blieben länger autonom. Durch das Älterwerden der Bevölkerung stellen sich seit der Jahrhundertwende aber verstärkt Fragen nach der Finanzierbarkeit der Altersvorsorge und des Gesundheitswesens. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelten durch die heutigen Finanzierungsmodelle in der Pensionskasse als teure Angestellte. Die Lösung dieser Aufgaben erscheint umso dringlicher, als der Anteil der berufstätigen Personen und vor allem der jungen Generation sinkt. Die Pensionierung der erfahrenen Generation der Babyboomer verschärft auch die Problematik des Fachkräftemangels in der Wirtschaft. Frühpensionierungen verstärken den Effekt.

Das traditionelle Familienmuster hatte hierzulande lange Bestand. Heirat und Kinderwunsch blieben aneinandergelockt, obwohl sich die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen seit 1950 grundlegend änderten. Unterdessen verstärkten sich Prozesse wie die Individualisierung oder die Säkularisierung, Frauen waren zudem vermehrt berufstätig. Allem Anschein nach hatte der Umstand, dass das Konkubinat im Aargau im Gegensatz zu vier Nachbarkantonen nie verboten war (siehe Abb. 06), wenig Einfluss auf die Entwicklung alternativer Familienformen. Zwar lebten zahlreiche Paare im Aargau ohne Trauschein zusammen, doch war diese Lebensweise umstritten. Die «wilde Ehe» konnte nur unter bestimmten Voraussetzungen bestraft werden, etwa wenn sie gegen die «öffentliche Sittlichkeit in verstossender Weise geführt» wurde.<sup>44</sup>

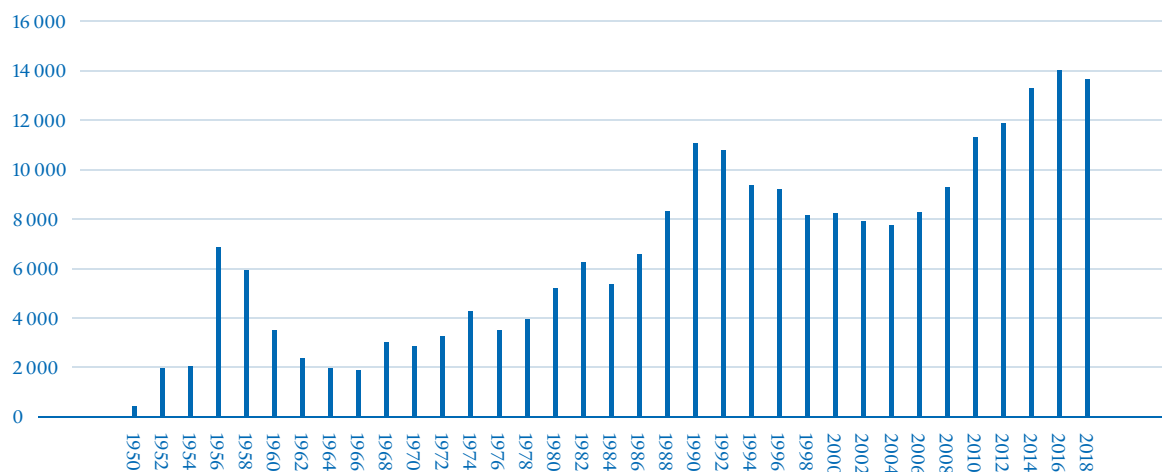
Vor diesem Hintergrund ist eine kleine Anfrage im Aargauer Grossen Rat vom 2. Mai 1967 zu verstehen, die letztlich ergebnislos blieb.<sup>45</sup> Sie verrät viel über die damalige Grundstimmung in der Gesellschaft gegenüber der «wilden Ehe». Der sozialdemokratische Grossrat Robert Locher (1929–2018), der von 1966 bis 1988 Gemeindevorsteher von Spreitenbach war,<sup>46</sup> wandte sich an die Kantonsregierung: «Im Gegensatz zu anderen Kantonen wird im Kanton Aargau das Konkubinat geduldet. Im Nachbarkanton Zürich zum Beispiel ist diese Unsitte gesetzlich verboten. Dies hat zur Folge, dass in Regionen, die an den Kanton Zürich grenzen, die Konkubinatsfälle im Zunehmen begriffen sind. Diese Zustände erwecken immer grösseres Ärgernis und bringen den lokalen Behörden vor allem dann viel Unannehmlichkeiten, wenn sich unmündige Kinder getrennter oder geschiedener Ehen in solchen Milieus aufhalten müssen. Ich frage deshalb den Regierungsrat an, welche Möglichkeiten er sieht, um diesem unerfreulichen Zustand wirksam zu begegnen.»<sup>47</sup> Die Konkubinatsfrage verlor im Aargau ihre Schärfe, als Zürich 1972 sein Verbot aufhob.<sup>48</sup>

#### Auslaufmodell Ehe?

Die 1950er-Jahre waren in der Schweiz das «goldene Zeitalter» der Kleinfamilie und damit auch der Ehe. Seither veränderte sich die Anzahl Eheschliessungen im Aargau stark (siehe Grafik 08). Bis 1970 steigerte sie sich kontinuierlich, sank bis zur Mitte des nächsten Jahrzehnts und stieg dann für rund zehn Jahre deutlich an. Anschliessend gingen die Werte trotz ständig wachsender Bevölkerung zurück. Gleichzeitig nahm die Zahl der Scheidungen zu. Die Wellenbewegung zwischen 1998 und 2001 bildet das Inkrafttreten des neuen Scheidungsrechts ab:<sup>49</sup> Seit dem Jahr 2000 gilt bei der Auflösung der Ehe nicht mehr das Verschuldens-, sondern das Zerrüttungsprinzip. Auffällig ist, wie seit 1970 vermehrt Ehen geschieden wurden, die vor zehn und zwanzig Jahren geschlossen worden waren (siehe Grafik 08).<sup>50</sup> Der jüngste Rückgang der Anzahl Ehescheidungen lässt sich darauf zurückführen, dass seit 1990 weniger oft geheiratet wurde. Seit 2007 das Bundesgesetz über die eingetragene

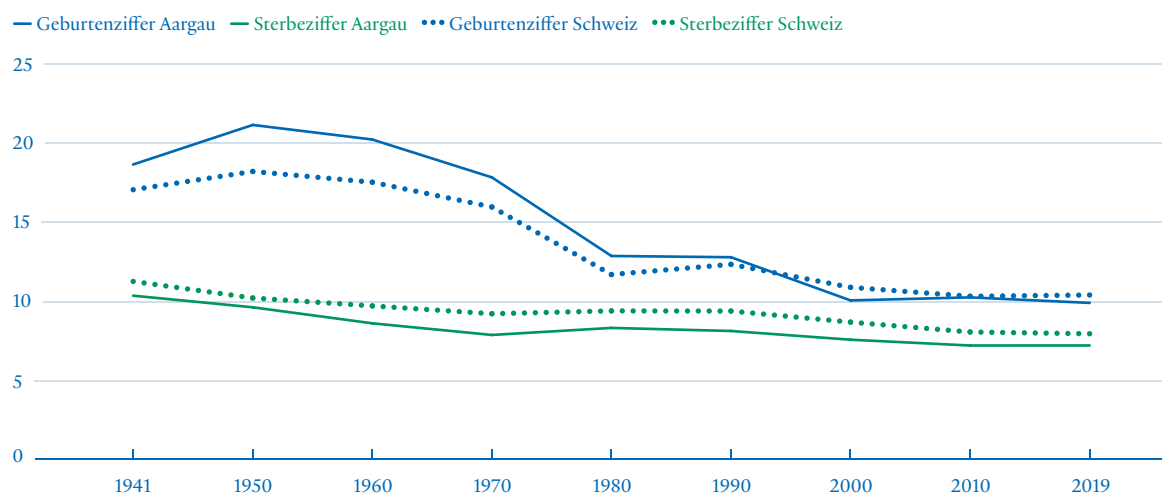
Grafik  
04

### Grenzgängerinnen und Grenzgänger in den Aargau 1950–2018 (jeweils Ende August)



Grafik  
05

### Geburten- und Sterbeziffern 1941–2019 (pro 1000 Einwohnerinnen und Einwohner)



Grafik 04 Erste Höhepunkte der Anzahl Grenzgänger bildeten die Jahre 1956 (6841) und 1990 (11 071). 2004 fiel mit den bilateralen Verträgen die Koppelung der Grenzgängerbewilligung an die Arbeitsmarktlage, daher rührt die neuerliche Zunahme im 21. Jahrhundert. Quelle: Statistik Aargau.

Grafik 05 Während die nationalen und die kantonalen Sterbeziffern beinahe im gleichen Mass sanken, überstieg die Aargauer Geburtenziffer die schweizerische bis 1980 deutlich. Das daraus resultierende natürliche Bevölkerungswachstum war im Aargau stets grösser als im Rest des Landes. Quelle: Statistische Jahrbücher der Schweiz.

Partnerschaft in Kraft getreten ist, haben zahlreiche gleichgeschlechtliche Paare ihre Beziehung bei einem Zivilstandsamt eintragen lassen und sich rechtlich abgesichert.<sup>51</sup> Sie erscheinen in der Scheidungsstatistik indes nicht.

#### Individuelle Lebensentwürfe in kleineren Haushalten

Nach 1980 führte die durchschnittlich spätere Eheschliessung zu einer deutlich späteren Erstgeburt und damit zu einer höheren Fruchtbarkeit älterer Frauen.<sup>52</sup> Auch gab es häufiger Paarbeziehungen ohne Trauschein, Paare mit Einzelkindern und sogenannte Patchwork-Familien als in den Jahrzehnten zuvor. Ebenso stieg die Zahl von Söhnen und Töchtern unverheirateter Eltern. Kamen 1980 im Aargau 228 Kinder von unverheirateten Müttern zur Welt, waren es zwanzig Jahre später 499, 2017 schon 1382.<sup>53</sup> Im europaweiten Vergleich zählte die Zahl der ausserehelichen Geburten in der Schweiz seit den Babyboom-Jahren und noch Ende des 20. Jahrhunderts jedoch zu den tiefsten.<sup>54</sup> Die verschiedenen Lebensentwürfe standen auch im Zeichen einer stärkeren Individualisierung. Zusammen mit dem steigenden Wohlstand schlug sie sich in der Grösse der Haushalte nieder. Schweizweit sank seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs die durchschnittliche Anzahl Personen in einem Haushalt.<sup>55</sup> Lag dieser Wert 1960 im Aargau mit 3,8 noch leicht über dem Landesmittel, so bewegten sich der nationale und der kantonale Wert seit 1990 im Gleichtakt bei 2,3 Personen pro Haushalt (siehe Grafik 08).

2018 lebten in einem Drittel der Aargauer Haushalte zwei Personen.<sup>56</sup> Mit knapp 32 Prozent waren Einpersonenhaushalte die zweithäufigste Wohnform. Ihr Anteil nahm landesweit vor allem in den 1970er-Jahren zu, war geringer im folgenden Jahrzehnt und betrug seit 1990 rund ein Drittel aller Haushalte.<sup>57</sup> Auf lange Sicht jedoch entwickelte sich die Gesellschaft nicht zu einer Gruppe von allein lebenden Personen. Vielmehr gibt es jenseits der Individualisierung vielfältige Gründe für Einpersonenhaushalte, etwa die häufige Witwenschaft betagter Frauen oder die berufliche Notwendigkeit einer örtlichen Trennung eines Paarhaushalts. Mit dem klaren Wunsch nach flexibler Lebensgestaltung bildete sich die jüngere alternative Lebensform des «living apart together» heraus, die allerdings die nötigen finanziellen Mittel voraussetzt.

#### Bevölkerungszuwachs: starke Zuwanderung

Zuwanderung und Abwanderung bildeten ein komplexes Zusammenspiel während der rund sieben Jahrzehnte seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Neu war, dass der bis zum Ende des Jahrhunderts registrierte Bevölkerungszuwachs zu zwei Dritteln auf Einwanderung zurückzuführen war.<sup>58</sup> Der Zuzug von Schweizer Staatsangehörigen führte zu einem stetigen Wachstum dieser Personengruppe (siehe Tabelle 04). Ihre prozentualen Wachstums-

raten bewegten sich pro Dekade auf stabilen acht bis zehn Prozent. Einzig in den 1990er-Jahren halbierte sich diese Entwicklung.

Anders verhielt es sich mit der ausländischen Wohnbevölkerung, deren Zuwachs viel stärkeren Schwankungen unterlag. Das Wachstum der Personengruppe mit ausländischem Pass fiel noch in den 1940er-Jahren auf einem tiefen Niveau wegen Aufholeffekten viermal so hoch aus wie jenes der Schweizerinnen und Schweizer. In den beiden folgenden Jahrzehnten war es das 23- respektive 11-fache. In den wirtschaftlich rezessiven 1970er-Jahren schlug der Wert in eine deutliche Abwanderung um, besonders in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts (siehe Grafik 10). Dies führte im Aargau zu einem Rückgang der ausländischen Bevölkerung um 16 Prozent. Schweizweit wanderten von 1975 bis 1979 132 000 Personen ab.<sup>59</sup> Der negative Wert kehrte sich in den folgenden Dekaden wieder in ein deutliches Wachstum zwischen einem Fünftel und einem Drittel um. Abgesehen von den 1970er-Jahren wuchs die ausländische Wohnbevölkerung stets deutlich stärker als die schweizerische.

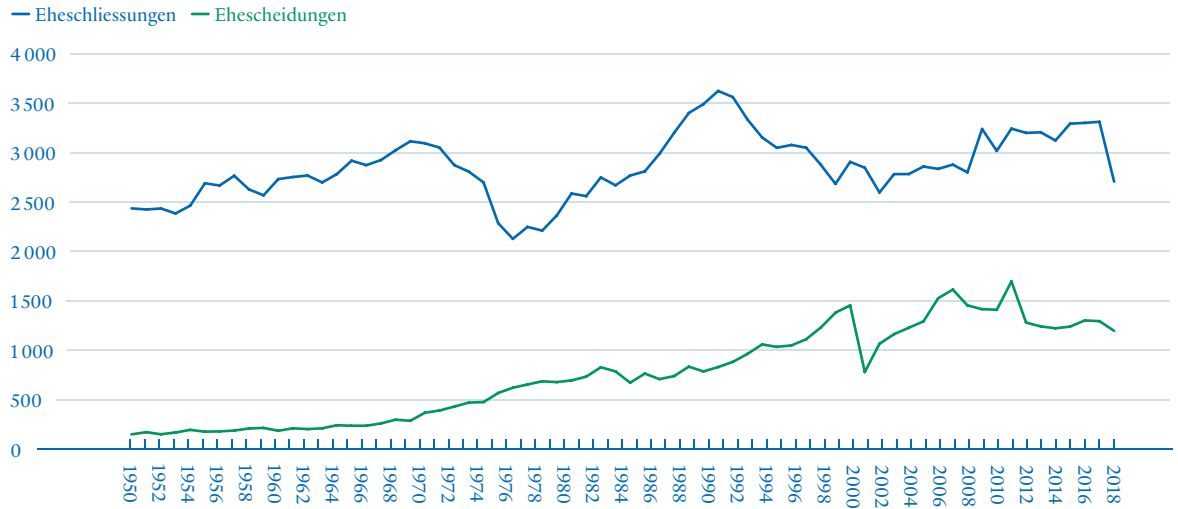
#### Ausländer bedeutete Italiener

Unmittelbar nach dem Krieg kamen die ersten Italiener in den Aargau. Einer davon war Dario Marioli (1928–2018), der im November 1947 Dürrenäsch im Seetal erreichte.<sup>60</sup> Er trat in den Dienst der Schweizerischen Korkwaren- und Isoliermittelwerke C. Alpsteig, wo er elektrische Anlagen im Fabrikgebäude installierte. Im Februar 1948 erhielt er mit Cirillo Speziali nicht nur eine Verstärkung bei der Arbeit, sondern auch einen Landsmann, mit dem er eine Zweizimmerwohnung und zuweilen einen Teller Spaghetti oder eine Veltliner Polenta teilte. Marioli stammte aus dem norditalienischen Brescia, hatte eine Berufsausbildung absolviert und war damit ein typischer Vertreter der ersten Einwanderer aus dem «triangolo industriale» zwischen Ligurien, Lombardei und Piemont. Während seiner Berufstätigkeit, die ihn anschliessend in die Giesserei der Firma Oehler & Cie. AG in Aarau führte, schloss er im Frühling 1950 eine berufsbegleitende technische Weiterbildung in Mailand ab. Damals lebte er während vier Jahren in einem Zweierzimmer in den neu gebauten Baracken mit gemeinsamer Küche und Dusche hundert Meter von seinem Arbeitsort entfernt, zusammen mit zwei Dutzend weiteren Italienern. Die späteren Tätigkeiten bei Brown, Boveri & Cie. (BBC) in Baden sowie Sprecher + Schuh AG in Aarau führten Marioli, der aus einem kommunistischen Elternhaus stammte, zum Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverband (SMUV), für den er nach 1957 während vieler Jahre in der Region Biel tätig war.

Aus Süditalien, aus Vaccarizzo in Kalabrien, immigrierte 1955 Salvatore De Simone (1935–2021) in die Schweiz und begann, 1958 im Bäderquartier von Baden als Coiffeur zu arbeiten.<sup>61</sup> Der Südtaliener eröffnete 1968 seinen eigenen Salon an der Bäderstrasse und wurde im folgenden Jahr Mitglied des Coiffeurmeisterverbands. 1990 stieg Sohn Stefano (\*1968) ins väterliche Geschäft ein, 2013 Enkel Fabrizio (\*1996). Der Salon entwickelte sich zu einem Treffpunkt von Landsleuten und bildete auf-

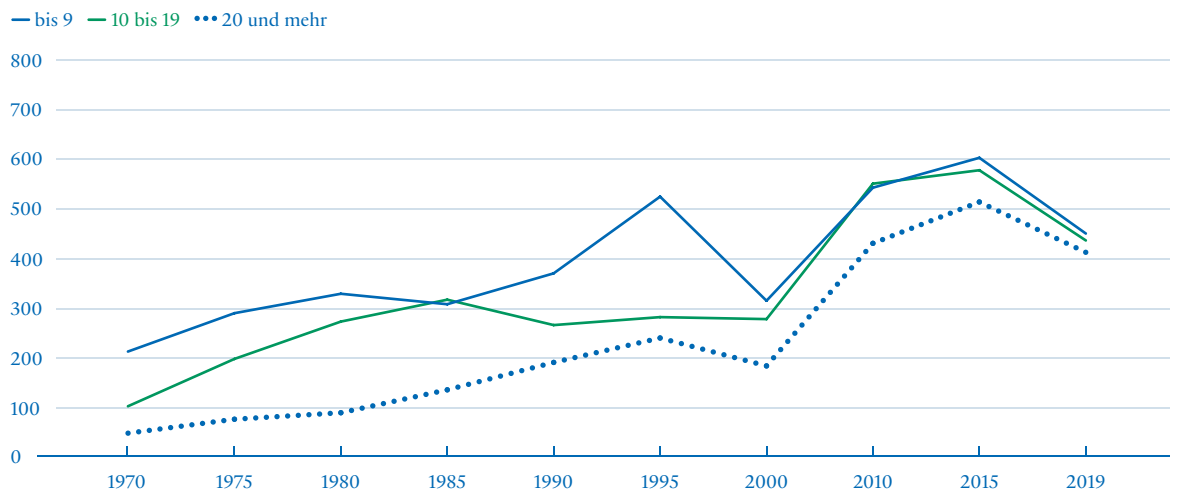
Grafik  
06

Eheschliessungen und -scheidungen im Aargau 1950–2017



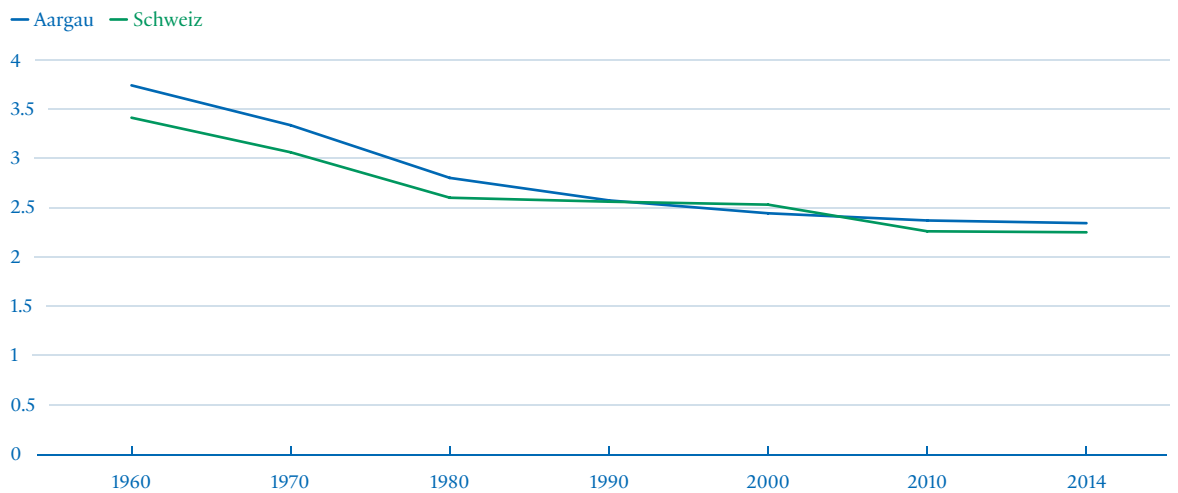
Grafik  
07

Scheidungen im Aargau nach Ehedauer in Jahren 1970–2019



Grafik  
08

Durchschnittliche Haushaltsgrösse nach Personenzahl 1960–2014



Grafik 06 Die Anzahl Eheschliessungen im Aargau erreichte, nach einem Rückgang in den 1970er-Jahren, 1991 einen letzten Höhepunkt. Seither ging sie trotz wachsender Bevölkerung deutlich zurück. 1950 kam eine Scheidung auf 160 Trauungen, im Jahr 2010 auf zwei Eheschliessungen. Quelle: Statistik Aargau.

Grafik 07 In den 1970er-Jahren betrafen Scheidungen im Aargau vor allem Ehen, die noch keine zehn Jahre andauerten. Nach der Änderung des Scheidungsrechts, das eine Zerrüttung als Grund anerkennt, glichen sich die Werte aller drei Kategorien an. Quelle: Statistik Aargau.

Grafik 08 Die durchschnittliche Haushaltsgrösse in der Schweiz sank in fünfzig Jahren um eine Person, im Aargau noch etwas stärker um anderthalb Personen. Längst nicht alle Menschen lebten freiwillig allein. Im Zuge der Alterung verbrachten immer mehr gerade ältere Frauen den letzten Lebensabschnitt als Alleinstehende. Quellen: Bundesamt für Statistik und Statistik Aargau.

Tabelle  
04Entwicklung der Wohnbevölkerung nach Herkunft 1941–2019  
(in Prozent pro Jahrzehnt)

	1941 –1950	1950 –1960	1960 –1970	1970 –1980	1980 –1990	1990 –2000	2000 –2010	2010 –2019
Aargau gesamt	11,2	20,0	20,0	4,7	11,9	7,9	11,7	10,5
Schweizerinnen und Schweizer	10,3	10,9	9,9	9,3	8,9	4,9	8,3	6,1
Ausländerinnen und Ausländer	43,2	257,4	108,6	–16,0	29,3	22,5	25,9	26,6

Tabelle  
05Ausländische Bevölkerung Kanton und Bezirke 1941–2019  
(in Prozent)

	1941	1950	1960	1970	1980	1990	2000	2010	2019
Schweiz	5,2	6,1	10,8	17,2	14,8	18,1	20,9	22,4	25,1
Aargau	2,8	3,6	10,9	18,5	14,8	17,1	19,4	21,9	25,0
Aarau	2,7	4,0	11,6	17,5	13,7	16,2	19,3	22,1	23,9
Baden	4,4	6,0	17,4	25,8	20,0	20,9	24,0	27,9	28,6
Bremgarten	2,4	2,9	8,6	18,8	13,3	15,4	17,6	20,6	24,7
Brugg	2,4	3,1	8,9	18,2	14,8	16,4	19,4	21,9	24,3
Kulm	1,3	2,1	7,5	14,8	12,1	15,9	19,7	23,0	26,1
Laufenburg	2,2	1,9	5,4	11,7	7,6	9,9	13,6	16,2	19,9
Lenzburg	2,2	3,3	11,3	18,1	14,4	16,8	18,5	20,1	22,6
Muri	0,8	1,6	4,0	7,4	6,0	8,6	11,4	14,3	17,0
Rheinfelden	5,6	4,4	8,2	15,4	12,3	14,4	18,0	22,2	25,8
Zofingen	1,5	2,6	10,3	16,4	12,6	15,7	18,1	21,1	25,0
Zurzach	5,1	4,3	10,0	18,7	15,5	17,3	21,1	26,1	29,9

Tabelle  
06

## Zustimmung zu Volksbegehren bezüglich Migration 1970–2009 (nach Bezirken)

	Ja-Stimmen in Prozent				
	1970 Volksinitiative «Gegen die Überfremdung und Überbevölkerung der Schweiz» (Schwarzenbach- Initiative) 7. Juni 1970	1981 Volksinitiative «Miteinander-Initiative für eine neue Ausländerpolitik» 5. April 1981	1988 Volksinitiative «Für die Begrenzung der Einwanderung» 4. Dezember 1988	2000 Volksinitiative «Für eine Regelung der Zuwanderung» (18-Prozent- Initiative) 24. September 2000	2009 Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten» 29. November 2009
Schweiz	46,0	16,2	32,7	36,6	57,5
Kanton Aargau	47,5	11,8	35,8	47,5	63,4
Aarau	47,6	11,5	40,5	46,6	60,5
Baden	40,8	13,7	32,3	41,5	56,9
Bremgarten	46,4	11,5	35,1	45,5	63,2
Brugg	46,7	11,7	36,7	45,6	62,1
Kulm	59,6	7,5	44,0	67,8	77,8
Laufenburg	44,9	13,4	30,5	46,1	64,6
Lenzburg	50,3	9,5	40,8	49,8	65,4
Muri	47,6	10,8	29,0	47,4	67,5
Rheinfelden	41,8	15,1	28,4	40,9	63,0
Zofingen	53,1	11,2	38,8	52,9	71,1
Zurzach	47,2	11,8	32,2	47,3	67,3

Tabelle 04 Die Zuwanderung ausländischer Staatsangehöriger stieg stets stärker als jene der Schweizerinnen und Schweizer, am meisten von 1950 bis 1970. Eine Ausnahme bildeten die 1970er-Jahre, als 12 816 Ausländerinnen und Ausländer den Aargau oder die Schweiz verliessen. Quelle: Statistik Aargau.

Tabelle 05 Bis 1970 stiegen die Anteile der ausländischen Wohnbevölkerung vor allem in den Bezirken mit starker Industrie, nach 1980 in fast allen. Dennoch blieben die Werte in den ländlichen Bezirken Laufenburg und Muri deutlich unter dem Kantonsmittel, im Gegensatz zum grenznahen Bezirk Zurzach. Quelle: Statistik Aargau.

Tabelle 06 Bis 1965 war die Einwanderung kein Thema in der Schweizer Politik. Seither kannte jedes Jahrzehnt eine Abstimmung zur Überfremdungsfrage mit teils sehr unterschiedlichen Resultaten in den Aargauer Bezirken. Quellen: Statistik Aargau und Aarauer Volksblatt.

## Österreichischer Verein Baden, einer von vielen Migrantenvereinen

Österreichische Staatsangehörige bildeten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts lange Zeit die drittgrösste Gruppe von Einwanderinnen und Einwanderern in der Schweiz. Bereits in der Zwischenkriegszeit zogen zahlreiche von ihnen in die Region Baden, wo manche als Hilfskräfte hauptsächlich bei der Brown, Boveri & Cie. (BBC), aber auch bei kleineren Handwerksbetrieben und als Servicepersonal im Gastgewerbe Arbeit fanden.<sup>1</sup> Die Suche nach einem Auskommen war der Hauptgrund für die Auswanderung aus der jungen, kriegsversehrten Republik Österreich. 1927 entstand der Österreichischer Verein Baden (ÖVB). Vereinsziel waren das gemütliche Beisammensein sowie der Austausch von Informationen über Österreich, von amtlichen Informationen zur Sozialversicherung oder über eine eventuelle Rückkehr in die alte Heimat.

Ab 1952 erfolgte eine zweite österreichische Einwanderungswelle.<sup>2</sup> Sie bestand aus gut ausgebildeten Fachkräften, welche die BBC gezielt an den höheren technischen Lehranstalten von Wien, Salzburg, Innsbruck und Graz angeworben hatte. Der Aargau verfügte damals noch nicht über eine vergleichbare Technikerschule. Bei BBC arbeiteten die Österreicherinnen und Österreicher in der Konstruktion und der Administration. Oft fanden sie ihre Einsatzgebiete als Monteure rund um die Welt. Bei der BBC erhielten viele von ihnen die Möglichkeit zur Weiterbildung, ob an der Schweisschule oder an der BBC-Technikerschule.

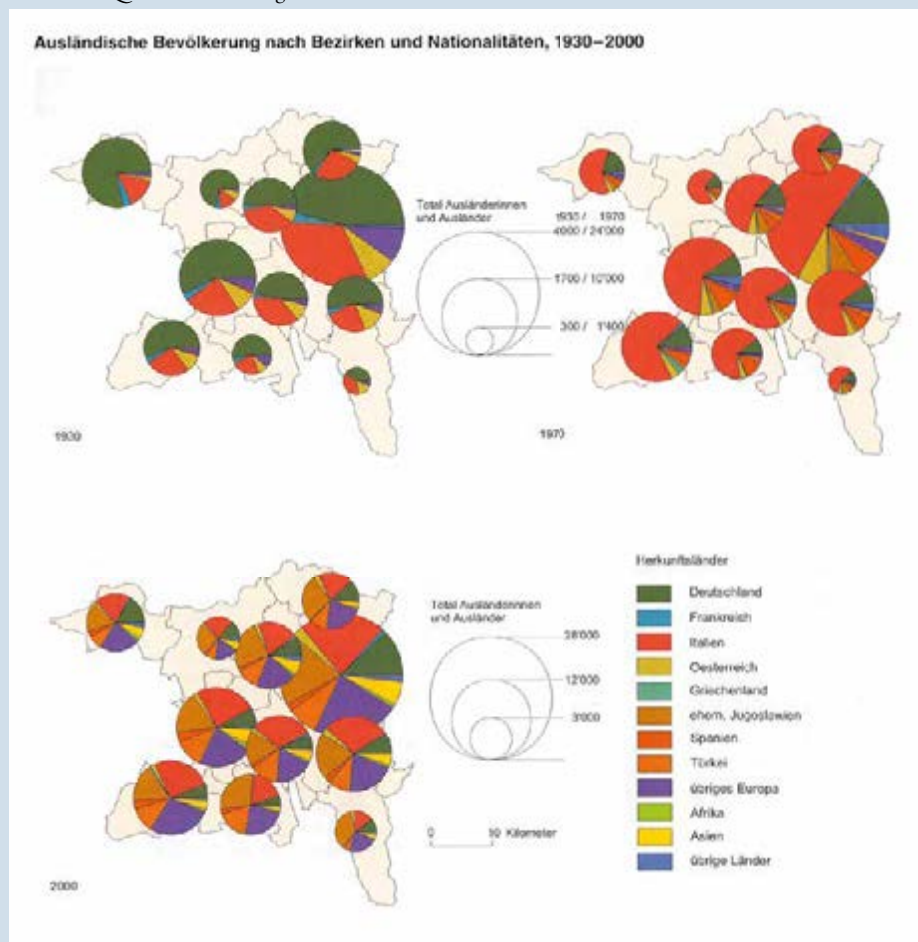
Die neuen Einwanderer stärkten die Verbindung des ÖVB zur BBC und lösten im Verein einen regelrechten Boom aus. Zeitweilig lud man 200 Mitglieder zur Sonnwendfeier, zum Nationalfeiertag am 26. Oktober und zum Krampus-Kränzchen ein. Darüber hinaus gab es ein Kulturprogramm und alljährlich den Österreicher-Ball im Badener Kursaal – wie ihn

damals auch die Migrantenvereine der Tschechen und der Ungarn durchführten. Die Beteiligung an der Badenfahrt und an regionalen Festivitäten wie dem Baregg-Fest 2003 waren Ehrensache. Skirennen und Fussball-Grümpelturniere rundeten die Palette der Vereinsaktivitäten ab.

Von den Eingewanderten aus Österreich blieben geschätzte zwei Drittel in der Schweiz. Viele heirateten Personen anderer Staatsangehörigkeit. Die zweite Generation verlor das Interesse am ÖVB, und mit den neuen Kommunikationsmöglichkeiten rückte auch Österreich näher. Der ÖVB feierte 2017 mit sechzig Mitgliedern noch sein neunzigjähriges Bestehen,<sup>3</sup> um sich zwei Jahre später aufzulösen. Die gelungene Integration seiner Mitglieder hatte ihn überflüssig gemacht.

- 1 Vereinsprofil ÖVB 2003, Privatarchiv Alfred Schuster, Nussbaumen.
- 2 Gespräch mit Alfred Schuster, 2019.
- 3 Rundschau Süd, 16.8.2017.

01 Der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung bewegte sich 1950 in allen Aargauer Bezirken auf tiefem Niveau. Bis 1970 stieg er in den Industriegebieten. Um das Jahr 2010 ebneten sich die Unterschiede weitgehend ein. Der Anteil der österreichischen Staatsangehörigen sank deutlich, mit einem Schwerpunkt um Baden. Quelle: Statistik Aargau.







02 «Dopolavoro» in Wohlen, 1962. Das Unterfreizeit wurde vielen Italienerinnen und Italienern zur zweiten Heimat. Im Sommer 1962 machten sie die Wohler Bahnhofstrasse vor dem Cinema Capitol zu ihrer «Piazza».



03 1.-Mai-Umzug 1985 in Aarau: Vorne die Vertreter der kommunistischen Comisiones Obreras Adherentes Aarau, dahinter marschierten die sozialdemokratisch orientierten Gewerkschafter der Unión General de Trabajadores de España.

**CINEMA Monti** DÖTTINGEN-KLINGNAU

Mittwoch, Donnerstag je 20.30 Uhr  
**Der Schandfleck**  
 Heinrich Gretler im neuen Heimatfilm in Farben.  
 Donnerstag 17.00 Uhr — Giovedì ore 17.00  
**Il figlio di Django**  
 Djangos Sohn  
 Parlato italiano — deutsche Untertitel.  
 Ab Freitag, Samstag je 20.30 Uhr  
 und Sonntag 14.15 Uhr und 20.30 Uhr  
 Zwei Spitzenstars in einem spektakulären, romantischen Film  
 Sophia Loren — Omar Sharif II  
**Bella Isabella**  
 Die Top-Stars von heute in einem schillernden Abenteuer.

04 Kinoinserat, 1969: Das einheimische Gewerbe passte sein Angebot an die Wohnbevölkerung an. So spielten Kinos zu Randzeiten Filme in italienischer Sprache, häufig Reprisen. «Bella Isabella» hatte in Italien bereits 1967 Premiere gefeiert. Die italienische Diva Sophia Loren (\*1934) blieb aber auch Jahre später eine Attraktion.





05 Kinderglück im Kreisspital Muri, 1956: In den 1950er-Jahren berichteten Aargauer Zeitungen regelmässig über Mehrlingsgeburten. Hier reihte man 1956 drei Oberfreiämter Zwillingspaare auf, die dort innerhalb von zwei Tagen zur Welt gekommen waren. Die sechs Jungen waren ein lebender Beweis für den Babyboom.



06 «Liebeskarte» der Schweiz 1971: In der Nachbarschaft des Aargaus kannten zu Beginn der 1970er-Jahre einzig Solothurn und Bern kein Konkubinatsverbot. In den anderen vier Nachbarkantonen kontrollierte die Polizei Wohnungen von Paaren, die mutmasslich in «wilder Ehe» zusammenlebten.

grund einheimischer Kundschaft und erfolgreicher Lehrlingsausbildung ein Bindeglied zur Schweizer Bevölkerung.

Anfänglich war «Italiener» in der Schweiz ein Synonym für «Ausländer». Offenbar wurde die grösste Gruppe von Migrantinnen und Migranten als Einheit wahrgenommen. Dabei bildeten die italienischen Staatsangehörigen keineswegs eine homogene Gruppe. Sie unterschieden sich nach geografischer Herkunft oder politischer Ausrichtung, Grad der religiösen Praxis, Zeitpunkt der Ankunft in der Schweiz, Ausbildung, Arbeitstätigkeit und fremdenpolizeilicher Bewilligung. Die grössten Unterschiede machten die Heimat in Nord- oder Süditalien aus sowie der politische Gegensatz zwischen Linken, gewerkschaftlich Organisierten und christlichdemokratisch-kirchlich Ausgerichteten. Es handelte sich um gesellschaftliche Verwerfungen, welche die Situation in Italien direkt abbildeten. Die unterschiedlichen Gruppen beargwöhnten sich zuweilen,<sup>62</sup> und sie wurden vom Schweizer Staatsschutz überwacht.<sup>63</sup>

#### Stärke dank Ausländervereinen

Keine andere Gruppe von Ausländerinnen und Ausländern sollte jene Zurückweisung erleben, wie sie die Italienerinnen und Italiener in den 1960er- und 1970er-Jahren erfuhren.<sup>64</sup> Deshalb und mit der Absicht, nur vorübergehend im Ausland zu leben, entstand der Antrieb, eigene Institutionen und Vereine zu gründen, beispielsweise seit 1946 die *Missione Cattolica Italiana*.<sup>65</sup> Nach zaghaften Anfängen im Ostargau erlebte die «Italienerseelsorge» in den 1960er-Jahren eine regelrechte Aufbruchsstimmung mit Gründungen in Aarau, Wohlen, Lenzburg, Brugg, Zofingen, Döttingen-Klingnau, Stein, Reinach-Menziken und Mellingen. Das folgende Jahrzehnt wurde zur eigentlichen Blütezeit der *Missione Cattolica*. Sie richtete Kinderhorte ein – eine Notwendigkeit bei erwerbstätigen Eltern – und schuf Treffpunkte für die christlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (*Circolo ACLI*). Die *Missione Cattolica* wurde zum Vorbild für die katholischen Missionen für Portugiesinnen, Vietnamesen, Kroaten und Albanerinnen. Andere Italienerinnen und Italiener schlossen sich der antifaschistischen Bewegung *Federazione delle Colonie Libere Italiane in Svizzera (FCLIS)* oder einer der Sektionen der Kommunistischen Partei Italiens in der Schweiz an.<sup>66</sup>

In Gränichen beispielsweise entstand in jenen Jahren ein besonders reges italienisches Vereinsleben.<sup>67</sup> 1959 wurde der *Circolo ACLI* gegründet, 1975 der Fussballclub *Aurora*, 1978 ein *Boccia-Club* und ein Jahr später eine Sektion der italienischen Vereinigung der freiwilligen Blutspender (*AVIS*). Alle diese Vereine beendeten ihre Tätigkeiten nach 1990 und lösten sich auf. Die nachfolgende, zweite Generation hatte kein Interesse daran, sie war in der Mehrheitsgesellschaft angekommen und spielte etwa ganz selbstverständlich im FC Gränichen mit. Die mediterrane Küche jedoch blieb. Sie war in Gränichen mit dem Lebensmittelladen der Familie Lumetta und den Pizzen der Familie Modugno ebenfalls in den 1970er-Jahren angekommen. Die Schweizer Essgewohnheiten hatten sich längst gewandelt.<sup>68</sup>

Die Ausländerinnen und Ausländer sahen sich durchaus von ihren Arbeitgebern unterstützt. Angesichts der drückenden Wohnungsnot erfolgte die Unterbringung in Barackensiedlungen<sup>69</sup> oder in prekären Altbauten, im Volksmund «Caserme» genannt.<sup>70</sup> Nach den ersten Barackensiedlungen im Badener Brisgi und in Rieden bei Nussbaumen bemühte sich die BBC in Baden darum, die Wohnsituation ihrer ausländischen Arbeitskräfte zu verbessern.<sup>71</sup> Die Firma baute nach 1965 Hochhäuser mit Zwei- und Vierzimmerwohnungen für rund 800 Personen.<sup>72</sup>

Auch auf Schicksalsschläge reagierten die Firmen. Nach dem Erdbeben vom November 1980, das in der süditalienischen Provinz Avellino zahlreiche Opfer gefordert und grosse Schäden verursacht hatte, unterstützte die Textildruckerei Suhr die Betroffenen: «Die Geschäftsleitung möchte allen vom Erdbeben betroffenen Mitarbeitern ihr tiefes Mitgefühl aussprechen. Wie wir leider erfahren mussten, haben Herr und Frau N. auch Opfer unter ihren Angehörigen zu beklagen. Sie seien im Namen aller Betriebsangehörigen unserer ganz besonderen Anteilnahme versichert. Jenen Mitarbeitern, welche wegen der Erdbebenkatastrophe nach Hause reisen mussten, wird die dadurch ausgefallene Normalarbeitszeit voll entschädigt, soweit nicht schon vertragliche Entschädigungen vorgesehen sind.»<sup>73</sup>

#### Brennpunkt anfänglich in den Industrieorten

Die Zuwanderung aus dem Ausland veränderte die Zusammensetzung der Aargauer Bevölkerung. Lag der kantonale Ausländeranteil 1950 noch erheblich unter dem Landesdurchschnitt, überstieg er diesen zwanzig Jahre später und entwickelte sich seit diesem Zeitpunkt praktisch im Gleichschritt mit den nationalen Zahlen (siehe Grafik 11). 1967 erreichte der Anteil der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz mit 14,7 Prozent die bisherige historische Höchstmarke vom Sommer 1914.<sup>74</sup> Sie wurde in der Folge nicht mehr signifikant unterschritten. 2018 erreichte der Ausländeranteil ein Viertel der Gesamtbevölkerung.

Während des Zweiten Weltkriegs war die ausländische Bevölkerung im Aargau deutlich zurückgegangen.<sup>75</sup> Ihr Anteil machte 1950 deshalb in den meisten Bezirken weniger als fünf Prozent aus (siehe Tabelle 05). Nach zwanzig Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs betrug er in vielen Gemeinden mehr als zwanzig Prozent. Ganz besonders galt dies 1970 für das Einzugsgebiet von Baden/Wettingen und Aarau. Zu diesem Zeitpunkt zogen vor allem die expandierenden Industriebetriebe ausländische Arbeitskräfte an. Das war der Grund für die hohen Ausländeranteile in den Bezirken Rheinfelden mit der chemischen Industrie und Zofingen, wo Textilien, Bekleidung und chemische Produkte hergestellt wurden.

Döttingen im Bezirk Zurzach wies schon 1960 einen vergleichsweise hohen Ausländeranteil auf. Namentlich im «Ausserdorf» wohnten Frauen und Männer aus Italien, die in der damals regional bestimmenden Holzindustrie tätig waren.<sup>76</sup> Fast jedes Dorf verfügte über eine kleine Möbelfabrik. In Döttingen waren dies Bugmann & Schifferle, Oberle & Hauss, Tütsch & Zimmermann und die

## Leonforte in Laufenburg und San Giovanni in Fiore in Wettingen

In den frühen 1950er-Jahren soll es gewesen sein, als der erste Fremdarbeiter aus San Giovanni in Fiore nach Wettingen kam.<sup>1</sup> Ihm folgten seither unzählige Männer und Frauen aus der kalabrischen Kleinstadt im äussersten Süden Italiens, der seit der Einigung des Landes Mitte des 19. Jahrhunderts eine Emigrationstradition kennt.

Die San Giovannesi fanden Arbeit im Baugewerbe – viele als geschätzte Gipserspezialisten – und in den Industriebetrieben der Region: bei der BBC/ABB in Baden und Birr, bei der Bronze-warenfabrik AG in Turgi oder der Spinnerei Kunz in Windisch. «Ein Freund holte seinen Freund, ein Bruder den nächsten Bruder», wird ein pensionierter Baupolier zitiert.<sup>2</sup> Dabei handelte es sich um eine Kettenwanderung.<sup>3</sup> Bei diesem Phänomen spielten nicht nur die fehlenden Arbeitsmöglichkeiten in Süditalien eine Rolle, sondern auch die Hilfe, welche die Einwanderinnen und Einwanderer bei der Wohnungs- und

Arbeitssuche und bei der Freizeitgestaltung erwarteten. In einer ersten Phase zogen Söhne, Brüder, Neffen, Cousins, Schwäger, Väter, Onkel und Schulkollegen nach Wettingen. Nach dem «zweiten Italienerabkommen» von 1964, das den Familiennachzug erleichterte, waren es auch Verlobte, Frauen und Kinder. Eine 1972 Zugewogene besuchte ihre Schwester und deren Familie in Wettingen und lernte während dieses Aufenthalts ihren späteren Mann kennen. «Helfen konnten sie mir nicht viel, da ich nicht [ausser Haus] arbeitete und mein Mann schon eine Wohnung hatte.»<sup>4</sup> Mit dem Jahrtausendwechsel kam die Zuwanderung aus San Giovanni in Fiore nach Wettingen zum Erliegen.<sup>5</sup>

Zu Beginn der 1970er-Jahre sollen 3275 San Giovannesi in Wettingen gelebt haben.<sup>6</sup> Grund genug für die dortige Fernsehstation, ihren Landsleuten in der Fremde mit einer Reportage den Puls zu fühlen. Im gleichen Jahr gründeten San Giovannesi mit anderen Landsleuten den Fussballclub Juventusina. Die Fremdarbeiterinnen und Fremdarbeiter vernetzten

sich auch im Boccia-Club, im Club Alpini und über die Italienermission der katholischen Pfarreien. Letztere wird besonders sichtbar, wenn am 24. Juni, dem Johannis-tag, der Schutzpatron der kalabrischen Heimatgemeinde gefeiert wird.

Eine ähnliche Situation entwickelte sich in Laufenburg, wohin viele Frauen und Männer aus Leonforte in Zentralsizilien kamen.<sup>7</sup> Sie arbeiteten in der Industrie, viele von ihnen in den Kera-Werken, oder den Pharma- und Leichtindustriebetrieben und belebten die in den 1960er- und 1970er-Jahren wenig beliebte Altstadt.

Auch in anderen Ortschaften bildeten sich Ballungen bestimmter Gruppen von Migrantinnen und Migranten. In Nussbaumen etwa wohnen besonders viele Personen, die aus Österreich kamen.<sup>8</sup> Fislisbach ist bekannt für zahlreiche indische Familien.

1 Blangetti 2018, 38–47.

2 Blangetti 2018, 39.

3 Biafora 2013.

4 Biafora 2013, Anhang.

5 Biafora 2013, 7 und 21.

6 Blangetti 2018, 39.

7 Lo Stanco, Ryser 2016.

8 Gespräch mit Gertraud Müllauer, 2019.

07 Stelleninserat, 1972: Die Glühlampenfabrik Aarau suchte händeringend nach Arbeitskräften. Auf Italienisch warb sie mit sauberen, im Sitzen zu erledigenden Montagearbeiten in hellen Arbeitsräumen mit den schönen, kostenlosen Arbeitsschürzen und dem einladenden Personalrestaurant.

The image shows a job advertisement for Glühlampenwerke Aarau AG. At the top, there are four light bulbs arranged in a row, each with the text 'AARAU LICHT' written across it. Below the bulbs, the text reads: 'Bestimmt haben wir für Sie die passende Arbeit!' followed by 'Glühlampenwerke Aarau AG, Unterefelden sucht'. The main heading is 'Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter' in large, bold letters. Below this, it says 'für saubere Montagearbeiten in ihre moderne Fabrik.' and 'Sie finden bei uns nebst neuzeitlichen Anstellungsbedingungen weitere ins Gewicht fallende Vorteile, über die wir Sie gerne persönlich orientieren möchten.' It then asks 'Rufen Sie uns doch an, damit wir mit Ihnen einen Termin vereinbaren können.' At the bottom, it provides the company name 'Glühlampenwerke Aarau AG' and contact information: 'Quellmatt, 5035 Unterefelden, Telefon 43 41 41'.

Möbelfabrik Döttingen AG. Dazu kamen die Sperrholzfabrik Hess & Co. und die drei Baugeschäfte Kaufmann, Torri und Birchmeier. Auch die Stahlbaufirma Zschokke-Wartmann AG, die Betonziegel AG sowie Betriebe in den benachbarten Gemeinden Klingnau, Kleindöttingen und Koblenz beschäftigten italienische Arbeitskräfte.

Einen zweiten Ballungsraum von Ausländerinnen und Ausländern im gleichen Bezirk bildete das «Dörfli», das zur Schweizerischen Sodafabrik Zurzach AG gehörte. Auch der Flecken Zurzach kannte Möbelfabriken: Minet & Cie., Jawurek & Söhne, Kern & Rudolf, die vor allem Männer beschäftigten. Frauen dagegen fanden Arbeit in den Wäschefabriken Zuberbühler & Co. AG, Triumph International oder Superfil AG und in der Schuhfabrik Oco. Mit dem Familiennachzug, der in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre erlaubt wurde, erhöhte sich der Ausländeranteil in Döttingen und Zurzach erneut. Das örtliche Gewerbe reagierte auf die neue Kundschaft mit besonderen Angeboten. Das Filmparadies Zurzach beispielsweise zeigte über mehrere Jahre an den wenig frequentierten Mittwoch- und Donnerstagabenden Filme in italienischer Originalversion als Reprisen (siehe Abb. 04).<sup>77</sup>

Der Anteil der ausländischen Bevölkerung war bis 1970 je nach Bezirk sehr unterschiedlich. Bis 2018 glichen sich die Werte der elf Aargauer Bezirke mit wenigen Ausnahmen an. Seit 1980 hält Baden den Spitzenwert, während die anderen Bezirke seit 1990 stark aufholten. Besonders in den Bezirken Kulm, Zofingen und Zurzach stieg der Ausländeranteil nochmals deutlich.

#### Saisoniers im Rotationsprinzip

Als sich die Schweiz in den 1950er-Jahren zu einem Einwanderungsland entwickelte,<sup>78</sup> setzten die Behörden anfänglich auf das Rotationsprinzip: Die Ausländer – prototypisch junge Italiener – sollten zwar die Bedürfnisse der Schweizer Wirtschaft befriedigen, aber nach verrichteter Arbeit wieder in ihre Heimat zurückkehren. Aus der ersten Phase stammt der Begriff «Gastarbeiter» für die Fremdarbeiter, weil man von einer temporären Arbeitstätigkeit in der Schweiz und einer endgültigen Rückkehr nach einigen Jahren ausging.

Dafür war 1931 das Saisonierstatut geschaffen worden. Es erlaubte einen neunmonatigen Aufenthalt, gekoppelt an eine Arbeitsstelle, mit anschliessender zwingender Ausreise. Brach die Konjunktur ein, konnten Saisonbewilligungen gestrichen und damit die Arbeitslosigkeit in der Schweiz tief gehalten werden (siehe Grafik 12). Das erste Abkommen mit Italien von 1948, das die Arbeitsimmigration in die Schweiz regelte, baute ebenso auf dem Rotationsprinzip. Dies lag in beiderseitigem Interesse, denn der italienische Staat hatte nach dem Zweiten Weltkrieg die Auswanderung zu einem seiner Regierungsziele erhoben.<sup>79</sup>

Die Regelung entsprach im Aargau den saisonalen Schwankungen des Arbeitsangebots in der Baubranche, der Nahrungsmittelindustrie und der Landwirtschaft: 1976 entfielen beispielsweise von den 6013 zugeteilten Saisonarbeiterbewilligungen 2605 auf das Baugewerbe, 815 auf Bauern- und Gemüsebaubetriebe, 605 auf das Gastgewerbe,

259 auf die Nahrungs- und Genussmittelherstellung.<sup>80</sup> Um flexibel reagieren zu können, waren 1455 Plätze für «Härtefälle» vorgesehen. Seit den frühen 1960er-Jahren wurden Saisonbewilligungen auch spanischen, jugoslawischen, türkischen und portugiesischen Staatsangehörigen ausgestellt. Die Praxis der Saisonbewilligungen endete 2002 mit den bilateralen Verträgen, welche die Personenfreizügigkeit mit den Ländern der Europäischen Union auf eine neue Grundlage stellten.

#### Assimilation statt Rotation

1964 schloss die Schweiz mit Italien ein zweites Abkommen, das die Zuwanderung regelte. Die Bestimmungen galten auch für Angehörige anderer Staaten. Dieses zweite «Italienerabkommen» überwand das Rotationsprinzip und verfolgte das Prinzip der Assimilation. Ab diesem Zeitpunkt wurde von den Einwanderinnen und Einwanderern erwartet, dass sie die hiesigen Gepflogenheiten beachteten.

Den Wechsel von der Rotation zur Assimilation beschleunigte das gesamteuropäische Umfeld. Die junge Europäische Wirtschaftsgemeinschaft kannte ein gewisses Mass an Personenfreizügigkeit und lenkte die Arbeitskräfte aus dem südlichen Europa an der Schweiz vorbei nach Deutschland und in die Benelux-Staaten. Umso attraktiver mussten die Arbeitsbedingungen und die Einwanderungsbestimmungen geregelt sein.

Das Abkommen von 1964 sah die Jahresbewilligung als die übliche fremdenpolizeiliche Genehmigung vor, die bei Verlängerung zu einem ununterbrochenen Wohnsitz in der Schweiz und – je nach Staatsangehörigkeit – nach fünf respektive zehn Jahren zu einer Niederlassungsberechtigung führte. Zudem vereinfachte man damit den Nachzug von Ehegatten und Kindern. Trotz dieser Lockerung befand sich die Aargauer Fremdenpolizei in den 1960er- und 1970er-Jahren in einem ständigen Ringen und in rechtlichen Auseinandersetzungen mit kleinen und mittleren Betrieben um die Einstellung ausländischer Arbeitskräfte.<sup>81</sup> Besonders das Gastgewerbe machte sich für Bewilligungen stark und erhob oft den Vorwurf, im Aargau würden Industrie und Baugewerbe bevorzugt behandelt.

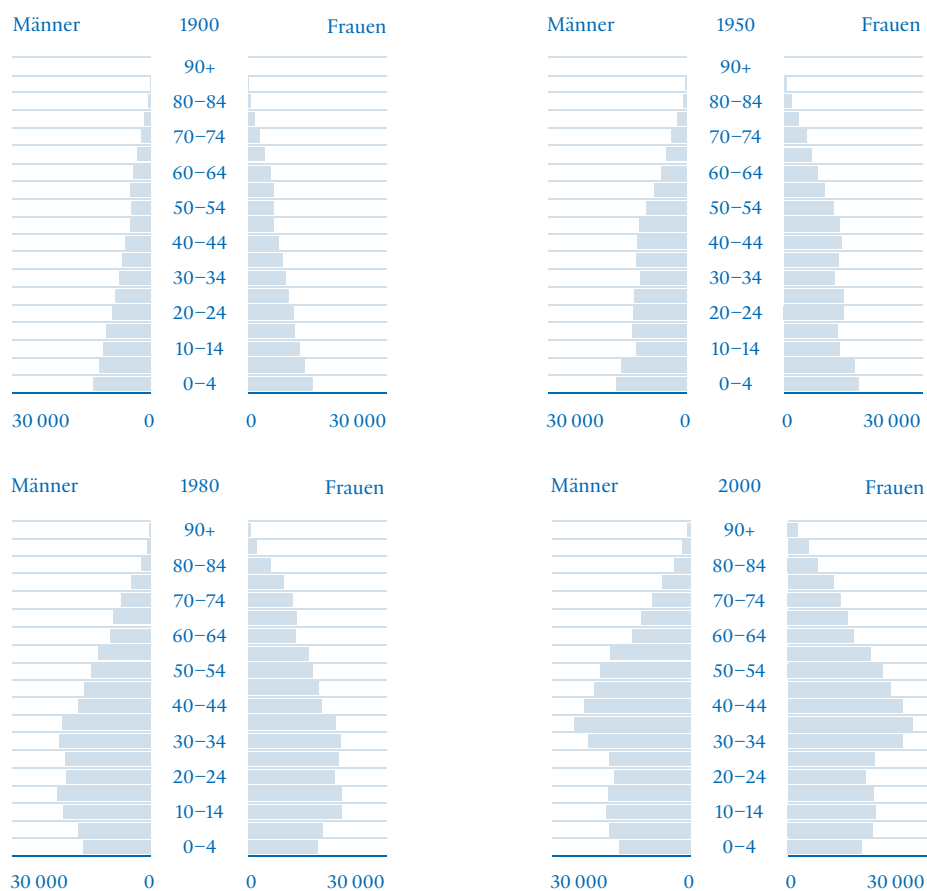
#### Zuwanderung aus dem ehemaligen Jugoslawien

Jüngst verdienen die Einwanderungsgruppen aus Südosteuropa Beachtung, namentlich aus den Nachfolgestaaten des in den 1990er-Jahren zerfallenen Jugoslawiens.<sup>82</sup> Vor 1980 handelte es sich um eine kleine, unauffällige und gut integrierte Personengruppe. Häufig übten sie Berufe aus, die eine gute Ausbildung bedingten: Ärzte, Zahnärzte, Krankenschwestern, Pflegerinnen und Pfleger. Wenig gebildete Personen aus Jugoslawien lebten kaum in der Schweiz. Mässig gut bezahlte Stellen besetzten schon die Italienerinnen und Italiener. Die meisten Jugoslawinnen und Jugoslawen kamen aus dem kroatischen und dem slowenischen Landesteil.

Mit dem Tod des jugoslawischen Staatschefs Tito im Jahr 1980 verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation, die politischen Spannungen stiegen. 1985 machten die Jugoslawinnen und Jugo-

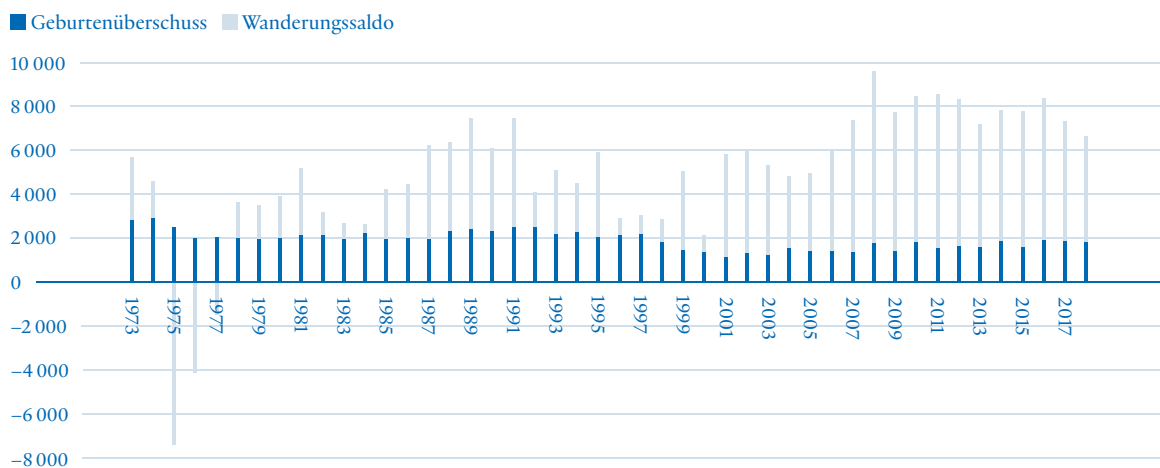
Grafik  
09

### Altersstruktur der Gesamtbevölkerung 1900–2000



Grafik  
10

### Entwicklung der Aargauer Bevölkerung 1973–2019 (absolute Zahlen)

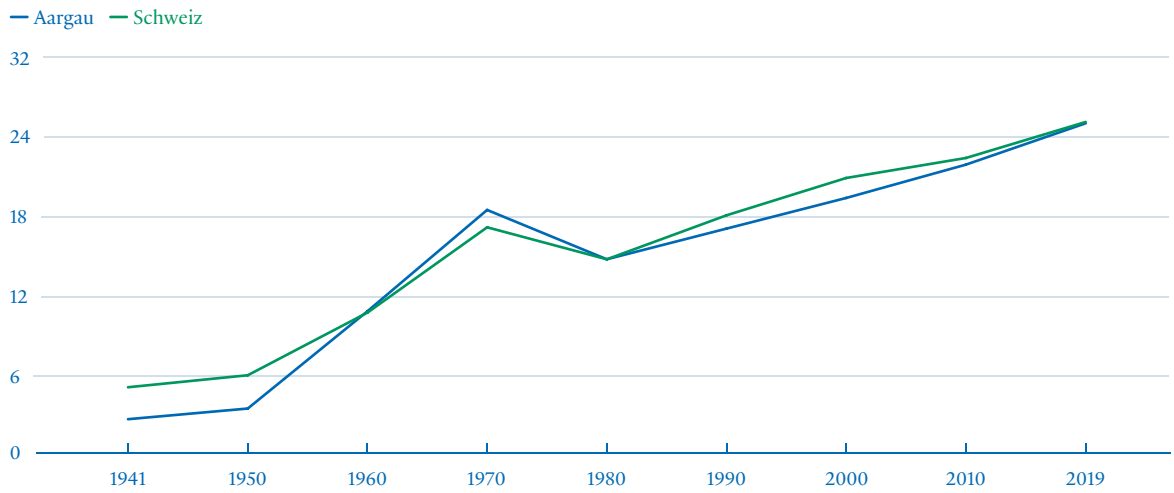


Grafik 09 In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kletterte im Aargau die grösste Alterskohorte, die von 1940 bis 1965 Geborenen, die Bevölkerungspyramide hoch. Immer deutlicher zeigte sich der Geburtenrückgang in der insgesamt wachsenden Kantonsbevölkerung. Quelle: Datenportal Statistik Aargau.

Grafik 10 Seit der Aargau 1973 eine eigene Bevölkerungsstatistik begann, wuchs die Bevölkerung jedes Jahr. Mit einer Ausnahme: In der Rezession wanderten von 1975 bis 1977 13 005 Personen aus dem Aargau ab. Quelle: Datenportal Statistik Aargau.

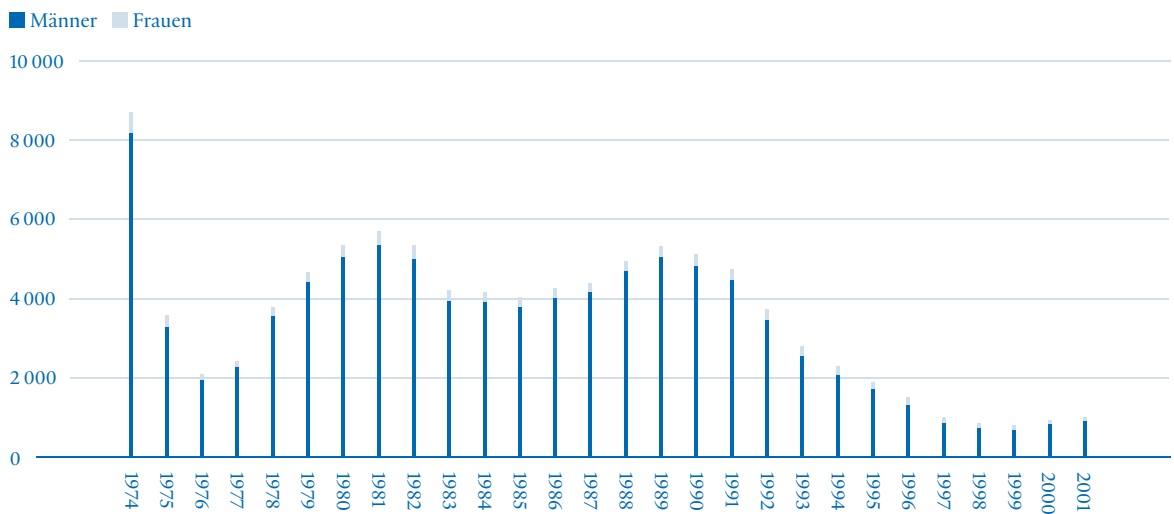
Grafik  
11

Anteil der ausländischen Bevölkerung 1941–2019 (in Prozent)



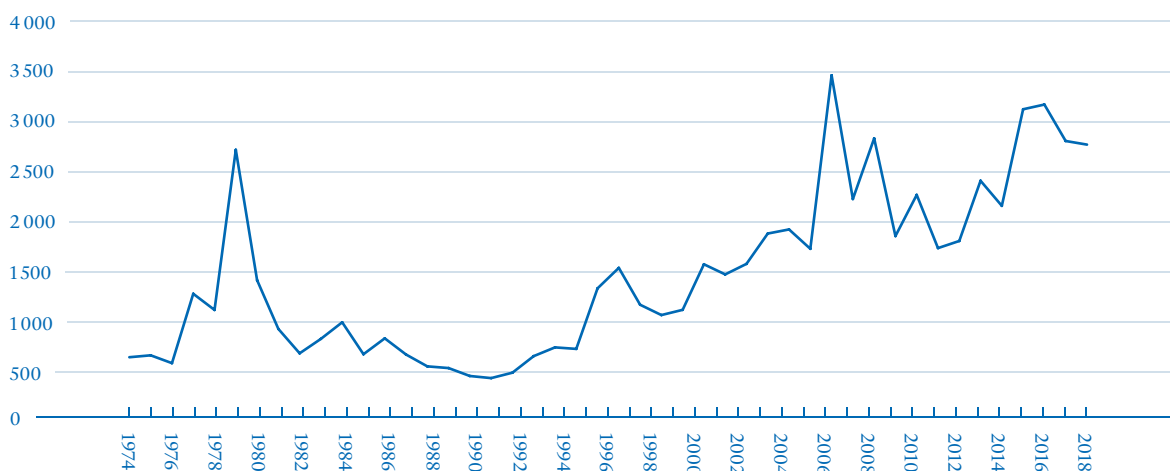
Grafik  
12

Saisonniers im Aargau 1974–2001 (jeweils Ende August)



Grafik  
13

Einbürgerungen Aargau 1974–2019 (absolute Zahlen)



Grafik 11 Nachdem der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung im Aargau gegenüber dem Landesmittel aufgeholt hatte, erlebte der Kanton einen stärkeren Rückgang. Seit 1980 wuchs der Wert praktisch gleich wie der nationale Durchschnitt. Quellen: Bundesamt für Statistik.

Grafik 12 Die Zahl der Saisoniers im Aargau sank seit den 1970er-Jahren markant. Die Wirtschaft verlangte nach Jahresbewilligungen, um die Arbeitskräfte und ihr Wissen in den Betrieben halten zu können. Die Baubranche verzichtete auf den Arbeitsunterbruch im Winter. Frauen mit Saisonbewilligungen blieben eine Ausnahme. Quelle: Statistik Aargau.

Grafik 13 Beide Höhepunkte in der Anzahl von Einbürgerungen ergaben sich aufgrund der verstärkten Zuwanderung im vorangehenden Jahrzehnt. Einbürgerungswillige nutzten die Chance eines gesicherten Aufenthaltsstatus, häufig mit dem Vorteil der seit den 1990er-Jahren erlaubten doppelten Staatsbürgerschaft. Quelle: Statistik Aargau.



slawen 13 Prozent der ausländischen Bevölkerung im Aargau aus und waren damit die zweitgrösste Ausländergruppe hinter der italienischen.<sup>83</sup> In den fünf Jahren bis 1990 stieg ihre Anzahl von 9354 auf 16 928.<sup>84</sup> Der wichtigste Grund dafür war die Aufhebung der Autonomie der Provinz Kosovo, welche die Repression gegen die albanische Volksgruppe und deren Diskriminierung nach sich zog. Mit dem Beginn der Staatenzerfallskriege und der Unabhängigkeit der früheren Republiken verstärkte sich der Zustrom. Die Familien folgten den Vätern, Brüdern und weiteren Verwandten, die bereits in der Schweiz wohnten. Plötzlich nahm ein Teil der Schweizer Öffentlichkeit die einstigen «Traumausländer» als Problem wahr, und den Menschen aus den bald unabhängigen Staaten Kroatien, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Kosovo und Nordmazedonien schlugen stereotype Vorurteile entgegen.

Wie schon die Italienerinnen und Italiener begannen sich die «Ex-Jugoslawen» zu organisieren. Innerhalb der einzelnen Ethnien, Sprachgruppen und Konfessionen pflegten sie ihre Identität und bahnten sich ihren Weg in der Schweizer Mehrheitsgesellschaft.<sup>85</sup> Die jahrzehntelange Arbeit der im Aargau tätigen albanischen Tanzschule Shota steht für viele erfolgreiche Organisationen in diesem Bereich.<sup>86</sup>

#### Globalisierung der Zuwanderung

Seit den epochalen geopolitischen Umwälzungen mit dem Fall des Eisernen Vorhangs veränderte sich auch die globale Migration grundlegend.<sup>87</sup> Einerseits vergrösserten sich die Distanzen, andererseits erhöhte sich die Frequenz der Wanderungsbewegungen. In den 1990er-Jahren boten die ersten Fluggesellschaften Low-Cost-Flüge innerhalb Europas an. Das Schengen-Abkommen erleichterte den Grenzübergang, und seit die EU mit den Osterweiterungen bis 2013 28 Mitgliedstaaten umfasst, sind die Voraussetzungen für die Pendelmigration von Osteuropäerinnen gegeben. Ihre Dienste als Haushalthilfen und Pflegende sind in der alternden Gesellschaft gefragt.

Wie erwähnt, stammten die im Aargau lebenden Ausländerinnen und Ausländer meistens aus europäischen Ländern.<sup>88</sup> Seit der Zwischenkriegszeit bilden Deutsche mit Abstand die grösste Gruppe. Bis 1970 machten die Italienerinnen und Italiener bis zu drei Viertel aller Ausländerinnen und Ausländer aus, doch wanderten schon Personen aus Spanien, Portugal und dem damaligen Jugoslawien zu. Noch im Jahr 2000 stellten italienische Staatsangehörige mit einem Anteil von 23,5 Prozent die grösste Bevölkerungsgruppe. Zehn Jahre später waren dies deutsche Staatsangehörige mit 19,9 Prozent, während Personen italienischer Nationalität noch 17,9 Prozent der ausländischen Wohnbevölkerung ausmachten.<sup>89</sup>

Nicht nur die absolute Zahl und der prozentuale Anteil der Ausländerinnen und Ausländer stiegen in den letzten Jahrzehnten, auch kamen sie aus immer mehr Staaten. 1990 standen 32 Staaten auf der Liste mit mehr als hundert Personen im Aargau, 2000 waren es schon 46, im Jahr 2010 sogar 58.<sup>90</sup> Diese Entwicklung ergab sich mit den

weltweiten Flüchtlingsströmen, die nach 1980 auch die Schweiz und damit den Aargau erreichten.<sup>91</sup> Waren es anfänglich Menschen aus kommunistisch regierten Gebieten wie Ungarn, Tibet, Tschechoslowakei, Kambodscha und Vietnam, suchten jetzt Personen aus bürgerkriegsgeschüttelten Staaten wie Sri Lanka, dem zerfallenden Jugoslawien, Eritrea, Afghanistan und Syrien Schutz und eine Lebensperspektive.

#### Akzentuierte Überfremdungsfrage

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs kam die Schweiz in eine ökonomisch günstige Lage.<sup>92</sup> Die hiesige Industrie war von den Verheerungen des Kriegs verschont geblieben und konnte direkt zum Wiederaufbau und zur wirtschaftlichen Erholung Europas beitragen. Der überraschend schnelle Aufschwung liess Arbeitsplätze entstehen, die mit einheimischen Kräften nicht mehr zu besetzen waren, besonders weil nach 1945 geburtenschwache Jahrgänge die Berufstätigkeit aufnahmen. Trotz zwei milder konjunktureller Abschwächungen vor 1950 und vor 1960 stieg die Zahl meist italienischer Arbeitskräfte schweizweit zwischen 1946 und 1960 von 40 000 auf 292 000.<sup>93</sup> Spätestens ab Mitte der 1960er-Jahre nahmen gewisse Kreise diese Dynamik der Zuwanderung aus dem Ausland als ambivalent wahr.<sup>94</sup> Nach ihrem Dafürhalten stimmte die rasante Bevölkerungsentwicklung nicht mehr mit dem nationalen Selbstverständnis überein, sodass Ängste bis hin zu Fremdenfeindlichkeit aufkamen. Die Rede war von «Überfremdung», ein Begriff, der inhaltlich unscharf blieb (siehe «Überfremdung», S. 240). Obwohl der Bundesrat scharfe Massnahmen einleitete, welche die Einwanderung dämpften, kam es zwischen 1965 und 1977 zu fünf eidgenössischen Vorlagen, welche die Einwanderung thematisierten.<sup>95</sup> Zur ausländerpolitisch aufgeheizten Stimmung jener Jahre passte, dass 1979 das erste eidgenössische Asylgesetz in Kraft trat.

Einer, der die Überfremdungsdebatte hautnah erlebte, war Luigi Marchesin (\*1949).<sup>96</sup> Er zog 1963 aus der norditalienischen Provinz Treviso zu seinen Eltern nach Lenzburg. Seine Mutter war dort bereits 1952 während der arbeitsintensiven Erntesaison bei Hero Konserven tätig gewesen, zwei Jahre später fand sein Vater Arbeit als Flachmaler. Die Schulzeit verbrachte Marchesin bei Grossmutter und Tante in Ormelle, die dreimonatigen Sommerferien ab 1956 jeweils im Aargau. Der schulentlassene Jüngling lernte in der Eisenwarenhandlung von Walter Bertschi-Roeschis (1902–1985) nicht nur ein erfüllendes Berufsfeld kennen. Er erfuhr auch Förderung und Ermutigung zur Integration als freiwilliger Feuerwehrmann und Stadtkanonier im Jugendfestkomitee. Seine spätere Ehefrau Rita Bernardo (\*1957) übersiedelte 1971 zu ihren ebenfalls bei Hero Konserven tätigen Eltern. Sie machte eine Anlehre als Verkäuferin in der Bäckerei Ortelli, bevor sie 1977 heiratete und drei Kinder bekam. Die Familie Marchesin-Bernardo engagierte sich in vielen Bereichen bei der Missione Cattolica Italiana und fussballerisch bei der Squadra Azzurra Lenz-

## Türkischer Verein Seon: zwischen Tee, Gebet und Fussballtor

Die Gemeinde Seon wies in den 1980er-Jahren europaweit die zweithöchste türkische Bevölkerungsdichte auf – gleich hinter Berlin.<sup>1</sup> So ist es im kollektiven Gedächtnis des lokalen Türkischen Vereins verankert. Dass in jenen Jahren rund 500 Personen türkischer Herkunft am Tor zum Seetal lebten, hing mit der Buntweberei Müller & Cie. zusammen.<sup>2</sup> Das in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gegründete Traditionsunternehmen richtete sich nach dem Zweiten Weltkrieg auf den Export von Blusen, Hemden und Uniformstoffen aus. Es beschäftigte seit den 1960er-Jahren zahlreiche Hilfskräfte aus der Türkei, bei einer Belegschaft von über 400 Köpfen. Die Firma brachte sie in firmeneigenen Mehrfamilienhäusern unter.<sup>3</sup>

Von der damaligen Besitzerfamilie ging 1977 auch die Initiative zur Gründung des Vereins für soziale Zusammenarbeit der

türkischen Arbeiter in Seon und Umgebung aus. Rudolf Müller legte die erste finanzielle Grundlage für die Integrationsarbeit des Vereins. Beratung bei sozialen Fragen und gegenseitige Hilfe bei beruflichen Problemen gehören seither zum festen Programm. Nach steinigen Anfangsjahren übernahmen 1984 die hundert Mitglieder in einem ehemaligen Müller-Fabrikgebäude am Aabach die Lokalitäten des von Italienern geführten Circolo ACLI Seon, der sich damals langsam auflöste. Endlich stand ein ständiger Treffpunkt zur Verfügung, wo sich die Männer zum Teetrinken, Fussballschauen und zu Brettspielen treffen konnten. 1988 entstand die Fussballsektion Ataspor, in der Nachfolge des kränkelnden FC Italia. Fast gleichzeitig richtete man einen Gebetsraum ein, wo seither ein Geistlicher die Gebete leitet und Unterricht erteilt. Zehn Jahre später erklang die erste türkischsprachige Sendung im Aargauer Lokalradio Kanal K. Der Verein habe sich den sich ständig wandelnden Bedürfnissen

der Mitglieder angepasst, betont Präsident Ali Osman Köseciogullari (\*1956). Die verschiedenen Wünsche bilden auch die vielfältige soziale, politische, religiöse und regionale Herkunft der Vereinsmitglieder ab.

Seit den 1980er-Jahren gehört der Türkische Verein zum festen Bestandteil des Seoner Dorflebens. Er beteiligt sich mit seinen rund 400 Mitgliedern am Jugendfest, am Fussballturnier, an der Gewerbeausstellung und bemüht sich zusammen mit den örtlichen Pfarreien um die Kontaktgruppe Christen-Muslime.<sup>4</sup> Frauen leisteten von Anfang an einen wichtigen Beitrag zum Vereinsleben, seit 2014 sind sie auch im Vorstand vertreten. Sie beteiligen sich am lokalen Grüezi-Treff, wo sich Frauen aus aller Welt zu Austausch und Bildungsveranstaltungen treffen.

1 Gespräch mit Ali Osman Köseciogullari, Orhan Tulgar und Ünal Köseciogullari, 2020.

2 Schweizer Fernsehen SRF: «Türken in Seon», in: Rundschau, 9.6.1993.

3 Köseciogullari 2009.

4 Lenzburger Nachrichten, 10.3.2017.

08 Mitglieder des Türkischen Vereins Seon im Februar 2020 beim Brettspiel im Vereinslokal am Aabach.





burg.<sup>97</sup> Marchesin erfuhr trotz seiner Integrationsbemühungen Ablehnung. Deshalb kam er der Aufforderung seines Chefs Walter Bertschi-Roeschis nach, am Abend nach der Abstimmung über die letztlich verworfene Schwarzenbach-Initiative auf dem Lenzburger Gofersberg ein Freudenfeuerwerk zu zünden.

#### «Stabilisierung der ausländischen Arbeitskräfte»

Das katholisch-konservative *Aargauer Volksblatt* fasste das Dilemma der Überfremdungsdiskussion im April 1969 so zusammen: «Das Gastarbeiterproblem ist eine Frage des rechten Masses, des Masshaltens. Mass muss die Wirtschaft halten und Vernunft bewahren müssen auch jene, die unsere Eigenart nicht dem Wohlstand zuliebe preisgeben wollen. Die letzteren sollten nie vergessen, dass die Schweiz immer wieder im Verlaufe der Geschichte wertvolle Blutauffrischung durch Zuwanderung erhalten und eine grosse natürliche Assimilierungskraft bewiesen hat; ihre Gesprächspartner von der Wirtschaft aber sollten sich mehr als bisher darüber Rechenschaft ablegen, dass diese Assimilierbarkeit verunmöglicht wird, wenn die Zuwanderer zu einem Staat im Staate, zu einer Gesellschaft in der Gesellschaft werden, die sich vom Schweizer Volk absondert und zugleich von ihm abgestossen wird.»<sup>98</sup>

Im November 1969 wurde an einer Tagung im Stapferhaus in Lenzburg «Das Problem der Überfremdung in der Schweiz» diskutiert.<sup>99</sup> Siebzig Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Bildung, Migrationsorganisationen, Presse/Medien und Politik aus allen Sprachregionen setzten sich mit den möglichen Folgen der «Schwarzenbach-Vorlage» auseinander. James Schwarzenbach (1911–1994) vertrat dabei die Anliegen der von der «Nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat» eingereichten zweiten Initiative «gegen die Überfremdung und Überbevölkerung der Schweiz». Im Vorfeld der Abstimmung am 7. Juni 1970 zu dieser Vorlage erklärte sich die BBC in der Hauszeitung: «Die Geschäftsleitung bekennt sich vorbehaltlos zum Ziel der Stabilisierung der ausländischen Arbeitskräfte, da vor allem auch die menschlichen Probleme des Zusammenlebens im Betrieb und in der Wohngemeinschaft bedacht sein müssen. Sie ist aber keinesfalls der Meinung, unsere schweizerische Eigenart sei durch die anwesenden Ausländer gefährdet.»<sup>100</sup> Handfeste wirtschaftliche Interessen wurden schon früher in die Diskussion eingebracht,<sup>101</sup> schliesslich beschäftigte die BBC allein in Baden 7300 Ausländer, über die Hälfte der gesamten Belegschaft. Überdies fehlten ihr 1970 wegen der restriktiven Massnahmen des Bundesrates rund tausend Arbeitskräfte.<sup>102</sup> Dagegen befürwortete ein Teil der Gewerkschaften die Initiative.<sup>103</sup> Gerade bei den ausschliesslich am Gewinn interessierten Spitzen von Industrie und Wirtschaft wurde die Ursache für das Malaise in einer Wortmeldung an der Generalversammlung der Emausbruderschaft Baden von 1970 verortet: «Man habe zu lange zugewartet und als Folge sei beim Volk die Angst vor einer Überfremdung entstanden.»<sup>104</sup>

Zur Stabilisierung des ausländischen Bevölkerungsanteils trugen auch Rückwanderinnen und Rückwanderer bei. Zu ihnen zählte Concetto

Vecchio (\*1970), der bis zum Alter von 14 Jahren in Staufeuern lebte.<sup>105</sup> Seine Eltern – die Mutter bei Zeiler Verpackungen AG in Lenzburg und der Vater bei Thut Möbel in Möriken als Möbelschreiner angestellt – pflegten hauptsächlich Kontakte zu Landsleuten. Während sein Vater an Heimweh nach Sizilien litt und in 23 Jahren kein Deutsch lernte, erlebte seine Mutter grössere Freiheiten und hatte mehr Entfaltungsmöglichkeiten als in Italien. Trotzdem kehrte die Familie 1984 zum Leidwesen des Teenagers nach Italien zurück. Den Fussball und die Bezirksschule in Lenzburg sowie die Kollegen vermisste er sehr, auch wenn er zuweilen als Italiener verunglimpft worden war.

Die Rückwanderung von ausländischen Arbeitskräften in ihre Heimatländer wurde durch die Abwanderung in andere Kantone ergänzt, wie der Jahresbericht der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK) 1978 festhielt. Sie stellte sich die Frage, «ob nicht vielleicht in unserem Kanton eine stärkere Verunsicherung der Ausländer stattgefunden hat als andernorts».<sup>106</sup> Vergleichsweise tiefe Löhne in der Industrie zog die AIHK dabei nicht in Betracht.

Andere Ausländergruppen bemerkten während der Überfremdungsdiskussion nur wenig von den Anfeindungen gegenüber den Italienern.<sup>107</sup> Wer etwa als österreichischer, niederländischer, tschechoslowakischer oder ägyptischer Ingenieur bei der BBC in Baden arbeitete, bekam davon wenig mit.

#### Unternehmen gegen Politik

Letztlich verwarf die Schweiz die Schwarzenbach-Initiative mit 54 Prozent Nein-Stimmen und 15 ablehnenden Ständen.<sup>108</sup> Auch der Aargau lehnte mit 52,5 Prozent der Stimmen ab, wobei die Bezirke Kulm, Zofingen und Lenzburg zustimmten (siehe Tabelle 06). Auch die weiteren drei eidgenössischen Vorlagen fanden weder auf nationaler noch auf kantonaler Ebene Mehrheiten. Im Verlauf der folgenden vier Jahrzehnte verwarf der Aargau 1981 die von linker Seite eingebrachte «Mitenand-Initiative für eine neue Ausländerpolitik» ebenso wie 1988 die Volksinitiative «Für die Begrenzung der Einwanderung». Im Jahr 2000 befanden Volk und Stände über die vom damaligen freisinnigen Grossrat Philipp Müller (\*1952) aus Reinach lancierte Volksinitiative «Für eine Regelung der Zuwanderung». Die wegen des anvisierten maximalen Ausländeranteils «18-Prozent-Initiative» genannte Vorlage fand landesweit die Zustimmung von gut einem Drittel der Abstimmenden, im Aargau von fast der Hälfte. Im Bezirk Zofingen wurde sie knapp, im Bezirk Kulm überdeutlich angenommen. Bei der Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten» dagegen trug der Aargau mit einer deutlichen Zustimmung in allen Bezirken zum gesamtschweizerischen Erfolg der Vorlage bei.

Nicht nur Grossbetriebe wie die BBC befürchteten negative Auswirkungen durch Überfremdungsvorlagen. Vor der Abstimmung über die dritte Überfremdungsinitiative im Oktober 1974 wandte sich der langjährige geschäftsführende Direktor und Inhaber der Textildruckerei Suhr an seine fünfzigköpfige Belegschaft.<sup>109</sup> Fritz Hediger (†1989) drückte sich sorgfältig aus: «Sicher wird sich

jeder stimmberechtigte Schweizerbürger unseres Betriebes Rechenschaft darüber ablegen müssen, dass unser heutiges Produktionsniveau nur in Zusammenarbeit mit allen Mitarbeitern weiterhin aufrechterhalten werden kann. Ein Abbau von ausländischen Arbeitskräften in diesem Ausmasse, wie er in der Initiative der Nationalen Aktion vorgesehen ist, hätte zweifelsohne schwerwiegende Folgen für unseren Betrieb. Diese Tatsache und auch die mit einer allfälligen Annahme der Initiative verbundenen menschlichen Aspekte sollte man sich am kommenden Wochenende jedenfalls gebührend vor Augen halten und seine Entscheidung möglichst objektiv, d. h. frei von Gefühlsmomenten treffen.»<sup>110</sup>

Abgesehen von der menschlichen Seite und dem Bedarf an Arbeitskräften betonte die AIHK den Wert der Ausländerinnen und Ausländer als Konsumenten. Sie hielt im Jahresbericht von 1975 fest: «Im Gemüsebau bestätigte die genaue Erfassung der Anbauflächen während der Sommermonate erneut die starke Stellung des Aargaus bei der Produktion von Saisongemüse. Da mit der rezessionsbedingten Rückwanderung vieler Gastarbeiter sehr gute Gemüsekonsumenten als Abnehmer ausfallen, ist mit einer verschärften Konkurrenzierung der einzelnen Anbaugebiete [im Aargau] unter sich zu rechnen.»<sup>111</sup> Die ausländische Wohnbevölkerung war demnach in vielerlei Hinsicht ein bedeutender Bestandteil der hiesigen Volkswirtschaft geworden.

#### Wachsende Zahl von Einbürgerungen und Doppelbürgerschaften

Die hohe Ausländerquote in der Schweiz ergab sich auch aus den vergleichsweise restriktiven Regelungen bezüglich der Naturalisierung von Ausländerinnen und Ausländern.<sup>112</sup> Vor allem die zwölfjährige Wartezeit bis zur Einbürgerung führte zu einem relativ hohen Ausländeranteil.<sup>113</sup> Die Zahl der Einbürgerungen erreichte gegen Ende der 1970er-Jahre einen ersten Höhepunkt, als die zahlreichen Zuwanderinnen und Zuwanderer des vorigen Jahrzehnts die Schweizer Staatsbürgerschaft anstrebten (siehe Grafik 13). Nach einem zwischenzeitlichen Abflachen stiegen die Zahlen nach 1990 wieder an, bedingt durch eine Gesetzesänderung, die aus Schweizer Sicht die Doppelbürgerschaft erlaubte.<sup>114</sup> Das bisherige Maximum von 2006 war eine Folge der kriegsbedingten Einwanderung der 1990er-Jahre aus Ex-Jugoslawien. Der jüngste Höhepunkt lässt sich auf die Einführung der Personenfreizügigkeit mit den Ländern der Europäischen Union in den frühen Nullerjahren zurückführen.

Das Bundesamt für Statistik ging für das Jahr 2017 davon aus, dass 37,2 Prozent der Schweizer Bevölkerung über einen Migrationshintergrund verfügte.<sup>115</sup> Die Untersuchung zählte im Wesentlichen im Ausland geborene Personen und eingebürgerte Schweizerinnen und Schweizer der ersten Einwanderergeneration zum Personenkreis «mit ausländischen Wurzeln». Für den Aargau kann man von vergleichbaren Verhältnissen ausgehen. Mit einem verwandten Phänomen befasste sich eine 2018 veröffentlichte Studie, welche die zunehmende Zahl der Doppelbürgerschaft von Schweizerinnen und Schweizern untersuchte.<sup>116</sup> Die Forschung arbeitete

für 2016 heraus, dass 900 000 Schweizer Staatsangehörige mit Wohnsitz in der Schweiz über eine weitere Staatsbürgerschaft verfügten. Dies entsprach einem Siebtel der Schweizer Bevölkerung im Inland. Auch hier deutet nichts darauf hin, dass sich die Aargauer Anteile davon unterscheiden.



# Testfeld Planung

## Raumentwicklung, Städtebau und Architektur

Die Dynamik der Nachkriegsmoderne spiegelt sich nirgendwo so augenscheinlich wie in der rasanten Veränderung der Kulturlandschaft. Der Aargau als Territorium zwischen den Zentren erfuhr dabei eine eigene Entwicklung. Hier öffnete sich Raum für Experimente – im Guten wie im Schlechten. In den ersten Jahrzehnten nach 1945 entstanden behördliche Planungsinstrumente, während sich gleichzeitig die von einer überragenden Mehrheit bejubelten Monumente der neuen Zeit in die Topografie einschrieben: Autobahnen, Einkaufszentren, Hochhäuser. — *Fabian Furter*

### Raumrelevante Aspekte zum Boom der Nachkriegszeit

«Die Zukunft stellt ungeheure Aufgaben. Man muss wissen, was man will, sonst hat man nur zu klagen. Man muss einen Plan haben, ein klares Bild.» Mit diesen Worten leitete 1959 der damals 27-jährige Hans Ulrich Scherer (1932–1966) in einem programmatischen Aufsatz seine Aufforderung zu mutigen raumplanerischen Taten ein.<sup>117</sup> Der aus Klingnau stammende Architekt hatte die interdisziplinäre Arbeitsgruppe «team brugg 2000» gegründet, welche 1958 eine lokal viel beachtete Ausstellung mit Vorschlägen zur Planung der Kleinstadt bis zur Jahrtausendwende präsentiert hatte.<sup>118</sup> In welchem Kontext muss Scherers Aufruf verstanden werden? Welche Effekte hatte die anhaltende Hochkonjunktur für die gebaute Umwelt?

#### Wachstum und Mobilität als treibende Kräfte

Das damalige Wachstum spiegelt sich anschaulich in Zahlen: Zwischen 1941 und 1970 wuchs die Bevölkerung im Aargau von 270 000 auf 433 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Damit lag der Kanton klar über dem Landesmittel (siehe «Demografie», S. 35).<sup>119</sup> Diese Menschen – darunter die Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter aus den Mittelmeerländern – brauchten Wohnungen. Das Wirtschaftswunder brachte ausserdem eine rapide Vermehrung der Kaufkraft. Der Reallohn hatte sich zwischen 1945 und 1970 mehr als verdoppelt.<sup>120</sup>

Wohlstand potenzierte den Bedarf an Wohnraum zusätzlich. Hinzu kam der Trend zu kleineren Familien und Einzelhaushalten.

Die relevanteste Antriebskraft aller raumgreifenden Entwicklungen in den Nachkriegsjahren war letztlich die Automobilisierung der Gesellschaft. Sie war nicht bloss eine verkehrsplannerische Einflussgrösse, sie veränderte die räumlichen Strukturen und Prozesse fundamental.<sup>121</sup> Wo man mit dem Auto gut hinkam, wurde gebaut. So entstand beispielsweise schon 1939 die Möbelpfister-Fabrik in Suhr direkt an der Landstrasse Zürich–Bern. Mit der Eröffnung der Autobahn wurden die Landstrassen von den Automobilströmen entlastet, und die Schwergewichte der Siedlungsentwicklung verlagerten sich hin zu den neuen Verkehrsadern. So erklärt sich das markante Gebäude von Möbel Pfister an seiner heute eher peripheren Lage ebenso wie eine Vielzahl von verschwundenen oder zweckentfremdeten Tankstellen und anderen Dienstleistungsangeboten, denen die Autobahn die Existenzgrundlage entzog.

Die 1950er- und insbesondere die 1960er-Jahre brachten die Massenmotorisierung. 1970 fuhren mit 1,3 Millionen Fahrzeugen zehnmal mehr Privatautos auf Schweizer Strassen als 1950.<sup>122</sup> Autogerechte Planung war das kaum hinterfragte Credo. 1960 war Baustart für das Nationalstrassennetz und damit für das grösste Infrastrukturprojekt der Schweiz.

## Spekulation, Teuerung und Dämpfungsmassnahmen

Das alles blieb nicht ohne Wirkung: Seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich das Mittelland tiefgreifender verändert als in den 3000 Jahren Kulturgeschichte davor. Das real in Bauten investierte Kapital vervierfachte sich alleine zwischen 1945 und 1975.<sup>123</sup> Mehr als drei Viertel aller Bauten im Kanton Aargau stammen aus der Zeit nach 1945. In nackten Zahlen heisst das: Die neue Zeitrechnung begann mit einem Baubestand von 35 000 Einheiten im ganzen Kanton. 2019 waren es 153 000.<sup>124</sup>

Es mangle nicht an Versuchen, durch weitgespannte Planung das Entstehen von geordneten Ortsbildern zu fördern, schrieb 1964 der aus Wettingen stammende Lehrer, Künstler und nachmalige Direktor des Kunsthouses Aarau, Heiny Widmer (1927–1984). Noch würden diese Bemühungen aber sehr oft an der Bodenspekulation scheitern, die sich auf die Verfügungsfreiheit über das Privateigentum berufe und so Landschaften, Städte und Dörfer einer «sinnentleerten Bauerei» ausliefere.<sup>125</sup> Kommunale Bauordnungen umfassten – sofern sie überhaupt existierten – im Wesentlichen nur baupolizeiliche Vorgaben. Bestimmungen also, welche der Sicherheit dienten und Schaden an Leib und Eigentum abwenden sollten.<sup>126</sup> Sie regelten Grenzabstände, Gebäudetiefen oder Baulinien, enthielten aber kaum Leitideen für eine gesamtheitliche Entwicklung von Siedlungen.

Das in seinen Strukturen veraltete Baugewerbe vermochte den chronischen Nachfrageüberschuss auf dem Immobilienmarkt dreissig Jahre lang nicht aufzuholen. Bauen wurde teurer, so rasch wie noch nie, oft mehr als zehn Prozent pro Jahr. Zwischen 1957 und 1972 verdoppelten sich die indexierten Baukosten mit einer starken Akzentuierung in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre.<sup>127</sup>

Spekulation und Teuerung im Bausektor wurden deshalb wiederholt Gegenstand hitziger politischer Debatten. 1959 forderte der Schweizerische Bauernverband einen Verfassungsartikel über den Erhalt der Agrarflächen, damit die Landwirte vom Druck auf die Bodenpreise entlastet würden.<sup>128</sup> Die Sozialdemokratische Partei (SP) lancierte 1963 eine Volksinitiative, mit der sie ein neues Bodenrecht forderte. Um der Preistreiberei einen Riegel zu schieben, sollte dem Staat ein Vorkaufsrecht bei der Veräusserung von privaten Grundstücken gewährt werden. Dieses Begehren wurde 1967 zwar deutlich verworfen (im Aargau mit 70 % Nein-Stimmen), gleichwohl blieb es über Jahre Nährboden für die Kontroverse um ein allseits anerkanntes Problem.

1964 erliess der Bund erstmals zeitlich beschränkte Beschlüsse «über die Bekämpfung der Teuerung durch Massnahmen auf dem Gebiete der Bauwirtschaft». Konkret erhielten die Kantone einen jährlichen Bauvolumenplafond zugeteilt, den es nicht zu überschreiten galt. Bauten ohne Dringlichkeit mussten zurückgestellt werden, um der überhitzten Bauwirtschaft eine Verschnaufpause zu ermöglichen. Zwischen 1971 und 1974 wurden ähnliche «Massnahmen zur Stabilisierung des Baumarktes» erlassen, von denen im Aargau anfänglich nur die Gemeinden in den Bezirken Brugg und Baden, später indessen weite Teile des

Kantonsgebiets betroffen waren.<sup>129</sup> Über die Wirksamkeit dieser staatlich verordneten Dämpfungsmassnahmen wurde leidenschaftlich diskutiert. Die Tatsache, dass im Aargau in den Jahren 1964 und 1965 der verfügte Plafond gar nicht ausgeschöpft wurde, lässt den Schluss zu, dass die Zweifel an deren Wirksamkeit berechtigt waren, zumal für die Durchführung der Massnahmen eine entsprechende Bürokratie aufgebaut werden musste.<sup>130</sup> Und sie zeigen rückblickend, dass die Bauwirtschaft und deren Wirken auf die Kulturlandschaft ökonomisch und raumplanerisch die Krisensymptome der Hochkonjunktur spiegelte.

## Das Beispiel Limmattal mit der Spreitenbacher Hochhausaffäre

Das Limmattal zwischen Zürich und Baden darf als landesweites Extrembeispiel für den Expansionsdruck, der nach dem Zweiten Weltkrieg von den urbanen Zentren ausging, bezeichnet werden. Siedlung und Verkehr begannen im Verlauf der 1950er-Jahre diese landwirtschaftlich geprägte Geländekammer zwischen den Hügelzügen Altberg und Heitersberg zu vereinnahmen. Deren Antlitz veränderte sich radikal: Aus kompakten und beschaulichen Bauerndörfern entstand binnen zweier Dekaden eine geschlossene Agglomeration. «Das Aargauische Limmattal gleicht heute einem einzigen riesigen Bauplatz», resümierte die Kulturzeitschrift *Atlantis* im Frühjahr 1964.<sup>131</sup>

Immer wieder sorgte dabei Spreitenbach für nationale Schlagzeilen, so ein erstes Mal 1955 mit der Episode um das vermeintlich erste Hochhaus im Aargau. Diese zeigt, wie die Behörden in jenen Jahren oft machtlos von der Raumentwicklung überrollt wurden: Der Zürcher Architekt Mario Della Valle (†1994) begann 1953, auf freiem Feld zwischen Spreitenbach und Killwangen eine Reihe Einfamilienhäuser zu bauen. Im Gemeinderat reifte schnell die Erkenntnis, dass nun mit hoher Dringlichkeit eine kommunale Bauordnung auszuarbeiten sei. Die unkoordinierte Streubauweise war teuer für die Gemeinde, weil sie Strassen und Werkleitungen bauen musste. Nur wenige Wochen bevor die Bauordnung 1955 rechtskräftig wurde, begann Della Valle mit dem Bau eines Hochhauses, welches er als vertikalen Akzent in seiner Häusergruppe verstand. Eine Baubewilligung brauchte er dafür nicht. In der Gemeinde regte sich Widerstand, doch berief sich der Bauherr auf den Umstand, dass zum Zeitpunkt des Baubeginns noch keine Rechtsgrundlage existiert hatte, die seinem Vorhaben die Legitimität hätte entziehen können. Niemand wusste, wie hoch das bereits im Bau befindliche Gebäude werden sollte. Er plane mit zwölf Stockwerken, liess Della Valle den überforderten Gemeinderat wissen. Wenig später präsentierte er ein Projektmodell mit zwanzig Geschossen.

Jetzt intervenierten beim kantonalen Baudepartement nicht mehr nur Nachbarn, auch der Heimatschutz und die Regionalplanungsgruppe Nordwestschweiz wurden aktiv. Der Aargauer Regierungsrat verhängte einen Baustopp und reiste in corpore für einen Augenschein nach Spreitenbach zur Baustelle des Hochhausstumpfes. Es folgte ein mehrjähriges juristisches Hickhack bis vor Bun-

desgerichtet. Dies verschaffte der Gemeinde Luft, um mit einem Teilzonenplan die notwendigste Grundlage zu erarbeiten, die 1959 den Weiterbau der «modernsten Ruine der Schweiz» erlaubte.<sup>132</sup> Der Bau erhielt letztlich 13 Geschosse und wenig später ein Zwillingsgebäude.

Die Hochhausaffäre markiert in Spreitenbach nur den Anfang einer beispiellosen Bautätigkeit. Zur gleichen Zeit wurde bekannt, dass die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) im Gemeindebann den Rangierbahnhof Limmattal planten, und bereits liefen die Abklärungen für die Linienführung einer künftigen Autobahn.<sup>133</sup> Die Gemeinde beauftragte darum 1956 den jungen Planer Klaus Scheifele (1931–2014) mit der Ausarbeitung eines Zonenplans in Ergänzung zur bereits vorliegenden Bauordnung. Der Autodidakt Scheifele lieferte 1959 mit seiner ersten Ortsplanung ein Gesellenstückvoller Innovationen ab, darunter einen Richtplan für die Bebauung von Neu-Spreitenbach, jene bald realisierte und bis heute die Geister scheidende «Hochhausstadt».<sup>134</sup> Die Idee dieses Plans war bestechend: Hält sich ein Landbesitzer bei der Bebauung seiner Parzelle an die Vorschläge des Planers und tritt er Land für Infrastrukturen ab, dann steht ihm eine höhere Ausnützung und damit mehr Rendite zu. So gelang es, dass sich eine Vielzahl verschiedener Landeigentümer einer parzellenübergreifenden Bebauungsidee unterordnete.

Scheifele konnte sich auf Arbeiten von Hans Marti (1913–1993) stützen, der 1954 mit der Ortsplanung von Zofingen begonnen und 1955 eine viel beachtete Bebauungsstudie für Neu-Zofingen südlich von Altstadt und Bahnhof vorgelegt hatte.<sup>135</sup> Seit Jahren schon experimentierte Marti theoretisch mit Ausnützungsziffern und Bonussystemen. Neu-Zofingen und Neu-Spreitenbach waren Praxisbeispiele der universellen Postulate für die lockere, gegliederte, durchgrünte und autogerechte Stadt, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg weltweit zur Anwendung kamen. Spreitenbach wurde gebaut, während Zofingen Modell blieb. Jener Neustadtperimeter diente zwanzig Jahre später als Standort für das Bildungszentrum Zofingen, welches zwischen 1974 und 1978 entstand und verschiedene Bildungseinrichtungen umfasste, darunter das Lehrerseminar und die Berufsschule.<sup>136</sup> Die in Spreitenbach getesteten Planungsinstrumente fanden zehn Jahre später als «Gestaltungsplan» Eingang in das Aargauer Baugesetz, von dem noch die Rede sein wird.<sup>137</sup>

Der bemerkenswerte Epilog zur Spreitenbacher Hochhausaffäre geht so: Der aus Bellinzona stammende Architekt und Investor Mario Della Valle brachte es zu Wohlstand und Ansehen. Er initiierte Anfang der 1980er-Jahre mit einer Spende von über fünf Millionen Franken die Renovation des Castelgrande. Mehr als zehn Jahre dauerten diese Arbeiten unter der Ägide des Tessiner Architekten Aurelio Galfetti (1936–2021). Das Werk fand internationale Anerkennung, die Bellenzer Burgen sind heute Baukulturgut von nationaler Bedeutung und gehören seit 2000 zum UNESCO-Welterbe. Die Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte würdigte 1994 posthum den grosszügigen Spender Della Valle, der auch einen Kunstführer über die Burgen von Bellinzona finanzierte.<sup>138</sup> So erkaufte sich der einst vom Heimat-

schutz gescholtene Baulöwe einen salbungsvollen Nachruf und wurde Ehrenbürger und Ehrenpatriot seiner Heimatstadt.<sup>139</sup>

## Die Planungsinstrumente entstehen

Das Beispiel Spreitenbach zeigt: Für den Vollzug einer nachhaltigen Raumentwicklung fehlten in den 1950er-Jahren auf allen Stufen sowohl die Grundlagen als auch die Richtlinien. Das heisst, es brauchte Fachkräfte, die Pendlerströme analysierten, Landreserven prüften, den Bedarf an Infrastrukturen errechneten und sich Gedanken dazu machten, wie diese Aspekte in die politischen Prozesse eingebunden werden konnten. Es brauchte Statistiker, Planer und Juristen.

Aber was ist mit Raumplanung überhaupt alles gemeint? «Bund, Kantone und Gemeinden sorgen dafür, dass der Boden haushälterisch genutzt und das Baugebiet vom Nichtbaugebiet getrennt wird», heisst es dazu im ersten Artikel des 1979 geschaffenen und 1980 eingeführten Bundesgesetzes über die Raumplanung.<sup>140</sup> Dazu gehört die Verteilung der Infrastrukturen, die Entwicklung des bebauten Raums oder die Nutzung der natürlichen Ressourcen. Raumplanung umfasst letztlich also alle Aufgaben und Verfahren der öffentlichen Hand, welche die Nutzung des Bodens regeln. Oberstes Credo war und ist dabei die geordnete und nachhaltige Organisation des Siedlungswachstums. Der allgemeine Konsens unter Fachleuten und in der Politik, nach welchen formalen Leitgedanken dieses umgesetzt werden sollte, veränderte sich über die Jahrzehnte. Auch Planung war und ist Trends unterworfen.

### Planung als Männerdomäne

Zwei Aspekte müssen an dieser Stelle vorweggenommen werden. Erstens: Planung und Politik in einem institutionellen Sinn waren bis zur späten Einführung des Frauenstimmrechts 1971 (und weit darüber hinaus) eine reine Männerangelegenheit. Will man diese Geschichte der Planung erzählen, dann kommen lange Zeit schlicht keine Frauen vor. Das ist ein relevanter Fakt. Martin Lendi (\*1933), der sich als Professor für Rechtswissenschaften an der ETH Zürich um die Raumplanung verdient gemacht hat, formulierte es in seiner «Geschichte und Perspektiven der schweizerischen Raumplanung» so: «Dass die Frauennamen seltener anklingen, erklärt sich aus den Umständen der Zeit.»<sup>141</sup> Ein Beispiel: Zwischen 1970 und 1973 arbeiteten im Auftrag der Neuen Helvetischen Gesellschaft rund 170 Personen an einer Zukunftsperspektive für die Schweiz. 14 von ihnen beschäftigten sich mit der Raumplanung. Es waren ausnahmslos Männer.<sup>142</sup> Wie all die Zonen-, Richt- und Gestaltungspläne, die Konzepte, Gesetze und Verordnungen herausgekommen wären, ob weniger urbane Angsträume entstanden wären, wenn Frauen paritätisch daran mitgearbeitet hätten, kann an dieser Stelle nicht erörtert werden. Die heutige Forschung zeigt, dass sich mehr Diversität in Planungsgremien auf allen



## Die ältesten Hochhäuser im Aargau

Welches ist nun das älteste Hochhaus im Aargau? Und ab wann gilt ein Bau überhaupt als Hochhaus? Letzteres klärt sich aus der Brandschutznorm, nach der ab einer Traufhöhe von mehr als dreissig Metern erhöhte Anforderungen gelten. Diese Grenze lag vor 2015 bei 25 Metern und konnte aufgrund von erweiterten Arbeitshöhen von Feuerwehrdrehleitern nach oben verschoben werden.<sup>1</sup> Sprach man früher ab acht Geschossen von einem Hochhaus, sind heute zehn Geschosse die übliche Mindesthöhe. Das Della-Valle-Wohnhochhaus in Spreitenbach wurde wohl als erstes seiner Art im Aargau begonnen, fiel aber aufgrund des Bauunterbruchs weit zurück. Der Boom erfasste in der

Zwischenzeit die Aargauer Regionalzentren. Von 1956 bis 1958 entstanden in Aarau das elfgeschossige Schwesternhaus des Kantonsspitals und in Windisch das achtgeschossige Verwaltungsgebäude der Kabelwerke Brugg. In Baden bezog die damalige Brown, Boveri & Cie. bereits 1952 einen imposanten, 34 Meter hohen Fabrikbau an der Bruggerstrasse und 1957 ein neungeschossiges Bürohochhaus, während am Badener Tor gleich zwei Wohnhochhäuser noch vor 1960 vermietet werden konnten.<sup>2</sup>

Mit dem Einbruch der Konjunktur Mitte der 1970er-Jahre endete auch der erste Hochhausboom. Rund dreissig Jahre lang wurden im Aargau und in der ganzen Schweiz kaum mehr Hochhäuser gebaut. Der Bautyp hatte seinen Ruf als Symbol der Machbarkeit

und des Wohlstands eingebüsst und wurde vielerorts gar als Schandfleck umgedeutet. 2013 wurde im Aarauer Torfeld Süd der zwölfgeschossige «Sprecherhof» gesprengt – ein Novum in der Schweiz. 1968 als Zentrale der Elektrotechnikfirma Sprecher + Schuh bezogen, sollte er das erste Aargauer Hochhaus werden, welches wieder abgebrochen wurde. Bemerkenswert: Unmittelbar nebenan realisierte das Aarauer Architekturbüro Schneider & Schneider bis 2016 ein neues Hochhaus, denn inzwischen hat diese Bauform eine eindruckliche Renaissance erlebt.

- 1 Vereinigung Kantonalen Feuerversicherungen: Brandschutznorm vom 1. Januar 2015.
- 2 Fuchs 2018; Furter, Schoeck: Inventar Baden 2011, Inventarobjekte, 23 und 38; Bauen + Wohnen, Heft 1, 1954, 7–10.

09 Der 34 Meter hohe, sechsgeschossige Fabrikhochbau der Brown, Boveri & Cie. an der Bruggerstrasse in Baden wurde 1952 fertiggestellt. Das Zeilenhochhaus des Zürcher Architekten Roland Rohn (1905–1971) ist bis heute das markanteste Gebäude von Baden Nord.



10 Das Schwesternhaus des Kantonsspitals Aarau. Das von Architekt Emil Aeschbach (1922–2021) zwischen 1956 und 1958 realisierte Schwesternhaus war das erste Hochhaus in der Kantonshauptstadt.



11 Verwaltungshochhaus der Kabelwerke Brugg, um 1960. Das 1957 fertiggestellte Hochhaus der Architekten Carl Froelich aus Brugg und Hans Kündig aus Zürich steht seit 2020 unter kommunalem Schutz.





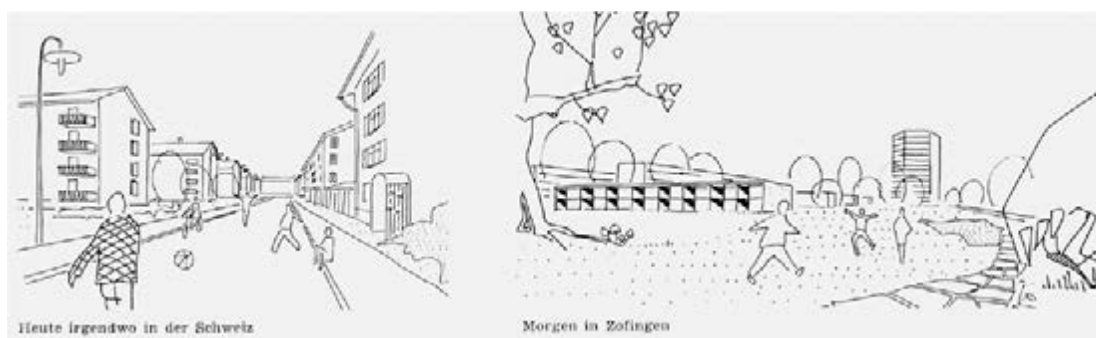
12 Modell Bebauungsvorschlag «team brugg 2000» von 1958. Das im Rahmen einer Ausstellung präsentierte Modell für eine künftige Bebauung von Brugg gehört zu den frühesten Beispielen einer Gesamtplanung im Aargau. Bemerkenswert sind die terrassierte Bebauung des Bruggbergs und die elf Hochhäuser um ein neues Geschäftszentrum.



13 Plakat für die Bodenrechtsinitiative von 1967. Die Sozialdemokratische Partei schlug vor, dass der Staat bei Landverkäufen ein zwingendes Vorkaufsrecht erhält. Damit sollte der Spekulation ein Riegel geschoben werden. Die Initiative blieb chancenlos.



14 Bebauungsstudie für Wohlten von 1945. Die Freiämter Zentrumsgemeinde diente den Teilnehmenden des ersten Raumplanungskurses der Schweiz als Übungsobjekt. Wohlten bekam 1955 eine rechtskräftige moderne Bauordnung. Die Industriezone wurde dort realisiert, wo sie im Planspiel von 1945 vorgeschlagen worden war.



15 Anschauungsskizzen von Hans Marti für die künftige Stadt Zofingen, 1955. So sollte sich das Leben in der aufgelockerten und gegliederten Stadt von morgen präsentieren.





16 Hochhäuser in Neu-Spreitenbach, um 1967. Der Auftakt von Neu-Spreitenbach war architektonisch wie städtebaulich verheissungsvoll. Die beiden Hochhäuser Bellavista und Casabella standen formal ganz im Zeichen von Le Corbusiers Unité d'habitation.



17 Das Hochhaus auf der grünen Wiese in Spreitenbach, 1959. Vier Jahre dauerten die Verhandlungen um das Hochhaus von Della Valle, nachdem der Regierungsrat 1955 einen Baustopp verhängt hatte. Als die Arbeiten weitergeführt wurden, schrieb der Zürcher ATP-Bilderdienst: «Der Turm zu Seldwyla kann fertiggebaut werden.»



18 Richtplanung für Neu-Spreitenbach, 1959. Die im Modell entworfene Hochhausstadt wurde innerhalb von knapp 15 Jahren mit wenigen Abweichungen realisiert. Bauherren, die sich an die Empfehlungen der Planer hielten, bekamen eine höhere Ausnützung zugesprochen.

Ebenen vom Projektmanagement bis zur konkreten Umsetzung gewinnbringend auswirkt.<sup>143</sup> Zweite Vorbemerkung: Die Hotspots der Geschichte von Planung, Städtebau und Architektur sind die Städte und ihre Agglomerationen. Deswegen kommen hier vornehmlich Aargauer Regionalzentren zur Sprache, aber nicht nur.

#### Vom Kleinen zum Grossen

Das Entstehen der Planungsinstrumente ist nicht nur eine Männergeschichte, sie ist auch eine Geschichte vom Kleinen zum Grossen. Lange Zeit wurde auf kommunaler und regionaler Ebene ad hoc geplant, immer wenn sich drängende Fragen zur Raumentwicklung stellten. Es erstaunt daher nicht, dass Planung in den Städten an Bedeutung gewann und dort Jahrzehnte früher als in den Landgemeinden in Angriff genommen wurde. Aarau und Baden stechen dabei im nationalen Vergleich als Ausnahmen jener Regel heraus, dass bis in die Nachkriegszeit praktisch keine kommunalen Rechtsgrundlagen zur baulichen Entwicklung existierten. In Aarau wurde 1897 die erste städtische Bauordnung mit einem rudimentären Bebauungsplan in Kraft gesetzt. Deren Entstehung nahm 25 Jahre in Anspruch. Heftig wurde pro und kontra darüber debattiert. Von der Lokalpresse wurde das Instrument als «schikanöse und unleidliche Reglementierung über das Privateigentum» gebrandmarkt.<sup>144</sup> In Baden beschloss die Baukommission 1906 die Ausarbeitung einer Bauordnung mit Bebauungsplan. Direkter Auslöser des Ansinnens war das seit der Gründung der Brown, Boveri & Cie. (BBC) rasante Anwachsen der Fabrikstadt auf dem ehemaligen Haselfeld am nördlichen Stadtrand. Auch hier nahm die Arbeit eine halbe Generation in Anspruch, bis 1921 die Bauordnung und 1928 der erste Bebauungsplan mit vier differenzierten Bauzonen vorlagen.<sup>145</sup>

Erst die 1960er- und 1970er-Jahre sollten zu den grossen Planungsjahrzehnten werden, nachdem sich die Einsicht durchgesetzt hatte, dass eine gute Planung die Freiheiten mehr schützt als einschränkt. Der Boden ist begrenzt, und er begann sich damals in rasendem Tempo zu verknappen. Es waren vornehmlich bürgerliche Politiker, welche sich mit besonderem Engagement für die Institutionalisierung der Raumplanung einsetzten. Einen zwischenzeitlichen Abschluss fand dieser lange Prozess auf kantonaler Ebene 1985 mit der Inkraftsetzung des Richtplans. Doch alles der Reihe nach.

#### Anfänge der Landesplanung vor 1945

Erste zaghafte und sehr punktuelle raumplanerische Gehversuche wurden in der Zwischenkriegszeit gemacht. Dem Aargau kam dabei vorerst eine Statistenrolle zu. 1933 rief der Luzerner Architekt und spätere Nationalrat Armin Meili (1892–1981) von der Freisinnig-Demokratischen Partei dazu auf, eine systematische Landesplanung aufzubauen (bis zur Einführung des eidgenössischen Verfassungsartikels zur Raumplanung 1969 war von «Landesplanung» die Rede). Unterstützung erhielt er von Fachkollegen innerhalb des Bundes Schweizer Architekten (BSA), darunter vom aus Baden

stammenden Karl Moser (1860–1936), emeritierter ETH-Professor und einflussreicher Grandseigneur der nachrückenden Architektengeneration. Der BSA gründete in der Folge eine «Arbeitsgruppe für Landesplanung». Deren Pioniertat war eine 1936 veröffentlichte Studie über die Region Zürichsee-Limmattal zwischen Baden und Rapperswil. Die gleiche Arbeitsgruppe hatte 1935 mit Unterstützung des Schweizerischen Ingenieur- und Architektenvereins (SIA) in einer Eingabe an den Bundesrat erfolglos ein Bundesgesetz über die Raumplanung vorgeschlagen.<sup>146</sup>

Während der Wirtschaftskrise der 1930er-Jahre wurden erste regionale Planungsgruppen gegründet, nicht zuletzt im Sinne einer Arbeitsbeschaffungsmassnahme für qualifizierte Berufsleute. Meili liess es sich nicht nehmen, an der Landesausstellung 1939 in Zürich, deren Direktor er war, eine Sonderabteilung zu Städtebau und Landesplanung einzurichten. Bei den zehn Millionen Besucherinnen und Besuchern soll die Schau guten Anklang gefunden haben. Erstmals wurde so in der Schweiz das Anliegen einer grossen Öffentlichkeit präsentiert. 1937 wurde von Planern und Behördenvertretern die Schweizerische Landesplanungskommission ins Leben gerufen, welche mitten im Krieg 1943 zur Vereinigung für Landesplanung (VLP) mit einer Geschäftsstelle in Zürich ausgebaut wurde. Gleichzeitig entstand am Geographischen Institut der Universität Zürich eine Zentrale für Landesplanung.<sup>147</sup>

#### Die Schweizer Planergemeinde übt im Freiamt

Im Oktober 1945 führte die VLP unter der Leitung von Armin Meili erstmals einen einwöchigen Fachkurs für Orts- und Regionalplanungen durch.<sup>148</sup> An einem konkreten Fallbeispiel sollten die 64 Kursteilnehmenden die Fragen der kommunalen Planung durchspielen. Zum Ort des Geschehens wurde Wohlen erkoren. Der ganze Tross reiste in die Freiamter Zentrumsgemeinde und richtete sich im neuen Erweiterungsbau der Schule ein. Gruppenweise wurde debattiert, analysiert und skizziert. Der Kurs war ein grosser Erfolg und wurde in der Fachzeitschrift *Plan* in einem Sonderheft ausführlich besprochen. Geradezu euphorisch wurde der «Geist von Wohlen» für künftige Kurse beschworen und als Erfolgsrezept für die Planung gefeiert, denn die Teilnehmenden würden ihre hier entfachte beziehungsweise vertiefte Begeisterung für die Planung mit nach Hause nehmen und dort zur Entfaltung bringen.<sup>149</sup> Tatsächlich machte das Wohler Praxisbeispiel Schule und veranlasste die VLP dazu, auch die künftigen Kurse am Schauplatz zu veranstalten.

Warum die Zürcher Zentrale der VLP ihren Testlauf ausgerechnet in Wohlen organisierte, ist nicht bekannt. Mutmasslich liegt es daran, dass der verantwortliche Mitarbeiter bei der VLP, der junge Architekt Hans Marti, nachmaliger Ortsplaner von Zofingen, seine familiären Wurzeln im nahe gelegenen Othmarsingen hatte.<sup>150</sup> Und dieser Marti verdankte nach eigenen Aussagen seine berufliche Karriere nicht zuletzt dem von ihm organisierten Planerkurs in Wohlen. Er sei im Verlauf der Kurswoche mit Gemeindeammann Heinrich Irmiger

(1890–1966) ins Gespräch gekommen. Dabei habe sich herausgestellt, dass der gebürtige Lenzburger Irmiger einen Onkel von Marti gekannt hatte und diesen zeitlebens in bester Erinnerung behielt. Per Handschlag versprach Irmiger dem schlagfertigen Marti, er würde ihn gerne mit der Planung von Wohlen beauftragen. Gesagt, getan. Hans Marti machte sich 1948 selbstständig und begann noch im gleichen Jahr sein langjähriges Engagement in der Freiamter Zentrumsgemeinde als externer Ortsplaner. Bald sollten weitere Gemeinden in der Region hinzukommen, und bis heute existiert ein Zweigbüro der Zürcher Firma Marti Partner Architekten und Planer in Lenzburg. Der charismatische Marti konnte es gut mit den Leuten. Das war eines seiner Erfolgsrezepte. Gleichwohl war er aber ein kompromissloser Kämpfer für die Sache.<sup>151</sup> Er sollte bald zu einer zentralen Figur in der Schweizer Raumplanung aufsteigen. Marti prägte die räumliche Entwicklung des Aargaus wie kein Zweiter; entsprechend oft taucht sein Name in der Folge noch auf.

#### Im Aargau entstehen die ersten Regionalplanungsgruppen

Planung fand und findet auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene in jeweils eigenen Gremien statt. Die Vereinigung für Landesplanung begann 1944 damit, ein schweizweit flächendeckendes Netz von insgesamt acht unabhängigen Planungsgruppen aufzubauen, die als Vereine organisiert waren. Der Aargau bildete zusammen mit den beiden Basel und Solothurn die Gruppe Nordwestschweiz, welche im Februar 1945 ihre Tätigkeit aufnahm.<sup>152</sup> Deren Arbeit sollte Impulse nach oben wie nach unten geben und dafür sorgen, dass ein dichteres Netz an regionalen Planungsverbänden entstand und auch Ortsplanungen angestossen wurden.

Seit Anbeginn gehörte der Badener Ingenieur Josef Killer (1900–1993) dem Vorstand der Planungsgruppe Nordwestschweiz an. 1949 übernahm er das Präsidium, welches er in der Folge während 28 Jahren innehatte. Killer war es, der schon 1946 den Entschluss fasste, eine kleinräumigere Planungsgruppe für die Region Baden zu gründen, wie es die VLP vorsah. Er erinnerte sich dabei an eine Studienreise ins Ruhrgebiet, wo schon in den 1920er-Jahren städteübergreifende Planungsverbände existierten. Die «Repla Baden» war schweizweit eine Pioniertat. Neben Baden engagierten sich darin sechs weitere Gemeinden (bald sollten es elf sein) sowie Vertreter der Industrie und sonstiger Organisationen. Mit der Erarbeitung der Planungsgrundlagen wurde 1947 Hans Marti beauftragt.<sup>153</sup>

Es ist kein Zufall, dass in Baden der erste Regionalplanungsverband der Schweiz entstand.<sup>154</sup> Zum einen herrschte in der Gegend durch die ansässige Industrie rund um den damaligen Weltkonzern BBC ein ausgeprägter Pioniergeist. Zum anderen standen die prosperierende Stadt und ihr Umland aufgrund ihrer topografischen Situation vor ausserordentlichen planerischen Herausforderungen bezüglich Verkehrs- und Siedlungsentwicklung. Die Region Baden verzeichnete in jener Zeit das stärkste Wachstum aller Zentren der Schweiz. Die Bevölkerung nahm zwischen 1950 und 1960 um vierzig Prozent zu (siehe «Demografie», S. 32).<sup>155</sup> Es

waren denn auch gewichtige Bauvorhaben, für die in der Planungsgruppe Baden Abklärungen an die Hand genommen wurden: Die Klär- und Kehrrichtverbrennungsanlage in Turgi (siehe «Natur- und Umweltschutz», S. 135), ein Expressstrassennetz, die Obersiggenthaler Brücke oder neue Schulzentren für Wettingen (Bezirksschule) und Baden (Kantonsschule).<sup>156</sup> Gewisse Vorhaben, wie die Expressstrassen blieben Papiertiger, andere wurden sehr bald (Schulen) und einige erst nach Jahrzehnten (Obersiggenthaler Brücke) realisiert.

Bald entstanden im Aargau weitere Planungsgruppen nach dem Badener Vorbild. In Aarau wurde 1948 ein entsprechender Kredit gutgeheissen, gefolgt von Brugg und dem Seetal.<sup>157</sup> 1966 existierte schliesslich ein flächendeckendes Netz von damals 15 Regionalplanungsgruppen.<sup>158</sup> Die 1955 in Zofingen konstituierte Organisation im Wiggertal war schweizweit die erste Regionalplanungsgruppe, die sich aus Gemeinden zweier Kantone (Aargau und Solothurn) zusammensetzte.<sup>159</sup> Später folgte diesem Beispiel jene im Wynental um Menziken und Reinach, welche mit der Luzerner Gemeinde Pfeffikon zusammenspannte.

#### «Aufklärungsfeldzüge» gegen Vorurteile

Die Pioniere leisteten einen wichtigen Beitrag nicht zuletzt auch im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. Aufklärung hatte in der Anfangszeit höchste Priorität. Anerkennend berichtete etwa die *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ) 1955 über die «Aufklärungsfeldzüge» der Aargauer Planer, denen es so gelänge, die Inhalte der Planung «volkstümlich» zu machen. Diese Methode, so das freisinnige Blatt mit kritischem Blick auf Zürich, würde durchaus auch Kantonen gut anstehen, wo – im Gegensatz zum Aargau – bereits Planungsstellen existierten. Man habe da zwar entsprechende Büros, die Bevölkerung habe aber keine Ahnung, was geplant werde.<sup>160</sup> Der Planer werde zum Wanderprediger, so Hans Marti, der Bauern, Landbesitzer, Spekulationsarchitekten und Stimmbürger davon überzeugen müsse, dass es richtig und notwendig sei, Freiheiten – lieb gewonnene Freiheiten oder wohlverworbene Rechte – freiwillig zu opfern für ein Ding, genannt «Baureglement», dessen Folgen man nicht kenne oder welches man grundsätzlich ablehne.<sup>161</sup>

Es galt, in der Öffentlichkeit grosse Vorurteile abzubauen. Bezeichnenderweise haftete dem Begriff «Planung» seit Ausbruch des Kalten Kriegs in der allgemeinen Wahrnehmung das Stigma der sozialistischen Planwirtschaft an. Planung war für viele gleichbedeutend mit Eigentums- und Freiheitsbeschränkung. Während des bundesrätlichen Vollmachtenregimes im Zweiten Weltkrieg war das anders. Damals genoss etwa der Agronomieprofessor und nachmalige Bundesrat Friedrich Traugott Wahlen (1899–1985) mit seinem «Plan Wahlen» zur Erlangung einer möglichst autarken Lebensmittelversorgung – martialisch auch «Anbauschlacht» genannt – höchstes Ansehen. Die drei Autoren der Publikation «achtung: die Schweiz», Lucius Burckhardt (1925–2003), Max Frisch (1911–1991) und Markus Kutter (1925–2005), formulierten das Dilemma so: «Es ist sehr klar, wo es hinführt. Es braucht keine Prophetie, um zu wissen, dass wir

eines bitteren Tages, wenn es zu spät ist, gezwungenermassen zur Planung kommen. Nicht durch die Russen gezwungen, sondern durch die Geschichte der Freiheit. Denn unsere Freiheit beginnt knapp zu werden. Sie ist mit Festreden nicht zu halten.»<sup>162</sup>

#### Musterstadt im Aargau?

«Noch jede Epoche, angefangen bei den Pfahlbauern, hat sich das Haus und die Stadt gebaut, die ihren Mitteln und ihren Erfordernissen entsprachen; nur wir nicht.»<sup>163</sup> Es war 1955, als sich Burckhardt, Frisch und Kutter mit ihrer viel beachteten Streitschrift zu Wort meldeten. Mit sprachlicher Brillanz und intellektueller Schärfe erhoben sie Anklage gegen die Planlosigkeit und das Verharren der Schweiz in der Geistigen Landesverteidigung: «Jahr für Jahr werden in unserem Land, einem materiellen Bedürfnis entsprechend, Tausende von neuen Bauten, Siedlungen und Fabriken und Kindergärten und Schulen und Geschäftshäuser in einer planlosen, geistlosen und für den Kampf um die beste Lebensform durchaus wertlosen Art erstellt.»<sup>164</sup>

Diese Analyse war an sich nichts Neues. Durch die trübe und sprachwitzige Formulierung der angesehenen Autoren erhielt sie nun aber eine breite Öffentlichkeit. «achtung: die Schweiz» wurde zum wohl meistzitierten urbanistischen Manifest der Schweiz. Die drei Visionäre beklagten aber nicht nur das unkoordinierte Wachstum, sie unterbreiteten auch einen Vorschlag zur Linderung. Anstelle der auf das Jahr 1964 terminierten Landesausstellung in Lausanne solle auf der grünen Wiese eine neue Stadt gegründet werden. Ein Musterbeispiel, ein realer Mikrokosmos, wo planerisch und architektonisch, soziologisch und kulturell ohne Ballast aus der Vergangenheit alles «richtig» gemacht werden könnte. Als möglichen Standort für die Realisierung dieser verführerischen Idee schlugen die drei unter anderem das aargauische Mittelland vor.<sup>165</sup>

Natürlich wurde dieser utopische Vorschlag nie umgesetzt. Der Lauf der Dinge bestätigte aber die Prophezeiung vom Zwang zur Planung. Die Landesausstellung fand als «Expo 64» wie vorgesehen am Lido von Lausanne statt. Die viel gelobte Schau wurde zur Selbstdarstellung einer Schweiz im Rausch der Hochkonjunktur. Die Planung hatte sich inzwischen als Disziplin etabliert und erhielt nach der «Landi 39» erneut einen eigenen Ausstellungsbereich. Darin fand sich – wenigstens als Modell – tatsächlich eine Idealstadt im Aargau. Nämlich jene, die im Birrfeld im Werden war.<sup>166</sup>

#### Ein modernes Baugesetz und ein Amt für Raumplanung

Anfang der 1960er-Jahre existierten im Aargau noch keine umfassenden Planungsstrukturen. 1965 war etwa die Hälfte aller Aargauer Gemeinden mit der Ausarbeitung eines Zonenplans und einer kommunalen Bauordnung beschäftigt.<sup>167</sup> Der Bund subventionierte diese Arbeiten. Hilfestellungen bot dabei das Institut für Orts- Regional- und Landesplanung (ORL), welches 1961 an der ETH Zürich gegründet wurde.

Der freisinnige Baudirektor Kurt Kim (1910–1977) hatte ein offenes Ohr für Planungsanliegen

und wurde bald zu einem wichtigen Akteur der Schweizer Raumplanung. 1962 fällte der Regierungsrat den Entschluss, das alte Baugesetz von 1856 zu revidieren, und beauftragte den Aarauer Juristen und Alt-Stadtamman Erich Zimmerlin (1909–1999) – auch er ein Freisinniger – mit der Ausarbeitung eines Expertenentwurfs. Das Gesetz solle, so der Auftrag, auch Klärung zu Fragen des Natur- und Heimatschutzes bringen, wie dies etwa der Turgemer Grossrat Jakob Zimmerli in einer Motion verlangte.<sup>168</sup> 1963 gab Kim eine «Gesamtkonzeption für die Beschaffung von Planungsgrundlagen» (siehe «Planungswunder», S. 66) in Auftrag. Im gleichen Jahr wurde innerhalb des Hochbauamts eine erste Planungsstelle geschaffen. Unter der Leitung von Hans Meili kümmerten sich darin fortan drei Fachkräfte und eine Kanzleihilfe um die Prüfung von Baugesuchen, Zonenplänen und Bauordnungen. Das kleine Team begleitete die Regionalplanungsgruppen und wirkte bei Industrie- und Verkehrsplanungen mit. Darüber hinaus kümmerte es sich um den Landschaftsschutz im Rahmen von Deponien, Rodungen, Meliorationen und dergleichen.<sup>169</sup> Damit war auf dem Weg zur Institutionalisierung der Planung auf kantonaler Ebene eine wichtige Wegmarke gesetzt.

Unter dem Kommissionspräsidium des Badener Juristen und christlichdemokratischen National- und Grossrates Julius Binder (\*1925) passierte das neue Baugesetz ab 1965 Vernehmlassungen, parlamentarische Beratungen und Überarbeitungen. 1971 wurde es vom Volk mit gut 58 Prozent Ja-Stimmen angenommen und zusammen mit der Vollzugsverordnung 1972 in Kraft gesetzt.<sup>170</sup> Der Aargau lag damit im Mittelfeld. In jenen Jahren wurden in zahlreichen Kantonen neue Baugesetze geschrieben und erlassen.<sup>171</sup> Binder gehörte zu jenen Politikern, die sich früh in den Dienst der Raumplanung und des Umweltschutzes stellten. Er gab schon 1964 auf Bundesebene den Anstoss für den die Raumentwicklung tangierenden Verfassungsartikel zum Umweltschutz (1971 vom Volk angenommen, siehe auch «Umweltschutz», S. 135).<sup>172</sup> 1965 forderte er in einer grossrätlichen Motion die Etablierung eines kantonalen Planungsamts. In Abwandlung dieses Vorstosses beschloss der Grosse Rat 1967 die Schaffung der Stelle eines Delegierten für Planungsfragen, welche 1969 mit dem Verwaltungsjuristen Jürg Merz (1927–2019) als erstem Kantonsplaner (in einer Stabsstelle beim Baudepartement) besetzt wurde. Der aus Kölliken stammende Merz stand ab 1971 dem nun etablierten Amt für Raumplanung vor.<sup>173</sup> Damals verfügten 157 von 231 Aargauer Gemeinden über eine Bauordnung, und in 100 Gemeinden existierte darüber hinaus ein rechtskräftiger Zonenplan. In achtzig Kommunen war die Ortsplanung noch im Gange. Mit der Inkraftsetzung des kantonalen Baugesetzes unterstanden ab 1972 alle Aargauer Gemeinden automatisch einer Bauordnung.<sup>174</sup>



## Die künftige Gartenstadt Birrfeld

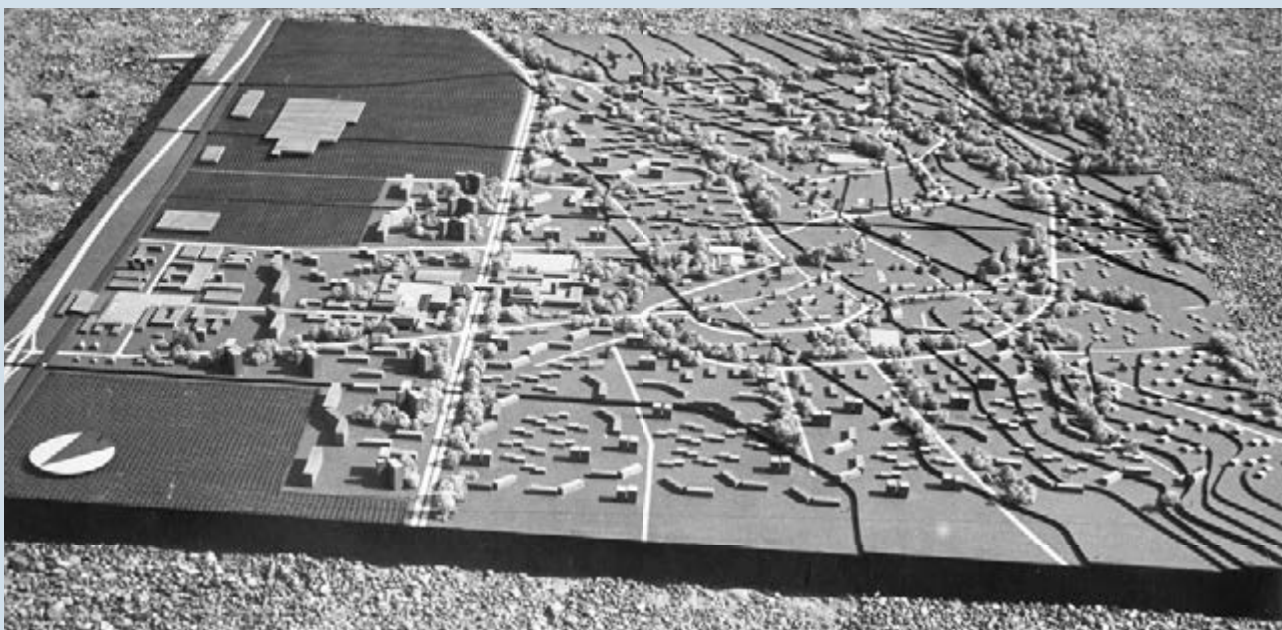
Das topfebene Birrfeld zwischen Brugg und Lenzburg galt bis in die 1950er-Jahre als Kornkammer des Aargaus. 1955 fällte der Badener Industriekonzern BBC den Entschluss, hier einen neuen Produktionsstandort für Grossmaschinen aufzubauen. Entsprechend kaufte die Firmenleitung in der Gemeinde Birr gegen 800 Hektaren Land. 1957 fiel der Startschuss für den Bau des damals von der BBC-«Propaganda» als grösste Fabrik Europas gefeierten Bauwerks, worin ab 1960 vornehmlich Turbinen und Generatoren für Kraftwerke in aller Welt gebaut wurden.<sup>1</sup> Im Endausbau sollten hier 4000 Personen beschäftigt werden. In Erwartung des enormen Sogs, den die Bauten der BBC im Birrfeld auslösen würden, nahm auf Initiative des Baudepartements 1957 eine Regionalplanungsgruppe unter der Leitung von Hans Marti die Arbeit auf. Aus den beiden Haufendörfern Birr und Lupfig würde in absehbarer Zeit eine neue Stadt mit bis zu 20 000 Einwohnerinnen und Ein-

wohnern entstehen, so die Prognose der Planer.<sup>2</sup> Marti gab der künftigen Stadt im Grünen mit einem drei mal zwei Meter grossen Richtmodell ein Gesicht, welches zum Schulbeispiel und 1964 zum Ausstellungsobjekt an der Expo in Lausanne avancierte.<sup>3</sup> Die Basler *National-Zeitung* lobte das Projekt als «kühne Zukunftsvision einer Stadtgründung, die in ihrer Grösse und Konzeption in der Schweiz wohl einzigartig sei».<sup>4</sup> Die Fachzeitschrift *Werk* liess keinen Zweifel daran, dass Birr das «erste und einzige schweizerische Planungsvorhaben von Stadtrang sei».<sup>5</sup> Kritischer formulierte es das Kulturmagazin *Atlantis*: Der Industriegigant BBC trete nicht nur als Bauherr einer Fabrik in Erscheinung, er gebe sich «gewissermassen als Feudalherr des 20. Jahrhunderts auch die Rolle des Stadtgründers».<sup>6</sup> In den 1960er-Jahren schien sich die Prophezeiung zu bewahrheiten. Die BBC errichtete ab 1960 unmittelbar neben der Fabrik die erste Grossüberbauung im Mittelland (siehe «Grosswohnsiedlungen», S. 95). In die gut 500 Wohnungen zogen

Werksangehörige mit ihren Familien aus rund zwanzig Nationen. Die Einwohnerzahl von Birr wuchs von 730 im Jahr 1960 auf 2500 1968; ein Anstieg um 250 Prozent.<sup>7</sup> Das *Badener Tagblatt* sah die Vision aus «achtung: die Schweiz» auf der Zielgeraden: «Man hat es als Phantasterei eines Utopisten gehalten. [...] Doch was sich im Birrfeld entwickelt, ist im Grunde nichts anders als eine Verwirklichung dieser Vision.»<sup>8</sup> In den 1970er-Jahren flachte die Wachstumskurve indessen ab, während das BBC-Werk nie bis zum geplanten Endausbau realisiert wurde. Zwar zählen Birr und Lupfig 2020 zusammen über 7500 Einwohnerinnen und Einwohner, von der kühnen und viel bewundernten Gartenstadt sind die Gemeinden jedoch weit entfernt geblieben.

- 1 Rinderknecht 1966, 164; ABB B.0.8.100.212.
- 2 Diethelm 2003, 120.
- 3 (Das) *Werk*, *Werk-Chronik* in Heft 1, 1960, 10.
- 4 *National-Zeitung*, 7.8.1961.
- 5 (Das) *Werk*, Heft 3, 1962, 89.
- 6 Widmer 1964, 163.
- 7 gta, Nachlass Marti, 3-12.1.
- 8 BT, 17.7.1965.

19 Das um 1957 entstandene Modell der Idealstadt Birrfeld. Die Planstadt sollte rund um die beiden Dorfkern von Birr und Lupfig entstehen und als durchgrünte und nach Funktionen getrennte Gartenstadt eine hohe Lebensqualität bieten. Im Hintergrund links das Produktionswerk der BBC. Davor die Werksiedlung, die in anderer Form gebaut wurde, sowie angrenzend das künftige Stadtzentrum mit allen öffentlichen Einrichtungen, einem neuen Bahnhof und Ladenzentrum.



## Metron und das Planungswunder von Baden

1961 gründeten die beiden Architekten Alexander Henz (\*1933) und Hans Rusterholz (1931–2015) ein kleines Architekturbüro in Niederlenz. Getrieben von der Idee, einen Beitrag zur besseren Gestaltung der Umwelt leisten zu wollen, entstand zunächst ein loser Debattierzirkel über politische Fragen der Planung. Dazu gehörten fortschrittlich denkende Geister, Ökonomen, Soziologen, Journalisten und Landschaftsschützer. Bald formierte sich daraus die interdisziplinäre «Arbeitsgruppe für Planungsgrundlagen», welche 1963 bei Baudirektor Kurt Kim vorstellig wurde und sich nach den kantonalen Grundlagen der Planung erkundigte. Kim gab freimütig zu, dass keine solchen Dokumente existierten, und beauftragte das Team mit der «Gesamtkonzeption für die Beschaffung von Planungsgrundlagen». Dieser Bericht legte den Grundstein für weitere Aufträge und die 1965 gegründete Planungsfirma Metron. Systematisch fachübergreifend arbeitende Büros gab es damals in der Schweiz kaum, entsprechend schnell wuchs die Firma, in der Architekten, Psychologinnen, Ökonomen, Soziologinnen oder

Raumplaner in unterschiedlichen Konstellationen zusammenarbeiteten.<sup>1</sup>

Schon 1964 erhielten die künftigen Metron-Gründer den Auftrag für eine Gesamtplanung der Innenstadt von Baden. Die Projektorganisation war sowohl interdisziplinär unter Fachkräften als auch partizipativ mit der ganzen Bevölkerung. «Sogar Frauenorganisationen» würden sich aktiv am Planungsprozess beteiligen, schrieb die Wochenzeitung *Aargauer Kurier*.<sup>2</sup> Bis 1967 entstand so ein Leitbild für die gesamtheitliche Entwicklung der Kernstadt in naher Zukunft. Fussgängerinnen und Fussgänger erhielten darin Vorrang. Das Leitbild war die Grundlage für die vermutlich erste geplante Fussgängerzone der Schweiz, welche 1972 Realität und danach schrittweise ausgedehnt wurde.<sup>3</sup> Der Gesamtplan löste eine grosse private und öffentliche Bautätigkeit aus und wurde in der Fach- und Tagespresse kommentiert. 1970 berichtete gar das Hamburger Wochenblatt *Die Zeit* über das «Planungswunder von Baden».<sup>4</sup>

Metron wurde zu einem international tätigen Planungsbüro. Im tunesischen Monastir – um ein Beispiel zu nennen – baute Metron zwischen 1976 und 1978 eine

technische Universität für 2000 Studierende. Als Planerinnen und Planer verliessen sie die bekannten Pfade und suchten nach unkonventionellen Lösungen für allgegenwärtige Probleme: Sie konzipierten günstigen Wohnraum, entwickelten Häuser mit flexiblen Grundrissen. Sie entwarfen Schulen auf der Grundlage bildungsreformerscher Gedanken oder – um Kosten zu sparen – eines Baukastensystems. Henz und Rusterholz waren eigentliche Nonkonformisten, und so erstaunt es wenig, dass Hans Rusterholz auch zur Gründungssequipe der Partei «team 67» gehörte (siehe «Politik», S. 239). Die Firma Metron machte auch mit ihren fortschrittlichen Betriebsstrukturen von sich reden. 1974 wurde ein Mitbestimmungsmodell eingeführt im Sinne der «Förderung einer möglichst grossen Chancengleichheit und Entfaltungsfreiheit des Individuums». An dieser Organisation hat sich bis heute nichts geändert.<sup>5</sup>

1 Geiser, Stierli 2015, 110.

2 AK, 21.10.1970.

3 Gespräch mit Hans Wanner, Architekt, ehemaliger Stadtplaner von Baden, 2021.

4 NZZ, 13.4.1969; NZZ, 20.1.1974; oder Plan: Schweizerische Zeitschrift für Landes-, Regional- und Ortsplanung, Heft 7/8, 1974, 15–19.

5 Kurz, Maurer et al. 2003, 18f.; Gespräch mit Alexander Henz, 2019.

20 Badstrasse in Baden, um 1972. Baden erhielt 1972 die erste Fussgängerzone, deren Planung ins Jahr 1964 zurückreicht.



## Besiedlungsleitbild im Spiegel der Bevölkerungsprognosen

Zu seinen letzten Handlungen als Regierungsrat gehörte für Kurt Kim die Einsetzung eines Koordinationsausschusses für Planungsfragen. Dieser begleitete die beiden Experten Rolf Meyer-von Gonzenbach (1910–1982) und Anton Bellwald (1933–2007) bei deren Arbeit an einem «Leitbild der Besiedlung des Kantons Aargau».<sup>175</sup> Dieses lag als Zwischenbericht 1968 vor und enthielt, ausgehend von einer umfassenden statistischen Grundlagensammlung, sechs Varianten für eine künftige planmässige Entwicklung des Aargauer Siedlungsraums.

Meyer-von Gonzenbach und Bellwald dachten weit voraus. Zur Diskussion stand die Erwartung, dass die Schweiz bis zum Jahr 2000 zehn Millionen Einwohnerinnen und Einwohner haben würde. Geistiger Vater dieser eingängigen (und für viele besorgniserregenden) Bevölkerungsperspektive war der Ökonom Francesco Kneschaurek (1924–2017), der seit den 1950er-Jahren in seinen Studien zur volkswirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz jenes Szenario entwarf und öffentlich machte.<sup>176</sup> Der Bundesrat bestellte 1968 eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Kneschaurek und beauftragte sie damit, eine «alle relevanten Aspekte des wirtschaftlichen Lebens umfassende Perspektivstudie der Schweiz bis zum Jahr 2000 zu verfassen».<sup>177</sup> Diese wurde in Etappen zwischen 1969 und 1974 veröffentlicht. Als Erstes gab die Arbeitsgruppe im Frühjahr 1969 ihre Prognosen zur Entwicklung von Bevölkerung und Erwerbstätigkeit heraus. Die Hochrechnungen fielen nun viel tiefer aus. Die Gruppe um Kneschaurek ging unterdessen von einer Einwohnerzahl von 7,5 Millionen bis zum Millennium aus und korrigierte diese Zahl nach Vorliegen der Volkszählungsdaten von 1970 noch einmal nach unten auf 7,05 Millionen (effektiv lag die Bevölkerungszahl im Jahr 2000 mit 7,3 Millionen sogar höher).<sup>178</sup> Nur: Das Gespenst der Zehn-Millionen-Schweiz war mit den Abschlussberichten nicht mehr zu vertreiben.<sup>179</sup> Das ist deshalb von Bedeutung, weil sich diese Wachstumseuphorie vielerorts in überdimensionierten Bauzonenplänen niederschlug, welche in jener Zeit entstanden und mit dem Segen des Grossen Rates rechtskräftig wurden. Der Planer Meyer-von Gonzenbach und der Volkswirt Bellwald waren bereits vor Erscheinen der als «Kneschaurek-Berichte» bekannt gewordenen Studien entsprechend vorsichtiger (und weit-sichtiger). Nach ihrer Schätzung würde die Zehn-Millionen-Schweiz erst um 2050 Realität sein. Sie interpolierten das seit 1964 signifikante Abflachen der Geburtenrate, was gemeinhin als «Pillenknicke» bezeichnet wird.<sup>180</sup>

### Die Idee einer neuen Grossstadt Aarolfingen

Die letzte Zukunftsperspektive im Leitbildentwurf von 1968 sticht ins Auge: Danach sollte im Raum Aarau-Olten-Zofingen, wo die Kraftfelder der Grossstädte Basel, Zürich, Bern und Luzern abnehmen, das Siedlungswachstum konzentriert werden. Die bestehenden Gemeinden würden in diesem Szenario zusammenwachsen und politisch zu einer interkantonalen Grossstadt mit den drei Subzentren Aarau, Olten und Zofingen fusioniert.

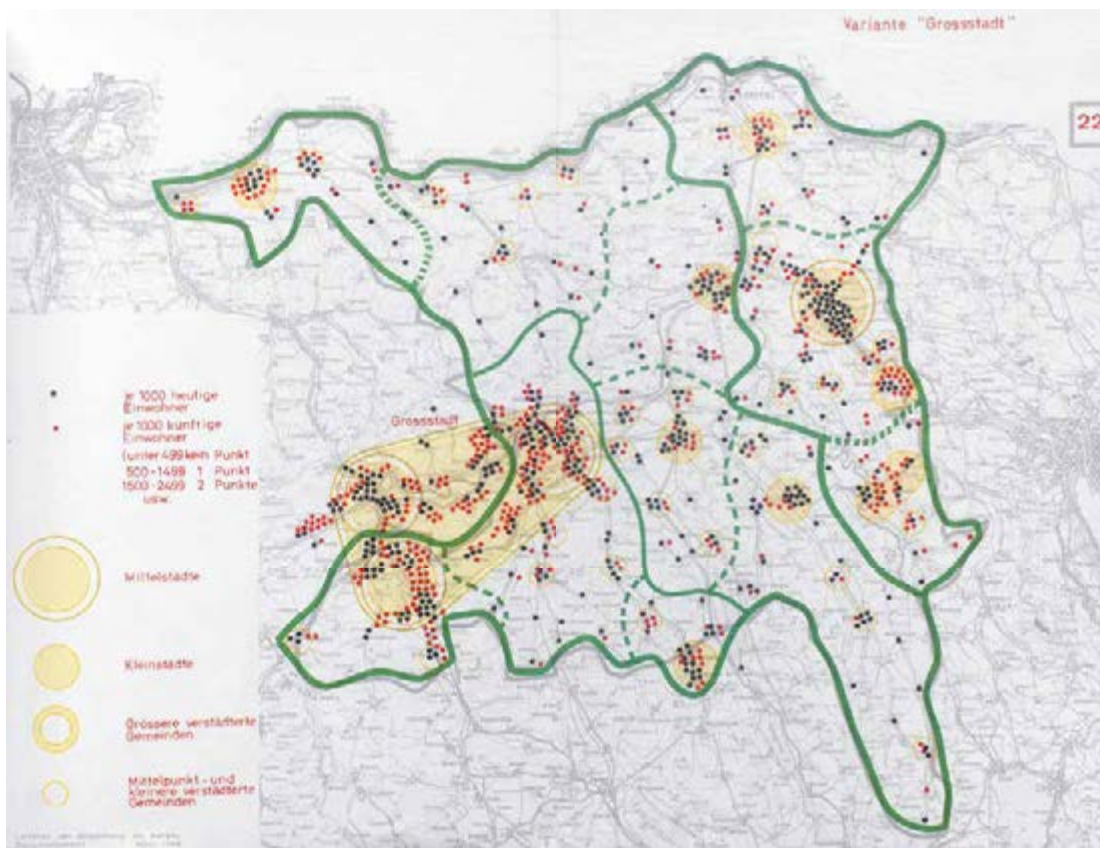
Der Vorschlag, dem Meyer-von Gonzenbach und Bellwald den Namen «Aarolfingen» gaben, sollte auch die Planer auf nationaler Ebene anregen. 1973 erschien im Auftrag der Chefbeamtenkonferenz des Bundes das «Raumplanerische Leitbild der Schweiz» mit dem technokratischen Namen CK-73. Herausgegeben wurde es vom Delegierten des Bundes für Raumplanung, dem Leiter des ORL-Instituts an der ETH, Professor Martin Rotach (1928–2007). CK-73 verstand sich als «Grundlage für das Gespräch zwischen Bund und Kantonen», wie es im Titel hiess.<sup>181</sup> Möglichst weite Kreise der Bevölkerung sollten damit sensibilisiert und zur Meinungsbildung angeregt werden. Das Leitbild präsentierte verschiedene Szenarien einer künftigen Besiedlung. Eines dieser möglichen Dispositive umfasste die gezielte Förderung neuer Grossstadtregionen durch den Bund. Aarolfingen war eine davon.<sup>182</sup> Viele Gross- und Mittelstädte anstelle von wenigen Metropolen: Dieser übergeordnete Planungsansatz von CK-73 wurde «dezentrale Konzentration» genannt und sollte integraler Bestandteil des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes werden, welches damals in Arbeit war.<sup>183</sup>

### Arbeitsgruppe Kim und der dringliche Bundesbeschluss

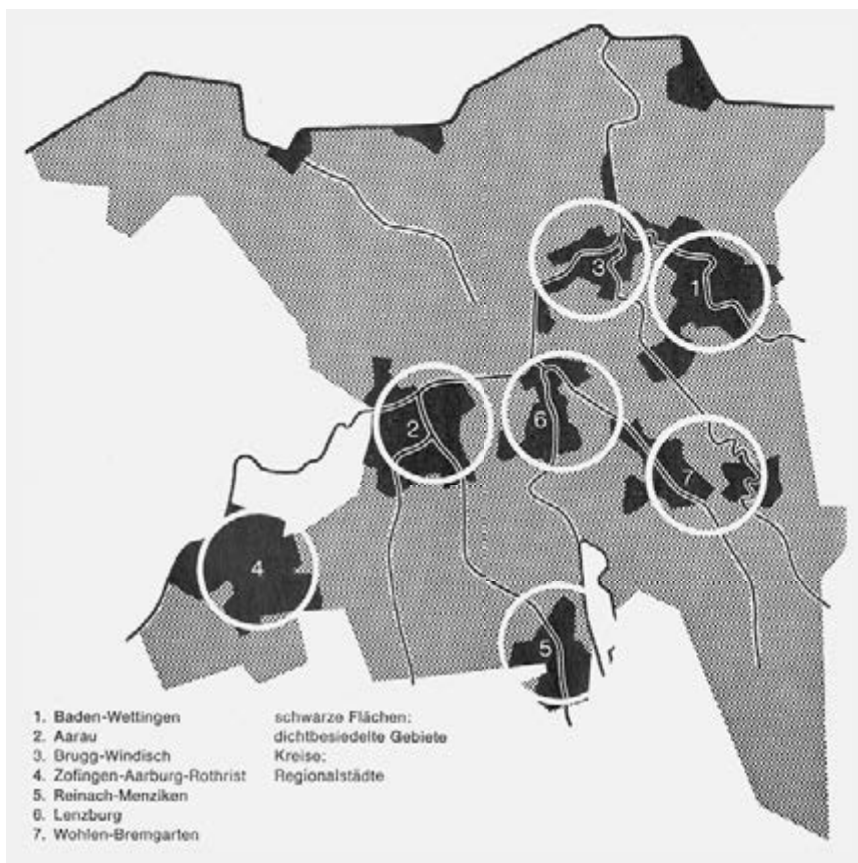
«Es geht bei der Raumplanung heute um die Rettung des Lebensraumes Schweiz. Die Zeit drängt», schrieb Kurt Kim 1971.<sup>184</sup> Ein Jahr nach seinem Rücktritt als Regierungsrat wurde der gebürtige Möriker vom Bundesrat in die 1969 geschaffene «Arbeitsgruppe des Bundes für die Raumplanung» berufen, in der er das Präsidium übernahm. Kims Auftrag hiess: eine taugliche Planungsorganisation des Bundes entwerfen.<sup>185</sup> Bald war von der «Arbeitsgruppe Kim» die Rede, welche 1970 den umfassenden Grundlagenbericht «Raumplanung Schweiz» vorlegte. Dies war gewissermassen das Gründungsdokument der institutionellen Raumplanung auf Bundesebene. Nicht zufällig entstand es in einer hitzigen Phase: 1969 wurde der Verfassungsartikel zur Raumplanung vom Volk gutgeheissen, der Bund und Kantone zu einer «zweckmässigen und häuslicher Nutzung des Bodens» und einer «geordneten Besiedlung des Landes» verpflichtet.<sup>186</sup> Ein Anstoss für diesen Artikel war aus dem Aargau gekommen, denn 1963 hatte der freisinnige Zofinger Stadtammann und Nationalrat Walther Leber (1906–1996) in Bern eine entsprechende Motion eingereicht, die vom Bundesrat als Postulat entgegengenommen und von einer Fachgruppe bearbeitet worden war.<sup>187</sup>

Kurt Kim nahm nach Annahme des Verfassungsartikels auch in der bundesrätlichen Expertengruppe Einsitz, welche das dazugehörige Vollzugsgesetz ausarbeitete. Dieses beanspruchte viel Zeit, währenddessen die Konjunktur um 1970 ihrem Allzeithoch entgegentaumelte und der unkoordinierte Landfrass sowie die Bau- und Bodenspekulation neue Dimensionen erreichten. Raumplanung war deshalb in aller Munde und die Debatte darüber kontroverser denn je. Ohne Gesetz aber keine Handhabe für eine geordnete Raumentwicklung. Daher setzten die eidgenössischen Räte im Sinne einer Notmassnahme Anfang 1972 den



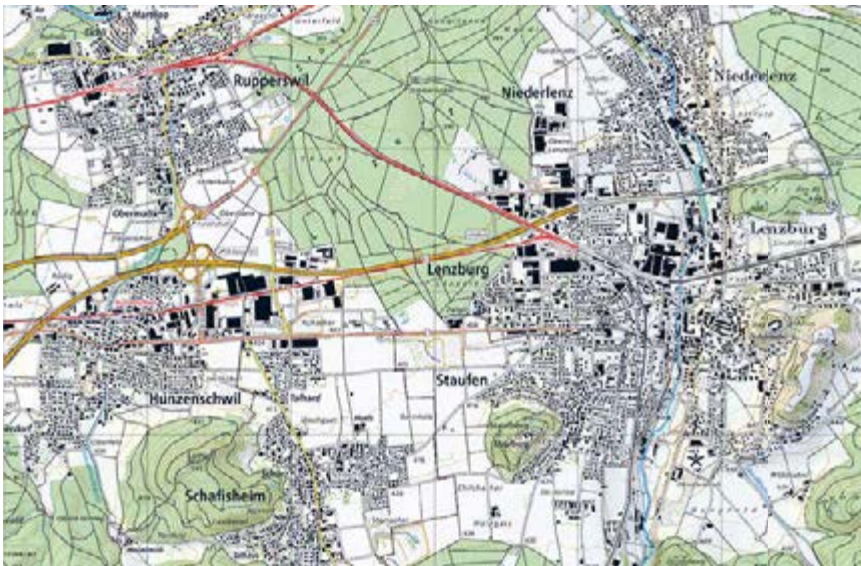
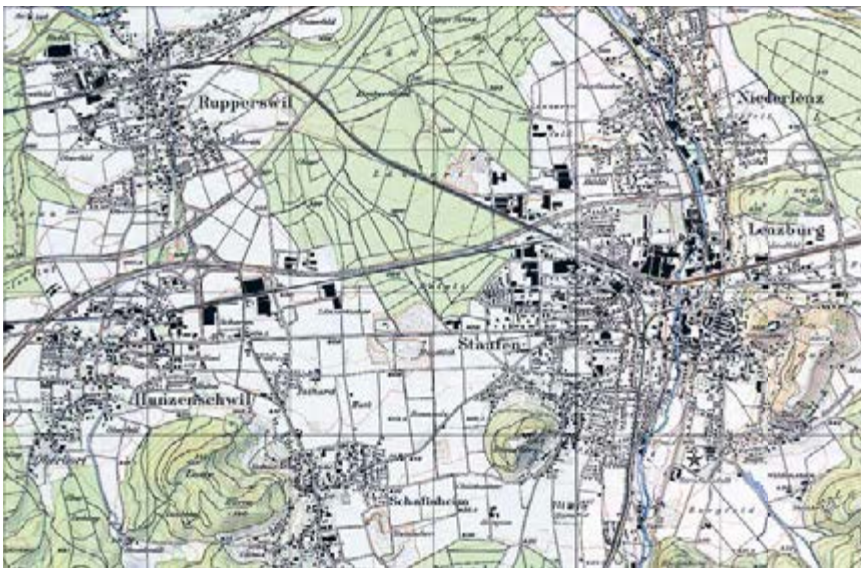
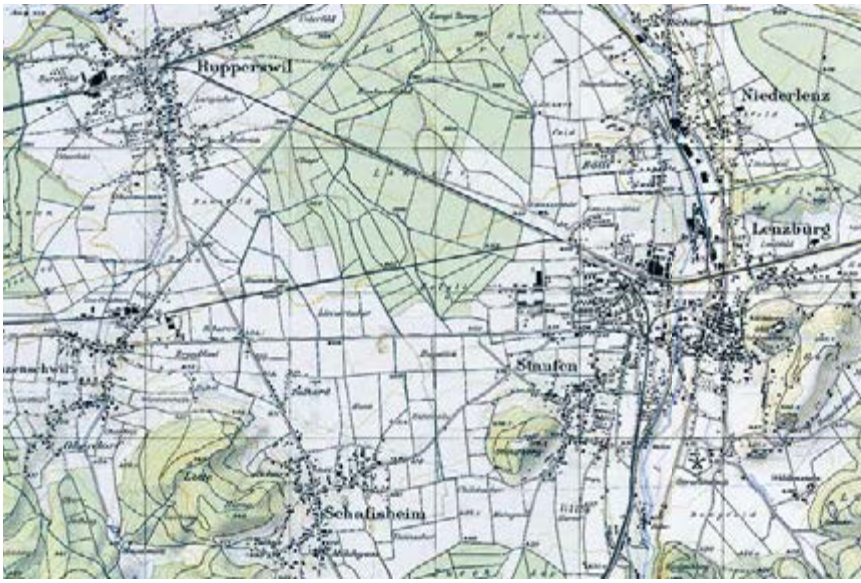


21 Variante «Grossstadt» aus dem Zwischenbericht «Leitbild der Besiedlung des Kantons Aargau» von 1968. Zwischen Aarau, Olten und Zofingen sollte die Grossstadt Aarolingen entstehen.



22 Karte aus der LdU-Broschüre «achtung: der Aargau» von 1967 mit den vorgeschlagenen sieben Regionalstädten. Die Autoren Luzius Theiler und Ruedi Jost orientierten sich mit dem gewählten Titel bewusst an der Streitschrift «achtung: die Schweiz» von Max Frisch, Lucius Burckhardt und Markus Kutter von 1955.





23a–c Bauliche Entwicklung zwischen 1955 und 2012. Die Kartenausschnitte zeigen am Beispiel der Region Lenzburg das immense Anwachsen der Siedlung im Zeitraum von knapp sechzig Jahren.

«Bundesbeschluss über dringliche Massnahmen auf dem Gebiet der Raumplanung» in Kraft. Um weitere irreversible Schäden an der Landschaft zu verhindern, wurden die Kantone auf der Basis dieses zunächst bis Ende 1975 geltenden (und dann bis Ende 1979 verlängerten) Beschlusses dazu verpflichtet, unverzüglich provisorische Schutzgebiete auszuscheiden. Zu berücksichtigen waren See- und Flussufer, Ortsbilder, Kulturdenkmäler sowie Erholungsräume und Landschaften von besonderer Schönheit.<sup>188</sup> Der Bundesrat bestellte auch für diesen Beschluss den versierten Aargauer Kim in den Beraterstab. «Unendlich viel und vor allem auch Entscheidendes» habe Kim im Bereich der Raumplanung geleistet, schrieb der Planungsrechtler Martin Lendi 1978 in seinem Nachruf auf Kurt Kim.<sup>189</sup> Dazu gehörte zweifellos auch ein für damalige Verhältnisse fortschrittlicher Einbezug der Bevölkerung in die Debatte über die komplexe Materie. So wurde etwa mit der Broschüre «Wie soll die Schweiz von morgen aussehen» der «Bericht Kim» zusammengefasst und gut verständlich zur Diskussion gestellt. Die Stimmberechtigten wurden darin zur Partizipation aufgerufen.<sup>190</sup>

#### Das Raumplanungsgesetz braucht zwei Anläufe

Kurt Kim war es nicht vergönnt, die Inkraftsetzung des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes zu erleben. Er verstarb im Herbst 1977, nachdem das von ihm mitverfasste Regelwerk im Juni 1976 in einer von rechtsbürgerlichen und föderalistischen Kräften lancierten Referendumsabstimmung knapp gescheitert war. Es wurde von vielen als zu zentralistisch angesehen.<sup>191</sup>

Das Schweizer Fernsehen bezog klar Stellung für ein Ja und sendete wenige Wochen vor der Abstimmung einen zweiteiligen Informationsfilm, der mit teilweise dramatischen Bildern versuchte, den Zuschauerinnen und Zuschauern die hohe Dringlichkeit für ein eidgenössisches Raumplanungsgesetz darzulegen. Als Schauplatz für planerische Versäumnisse diente in dem Film das Limmattal zwischen Baden und Spreitenbach.<sup>192</sup> Erst im zweiten Anlauf wurde das überarbeitete Gesetz 1979 gutgeheissen und per Anfang Januar 1980 in Kraft gesetzt. Auf nationaler Ebene kam damit die lange Pionierphase in der Raumplanung zum Abschluss.<sup>193</sup>

In den 1970er-Jahren wurden die Arbeiten an einem kantonalen Besiedlungsleitbild innerhalb des nun existierenden Amtes für Raumplanung weitergeführt. Sie lagen 1979 als «Provisorisches Raumordnungskonzept» vor.<sup>194</sup> Gutes Timing: Das im gleichen Jahr angenommene eidgenössische Raumplanungsgesetz forderte in Artikel 8 von den Kantonen die Ausarbeitung eines Richtplans, der die Eckpfeiler für die bauliche Entwicklung setzt und die Abstimmung von Verkehr und Siedlung gewährleistet. Das Raumordnungskonzept reihte sich ein in die lange Liste von Grundlagen für den kantonalen Richtplan, der im Dezember 1985 präsentiert wurde. Damit war der Kompass zur kantonalen Raumentwicklung ausgerichtet, und die grossen Lücken im Planungsinstrumentarium waren geschlossen.<sup>195</sup>

Die behörden- und eigentümerverbindlichen Planungsinstrumente werden seit ihrer Inkraftsetzung laufend revidiert und verfeinert. Der kantonale Richtplan wird in Zehnjahresschritten überarbeitet. In der Abteilung Raumentwicklung beschäftigen sich gegenwärtig rund vierzig Mitarbeitende mit einem vielfältigen Aufgabenkatalog.

Schon Ende der 1980er-Jahre begannen Bestrebungen, eingezonte Baugebiete zu reduzieren. Der steigende Wohlstand und attraktivere Hypothekarprodukte der Banken lancierten Ende der 1970er-Jahre den Boom des Einfamilienhauses, der sich schon nach einem Jahrzehnt eindrücklich in den Statistiken und im Siedlungsbild niederschlug: Während die Einwohnerzahl im Aargau zwischen 1980 und 1990 um zehn Prozent anstieg, wuchs die Gesamtzahl bewohnter Gebäude um nahezu zwanzig Prozent. Trotz Krise ging diese Entwicklung in den 1990er-Jahren fast ohne Knick weiter und wurde durch die anhaltende Tendenz zu immer weniger Personen pro Haushalt verstärkt. Wohnen im Aargau 1950 noch 3,9 Personen in einem Haushalt, so waren es im Jahr 2000 noch 2,4 Personen (siehe Grafik 08).<sup>196</sup> Nicht ohne Wirkung blieben darüber hinaus gesetzliche Neuerungen: Seit 1990 können Sparguthaben der Säule 3a und seit 1995 Gelder der beruflichen Vorsorge für den Erwerb von Wohneigentum verwendet werden. Dies führte zu einem markanten Anwachsen der Wohneigentumsquote.<sup>197</sup> Um fünf Prozent stieg diese im Aargau zwischen 1990 und 2000 und verharrt seither bei rund 45 Prozent. Damit liegt der Kanton schweizweit an sechster Stelle und zehn Prozent über dem Landesmittel.<sup>198</sup> Die Einführung des Pensionskassenobligatoriums 1985 sorgte überdies für einen zunehmenden Investitionsdruck bei den Vorsorgeeinrichtungen, den diese bis heute weitgehend über Anlageprodukte auf dem Immobilienmarkt ablassen.

Spätestens seit dem Inkrafttreten des revidierten eidgenössischen Raumplanungsgesetzes im Jahr 2014 gilt als Maxime die Eindämmung der Zersiedelung und damit einhergehend eine Konzentration der baulichen Entwicklung nach innen. Dabei zeigt sich in der Praxis, dass die vorhandenen Planungsinstrumente eine qualitative Nachverdichtung der Siedlungskerne nicht ausreichend gewährleisten können (siehe auch «Denkmalpflege», «Ortsbildschutz», S. 91). Dies wiederum leistet dem neuen Trendwort «Dichtestress» Vorschub.<sup>199</sup> Dass Wohlstand in erster Linie über ein anhaltendes Wirtschaftswachstum gesichert werden kann, gilt auch im Aargau als kaum angezweifelt. Das Paradigma, welches zunehmend im Widerspruch und im Konflikt mit den begrenzten Ressourcen steht. Die Raumplanung setzt in diesem Kräftefeld auf wirtschaftliche Entwicklungsschwerpunkte von kantonalen und regionaler Bedeutung sowie auf Wohnschwerpunkte.<sup>200</sup> Das Sisslerfeld im Schnittbereich der Gemeinden Eiken, Münchwilen, Sisseln und Stein umfasst dabei mit rund 85 Hektaren die grösste Baulandreserve des Kantons. Im Herzen des Fricktals und vor den Toren des Metropolitanraums Basel wird hier seit 2019 eine qualitative Ent-

wicklung vorangetrieben, wobei eine koordinierte Planung die Potenziale des Orts als Wohn- und Arbeitsgebiet über den Zeithorizont 2040 hinaus maximal abrufen soll.<sup>201</sup>

#### Von der Landschaftsstadt zur Waldstadt

In Ergänzung zur offiziellen Raumplanung entstanden immer wieder private Initiativen, die sich frei von behördlichen und planungsrechtlichen Sachzwängen mit einer überregionalen Siedlungsentwicklung im Aargau auseinandersetzten. Unter dem Titel «Landschaftsstadt» präsentierte 1972 ein Kollektiv um den aus Laufenburg stammenden Journalisten und Theatermacher Anton Krättli (1922–2010) eine von der Schweizerischen Bankgesellschaft herausgegebene Mappe.<sup>202</sup> Getreu ihrer beruflichen Herkunft präsentierten die Autoren darin kein technisches Planwerk; vielmehr schlugen sie einen Prozess vor, den sie als «Gegenkraft zur Vervorstädterung des Aargaus zwischen Zürich und Basel» bezeichneten. Mit verschiedenen Engagements sollte kulturelle Aktivität auf allen Ebenen und in allen Gemeinden gefördert und aktiv vernetzt werden, um dem vielerorts bereits eingesetzten Abstieg zu Schlaf- und Vorortsgemeinden der ausserkantonalen Grossstädte entgegenzuwirken. Aargauer Kultur als Gegenmittel zur provinziellen Bedeutungslosigkeit. Für Krättli und seine Mitstreiter bedeutete Raumplanung in erster Linie Kulturförderung und den Ausbau der dafür notwendigen Infrastruktur.

«Bibergeil» nennt sich eine Gruppe von Aargauer Architektinnen und Architekten, welche seit 2015 mit Publikationen und Veranstaltungen an die Öffentlichkeit tritt und ihre Thesen zur Debatte stellt. Ihre unkonventionellen Ansätze finden dabei ein grosses Echo in den Medien. 2020 präsentierte «Bibergeil» das Konzept «forêt en plus», nach dem die Waldfläche um 25 Prozent anwachsen soll, um den Kohlenstoffgehalt in der Atmosphäre zu senken und so aktiv den Klimawandel zu bekämpfen. Der Wald solle dabei ein neues Element in den Zonenplänen werden, worin eine attraktive Koexistenz von Wohnen, Landwirtschaft und Wald entstünde. Die Utopie vom Wohnen im Wald würde demnach Realität.<sup>203</sup>

## Die Landnahme findet statt

Einige Beispiele sollen nachfolgend zeigen, wie sich die Besiedlung des räumlich so heterogenen Aargaus in den Jahrzehnten nach 1945 entwickelte. Dabei ist von Belang, dass regional immer gewaltige Unterschiede bestanden. Ländliches Idyll traf auf städtische Dichte, Siedlungsbrei auf intakte Dorfkerne. Während in den Zentren eine enorme Entwicklung vonstattenging, blieben abgelegene Täler vermeintlich unberührt. Der Aargau als Kanton der Regionen ist auch ein Kanton der unterschiedlichen Entwicklungen.

#### Agglomerationen entstehen ...

Es sind nicht die auf dem Reissbrett entworfenen Idealstädte Birrfeld, Zofingen oder Spreitenbach, welche die Raumentwicklung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts charakterisieren. Es ist vielmehr das Entstehen von Agglomerationen. Ein organischer Prozess also, weil sich diese «Speckgürtel» meist aus den bestehenden Siedlungsstrukturen heraus entwickelten. 1960 existierte im Aargau nach damaligem Verständnis eine einzige Agglomeration im Raum Baden-Brugg. Sechzig Jahre später zählte die Städtestatistik der Schweiz von insgesamt 49 Agglomerationen deren fünf im Aargau.<sup>204</sup> Was ist unter einer Agglomeration zu verstehen? Der Begriff, dessen Definition immer wieder Anpassungen erfuhr, tauchte in den Statistiken schon Ende des 19. Jahrhunderts im Zusammenhang mit der zunehmenden Urbanisierung auf. Er meint letztlich ein grösseres, meist zusammenhängendes Siedlungsgebiet aus mehreren Kommunen, welche in enger ökonomischer und kultureller Wechselwirkung mit einem städtischen Zentrum stehen. Im öffentlichen Diskurs fand der Begriff am Anfang kaum Beachtung. Erst mit dem Aufkommen des Automobils und insbesondere mit dem systematischen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Nachkriegszeit wuchsen die Siedlungen zu Agglomerationen zusammen. Lebte in der Zwischenkriegszeit rund ein Drittel der Schweizer Bevölkerung in einem solchen Verdichtungsraum, so waren es zur Jahrtausendwende nahezu drei Viertel.<sup>205</sup> Im Aargau wohnt heute rund die Hälfte der Bevölkerung in einer der fünf Agglomerationen, wobei jene von Zofingen und Olten über die Kantonsgrenze hinweg nach Solothurn ausgreift (siehe Abb. 21).<sup>206</sup>

#### ... Regionalstädte hingegen nicht

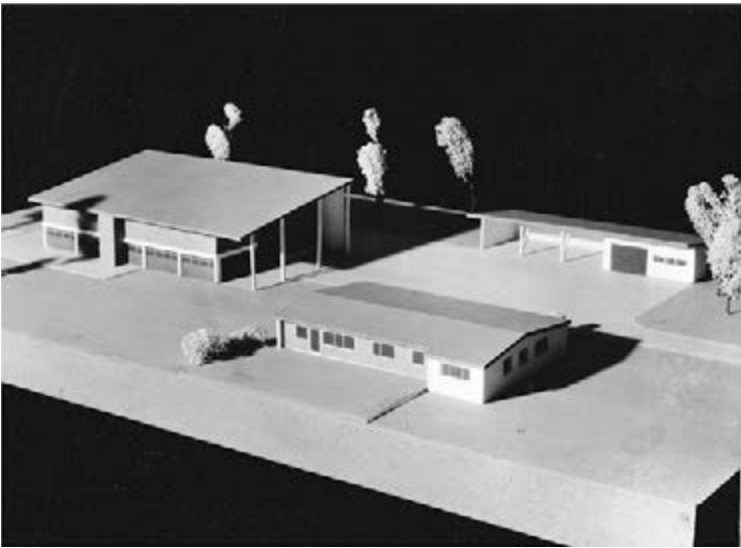
Angesichts der fortschreitenden Urbanisierung entstand im Verlauf der 1960er-Jahre eine vitale Diskussion um neue politische Organisationsformen der werdenden Agglomerationen. Zentrum dieser Debatte im Aargau war Baden, wo im Dunstkreis des linksliberalen Journalisten Werner Geissberger (1921–1986) ab 1963 leidenschaftlich die Idee einer Regionalstadt vorangetrieben wurde. Wichtige Impulse für diese Initiative kamen aus verschiedenen überkommunalen Entwicklungsstudien, welche die Regionalplanung Baden und Umgebung in Auftrag gegeben hatte.

Mit dem *Badener Tagblatt* hatte Geissberger als dessen Redaktor ein Sprachrohr, um ein grosses





24 Einfamilienhausquartier in Zufikon, 2003. Das Bild des Fotografen Oliver Lang (\*1966) zeigt exemplarisch das Ausgreifen von Einfamilienhausiedlungen in die Landschaft.



25 Modellfoto des «Aargauer Siedlungstyps» von 1962. Der standardisierte Bauernhof bestand aus drei frei stehenden Bauten: einer Stallscheune, einer Remise und einem Wohnhaus. Er wurde in Varianten gegen 150 Mal realisiert.



26 Standbild aus «Landwirtschaft heute» vom 10. Oktober 1971. Der Aargau war 1971 Gastkanton an der Olma in St. Gallen. In diesem Kontext sendete das Schweizer Fernsehen einen Beitrag über den modernen Aargau, darunter ein Porträt über den «Aargauer Siedlungstyp» am Beispiel des Edelhofs von Josef Senn in Gansingen.



27 Das eo-Hochhaus in Oftringen kurz nach der Fertigstellung 1970. Der Bau wurde schnell zum Wahrzeichen der fünfgrößten Aargauer Gemeinde, nicht zuletzt auch deshalb, weil das Hochhaus auf weiter Flur alleine steht. Es flankiert die Kreuzung der beiden alten Landstrassen zwischen Zürich und Bern und zwischen Basel und Luzern.



28 Agglomerationsgemeinde Oftringen, 1972. Dass dieses Bild aus dem Aargau und nicht aus Las Vegas stammt, lassen die Hügelzüge des Jura und die Reiseziele auf den Verkehrsschildern erkennen.

Publikum erreichen zu können. Die Perspektive jener Jahre war der «Vollausbau», der von den Planern binnen der nächsten zwei Generationen erwartet wurde. Damit war eine Art Endzustand der Siedlungsentwicklung gemeint. Die damals herrschenden Wachstumskräfte legitimierten dieses Denken. Etwa 220 000 Menschen sollten die Agglomeration Baden Anfang des 21. Jahrhunderts bevölkern (ziemlich genau halb so viele sind es im Jahr 2020).<sup>207</sup> Die Herausforderungen, welche aus dem Vollausbau resultierten, wurden als immens betrachtet. In den Köpfen der Regionalstadtpromotoren reifte infolgedessen die Erkenntnis, dass diese nur gemeistert werden könnten, wenn die tradierten föderalistischen Strukturen radikal neu gedacht und Synergien genutzt würden. Gemeindegrenzen, die als solche gar nicht mehr ersichtlich waren, gehörten abgeschafft. Kurzum: Regionalstadt meinte den raschen Zusammenschluss möglichst vieler Kommunen zu einem neuen politischen Gebilde. Geissberger beschwor die Drohkulisse, entweder als «städtisches Regionalzentrum mit eigenem Glanz» oder als Teil der «zürcherischen Vorortlandschaft» in die Zukunft zu blicken.<sup>208</sup>

Die Regionalstadtidee fand Anhänger in verschiedenen Lagern, namentlich im progressiv bürgerlichen sowie im linken Milieu, wo auch die meisten Planer ihre politische Heimat hatten. Sie wurde alsbald auch in anderen Regionen aufgegriffen. So schlug etwa der Landesring der Unabhängigen (LdU) in seiner 1967 veröffentlichten Broschüre «achtung: der Aargau» ein Konzept von künftig sieben Aargauer Regionalstädten vor (siehe Abb. 22). Die LdU-Autoren wetteten gegen die «Masshalte- und Krisenapostel» und beklagten, man halte fatalerweise an einem Kleinstadtideal fest, obwohl das aargauische Mittelland «allmählich von einer einzigen ländlichen Stadt ohne echte Zentren überdeckt» werde.<sup>209</sup> Mit seiner Initiative bereitete der LdU die bereits erwähnte Arbeit am kantonalen Besiedlungsleitbild vor.

Die Regionalstadt entwickelte sich nie zu einer mehrheitsfähigen Option und wurde mehrfach von der politischen Realität eingeholt. So lehnte etwa der neu geschaffene Wettinger Einwohnerrat schon 1966 eine Motion ab, welche den Beginn von Verhandlungen mit den Nachbargemeinden zwecks Bildung einer Regionalstadt forderte. Zusammenschlussinitiativen erlitten darüber hinaus auch in Neuenhof und Fislisbach schon in der Eintretensdebatte Schiffbruch.<sup>210</sup> Mit der Rezession der 1970er-Jahre verschwanden sowohl das Planungsziel des Vollausbaus wie auch die politische Idee einer Regionalstadt aus dem Fokus der Öffentlichkeit. Hans Wanner (\*1941), der damalige Stadtplaner von Baden, brachte die Stimmung nach 1975 rückblickend auf den Punkt: «Die Zeit der grossen Würfe in der Regionalpolitik war vorbei.»<sup>211</sup> Im Herbst 2020 wurde in dieser Frage jedoch ein neues Kapitel aufgeschlagen: 13 Gemeinden in der Region Baden schlossen sich zu einem ergebnisoffenen Dialog zusammen mit dem Ziel, enger zu kooperieren. Nun ist nicht mehr von Regionalstadt, sondern von Modellstadt die Rede, und dabei sind auch Fusionen kein Tabu.<sup>212</sup>

In der Region Aarau scheiterte gleichzeitig ein ähnlich gelagertes Vorhaben unter dem Namen

«Zukunftsraum Aarau». Hier war von Anbeginn die Fusion der involvierten Gemeinden als Zielmarke gesetzt. Aarau, Buchs, Densbüren, Ober- und Unterentfelden sowie Suhr gingen in den Prozess, während sich etwa Küttigen und Erlinsbach schon 2016 gegen das Unterfangen aussprachen. Mit «Zukunftsraum Aarau» sollte im Schweizer Mittelland ein neues Zentrum entstehen. Nachdem die Stimmberechtigten von Buchs, Densbüren, Suhr und Oberentfelden 2019 und 2020 dem Ansinnen an der Urne eine Abfuhr erteilten, wurde es Anfang 2021 sang- und klanglos begraben.<sup>213</sup> Initiativen für grossflächige Zusammenschlüsse haben auch im 21. Jahrhundert einen schweren Stand, insbesondere dann, wenn es – wie in Aarau und Baden der Fall – unter den involvierten Kommunen ein starkes Gefälle bezüglich Grösse und Finanzkraft gibt. Die Einwohnerinnen und Einwohner der kleinen Partnergemeinden befürchten in der Mehrheit den faktischen Abstieg zu einer politisch unselbstständigen Aussenwacht der Zentrumsstadt.

### Der Bauernhof aus dem Baukasten

Das Wachstum fand am sichtbarsten in den Ballungsräumen statt. Aber auch das ländliche Gebiet blieb von der beispiellosen Wucht der Nachkriegsmoderne nicht a priori verschont. Hier war es die Mechanisierung der Landwirtschaft, welche nach dem Zweiten Weltkrieg rasante Verbreitung fand mit der Folge, dass umfassende Strukturverbesserungen in Angriff genommen werden mussten (siehe «Landwirtschaft», S. 294). Vielerorts war es schlicht unmöglich, die über Generationen immer stärker zerstückelten Parzellen mit einem Traktor und anderen schweren Geräten überhaupt zu befahren. Im Rahmen dieser Güterregulierungen mit Neuparzellierungen und dem Bau von landwirtschaftlichen Wegen wählten viele Bauernfamilien die Option, ihren Hof auszusiedeln. Oft zwangen ohnehin die beengten Verhältnisse in den Dörfern und die Emissionen zu diesem Schritt.<sup>214</sup> So veränderte sich auch fernab der Agglomerationen das Antlitz des Raums stark.

Aussiedlerhöfe entstanden schon in der Zwischenkriegszeit, doch sollten die 1960er- und 1970er-Jahre zu jenen Dezennien werden, in denen im Aargau mehr als 250 Betriebsverlegungen durchgeführt wurden. Das ist durchschnittlich mehr als eine Aussiedlung pro Gemeinde, wobei regional grosse Unterschiede bestanden. So wurden beispielsweise in der kleinen Gemeinde Hornussen gleichzeitig sechs Aussiedlungen gebaut, in Sulz waren es deren acht.<sup>215</sup> Dabei ging der Aargau einen pionierhaften Weg: Als Anfang der 1960er-Jahre in Dutzenden von Gemeinden gleichzeitig Güterregulierungen in Angriff genommen wurden, initiierte die Landwirtschaftsdirektion 1961 einen Projektwettbewerb für einen standardisierten Bauernhof. Regierungsrat und Departementsvorsteher Ernst Schwarz (1917–1985) von der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei war die treibende Kraft hinter dem Vorhaben.<sup>216</sup> Ziel war es, mit einem eigenen Typenprogramm Baukosten zu senken und Bauzeit zu sparen. Eine eigens einberufene Fachkommission besichtigte bestehende Normbetriebe in Deutschland, Holland und Frankreich und



kam zum Schluss, dass diese für die Verhältnisse im Aargauer Mittelland und Jura nicht taugten.<sup>217</sup> Eingeladen wurden nun drei Teams, welche Vorschläge für einen funktionalistischen Landwirtschaftsbetrieb einreichten. Das Projekt der in Zürich domizilierten Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft (SVIL) erhielt den Zuschlag. Der «Aargauer Siedlungstyp» war geboren und bestand im Kern aus drei freistehenden Gebäuden: einem schlichten, eingeschossigen Wohnbau unter einem Satteldach sowie einer Stallscheune und einer Remise, beide mit Pultdach.<sup>218</sup>

Der aus Rüfenach stammende Ernst Schwarz war Ingenieur-Agronom und vor seiner Wahl in den Regierungsrat als Landwirt tätig. Als Landwirtschaftslehrer in Brugg war er ebenso auf Tuchfühlung mit der nachrückenden Generation. Er formulierte das Ziel, mindestens hundert standardisierte Siedlungen zu realisieren.<sup>219</sup>

#### Der «Aargauer Siedlungstyp» als Erfolgsgeschichte

Typensysteme und Rationalisierungskonzepte waren damals in der Bauwirtschaft allgegenwärtig, zumindest in der Diskussion. Sie wurden als Lösung für jene Probleme angepriesen, die eingangs schon erwähnt wurden: chronische Überlast und Bau- teuerung. Der «Aargauer Siedlungstyp» war eine Erfolgsgeschichte, wurden doch etwa zwei Drittel aller Aussiedlungen danach gebaut. Entsprechend gross war auch das Interesse in der Fachwelt weit über den Aargau hinaus.<sup>220</sup>

1963 gründeten in Brugg 42 Bauinteressen die Aargauische Landwirtschaftliche Siedlungsbaugenossenschaft (ALSG) unter dem Vorsitz des jungen Landwirts Paul Stäubli (\*1932), der mit seiner Frau auf dem Sulzer Berg 1964 einen der ersten Siedlungstypen bezog. Sulz gehörte zusammen mit Gansingen zu den ersten Gemeinden, in denen der gesamte Ortsbann gleichzeitig reguliert wurde.<sup>221</sup> Die Baugenossenschaft beauftragte die SVIL mit der Projektierung und Ausführung aller Bauten. Wer zur Aussiedlung entschlossen war, trat der Genossenschaft bei und profitierte neben fünf Prozent höheren staatlichen Subventionen (35 statt 30 Prozent) auch davon, dass die SVIL als Generalplanerin ihre grosse Expertise einbrachte und für den gesamten Betrieb einen Fixpreis sowie einen schlüsselfertigen Abnahmetermin garantierte. Der Bauernhof aus dem Baukasten kostete durchschnittlich 270 000 Franken und war damit zwischen 10 und 15 Prozent günstiger als nach konventioneller Bauart.<sup>222</sup> Der «Aargauer Siedlungstyp» kam bald auch in anderen Kantonen des Mittellands zur Anwendung. So schlossen sich auch Landwirte aus Basel-Landschaft und Solothurn der Siedlungsgenossenschaft an.<sup>223</sup> Ausserdem stand es der SVIL zu, das Konzept eigenmächtig in anderen Kantonen anzupreisen.

Der Bund beteiligte sich mit einem namhaften Forschungskredit an der Entwicklung des Typenprogramms.<sup>224</sup> So erstaunt es nicht, dass der Bundesrat 1966 in corpore ins Fricktal reiste, um in Hornussen einen Augenschein auf einem «Aargauer Siedlungstyp» zu nehmen.<sup>225</sup> 1978 wurde die

Baugenossenschaft aufgelöst, nachdem der grosse Aussiedlungsboom zum Erliegen gekommen war.<sup>226</sup> Das von Regierungsrat Ernst Schwarz anvisierte Ziel von hundert realisierten Typenhöfen wurde klar übertroffen.

Das Aargauer Konzept für die bäuerlichen Aussiedlungen bot auch Anlass für kritische Voten. So beklagte etwa Baudirektor Kim schon in der Regierungsrätlichen Grundsatzberatung des Vorhabens den Verlust der regionalen Baukultur, welche mit einem einheitlichen Systembau zwangsläufig einhergehen würde. Und überhaupt bemängelte er, dass den architektonischen Gesichtspunkten zu wenig Gewicht beigemessen werde. Eine rationelle Bauweise erkenne er als absolut richtig, aber die Lage werde unhaltbar, wenn der Staat selbst Subventionsbauten aufstelle, welche eine Verschandelung der Landschaft darstellen würden. Gesundheitsdirektor und SP-Vertreter Adolf Richner (1908–1982) doppelte nach: Es wolle ihm partout nicht in den Kopf gehen, dass der Landwirtschaftsbetrieb nun eine Art Fabrik werde. Diesen Bedenken hielt Ernst Schwarz lapidar entgegen, dass die Zeit der schönen, alten Torbogen vorbei sei, wie sie sich etwa über dem Tenn im Fricktal wölben würden.<sup>227</sup> Kritisch äusserten sich im Rahmen einer beschränkten Mitwirkung auch die Organe von Umwelt- und Heimatschutz zur künftigen Präsenz der industriell anmutenden Baukörper, insbesondere in der coupiereten Juralandschaft.<sup>228</sup>

Nicht selten beklagten auch die Bauern, dass sie sich mit der Aussiedlung vom Gemeindewesen entfremdeten und etwa die Kinder weite Schulwege auf sich nehmen mussten. «Wenn die einzelnen Höfe zu weit voneinander entfernt sind, kann die für den Menschen nötige Bindung an die Umwelt erschwert werden», schrieb 1967 ein besorgter Leser in der *Bauern- und Bürgerzeitung*.<sup>229</sup>

#### Der Aargau als Mobilitätsdrehscheibe

Neben der Bevölkerung nahm seit den 1950er-Jahren im Aargau auch die Motorisierung überdurchschnittlich zu. Der Bau der erforderlichen Verkehrsanlagen könne mit den wachsenden Bedürfnissen kaum Schritt halten, schrieben die Verfasser des «Transportplan 66» in ihrem Bericht an den Regierungsrat.<sup>230</sup> Regionale Transportpläne entstanden ab 1964 im Auftrag der Baudirektion mit dem Ziel, Transportbilanzen aller Verkehrsträger zu erstellen und diese hinsichtlich des künftigen Vollausbau in einigen Jahrzehnten zu planen.<sup>231</sup>

«Die Nationalstrassen werden mehr Glück bringen als die Nationalbahn; entlang der gebauten und geplanten Autobahnen zieht schon heute der Wohlstand ins Land.» Die beiden jungen Vordenker des LdU, Luzius Theiler und Ruedi Jost, machten mit dieser Aussage in ihrer bereits erwähnten Denkschrift «achtung: der Aargau» 1967 deutlich: Beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur stand der motorisierte Individualverkehr im Zentrum.<sup>232</sup> Die Anspielung auf die Nationalbahn aus dem 19. Jahrhundert als eine der kolossalsten Bruchlandungen in der Schweizer Wirtschaftsgeschichte – mit

## Raumplanung und Fahrende

Im deutschsprachigen Europa verstehen sich die meisten Fahrenden als Jenische, deren überwiegender Teil sesshaft geworden ist. Rund 35 000 Mitglieder der jenischen Minderheit leben Anfang des 21. Jahrhunderts in der Schweiz. Etwa zehn Prozent von ihnen pflegen nach wie vor eine nomadische Lebensweise.<sup>1</sup> Besonders für abgelegene Regionen waren die Wanderarbeiter und Hausierer lange ein Segen, weil dort die Menschen auf deren Produkte und Fertigkeiten angewiesen waren. Mit der wachsenden Mobilität und der gleichzeitigen Verknappung des Bodens nahm das Konfliktpotenzial zwischen der sesshaften Bevölkerung und den Fahrenden jedoch zu.

Die Geschichte der Fahrenden ist seit Jahrhunderten geprägt von Ressentiments und Diskriminierung. Auch Schweizer Ärzte bezeichneten Anfang des 20. Jahrhunderts die Fahrenden als «erbkrank» und erklärten so deren weitverbreiteten Pauperismus.<sup>2</sup> Zwischen 1926 und 1973 wurden im Rahmen des «Hilfswerks für die Kinder der Landstrasse» der Stiftung Pro Juventute rund 800 Kinder von Jenischen meist gegen den Willen der Eltern fremdplat-

ziert mit dem erklärten Ziel, deren Lebensart aussterben zu lassen. Aargauer Jenische waren von dieser Aktion wenig betroffen (die Fälle von drei kinderreichen Familien sind aktenkundig); vor allem Fahrende aus den Südkantonen und der Innerschweiz sahen sich mit fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen konfrontiert. 1986 bat Bundespräsident Alphons Egli (1924–2016) die Jenischen um Entschuldigung dafür, dass die offizielle Schweiz das Unrecht geduldet und mitfinanziert hatte.<sup>3</sup>

Die aargauische Verfassung hält wenig konzis fest: «Der Kanton kann in Zusammenarbeit mit den Gemeinden nichtsesshaften ethnischen Minderheiten geeignete Örtlichkeiten für einen befristeten Aufenthalt zur Verfügung stellen.»<sup>4</sup> Chronisch ist der Mangel an ausreichenden und geeigneten Standplätzen im dicht besiedelten Mittelland. 1995 forderte die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei im Grossen Rat, die Standplätze für Fahrende in den behördenverbindlichen Planungsinstrumenten zu klären. Mehr als zehn Jahre sollten bis zur Erfüllung dieses Begehrens verstreichen, weil in den potenziellen Standortgemeinden die Akzeptanz fehlte.<sup>5</sup>

In der Zwischenzeit wurden die Fahrenden offiziell als Minorität anerkannt, nachdem der Bund 1998 das Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz von nationalen Minderheiten ratifiziert hatte.<sup>6</sup>

Im Aargau existieren heute sechs raumplanerisch gesicherte Standplätze für Schweizer Fahrende: fünf Durchgangsplätze in Aarau, Kaiseraugst, Windisch, Würenlos und Zofingen sowie ein Ganzjahresplatz in Spreitenbach. Seit 2007 besteht innerhalb der Abteilung Raumplanung eine kantonale Fachstelle Fahrende. Sie dient als Dreh- und Angelpunkt für deren Anliegen und kümmert sich um Unterhalt und Ausbau der Halteplätze.<sup>7</sup> 2010 wurden diese im Richtplan verankert. Seither gilt der Aargau unter den Jenischen als Kanton mit Modellcharakter.<sup>8</sup>

1 «Jenische», HLS 2010.

2 Huonker 2016, 1.

3 Galle 2016, 126f.; Minelli, Bürgisser 2015, 25.

4 KV/AG 1980, § 48; dazu auch Gespräch mit Pirmin Meier, 2019.

5 RR-RB 1997, 130.

6 Rechtssammlung des Bundes, 0.441.1: Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten.

7 Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende 2015; Bühlmann, Straumann 2019, 3; Gespräch mit Christoph Bürgi, 2020.

8 Minelli, Bürgisser 2015, 97.



29 Der *Aargauer Kurier* berichtete am 23. April 1969 über Fahrende. Gut ein Dutzend «Korberfamilien» würden im Aargau wohnen. Alle gängigen Klischees werden im Beitrag bedient, doch auch kritische Töne sind auszumachen: «Man steckte die Kinder in Heime und hoffte, sie würden so sesshaft. Wer aber die damaligen Heime kennt, den wundert es nicht, dass dieser Versuch fehlschlug.»

weitreichenden Folgen für den Aargau – ist dabei durchaus symptomatisch: Die Realisierung der Schweizer Autobahnen bündelte in den 1960er- und 1970er-Jahren einen grossen Teil der Kräfte und die volle Aufmerksamkeit von Bund und Kantonen sowie Hundertschaften von Strassenbauern und Ingenieuren. Bei diesem Jahrhundertwerk nahm der Aargau aufgrund seiner geografischen Lage eine zentrale Rolle ein.

#### Die Autobahn als grösstes Bauprojekt der Moderne

10. Mai 1967: Ein langer Automobilross mit Bundesrat Hans Peter Tschudi (1913–2002) an der Spitze fährt von Oensingen nach Hunzenschwil und feiert die Einweihung des bis dahin mit 84 Kilometern längsten Abschnitts der Schweizer Autobahnen. Auf den Brücken stehen dicht gedrängt die Zuschauerinnen und Zuschauer und jubeln mit Dankbarkeit den Verantwortlichen des grossen Werks entgegen. Die Autobahn als grösstes Schweizer Fortschrittswerk der Moderne war nahezu unbestritten, das Hurra der Menschen kam von Herzen.<sup>233</sup>

Der Bau der Schweizer Autobahnen hatte eine lange Vorgeschichte, welche in der Zwischenkriegszeit ihren Anfang nahm. Der eidgenössische Föderalismus stand dabei einer gesamtschweizerischen Planung jahrzehntelang im Weg.<sup>234</sup> Da und dort versuchten sich einzelne Kantone im Alleingang mit der Konzipierung von kreuzungsfreien Strassen, welche dem motorisierten Verkehr vorbehalten sein sollten. Sie blieben mit Ausnahme der 1955 eröffneten Ausfallstrasse von Luzern nach Horw allesamt Planwerk.

1954 setzte der Bundesrat eine Planungskommission ein mit dem Auftrag, ein landesweites Hauptstrassennetz zu entwerfen, wobei schnell die Gesamtkonzeption der künftigen Autobahn im Fokus stand. Die Schweiz war diesbezüglich im Rückstand, 1950 waren in den Nachbarländern Deutschland und Italien die wichtigsten Zentren bereits mit Autobahnen verbunden. Der Netzplan der künftigen Nationalstrassen war im Sommer 1957 ausgearbeitet. In dieser über 30-köpfigen Fachkommission waren ausschliesslich Männer tätig. Ausserdem brachten diese vornehmlich einen technischen beruflichen Hintergrund mit. Es fehlten Vertreter von Natur- und Umweltschutz ebenso wie Volkswirte oder Eisenbahner.<sup>235</sup> Es fehlten Frauen. 1958 wurde der Netzplan mit gut 1800 Kilometern Autobahn veröffentlicht, und im gleichen Jahr sagte das Stimmvolk überdeutlich Ja (im Aargau mit 77 Prozent) zum Verfassungsartikel, der dem Bund die Kompetenz übertrug, Nationalstrassen zu bauen. Das Ausführungsgesetz wurde vom eidgenössischen Parlament 1960 verabschiedet. Es war weitgehend unbestritten, obwohl es brisante Artikel zur Beschränkung des Grundeigentums enthält.<sup>236</sup> Sofort konnte mit dem Bau begonnen werden, und schon 1962 wurden in der Westschweiz erste Teilstücke dem Verkehr übergeben.<sup>237</sup>

Der Netzplan von 1958 machte den Aargau zur Autobahndrehscheibe mit Knoten von N1 (Zürich–Bern) und N2 (Basel–Luzern) bei Rothrist sowie dem Anschluss der N3 (Basel–Zürich) an die N1 im Birrfeld. Damit wurde eine Tradition weiter-

geschrieben, denn am Oftringer Kreuzplatz, unweit der neuen Autobahnverzweigung Wiggertal, trafen seit alters die wichtigsten beiden Landstrassen der Schweiz zusammen: jene zwischen Zürich und Bern sowie jene zwischen Basel und Luzern.

Mit der Ausführungsplanung und dem Bau der vom Bundesparlament beschlossenen Linienführung wurden die Kantone beauftragt. Im Aargauer Tiefbauamt entstand als Unterabteilung das Nationalstrassenbüro. Die Personalaufstockung gestaltete sich in Zeiten der Vollbeschäftigung als ausserordentlich schwierig. Es mangelte insbesondere an Fachkräften. Ingenieure und Techniker wurden per Inserat in internationalen Zeitschriften rekrutiert. Deren Arbeit war vielgestaltig und komplex, bedingte der Strassenbau doch neben aller Ingenieurskunst auch die Überwindung geologischer Schwierigkeiten, Landkäufe, Güterregulierungen oder Gewässerkorrekturen. Unzählige Male konfrontierten die Vertreter des Kantons die Landbesitzer mit der unumstösslichen Tatsache, dass sie ihr Land für das grosse Werk zur Verfügung stellen mussten. Wer sein Land nicht freiwillig hergab – die Entschädigung war fair –, der wurde enteignet, was allerdings nicht oft vorkam.<sup>238</sup>

1962 begannen die Bauarbeiten an den ersten Teilstücken auf Aargauer Boden zwischen Hunzenschwil und Lenzburg (N1) sowie zwischen Kaiseraugst und Rheinfelden (N3). Diese je rund fünf Kilometer langen Abschnitte wurden am 19. Juni 1966 für den Verkehr freigegeben.<sup>239</sup> Damit begann im Aargau das Autobahnzeitalter. Mit der Eröffnung des Bareggtrunnels 1970 und dem Abschnitt durch das Limmattal 1971 war die N1 zwischen Zürich und Bern durchgängig befahrbar.

Es dauerte genau dreissig Jahre, bis am 17. Oktober 1996 Bundesrat Moritz Leuenberger (\*1946) und Baudirektor Thomas Pfisterer (\*1941) mit dem Abschnitt der N3 zwischen Frick und dem Birrfeld den letzten Autobahnabschnitt im Aargau dem Verkehr übergaben.

#### Von der Verheissung zur Kampfzone

Nur vereinzelt wurden in der ersten Planungs- und Bauphase Bedenken gegen die Autobahnen geäussert. Als rückständige Egoisten galten jene, die sich gegen das «grosse Gemeinschaftswerk» stellten. Ein Anschluss an die Autobahn versprach Prestige und Prosperität. Dies erstaunt rückblickend auch deshalb, weil die Strecken möglichst direkt und kostengünstig geplant wurden. Einflussfaktoren wie Lärm- und Schadstoffemissionen, Siedlungsentwicklung oder Naturschutz hatten anfänglich wenig Gewicht. Es waren vornehmlich Vertreter aus der Landwirtschaft, welche das «gewaltige Flächenopfer» auf Kosten des Agrarsektors beklagten.<sup>240</sup> Im Aargau wurden allein für die Autobahnen etwa fünf Quadratkilometer Land in Anspruch genommen, was flächenmässig der Hälfte des Hallwilersees entspricht. Auf der anderen Seite war die Sehnsucht nach Entlastung der alten Überlandstrassen vom Transitverkehr zwischen den Grosstädten immens. Unvorstellbar, wie sich etwa der Fernverkehr zwischen Zürich und Bern bis Anfang der 1970er-Jahre über den Mutschellen, durch Bremgarten, Wohlen oder Lenzburg wälzte (siehe Abb. 41).

Der Ruf nach mehr Demokratie im Nationalstrassenbau erreichte den Aargau ab den 1970er-Jahren. Man habe die N1, die N2 und Teile der N3 in den 1960er- und 1970er-Jahren «in vergleichsweise zügiger Abwicklung» erstellen können, wie sich der damalige Kantonsingenieur Alfred Erne erinnerte.<sup>241</sup> Dann verblieb der oben erwähnte letzte Bauabschnitt der N3 zwischen Frick und dem Birrfeld, welcher seit 1963 geplant wurde und zur Geduldssprobe, aber auch zum grossen Konsensprojekt werden sollte. Am Bözberg schieden sich die Geister, und das verbleibende Fünftel Autobahn auf Aargauer Boden wurde zum Generationenvorhaben und zur Kampfzone der Ingenieure, Umweltschützerinnen und Aktionskomitees. Bis zum Baustart 1988 verging ein Vierteljahrhundert mit Planungen und Debatten um die Details der Linienführung. Exemplarisch dafür steht etwa die Gemeinde Lupfig, wo die Stimmberechtigten an der Wintergemeindeversammlung 1978 einstimmig eine Resolution an den Bundesrat überwiesen mit der Aufforderung, den geplanten Vollanschluss ihrer Gemeinde an die Autobahn zu streichen.<sup>242</sup> Der freiwillige Verzicht auf einen eigenen Autobahnanschluss wäre zehn Jahre früher undenkbar gewesen (das Begehren blieb gleichwohl erfolglos). Dieses Umdenken steht in ursächlichem Zusammenhang mit den Erfahrungen, die mit der Autobahn in den ersten Jahren ihres Bestehens gemacht wurden. Die Euphorie war in vielen Autobahndörfern der Erkenntnis gewichen, dass Lärm und Schadstoffe zu empfindlichen Einbussen in der Lebensqualität führten. Die Fricktaler Gemeinde Zeinigen etwa sah sich aufgrund der massiven Immissionen durch die N3 1977 gezwungen, Wohngebiete auszuzonen und mit baulichen Lärmschutzmassnahmen zu reagieren.<sup>243</sup>

Fünf aufeinanderfolgende Baudirektoren gaben sich das Dossier N3 weiter wie einen Staffettenstab. Strittig darin war insbesondere, wie der Bözberg (Hochbrücke oder Tunnel) und das Kurgebiet von Schinznach-Bad möglichst schonungsvoll passiert werden sollten. Nicht weniger als acht Varianten wurden zwischen 1967 und 1986 in unzähligen Veranstaltungen debattiert, bis 1987 letztinstanzlich der Bundesrat über die heutige Linienführung befand.<sup>244</sup> Die Aargauer Bevölkerung habe naturschützerische Bedenken ernster genommen als alle anderen Kantone, und trotzdem haften ihr, ungeachtet aller statistischen Tatsachen, der Ruf der Autovernarrtheit an, konstatierte 1999 *Das Magazin*.<sup>245</sup>

#### Pläne für eine Aargauer Hochleistungsstrasse

Während Mitte der 1960er-Jahre quer durch den Aargau mit Hochdruck an den Nationalstrassen gebaut wurde, präsentierte sich das kantonale Strassennetz vielerorts noch als rudimentäre Infrastruktur. Namentlich in abgelegenen Gebieten verfügten Verbindungs- und Dorfstrassen weder über eine feste Fahrbahn noch über eine Beleuchtung. Bei anhaltend trockener Witterung wurden die unbefestigten Strassen zu einer Plage. Gerade innerorts nahm mit dem zunehmenden Autoverkehr die Staubbelastung ein unerträgliches Mass an. Deshalb wurden die Weganlagen mit Kalziumchlorid behandelt. Mancherorts kam auch Altöl zum Ein-

satz. 1981 wurden zwischen Ueken und Herznach die letzten 1,6 Kilometer Kantonsstrasse «staubfrei» gemacht.<sup>246</sup> Danach verschwand der Begriff aus dem Vokabular des Tiefbauamts.

1969 ersetzte ein modernes kantonales Strassenbaugesetz die alten Baudekrete. 1970 folgte ein Strassenrichtplan als Grundlage für ein Mehrjahresbauprogramm. Dieser war ein Manifest der Hochkonjunktur, nach dem die alten Hauptverbindungen zu einem Netz aus Hochleistungsstrassen auf eigenen Trassees mit möglichst wenigen Kreuzungen und Anschlüssen ausgebaut werden sollten. Die Rezession im Zuge der Energiekrise 1973 machte dem ambitionierten Vorhaben einen Strich durch die Rechnung. Schon im Regierungsprogramm 1973/1977 verzichtete der Regierungsrat auf die Realisierung eines neuen Strassennetzes, und in der überarbeiteten Version des Strassenrichtplans von 1976 war keine Rede mehr von einer neuen Aargauer Hochleistungs- oder Expressstrasse.<sup>247</sup>

Zu den augenfälligsten Strassenbauprojekten auf der Grundlage des revidierten Strassenrichtplans gehörten die zahlreichen Ortsumfahrungen. «Via vita», «die Strasse bringt Leben», hiess es über Jahrhunderte. So entstanden die vielen lang gezogenen Strassendörfer an den wichtigen Verkehrsachsen, beispielsweise an der Bözbergstrasse durch das Fricktal: Effingen, Bözen oder Hornussen. Noch Anfang der 1960er-Jahre schrieb der Autor und Lehrer Charles Tschopp (1899–1982) in seiner «Landeskunde» über den Aargau, es sei so bedeutungsvoll, an einer Durchgangsstrasse zu liegen, dass sich die Ortschaften wehrten, umfahren zu werden.<sup>248</sup> Dies änderte sich schnell. Insbesondere die Städte litten bald massiv unter dem Durchgangsverkehr und sehnten sich jahrzehntelang nach Befreiung. Baden stellte dabei die komplexeste Aufgabe an die Verkehrsplaner. Durchgangs- und Zielquellverkehr kumulierten hier mehrmals täglich zu einem gefährlichen Schauspiel mit Automobilisten und Velofahrerinnen inmitten der Altstadt in der engen Limmatklus. Ab 1927 versuchte der erste Verkehrspolizist im Aargau, dem Badener Verkehrschaos Herr zu werden. Einen wesentlichen Anteil daran hatten Tausende von Arbeiterinnen und Arbeiter der BBC, welche «vor und nach der Arbeit wie eine langsame, stockende weltliche Prozession die Strassen dicht erfüllen».<sup>249</sup> Zwischen 1957 und 1965 wurden im Rahmen der grössten innerstädtischen Verkehrssanierung der Schweiz mit gewaltigen Bauwerken die Verkehrsträger entflochten. Die Bahn verschwand in einem Tunnel, während der Autoverkehr auf einer mehrspurigen Tangente um die Altstadt geführt wurde.<sup>250</sup> Sukzessive wurden die Aargauer Altstädte vom Durchgangsverkehr befreit. Dem ersten Aufatmen folgte vielerorts aber Ernüchterung: Den Geschäften blieb die Kundschaft aus. Es setzte ein Strukturwandel ein, der im 21. Jahrhundert andauert und die kleinsten unter den Altstädten in Wohnquartiere mit stillem Gewerbe verwandelt.

#### Der öffentliche Verkehr

Die Wiege des Schweizer Eisenbahnzeitalters liegt im Limmattal. 1847 fuhr die damalige Nordostbahn – bald als «Spanisch-Brötli-Bahn» bekannt –



## Die «Autobahnkrieger»

Im epischen Kampf um die Linienführung der N3 zwischen dem Birrfeld und Frick begegneten sich mit dem Ingenieur Josef Killer aus Baden und dem Planer Hans Marti aus Zürich zwei alte Bekannte wieder. Nachdem Killer und Marti seit 1947 jahrelang bei der Regionalplanung Baden (siehe «Regionalplanung», S. 63) in gutem Einvernehmen zusammengearbeitet hatten, trafen sie nun als erbitterte Gegner aufeinander. Beide nahmen für sich in Anspruch, die Anliegen des Natur- und Heimatschutzes zu vertreten. 1969/70 lieferten sie sich in der *Schweizerischen Bauzeitung* einen Schlagabtausch um ihre je prä-

ferierten Varianten: Marti stand für die damals offizielle Linie mit einer Hochbrücke über das Aaretal zwischen Brugg und Villnachern ein und Killer für eine von ihm ins Spiel gebrachte Tunnelvariante unter dem Bözberg.<sup>1</sup> Selten wurde in der Schweiz unter Anteilnahme einer grossen Öffentlichkeit ein Variantenstreit so intensiv und über so lange Zeit ausgefochten. Schon 1968 betitelte der *Aargauer Kurier* eine Auslegeordnung zum Thema mit «Brückenkrieg».<sup>2</sup>

Noch Jahre später wetterten die beiden unversöhnlich in ihren autobiografischen Aufzeichnungen über die jeweilige Position des anderen. So unterstellte Killer Marti, er habe in seinen Veröffentlichungen Unwahrheiten verbre-

tet, während Marti von seinen «Autobahnkriegen» schrieb und «Tunnelvater» Killer als «Autobahnhengst» beschimpfte, der «hundsmiserable» Lösungen vorgeschlagen habe.<sup>3</sup> Beide sollten Siege und Niederlagen davontragen; so kam Killers Tunnelvariante unter dem Bözberg zur Ausführung, während Martis Lösung zur Umfahrung von Schinznach-Baden den Vorzug erhielt. Damals involvierte Planer erachteten die realisierte Lösung als ausgegorenen Kompromiss.<sup>4</sup>

1 SBZ, 20.11.1969, 927f.; SBZ, 1.1.1970, 8f.

2 AK, 10.1.1968.

3 Josef + Margrit Killer-Schmidli Stiftung 2010, 58; Ruedin, Hanak (Hg.) 2008, 23.

4 Gespräche mit Herbert Otto und Claude Ruedin, 2020.

30 Aareviadukt in Schinznach-Bad, 2021. Unter dem umstrittenen Aare-Übergang der N3 zwischen Bözberg und Wülpselberg (Habsburg) entstand in den 1990er-Jahren als Ersatz für die gerodete Waldschneise eine ökologische Ausgleichsfläche mit Pioniercharakter.





31 Eröffnung der Autobahn N1 am 10. Mai 1967. Auf der Autobahnbrücke feiert die Bevölkerung von Kölliken dicht gedrängt die Eröffnung des 84 Kilometer langen Teilstücks von Oensingen nach Hunzenschwil. Dabei winkt sie dem Automobilross um Bundesrat Tschudi zu.

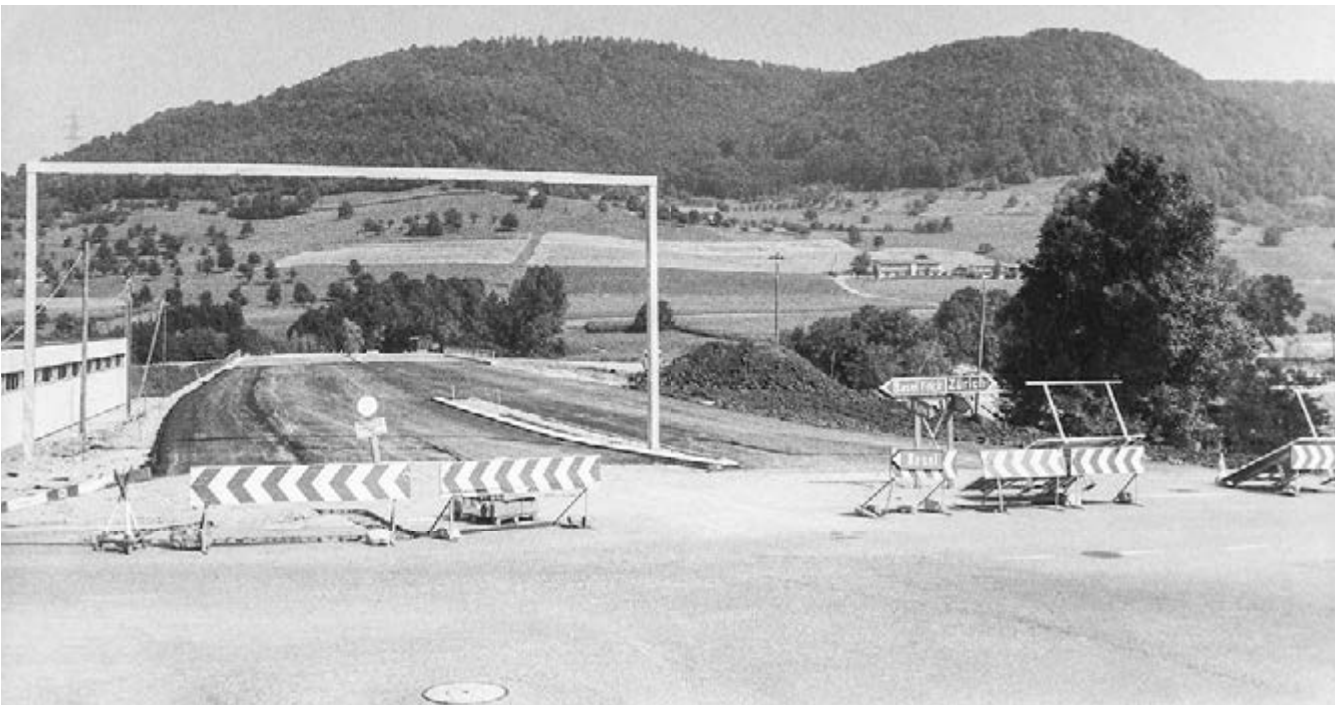


32 Dichter Verkehr auf der Landstrasse 1 bei der Talag-Tankstelle in Suhr, um 1960. Der Begriff «Landstrasse» verschwand mit dem neuen Baugesetz von 1971 aus der offiziellen Terminologie und wurde durch «Kantonsstrasse» ersetzt. Etwa gleichzeitig wich die legendäre Tankstelle bei der Abzweigung nach Aarau einer neuen Strassenführung.





33 Schweizer Autobahnbelagsföderalismus: Der Abschnitt der N1 zwischen Rothrist und Zürich wurde durch die Verwendung von Betonplatten als Fahrbelag zur schweizweit bekannten Holperpiste. Den Entscheid für weissen Belag (Beton) fällte der Regierungsrat entgegen den Empfehlungen der Ingenieure des Nationalstrassenbüros. In der Bildmitte der Übergang über die Wyna bei Gränichen.



34 Abruptes Ende der Autobahn N3 bei Frick, 1974. Erst 22 Jahre später wurde die Lücke zwischen dem Birrfeld und Frick geschlossen. Der Ringier-Bilderdienst vermerkte auf dem Bild: «Das Ende der N3 bei Frick. Dann beginnt der Leidensweg.»



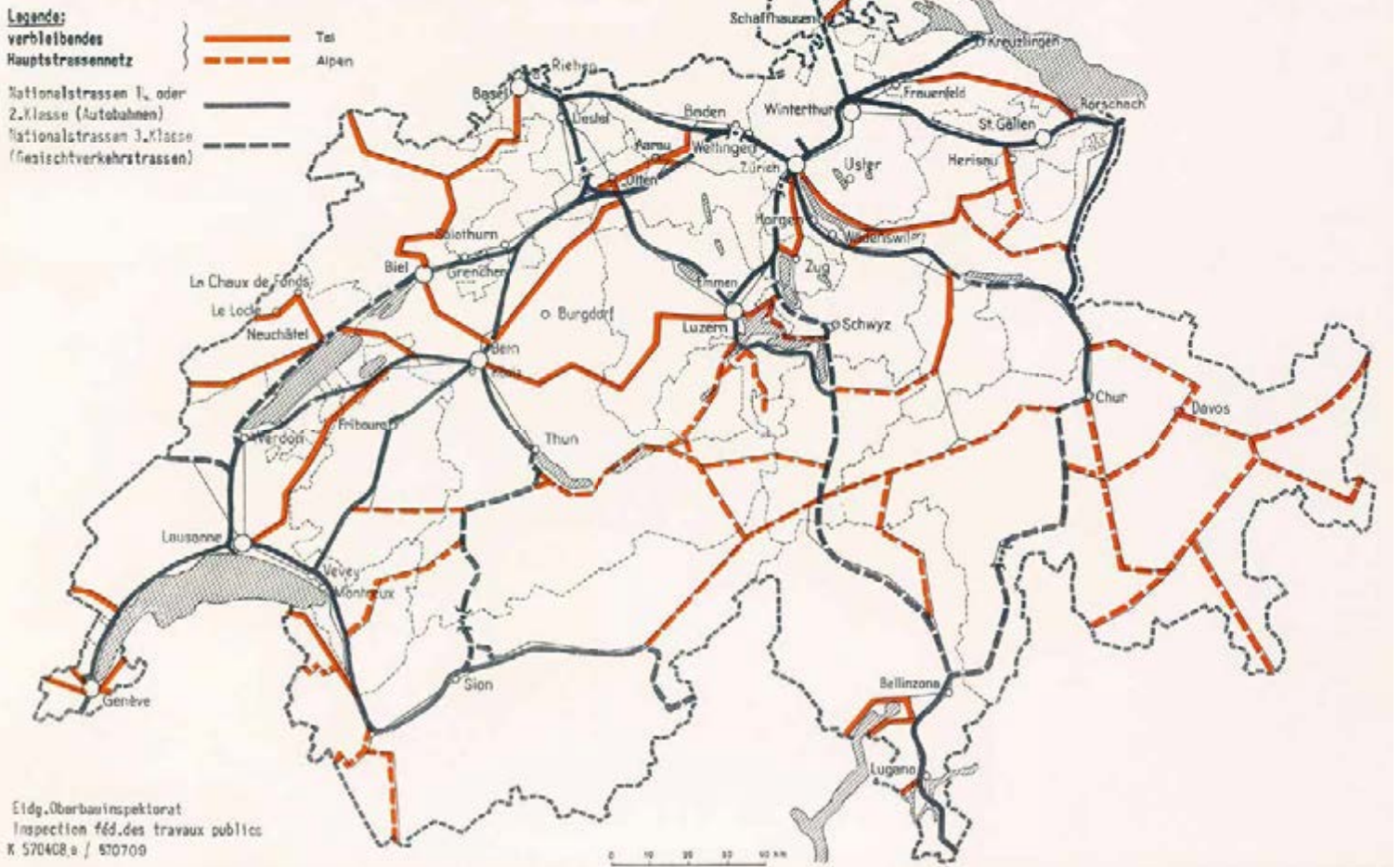
35 Baregg auf Neuenhofer Seite, 1970. Der 1,1 Kilometer lange Bareggtunnel wurde am 7. Oktober 1970 eröffnet. Er entwickelte sich bald zum Nadelöhr und zum wiederkehrenden Begriff in den Verkehrsnachrichten. Die täglichen Pendlerstaus waren berüchtigt. Nach der Eröffnung der N3 im Birrfeld erfolgte der Ausbau. Eine zusätzliche Röhre mit drei Spuren wurde 2003 dem Betrieb übergeben.



36 Bundesrat Moritz Leuenberger bei der Eröffnung der Autobahn zwischen Frick und Birrfeld am 17. Oktober 1996. 33 Jahre nach Planungsbeginn dieses Abschnitts waren nun die beiden Grossstädte Basel und Zürich durchgängig mit einer Autobahn verbunden.

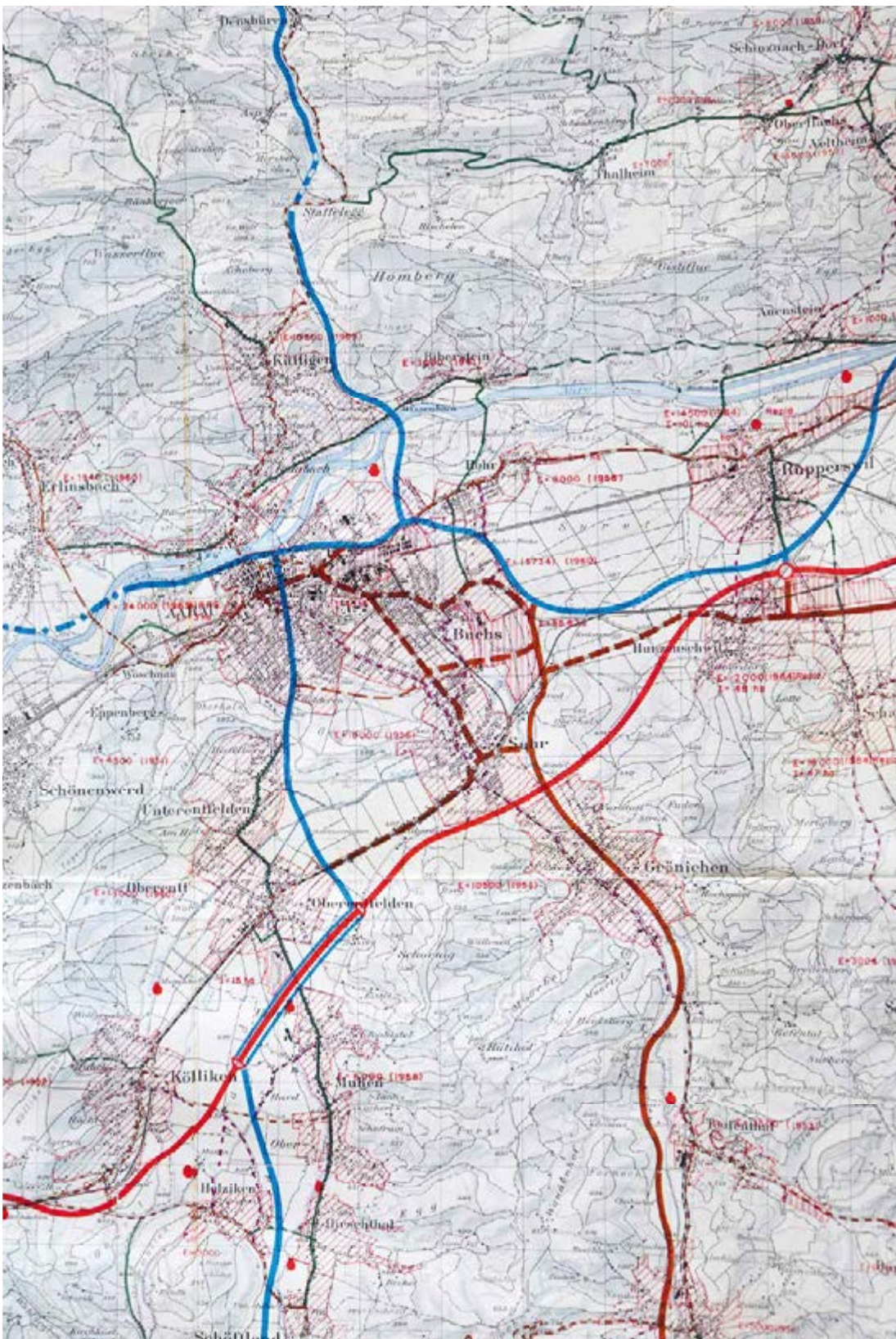
Karte der Nationalstrassen und des verbleibenden Hauptstrassennetzes  
 ( als Grundlage für die Kostenberechnungen )

Abb. 7



37 Netzplan Schweizer Autobahn von 1958. Mit rund hundert Streckenkilometern erhielt der Aargau das dichteste Autobahnnetz pro Flächeneinheit in der Schweiz. Dies festigte seinen Ruf als Transit- und Autobahnkanton.





38 Kantonaler Strassenrichtplan von 1970. Der Ausschnitt aus dem im Januar 1970 veröffentlichten Gesamtplan zeigt die Idee einer vierspurigen Expressedstrasse (blau) durch die Aaraer Quartiere Tell und Gönhard sowie über die Staffellegg ins Fricktal.

erstmalig von Zürich nach Baden und ab 1856 weiter Richtung Brugg und Aarau. Private Bahnunternehmen besorgten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts den Ausbau des Schweizer Bahnnetzes, welches seither zu den weltweit dichtesten und modernsten zählt. Mit 295 Schienenkilometern umfasst der Aargau heute rund zehn Prozent des Eisenbahnnetzes und steht damit im interkantonalen Vergleich nach Zürich an zweiter Stelle.<sup>251</sup>

Nach der Verstaatlichung der grossen Privatbahnen zu den Schweizerischen Bundesbahnen zwischen 1900 und 1909 erfolgten die Modernisierung und der Ausbau der bestehenden Linien. Die Seetalbahn (Siehe S. 85) wurde erst nach Ablauf der Konzession 1922 von den SBB übernommen. Daneben entstanden im Aargau weitere Privatbahnen. Die 1916 eröffnete Wohlen-Meisterschwanden-Bahn (WM) wurde 1997 durch einen Busbetrieb ersetzt. Seit 1902 existiert die schmalspurige Bremgarten-Dietikon-Bahn (BD), welche 1912 nach Wohlen verlängert wurde. 1901 startete der Betrieb der Aarau-Schöftland-Bahn (AS) und 1904 jener der Wynentalbahn (WTB) von Aarau nach Reinach. Die beiden Letzteren vereinigten sich 1958 zur heutigen Wynental- und Suhrentalbahn (WSB).<sup>252</sup> 2018 wurden die Privatbahnen auf Druck der Mehrheitsaktionäre Bund und Kanton zu «Aargau Verkehr» und damit zu einer der grössten Privatbahnen der Schweiz fusioniert. Die alten Namen blieben dabei erhalten.<sup>253</sup>

Bei der pionierhaften Elektrifizierung, die nach dem Ersten Weltkrieg planmässig durchgeführt wurde, spielte die Badener BBC mit der elektrischen Ausstattung der Zugfahrzeuge eine zentrale Rolle. Die Eisenbahn startete nach dem Zweiten Weltkrieg also aus starker Position und mit einem faktischen Transportmonopol, denn quantitativ war das Automobil 1945 noch eine vernachlässigbare Grösse.<sup>254</sup> Dies sollte sich schnell ändern.

Mit dem Bau der Nationalstrassen fand eine verkehrspolitische Umorientierung statt, deren Folgen sich schon in den 1960er-Jahren zeigten: Während der Strassenbau florierte, büsste die Bahn Marktanteile ein. Nur: Die exponentiell ansteigende Gesamtmobilität führte trotzdem bei beiden Verkehrsträgern bald wieder zu Engpässen. Das Autofahren verlor seinen anfänglichen Zauber in vergleichsweise kurzer Zeit. Im Verlauf der 1970er-Jahre erfolgte eine sukzessive Rückbesinnung auf den Bahnverkehr, dessen Ausbau nun wieder verstärkt in den Vordergrund rückte. Ein Meilenstein war 1982 die Einführung des Taktfahrplans.

1977 präsentierte eine Expertengruppe des Bundes ein Projekt, welches in Anlehnung an die französischen TGV zwei Hochgeschwindigkeits-transversalen zwischen Boden- und Genfersee sowie zwischen Basel und Olten vorsah. Dagegen opponierte der Aargau im Verbund mit anderen Kantonen aufgrund dessen Fokussierung auf die Grossstädte. Einfach nur Transitkorridor sein, das wollte man nicht. Daraufhin präsentierte der Bundesrat 1985 mit «Bahn 2000» ein breiter abgestütztes Modernisierungs- und Ausbaukonzept für den Schienenverkehr. Dieses wurde 1987 in einer Volksabstimmung angenommen, im Aargau mit 55,5 Prozent Ja-Stimmen. Mit der Neubau-strecke Mattstetten–Rothrist ist der Aargau Teil des Kernelements von «Bahn 2000». Der Abschnitt

wurde 2004 dem Betrieb übergeben und verkürzt die Fahrzeit aus dem Aargau nach Bern seither um zwanzig Minuten.<sup>255</sup> Im gleichen Jahr wurde mit der «A-Welle» ein Tarifverbund eingeführt, der einen nahtlosen Anschluss an die benachbarten Verbände Basel, Olten und Zürich gewährleistet.<sup>256</sup>

Als jüngstes Bauwerk auf der Strecke zwischen Aarau und Olten konnte nach fünf Jahren Bauzeit im Dezember 2020 der Eppenbergtunnel in Betrieb genommen werden. Einst Bestandteil der ersten Etappe von «Bahn 2000», wurde er aus Kostengründen zurückgestellt. Das gut drei Kilometer lange Bauwerk zwischen Wöschnau und Däniken verdoppelt die Kapazität des Bahnverkehrs auf dem Abschnitt. Damit gilt die jahrzehntelang als «Achillesferse der SBB» bezeichnete Engstelle als behoben.<sup>257</sup>

Nur summarisch können hier die weiteren grossen Aargauer Bahninfrastrukturvorhaben seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erwähnt werden: Der Rangierbahnhof Limmattal wurde seit Mitte der 1950er-Jahre gegen den Willen der Regierung und der lokalen Bevölkerung in Spreitenbach geplant und zwischen 1966 und 1978 realisiert.<sup>258</sup>

1975 wurde die neue Heitersberglinie zwischen Olten und Zürich eröffnet, welche für den Fernverkehr signifikante Fahrzeitverkürzungen brachte und eine Neugestaltung des Schnellzugfahrplans erlaubte. Schon damals stand eine Haltestelle am Portal des Heitersbergtunnels bei Mellingen zur Debatte. Dreissig Jahre später wurde mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2004 der neue Bahnhof Mellingen-Heitersberg als Teil der erweiterten Zürcher S-Bahn-Linie von Dietikon nach Aarau eröffnet.<sup>259</sup> 2008 erhielten die Regionalzugslinien im Aargau eine S-Bahn-Nummerierung.

Die Feinverteilung des öffentlichen Verkehrs obliegt den Postautobetrieben. 1947 wurde zwischen Sulz und Rheinsulz die letzte Pferdepost durch ein Personenauto ersetzt.<sup>260</sup> Neben den Postautolinien entstanden 1955 in Aarau die ersten regionalen Busbetriebe (BBA). Dem Beispiel folgten Baden-Wettingen und Lenzburg 1970, Rheinfelden 1975, Wiggertal 1977 und Wohlen 1990 als Anbieter im öffentlichen Agglomerationsverkehr. Zu diesen gesellt sich die Limmattalbahn, welche seit 2022 auf der Strecke zwischen Killwangen-Spreitenbach und Zürich Altstetten als Erweiterung des Zürcher Tramnetzes verkehrt. Die Agglomerationsbahn wurde seit 2000 im Auftrag der Kantone Aargau und Zürich geplant und soll in einer zweiten Etappe bis 2032 nach Baden weitergeführt werden. Damit wird in Teilen Realität, was in Zürich mit dem 1973 an der Urne kolossal gescheiterten Projekt für eine U-Bahn geplant war. Mit einer Endhaltestelle bei den Einkaufszentren von Spreitenbach (in einer zweiten Etappe) hätte der Aargau damals nämlich Anschluss an das ambitionierte Vorhaben erhalten sollen.<sup>261</sup>

### Der Langsamverkehr

«Es ist gegeben, dass man Radfahrer und Fussgänger, statt sie immer mehr vom Motorfahrzeug verdrängen zu lassen, unterstützt.»<sup>262</sup> Mit dieser Aussage machte sich Hans Boesch (1926–2003) als Chef der kantonalen Verkehrsplanung 1964 in einer Zeitschrift für den Langsamverkehr stark. Der junge



## Die Seetalbahn, ein ewiger Sanierungsfall

Als eigentlicher Sonderfall ist die Seetalbahn zwischen Luzern und Lenzburg zu bezeichnen, welche bereits 1883 als Privatbahn mit Sitz in London (Lake Valley of Switzerland and Railway Company) den Betrieb aufnahm. Sie war 1910 nach ihrer frühen Elektrifizierung durch die BBC die längste strombetriebene Normalspurbahn der Schweiz.<sup>1</sup> Ein Sonderfall ist sie deshalb, weil das Trasse der Bahn weitgehend entlang der Kantonsstrasse verläuft und die Bahn mit Normalspurweite mitten durch die Dörfer fährt. Ein Sonderfall ist sie aber auch, weil ihre Sanierung zum Mehrgenerationenprojekt wurde. Hunderte von unbewachten Bahnübergängen machten die Bahn zum Gefahrenherd und trugen ihr im Volks-

mund den makabren Übernamen «Kundenmetzger» ein. Eine Vielzahl schwerer Unfälle liess schon in den 1950er-Jahren den Ruf laut werden, die gut frequentierte Bahn sei durch Busse zu ersetzen. Eine umfassende Verbesserung dieser «von unseren Vorvätern so unglücklich angelegten Seetalbahn» sei mit vernünftigem Aufwand wohl kaum zu erreichen, schrieb die NZZ 1960.<sup>2</sup> Eine Expertengruppe empfahl 1972 den Einsatz von Bussen anstelle der Bahn.<sup>3</sup> Doch die Seetalbahn-Frage kam nicht zur Ruhe. Eine Behördendelegation entschied sich 1977 für eine Bahnsanierung und erhielt 1979 Sukkurs vom Bundesrat.<sup>4</sup> Es folgte eine Kaskade von Sistierung, Prüfberichten, Neuplanung und unzähligen parlamentarischen Vorstössen, bis der Bundesrat 1997 seinen Grundsatzentscheid bekräftigte. Schon 1992 wurde

die Zweigstrecke zwischen Beinwil am See und Beromünster stillgelegt. Im Jahr 2000 stimmte der Grosse Rat dem Sanierungsprojekt zu. 2005 kam die Erneuerung der Stationsanlagen und die Automation der Stammlinie zwischen Emmenbrücke und Lenzburg zum Abschluss, während in den Folgejahren weiter an der Entschärfung der gefährlichen Bahnübergänge gearbeitet wurde.<sup>5</sup> Endlich – dreissig Jahre lang war die Sanierung jener Bahn, welche Ende des 19. Jahrhunderts binnen weniger Monate geplant und gebaut worden war, ein Traktandum gewesen.

1 AZ, 30.9.2010.

2 NZZ, 4.11.1960.

3 RR-RB 1972, 196.

4 RR-RB 1978, 287; RR-RB 1979, 265.

5 RR-RB 2005, 120.

39 Die Seetalbahn 1979 in Beinwil am See.



## Der Aargau und das Meer

Zahlreiche Verkehrsprojekte wurden einst mit grossem Aufwand geplant und gerieten gleichwohl in Vergessenheit. Vielen haftet etwas Utopisches an, doch waren sie keineswegs bloss Hirngespinnste von Idealisten. Dass der Schifffahrt im Aargau als neuzeitlichem Verkehrsträger keinerlei Bedeutung zukommt, irritierte die Planer schon am Anfang des 20. Jahrhunderts. Ab 1906 entstand in Basel eine moderne Hafenanlage für den internationalen Güterverkehr. Dies inspirierte verschiedene Interessengemeinschaften der schweizerischen Binnenschifffahrt, und eine jahrhundertalte Vision erhielt neuen Auftrieb: der transhelvetische Kanal zwischen Lausanne und Koblenz, eine Wasserstrasse zwischen Mittelmeer und Nordsee.<sup>1</sup> 1914 entstanden erste Projekte für die Schiffbarmachung des Hochrheins zwischen Basel und Bodensee.<sup>2</sup> Abklärungen für die Nutzung der Limmat legte 1924 der in Baden domizilierte schweizerische Wasserwirtschaftsverband in einem umfangreichen Wasserwirtschaftsplan dar.<sup>3</sup> Dabei geriet das Wasserschloss als

Standort für eine grosse Hafenanlage in den Fokus des Interesses. Auf dem Aufeld zwischen Brugg und Lauffohr sollten dereinst Tausend-Tonnen-Frachter gelöscht und beladen werden. Ein anschauliches Modell wurde 1939 an der Landesausstellung in Zürich gezeigt. Nach dem Krieg flammte neuer Enthusiasmus auf. Eine Schiffsverbindung zwischen Rhone und Rhein wurde mit bundesrätlicher Unterstützung auf verschiedenen Abschnitten weiter vorangetrieben. Zwischen 1950 und 1954 waren Planungsbüros mit der Ausarbeitung eines generellen Projekts in Brugg beschäftigt. Neben einem grossen Hafenbecken waren ein Güterbahnhof und eine Vielzahl an Lagerhäusern, Silos und dergleichen vorgesehen. Eine detaillierte Entwicklungsplanung für die ganze Region rundete das vermeintlich so zukunftssträchtige Bauvorhaben ab. Verfasser Hans Marti liess in seinem Bericht 1954 keinen Zweifel daran, dass der Hafen Brugg als «vorläufiger Endhafen der Oberrheinschifffahrt» und somit als Umschlagshafen für die Grossregion Zürich realisiert würde.<sup>4</sup> Bald kamen aber Zweifel auf, ob das in

Aussicht genommene Gelände ausreichend Platz bieten würde. 1957 liess der Regierungsrat deshalb mit einem zweiten Projekt den Stausee bei Klingnau als Alternative prüfen. 1960 gingen beide Projekte zur externen Prüfung an das Zentralbüro der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung, welches sich fünf Jahre Zeit liess, bis es für den Standort Klingnau votierte.<sup>5</sup> Im gleichen Jahr schied Rheinfelden – in froher Erwartung eines schiffbaren Hochrheins – Gebiete für einen Hafen aus.<sup>6</sup> Inzwischen hatte das Anliegen jedoch an Brisanz eingebüsst. Das Dossier verschwand in der Schublade und wurde nur noch selten geöffnet, bis der Regierungsrat 1985 zur Schiffbarmachung von Aare und Rhein und damit auch zu einem Aargauer Binnenhafen abschliessend negativ Stellung bezog.<sup>7</sup>

1 Teuscher 2014.

2 Baumann, Steigmeier 2005, 241.

3 Steigmeier 2002, 32.

4 gta, Nachlass Marti, 3-01.5.

5 RR-RB 1957, 312; RR-RB 1960, 243; RR-RB 1965, 278.

6 Hochreiter et al. 2014, 246.

7 RR-RB 1985, 265f.

40 Plan der Region Wasserschloss mit der künftigen Hafenanlage zwischen Brugg und Lauffohr aus der Regionalplanung von Hans Marti, um 1954.





Ingenieur Boesch war damals auf seinem Gebiet ein recht einsamer Mahner. Und doch blieben seine Appelle nicht wirkungslos; dafür sorgte er nicht zuletzt mit grafisch eindrücklich aufbereitetem Datenmaterial aus Verkehrserhebungen. Es sei undenkbar, so Boesch, das Verkehrs- und Parkbedürfnis der Zukunft bewältigen zu können, wenn all jene, die heute noch das Rad benützten, zum Auto wechseln würden. Deshalb müsse man Rad- und Fussgängerwegen fördern. Diese seien kostengünstig und effizient.<sup>263</sup> Boesch prägte die Aargauer Verkehrsplanung während 15 Jahren, bis er 1970 als Dozent an die ETH wechselte, wo sein Konzept der «Langsamverkehrsstadt» weiter reifte.<sup>264</sup> Mit Fug und Recht kann er als Pionier und Vorkämpfer für Tempo 30, Fussgängerzonen und urbane Fahrradnetze bezeichnet werden, dem der Einsatz für Fussgängerinnen und Radfahrer zur Lebensaufgabe wurde.<sup>265</sup> Hans Boesch machte sich auch als Schriftsteller einen Namen, dessen Romane beste Kritiken einheimsten. Schon 1960 jubelte die NZZ auf ihrer Titelseite: «Wir sind glücklich, einen jungen Schweizer auf seiner ersten Höhe zu grüssen.»<sup>266</sup> 1983 erhielt Boesch den Aargauer Literaturpreis.

In die Zeit von Boesch's Wirken im Aargauer Tiefbauamt fallen denn auch Ausbauprojekte zugunsten der «schwachen» Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer. Darunter wohl einzigartig in seiner Art war der Badener Velo- und Mofatunnel, der seit 1965 unter der dicht befahrenen Vorstadtkreuzung am Schulhausplatz hindurchführte und Fahrrädern und Mopeds vorbehalten war. Als Boesch 1955 nach Aarau kam, existierten auf Aargauer Strassen erst 14 Kilometer Velowege oder Velostreifen. 1970 waren es immerhin doppelt so viele.<sup>267</sup>

Das Velo verzeichnete als Massenverkehrsmittel um 1950 einen Höhepunkt. Im darauffolgenden Autoboom büsste es massiv an Stellenwert ein und wurde zum Kinderspielzeug und Sportgerät degradiert. Seine Gesamtzahl halbierte sich bis 1970. Danach eroberte es sein Territorium langsam zurück.<sup>268</sup> Eine systematische Rückbesinnung auf den Langsamverkehr begann im Verlauf der 1970er-Jahre, nicht zuletzt durch entsprechende Vorstösse im Grosse Rat wie jenem von Beda Humbel (1933–2019) aus Birmenstorf. Der Vertreter der Christlichdemokratischen Volkspartei forderte 1979 per Postulat eine kantonale Konzeption für Fahrradwege. Mit dem Ansinnen fand der spätere Nationalrat bei den Planern ein offenes Ohr.<sup>269</sup> Vornehmlich die Regionalplanungsgruppen erarbeiteten die konzeptionellen Grundlagen für die Fahrradwege, deren Realisierung mit dem Richtplan 1985 zur Pflicht erklärt wurde.<sup>270</sup> 1983 begann im Aargau eine systematische Ausschilderung von Fahrradwegen. Mitte der 1980er-Jahre besass wieder knapp jede zweite Person ein Fahrrad, Tendenz ungebrochen steigend.<sup>271</sup> Spätestens im neuen Jahrtausend erlebte es nicht nur als hoch entwickeltes Sportgerät und Alltagsvehikel, sondern auch als Lifestyleobjekt eine Renaissance. Mit dem 1993 revidierten Baugesetz bestand die Grundlage für ein kantonales Fahrradwegnetz, welches mit 900 Kilometern Gesamtlänge 2003 als Planungswerk vorlag und in der Folge in Etappen realisiert wurde. Der Boom der Elektromobilität seit den 2010er-Jahren stellt neue Anforderungen an die Strasseninfrastruktur, die Sicherheit und die Gesetzgebung.

Im Sommer 1968 verschob die Generalbaufirma Horta aus Küttigen das denkmalgeschützte Hüb-scherhaus am Rande der Aarauer Altstadt um gut fünfzig Meter, um an seinem bisherigen Standort ein Warenhaus zu bauen. Wie eine Spielfigur wurde das 2700 Tonnen schwere Bürgerhaus aus dem späten 18. Jahrhundert auf dem Stadtplan umplatziert, während der Rest der historischen Häuserzeile der Abrissbirne zum Opfer fiel. Die Baufirma nutzte die spektakuläre Aktion zu Werbezwecken mit dem Slogan «Wir rücken das Alte beiseite» und schenkte das alte Haus am neuen Standort kurzerhand der Stadt, welche darin die Stadtbibliothek einrichtete.<sup>272</sup>

In der damaligen bau- und ingenieurtechnischen Glanzleistung steckt viel Symbolkraft. Die Aktion demonstrierte die Macht und die Überlegenheit der Immobilienwirtschaft gegenüber dem Althergebrachten. Mit einer gewissen Geringschätzung, auch verbal, wurde die Liegenschaft am Leben gelassen – der Denkmalspfleger wollte es so –, aber dem Neuen sollte sie gleichwohl nicht im Weg stehen. Ist es Zufall, oder kann in der grössten Hausverschiebung, welche die Schweiz bis dahin sah, auch ein gewisses Umdenken im Umgang mit Baukultur festgestellt werden? Waren es Trotz und Finanzkalkül einer überheblich gewordenen Grossfirma (siehe «Horta», S. 108), oder kam hier so etwas wie ehrliche Sentimentalität auf? Die «Aktion Hüb-scherhaus» geschah im Wendejahr 1968, welches bald zum Kippmoment einer umfassenden gesellschaftlichen und kulturellen Neuorientierung deklariert wurde. Dazu gehörte auch ein kritischer Blick auf die vermeintlichen Errungenschaften in der Umweltgestaltung der vergangenen Dezennien.

#### Krise als Chance: die 1970er-Jahre

Lange vor der Umweltschutzbewegung der 1970er-Jahre erhoben erste Kritikerinnen und Kritiker ihre Stimme gegen das exponentielle Wachstum der gebauten Umwelt, unter ihnen der Westschweizer Regisseur Henry Brandt (1921–1998), der an der «Expo 64» seinen anklagenden Film «La Suisse s'interroge» präsentierte und darin mit ungeschönten Bildern von Zersiedelung, Dichte und Umweltverschmutzung die Feststimmung konterkarierte. Brandt entliess Hunderttausende von Besucherinnen und Besucher mit der Frage aus der Landesausstellung, wohin die Entwicklung führen sollte. In den 1960er-Jahren blieben solche Aktionen aber die Ausnahme, welche die Regel bestätigte: Der vielerorts unkoordinierten Landnahme durch den Fortschritt standen wenige Hürden im Weg. Die Euphorie blieb stärker als die Bedrohungen, welche das hektische Wachstum mit sich brachte.

Erst die Wirtschafts- und Strukturkrise der 1970er-Jahre ebnete den Boden für eine breitere Auslegeordnung und eine schonungslose Analyse des Erreichten. Die Bauwirtschaft brach 1974 zwischenzeitlich um dreissig Prozent ein, und es schien, als würde der Ölpreisschock (die OPEC-Staaten verdreifachten Ende 1973 die Rohölpreise) der Raumentwicklung jene Verschnaufpause verschaffen, welche in Fachkreisen längst ersehnt wurde. Aus der Krise entstand eine Chance. Bereits



41 Die Altstadt von Bremgarten in den 1950er-Jahren. Seit den 1930er-Jahren existierten Pläne für eine Umfahrung. Die Fertigstellung der Autobahn 1971 brachte nur wenig Entlastung. 1994 wurde die Nordtangente eröffnet. Nun blieb vielen Geschäften die Laufkundschaft aus, nicht zuletzt, weil am Stadtrand grosse Ladenflächen realisiert wurden. Ein gleiches Schicksal erlebten auch die Altstädte von Brugg oder Laufenburg.



42 Alter Bahnübergang an der Bahnhofstrasse Baden, um 1960. Jeweils zur Mittagszeit und nach Feierabend fluteten Tausende von Arbeiterinnen und Arbeitern der BBC die Altstadt. Für mehrere Stunden am Tag war der Verkehr praktisch lahmgelegt. Die Verkehrssanierung wurde 1965 abgeschlossen.



43 Die Aarau-Schöffland-Bahn 1957 an der Bahnhofstrasse Aarau. Bis 1967 wurde die Bahn auf Schmalspur durch die Innenstadt geführt. Mit der Eröffnung des 260 Meter langen WSB-Tunnels entstand eine zusammenhängende Strecke zwischen Schöffland und Menziken.



44 Der Rangierbahnhof Limmattal, um 1990. Die Anlage gehört in Europa zu den grössten und leistungsfähigsten ihrer Art. Sie umfasst 120 Kilometer Gleis auf einer Fläche von rund 1,2 Quadratkilometern.



45 Materialseilbahn der Ziegelei Frick, 1953. Die 1,2 Kilometer lange Umlaufmaterialbahn wurde 1935 gebaut und ist die einzige verbliebene Bahn ihrer Art im Aargau. Sie transportiert Opalinuston von der Grube zum Verarbeitungswerk. Der Anlage wird im Schweizer Seilbahninventar als technisches Bauwerk nationale Bedeutung beigemessen.

1970 rief der Europarat, dem die Schweiz seit 1963 angehört, das erste Umweltschutzjahr aus. Es wurde zu einem grossen Erfolg und gilt als Geburtsstunde der modernen Umweltbewegung in Europa. In der allgemeinen Öffentlichkeit existierte nun das Bewusstsein einer Umweltkrise, und diese wurde als solche auch thematisiert.<sup>273</sup>

1975 folgte das europäische Jahr für Denkmalpflege und Heimatschutz. In dessen Kontext erschienen zahlreiche Publikationen, die sich an ein breites Publikum wandten und das Versagen der Nachkriegsgesellschaft im Bereich der Umweltplanung anprangerten. Der Aargau anerbote sich vielen Autorinnen und Autoren als Anschauungsbeispiel insbesondere deshalb, weil hier die oft nach technokratischen Prämissen geplante Verkehrsinfrastruktur ihre Wirkung als Alarmbild nicht verfehlte. Immer wieder war es das Aargauer Limmattal, welches insbesondere auch in Schriften für die Jugend und den Unterricht als Kondensat all dessen dargeboten wurde, was in der Vergangenheit schiefgelaufen sei.<sup>274</sup> «Der Anfang zur Totalzerstörung ganzer Landstriche ist gemacht!», schrieb etwa der Zürcher Architekt und Autor Rolf Keller (1930–1993) unter eine Luftaufnahme von Neuenhof in seiner 1973 erschienenen Streitschrift «Bauen als Umweltzerstörung».<sup>275</sup> Und Walter Bauhofer rechnete im rebellischen «Aargauer Bürgerbuch» mit dem motorisierten Individualverkehr ab: «Das Auto hat die Zentren unbewohnbar gemacht und dient nun dazu, dieser Unwohnlichkeit zu entrinnen. [...] Der Automobilist nimmt die Zerstörung mit, vor der er flieht. Je besser die Flucht durch Strassenbau organisiert wird, desto schneller wächst die unbewohnbare Fläche. Der Rest ist Beton.»<sup>276</sup>

Der Begriff «Beton» wurde zum Schimpfwort und zum eigentlichen Synonym vom Bauen als destruktive Kraft. «Ohne Halt bis Betonville» hiess ein 1975 veröffentlichtes Heft aus der Reihe des Schweizerischen Jugendschriftenwerks SJW. Es verstand sich als Anklage gegen den «falschen Fortschritt» im Jahr der Denkmalpflege und des Heimatschutzes. Was unter «Betonville» zu verstehen war, zeigte das Umschlagsbild: die Autobahn A1 und Neu-Spreitenbach mit Hochhäusern und Einkaufszentren. Die Aargauer Denkmalpflege nahm den Begriff dankbar auf und konstatierte in einer eigenen Veröffentlichung zum Themenjahr, «Betonville» sei anonym und uniform und inzwischen überall im Aargau zu finden. Umso mehr müsse dafür gesorgt werden, dass erhalten bleibe, was unsere Dörfer und Städte einzigartig mache: die tradierten Ortsbilder. «Unser Aargauer Boden ist alter Kulturboden. Im Reichtum an Kunst und Kunstdenkmälern, in der Vielfalt an Bauformen wird der Aargau nur von wenigen Kantonen übertroffen.»<sup>277</sup> Das Büchlein «Eine Zukunft für unsere Vergangenheit» nahm im Titel das Thema des Europajahrs auf und wurde in einer Auflage von über 30 000 Exemplaren der ganzen Aargauer Schuljugend und allen Lehrkräften verteilt.<sup>278</sup>

#### Baukultur erhalten als Teil der Planung

1964 reiste der Aargauer Denkmalpfleger Peter Felder (1926–2011) nach Venedig, um in der Lagunenstadt am internationalen Denkmalpflegekongress

teilzunehmen.<sup>279</sup> Die Einberufung dieser Tagung war ein Notruf aus der Fachwelt, und deren Ergebnisse sind bis heute gültige Grundlagen der Denkmalpflege. Die Situation war ernüchternd: Auf die verheerenden Zerstörungen während des Zweiten Weltkriegs folgten zwei Dekaden Städtebau im Geiste der Moderne, die mit neuen, autogerechten Siedlungsstrukturen experimentierten und dem baukulturellen Erbe kaum Respekt zollten. Auf die Vernichtung durch Bomben folgten die – in der Summe weit wirkungskräftigeren – Zerstörungen durch die Planung, auch im Schweizer Mittelland. In Venedig wurde eine Charta verabschiedet, welche einen neuen Denkmalbegriff umschreibt. So wurde etwa der Substanzschutz als oberstes Credo definiert. Von umfassenden Rekonstruktionen sei Abstand zu halten, den Veränderungen an einem Baudenkmal über die Zeit wurde fortan eine Schutzwürdigkeit beigemessen. Ebenso geht die Forderung nach Umgebungsschutz auf Venedig zurück. Das heisst, ein Baudenkmal soll nach Möglichkeit in seinem historischen städtebaulichen Kontext erhalten bleiben. Letztlich fand der Denkmalbegriff in Venedig auch dahingehend eine Erweiterung, dass nicht bloss herausragende künstlerische Schöpfungen als Denkmal gelten sollen, sondern ebenso Werke, die über die Zeit eine kulturgeschichtliche Bedeutung erlangt haben.<sup>280</sup>

Kaum jemand würde heute den Schutz von Altstädten, Schlössern oder Kirchen infrage stellen. Das war aber keineswegs immer so, wie beispielsweise der 1874 erfolgte Abriss des mittelalterlichen Mellingerstors in der Badener Altstadt zeigt. Nicht Bauauffälligkeit, sondern sein störender Schattenwurf wurde dem Turm zum Verhängnis.<sup>281</sup> Gegen solche «Aufklärungsbarbareien» entstanden Ende des 19. Jahrhunderts erste Organisationen. Denkmalpflege war in der Folge bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts weitgehend eine Angelegenheit von privaten Vereinen wie dem 1905 gegründeten Schweizer Heimatschutz (die Sektion Aargau entstand 1907) oder dem schon 1880 ins Leben gerufenen Verein zur Erhaltung vaterländischer Kulturdenkmäler, der 1934 in die Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte (GSK) umbenannt wurde. Letztere publiziert seit 1927 eine eigene Reihe zu den Kunstdenkmälern der Schweiz. Die hierfür notwendige Inventarisierung wird bis heute von den Kantonen und der GSK gemeinsam getragen.<sup>282</sup>

Der Aargau erhielt 1914 eine erste Verordnung «über den Natur- und Heimatschutz», die 1985 durch das Dekret über den Natur- und Landschaftsschutz ersetzt wurde (siehe «Natur und Landschaft», S. 135). Darin fand sich erstmalig in der Schweiz eine rudimentäre Grundlage zur Reglementierung von Reklameschildern in Altstädten.<sup>283</sup>

#### Aufbau einer Denkmalpflege

Im Aargau begann die systematische, staatlich getragene Inventarisierung von Bau- und Kunstdenkmälern während des Zweiten Weltkriegs. 1943 trat hierzu erstmals eine regierungsrätliche Verordnung «über den Schutz von Altertümern und Baudenkmalern» in Kraft. In den ersten Jahren nach dem Krieg arbeitete ein Kunsthistoriker mit Unterstützung eines Zeichners am Aargauer Denkmalin-



ventar. 1948 erschien der erste Aargauer Band der «Kunstdenkmäler der Schweiz» zu den Bezirken Aarau, Kulm und Zofingen.<sup>284</sup> Die Reihe versteht sich auch heute noch als wichtigste wissenschaftliche Grundlage der angewandten Denkmalpflege. Die fachliche Begleitung von Bauprojekten im Zusammenhang mit Denkmälern oblag anfänglich dem Kantonsarchäologen, der den Inventarbearbeiter punktuell beizog. 1954 ging diese zentrale Aufgabe der Bauberatung offiziell an den Denkmalpfleger über, der nun einen Assistenten anstellen konnte.<sup>285</sup> 1958 erlangte eine revidierte Fassung der Denkmalverordnung Rechtskraft. Damit wurde «das Servitut des Denkmalschutzes erträglicher», wie es im Rechenschaftsbericht des Regierungsrates heisst, indem die Verpflichtungen des Staates wie unentgeltliche Beratung, Subventionen oder Entschädigungspflicht bei schweren Eigentumsbeschränkungen klarer umschrieben wurden.<sup>286</sup>

1963 war der Aargau erstmals flächendeckend inventarisiert. Der Basiskatalog umfasste rund tausend Schutzobjekte und wird seither in einem fortdauernden Prozess überarbeitet.<sup>287</sup> Die Annahme des Kulturgesetzes 1968 sicherte der Denkmalpflege eine angemessene Finanzierung ihrer Arbeit beziehungsweise der staatlichen Beiträge an den Erhalt von Kulturgütern (siehe «Kulturgesetz», S. 488).<sup>288</sup> In seiner revidierten Fassung von 2009 bildet es heute die Rechtsgrundlage der denkmalpflegerischen Tätigkeit, die längst auch die zeitgeschichtliche Baukultur zum Inhalt hat. Das Erhaltenswerte des immensen Baubestands von «Betonville» zu inventarisieren und zu vermitteln, bleibt eine Aufgabe, die nicht nur dem Kanton überantwortet ist. Das Kulturgesetz verpflichtet ebenso die Gemeinden, auf kommunaler Ebene Inventare zu erstellen und Vorschriften zu erlassen, welche den Schutz von lokal bedeutenden Baudenkmälern gewährleisten.<sup>289</sup>

#### Denkmal- und Ortsbildschutz als Dilemma

Zu den unauflösbaren Dilemmata der Denkmalpflege gehört: Das Klassifizieren des Baubestands in schützenswerte und nicht erhaltenswerte Gebäude hat automatisch zur Folge, dass der allergrösste Teil der Gebäude deklassiert wird. Sie nimmt faktisch eine kleine Minderheit, die vermeintlich bedeutendsten Bauten, in ihre Obhut und gibt den grossen Rest zum Abriss frei.<sup>290</sup> Bei dieser Triage muss sich die Denkmalpflege immer wieder gegen andere Interessen behaupten, und es zeigt sich, dass die Anwendung der Charta von Venedig keiner exakten Wissenschaft unterliegt. Der Denkmalbegriff erfährt einen steten Wandel und muss immer wieder neu verhandelt werden. So zollte die Denkmalpflege etwa in den 1980er- und 1990er-Jahren der industriellen Baukultur kaum Aufmerksamkeit. 1998 titelte der Zürcher *Tages-Anzeiger*: «Im Jubeljahr räumt der Aargau seine Geschichte weg», und verwies auf den beschlossenen Abriss des auf 1790 datierten Manufakturgebäudes in Wildegg, während gleichzeitig 200 Jahre Helvetik gefeiert wurden.<sup>291</sup> Nur die Intervention des Aargauer Heimatschutzes verhinderte in diesem Fall im letzten Moment den Abbruch.<sup>292</sup> Viel industriegeschichtliche Baukultur verschwand hingegen, weil ihr zu wenig Bedeutung

beigemessen wurde. Schutzbemühungen hielten dem Druck der Immobilienentwickler selten stand.

Im föderalen System der Schweiz obliegt die Hoheit über den Schutz von Baudenkmälern, Ensembles und ganzen Ortsbildern primär den Kantonen und Gemeinden. In Ausnahmefällen sieht das Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz von 1966 (der Verfassungsartikel besteht seit 1962) jedoch ein Eingriffsrecht durch den Bund vor. Entsprechende eidgenössische Inventare listen seit 1988 die Denkmäler von nationaler Bedeutung auf. Im Aargau sind dies 175 Einzelbauten, wovon lediglich fünf nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden (Stand 2018). Hinzu kommen 61 Ortsbilder (Stand 1988). Eine besondere eidgenössische Leistung war im Zuge des Europäischen Denkmaljahrs die Erarbeitung des Inventars schützenswerter Ortsbilder der Schweiz (ISOS). Es entstand in der ersten Fassung zwischen 1975 und 1985. Wegen seiner Vielgestaltigkeit wurden die eigens entwickelte Methodik zur Inventarisierung im Aargau getestet. Das ISOS ist als nationales Ortsbildinventar weltweit einzigartig.<sup>293</sup>

Im fortschreitenden 21. Jahrhundert ergeben sich jedoch zunehmend Zielkonflikte zwischen den Schutzbestrebungen des in die Jahre gekommenen ISOS und dem im revidierten Raumplanungsgesetz von 2014 verankerten Paradigma nach qualitativ hochwertiger Innenverdichtung der Siedlungsräume. Das Prüfen von neuen Instrumenten zur fachlichen Abwägung der Interessen gehört zu den aktuellsten Aufgaben der angewandten Denkmalpflege und des Ortsbildschutzes in Zusammenarbeit mit der Raumplanung (siehe «Raumentwicklung im 21. Jahrhundert», S. 70).<sup>294</sup> Dass dies im Aargau zuweilen sehr gut gelingt, zeigt sich in der Tatsache, dass der vom Schweizer Heimatschutz seit 1972 verliehene Wakkerpreis für beispielhaften Ortsbildschutz in jüngster Vergangenheit mehrfach an Aargauer Kommunen vergeben wurde: 2002 an Turgi, 2014 an Aarau, 2016 an Rheinfelden und 2020 an Baden. Bereits 1985 wurde Laufenburg mit dem renommierten Preis beehrt.

#### Neue Zeiten, neue Aufgaben

Jede Zeit hat ihre Bauaufgaben. Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts stellte diesbezüglich viele Begehren an Architektinnen und Stadtentwickler, weshalb nachfolgend nur ausgewählte Projekte in den Fokus gerückt werden können. Das Hochhaus als Symbol für die Alles-ist-möglich-Stimmung wurde bereits erwähnt. Das Hallenbad ist ein anderes Beispiel. Im Aargau existieren knapp zwanzig solche Anlagen. Sie sind ausnahmslos in den 1960er- und 1970er-Jahren gebaut worden. Im Zuge der Energiekrise wurde deren Betrieb massiv verteuert, weshalb seither keine neuen Bäder mehr geplant wurden. Die Ausnahme dabei bilden die vier Thermalkurorte Zurzach, Schinznach-Bad, Rheinfelden und Baden, wo im Herbst 2021 ein neuer Badekomplex des Tessiner Architekten Mario Botta (\*1943) eröffnet wurde. Viel zahlreicher sind die Freibäder, von denen im Aargau etwa sechzig



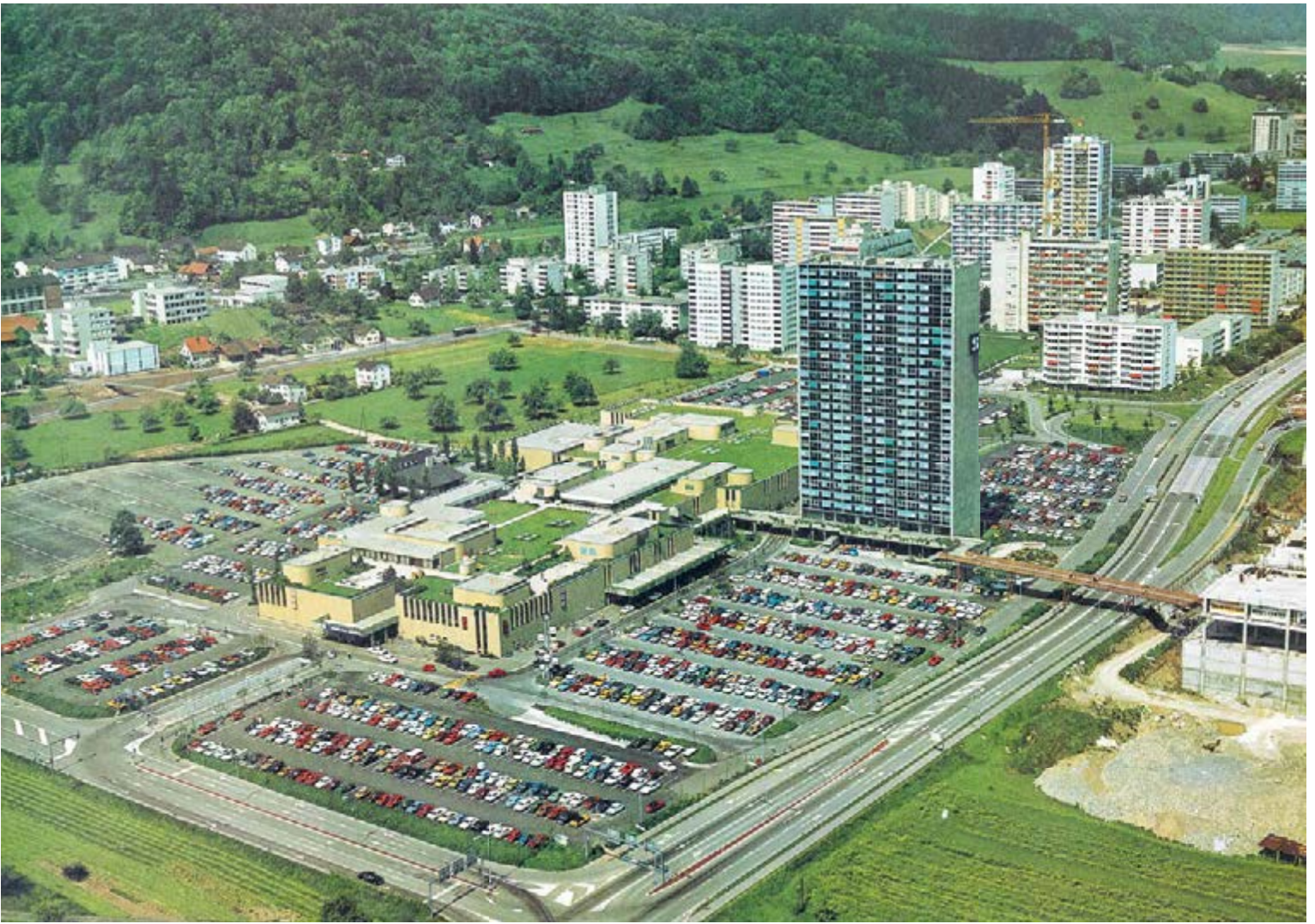


46a und b Poster aus dem Kinderbuch «Alle Jahre wieder saust der Presslufthammer nieder», 1973. Das Buch erschien im Verlag Sauerländer als Mappe mit sieben Postern, welche die bauliche Zerstörung des fiktiven Aargauer Dorfs Güllen binnen zwanzig Jahren darstellen. Es wurde zu einem internationalen Bestseller, und der Gestalter Jörg Müller (\*1942) erhielt dafür 1974 den Deutschen Jugendliteraturpreis.

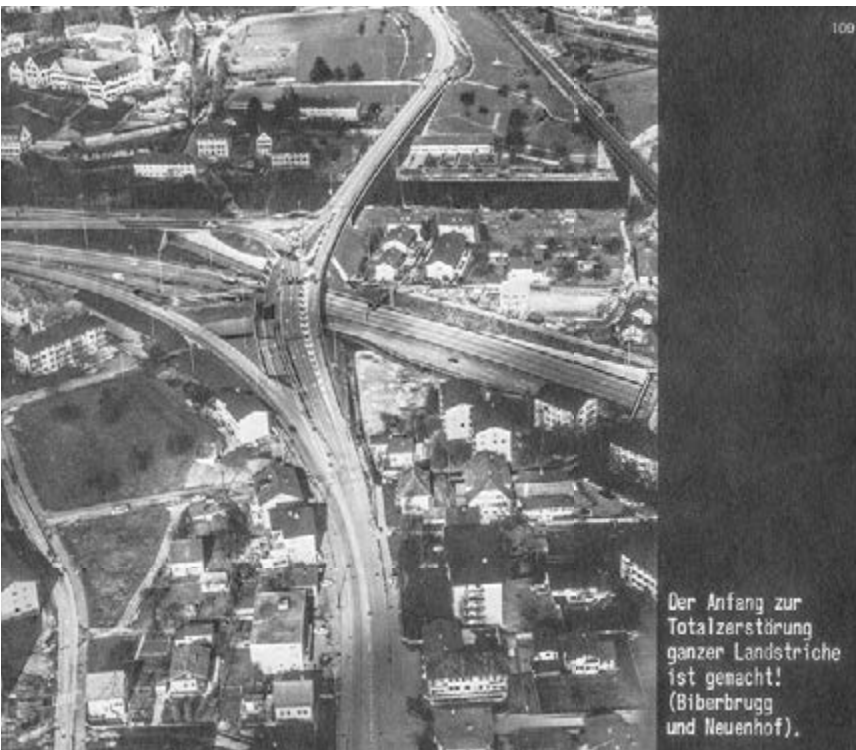


47 Die Verschiebung des Hübscherhauses am Rande der Aarauer Altstadt 1968 war eine ingenieurtechnische Meisterleistung. An seiner Stelle wurde 1970 das Warenhaus Oscar Weber eröffnet. Der Neubau diente der Generalunternehmung Horta als Werbesujet.

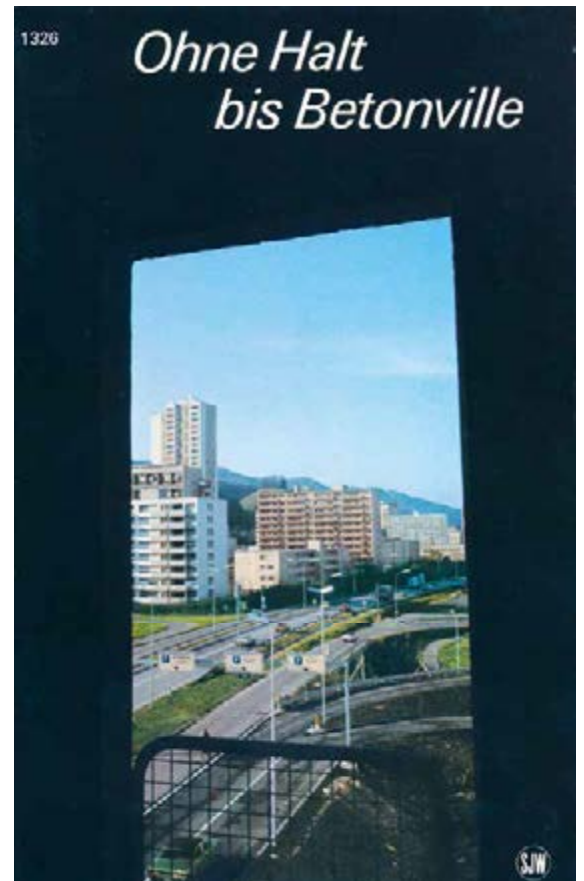




48 Schulwandbild 167. 1975 erschien dieses Schulwandbild mit einer Luftaufnahme von Spreitenbach. Den Lehrerkommentar dazu schrieb der renommierte Planer und Professor Rolf Meyer-von Gonzenbach. Mit Kritik hielt er sich darin nicht zurück: «Die Agglomeration wuchert ins freie Land. [...] Mehr und mehr Acker werden von der Betonkruste überzogen.»



49 Seite aus dem Buch «Bauen als Umweltzerstörung» von Rolf Keller, 1973. Sie zeigt die Autobahn zwischen Neuenhof und Wettingen.



50 Umschlag des SJW-Hefts «Ohne Halt bis Betonville», 1975. Es sei ein «Büchlein gegen den falschen Fortschritt», herausgegeben im Jahr der Denkmalpflege und des Heimatschutzes, schrieb der Autor Walter Baumann (1941–1990). Der Umschlag zeigt Neu-Spreitenbach als Synonym für den Aargau, der auch die Heimat der Schweizer Zementindustrie ist.



existieren. Der Bau von Altersheimen wurde zur Begleiterscheinung einer Gesellschaft, in der traditionelle Mehrgenerationenhaushalte aufgelöst wurden. Bald kamen die Mehrzweckhallen, welche insbesondere im ländlichen Raum Verbreitung fanden und das «Sääli» der Dorfbeiz als polyfunktionaler Veranstaltungsraum für Fasnacht, Dorftheater und Turnerabend verdrängten. Tennishallen entstanden im Zuge des Tennisbooms Mitte der 1970er-Jahre, viele von ihnen mit bescheidenem Anspruch an die architektonische Gestaltung und die Bauqualität. Ein grosser Teil dieser Bauten ist seit dem Abklingen der Tennisbegeisterung in den 1990er-Jahren einer neuen Nutzung als Lagerhallen oder Trampolinburgen zugeführt worden.

Um sich von der statischen und oft repräsentativen Pädagogik abzugrenzen, hinterfragten progressive Planerinnen und Planer zusammen mit den Lehrkörpern seit den 1950er-Jahren immer öfter auch die Form des Schulhauses, welches sich traditionell als repräsentativer Zentralbau gebärdete. Flexible Schulzimmer, Räume für Halbklassenunterricht, Sprachlabors oder Lernschwimmhallen ergänzten die Raumprogramme. Kindergerecht sollte der Massstab sein, weg vom Ornament und der Axialsymmetrie der alten Schulpaläste. Dies erklärt die oft gewählte Gliederung neuer Schulbauten in mehrere Baukörper. Architekt Alexander Henz entwarf aufgrund solcher Überlegungen 1964 in Möriken-Wildegg die erste reine Pavillonschule, in der jedes Schulzimmer ein eigenes Gebäude ist, welches an einen gedeckten Erschliessungsgang andockt.<sup>295</sup>

#### Zwischen Brutalismus und Minimalismus

All das fand im Aargau ebenso statt wie überall im Mittelland. Universell waren längst auch die vorherrschenden Baustile, welche stets als abstrakte Abbilder von Gemütszuständen in der Gesellschaft gelesen werden können. Nach dem Krieg knüpften die Architektinnen und Architekten behutsam an die Formensprache der Moderne an und entwickelten diese weiter. Aus Skandinavien kamen Einflüsse einer organischen Architektursprache, die Lisbeth Sachs (1914–2002) beim Entwurf ihres Kurtheaters Baden beeinflusste (siehe Abb. 54). «Brutalismus» nannte sich eine Strömung seit den späten 1950er-Jahren, die auf monolithische Bauten aus Sichtbeton setzte und darin etwas Ursprüngliches, Reines erkannte. Diesem Programm sind etwa die Kaserne Bremgarten von Esther und Rudolf Guyer (\*1931 bzw. 1929), das Freibad Wohlen von Dolf Schnebli (1928–2009), die 2017 abgerissene Therme in Baden von Otto Glaus (1914–1996) oder die katholische Kirche in Ennetbaden von Hermann Baur (1894–1980) verpflichtet. Vom «international style» war etwa im Zusammenhang mit den zündholzschachtelförmigen Hochhäusern aus Stahl und Glas die Rede, beispielsweise die Türme des *Badener Tagblatts*, oder der Alu Menziken oder der bereits erwähnte «Sprecherhof» in Aarau. Funktionalistisch sei diese Architektur und tatsächlich international, weil sie in Chicago oder eben in Menziken die gleichen Resultate zeitigte. All das wurde in so grosser Zahl gebaut, dass die Menschen seiner überdrüssig wurden. Die gestalterischen Ansprü-

che litten, und die Resultate wurden zu degenerierten Kopien grosser Vorbilder.

Diesen «Bauwirtschaftsfunktionalismus» waren Laien und Fachleute in den 1970er-Jahren leid, und es entstand die Postmoderne, eine Architektursprache mit farbenfrohen und so lustvollen wie oft klugen formalen Zitaten aus vergangenen Epochen, zu erkennen etwa an den Wohn- und Gewerbehäusern an der Bahnhofstrasse in Baden von Burkard Meyer Steiger Architekten, an der Überbauung «Isebähni» in Wohlen von Furter Eppler Architekten oder an Mario Bottas Wohn- und Geschäftshaus in Zofingen.<sup>296</sup> Auch dieser Stil wurde von der nachrückenden Generation infrage gestellt. Als Gegenmittel taugte die formale Antithese: In den 1990er-Jahren verbreitete sich ein neuer Minimalismus, dessen Bauten sich durch eine Rückbesinnung auf schnörkellose Formen und den Einsatz weniger Materialien auszeichnen. Als jüngster Trend dominieren seit der Jahrtausendwende Fragen zur Ökologie das Bauwesen, was auch in den Entwürfen ein Abbild findet. In diesem Kontext erlebt Holz als Baustoff eine neue Blüte. Holzbauingenieurinnen und -ingenieure entwickeln dessen konstruktive Möglichkeiten immer weiter. Als Pionierbau in der Schweiz gilt diesbezüglich das 2018 fertiggestellte erste Holz-Hybridhochhaus «Suurstoffi 22» in Risch Rotkreuz von Burkard Meyer Architekten aus Baden, gebaut von Erne Holzbau aus Laufenburg.<sup>297</sup>

#### Industriell bauen im Glauben an die grosse Form

Baukastensysteme und industrielle Fertigungsverfahren, wie sie beim «Aargauer Siedlungstyp» zur Anwendung kamen, wurden in den 1960er-Jahren auch für den Wohnungsbau propagiert. Zahlreich waren die angemeldeten Patente für neuartige Produktionsmethoden. Gemeinsam war den meisten Systemen das serielle Vorfabrikieren von Bauteilen oder ganzen Raumzellen in der Fabrik. Dies machte einen wichtigen Ablauf im Bauprozess wetterunabhängig, schneller und planungssicher. Stahlbeton war der Baustoff für den Montagebau, was den Aargau mit seiner Zementindustrie zu einem bedeutenden Schauplatz werden liess. In Veltheim und in Villmergen entstanden mit der Element AG und mit der Wey Elementbau AG schon 1960 zwei marktführende Produktionswerke für Bauteile aus Beton, welche in der ganzen Schweiz auf Grossbaustellen zur Anwendung kamen. Seit 1965 wurde in Auw das Raumzellensystem Variel produziert.<sup>298</sup> Der Aargau unterstützte diese Industrie mit vielen Grossaufträgen, etwa für die beiden Kantonsspitäler oder für Bildungseinrichtungen in Zofingen (Bildungszentrum), Brugg (ehemalige Töcherschule) oder Baden (Erweiterung Kantonsschule). Eine von den Bau- und Erziehungsdirektionen eingesetzte Planungsgruppe Aargauer Schulen koordinierte die Entwicklung eines eigenen Bau- und Planungssystems für den Schulbau, der über die genannten Beispiele ausgehen sollte.<sup>299</sup> Vorfertigung kam im Aargau auch im Kleinen zur Anwendung. In den 1960er-Jahren traten Anbieter auf den Markt – es waren oft Zimmereien –, welche eigene Typenbauten für Einfamilienhäuser anboten. Sie hiessen

Lämli in Holziken, Werner Vögeli (WEVO) in Leibstadt oder Furter in Dottikon.

Zu den systemimmanenten Abhängigkeiten beim Bauen mit Vorfabrikation gehört der Drang zur grossen Bauform. Weil die Bauteile von der Fabrik auf die Baustelle transportiert werden mussten, entwickelten Immobilienunternehmen mit ihren Planungsbüros Grossprojekte, die sich durch ihren Massstabssprung radikal von der bestehenden Siedlungsstruktur abgrenzten. Der Glaube an das Grosse in der Architektur war aber auch unabhängig von den Produktionsmethoden eine international beobachtbare Tendenz in den 1960er- und 1970er-Jahren. Megabauten und «grands ensembles» brachen mit der allgemeinen Vorstellung dessen, was noch ein Haus sei.<sup>300</sup> Sie sind die sinnbildlichen Hinterlassenschaften einer kurzen Zeit des universellen Vertrauens an die Machbarkeit und eine grosse bautechnische und soziologische Herausforderung.

#### Anhaltende Wohnungsnot

Eine zentrale Aufgabe der Bauwirtschaft blieb der Wohnungsbau. Und dies, obwohl sich der Wohnungsbestand in der Schweiz in 35 Jahren zwischen 1945 und 1980 nahezu verdoppelte.<sup>301</sup> Der Aargauer Regierungsrat und SP-Schweiz-Präsident Arthur Schmid (1928–2023) meinte zur Wohnungssituation am ersten Städtetag der Sozialdemokratischen Partei 1971: «Die Wohnungsnot greift existentiell in den Alltag und schafft unerträgliche Bedingungen für sehr viele unserer Mitmenschen. [...] Dass sie unsere Gesellschaft nicht mit plötzlicher Heftigkeit überfällt, sondern schleichend vergiftet, macht sie nicht ungefährlicher.»<sup>302</sup> Und der Zürcher *Tages-Anzeiger* konstatierte, das Wohnen sei «der sozialpolitische Zündstoff Nummer 1».<sup>303</sup> In der Schweiz hatten wohl alle Menschen ein Dach über dem Kopf, doch waren die Häuser veraltet und die Wohnungen zu klein. Der schnell steigende Wohlstand weckte Begehrlichkeiten nach mehr Fläche, Zentralheizung sowie modernen Küchen und Bädern. Der Zürcher Bauunternehmer Ernst Göhner (1900–1971) präziserte diesen Umstand und meinte, die Wohnungsnot sei eigentlich eine Wohnraumnot.

Nie mehr seit dem abrupten Ende des Booms Mitte der 1970er-Jahre war – trotz akzentuierter Engpässe in den Zentren – von einer derartigen Wohnungsnot die Rede. Während das Bevölkerungswachstum abflachte (siehe «Demografie», S. 35), wurde in den 1980er-Jahren unvermittelt weitergebaut. Trotz Krisenjahrzehnt in den 1990er-Jahren, als der Wohnungsbau zwischenzeitlich um zwei Drittel einbrach, verdoppelte sich der Wohnungsbestand im Aargau zwischen 1980 und 2020 von 165 000 auf 330 000. Die Bevölkerung indessen wuchs im gleichen Zeitraum «nur» um ein gutes Drittel von 460 000 auf 685 000.<sup>304</sup>

#### Trabantenstädte und Grosswohnsiedlungen

Der Aargau wurde zum Verdichtungsraum und Experimentierfeld von Trabantensiedlungen. Fünf Bauvorhaben wurden realisiert, bei denen auf Anhieb zwischen knapp 400 und gut 1000 Wohnungen gebaut und damit ganze Stadtteile oder Quartiere aus dem Boden gestampft wurden. Bei der nachfol-

genden Betrachtung dieser «grands ensembles» darf nicht ausser Acht gelassen werden: Sie waren bloss die grössten unter den grossen. Ausserdem gab es grossräumig geplante Projekte, die in der Realisierung verwässert oder nur partiell ausgeführt wurden. Dazu das Beispiel «Rosinante»: 1966 schrieb die Stadt Baden einen städtebaulichen Wettbewerb aus. Gesucht wurden Vorschläge für die Transformation des 1961 eingemeindeten Bauerndorfs Dättwil zum modernen Stadtteil mit 7000 bis 8000 Einwohnerinnen und Einwohnern bis 1980. Das Siegerprojekt stammte von den Metron-Architekten und schlug unter Beibehaltung des alten Dorfkerns die Realisierung einer gestaffelten Bebauung entlang der Hangkante vor.<sup>305</sup> Die Metamorphose Dättwils begann durchaus im grossen Massstab: In den 1970er-Jahren entstanden das BBC-Forschungszentrum und das neue Kantonsspital, ausserdem erste Wohnsiedlungen, welche höheren gestalterischen und städtebaulichen Ansprüchen genügten. Dann kam die Entwicklung wegen der Rezession ins Stocken, und die «Rosinante» blieb im besten Fall ein Fragment. Später wurde an Dättwil weitergebaut, vierzig Jahre nach dem angepeilten Vollausbau wohnen immerhin über 3000 Menschen da.<sup>306</sup>

Die Werksiedlung «In den Wyden» der BBC als Fragment der Idealstadt Birrfeld (siehe «Gartenstadt Birrfeld», S. 65) war vermutlich die erste Grossüberbauung mit über 500 Wohnungen in der Deutschschweiz. Unter dem Einfluss von Frankreich, wo der konzentrierte Massenwohnungsbau als Staatsaufgabe wahrgenommen wurde, waren im Grossraum Genf schon in den 1950er-Jahren Bauvorhaben dieser Grössenordnung entstanden.<sup>307</sup> Der Entwurf für «In den Wyden» entstand 1959 im Rahmen eines Architekturwettbewerbs, den ETH-Professor Charles Edouard Geisendorf (1913–1985) für sich entscheiden konnte. Ab 1962 wurden die 530 Wohnungen etappenweise von Werksangehörigen mit ihren Familien bezogen. Geisendorf versammelte zwei geknickte, achtgeschossige Hochhauscheiben und sechs Punkthochhäuser um einen grossen, autofreien Park, der gemeinschaftlich genutzt wird. Die Erdgeschosse der Wohnblöcke sind durchlässig. Sie dienen als Lauben der Begegnung und der Erschliessung der Wohnungen. Kindergärten, Klublokale, Werkstätten und ein grosses Gemeinschaftszentrum mit Läden und Restaurant ergänzen das Ensemble, welches dank der immisionsarmen Produktion unmittelbar neben der Fabrik realisiert werden konnte. Als «Stadtquartier ohne Stadt» bezeichnete das *Badener Tagblatt* die Anlage, welche sich als Solitär verstehe und keinerlei Bezug zur bestehenden dörflichen Bebauung nehme.<sup>308</sup> Weil viele Mitarbeiter des Weltkonzerns nur vorübergehend in der Schweiz leben würden, sei die «kosmopolitische und soziale Gliederung der Bewohner in der Verschmelzung zu einer echten dörflichen Gemeinschaft nicht förderlich», war in der NZZ zu lesen.<sup>309</sup>

#### Die Basler Industrie baut im Fricktal

«Die Basler Chemie disloziert in den Aargau» titelte der *Aargauer Kurier* 1971.<sup>310</sup> Neben Produktionsstätten entstanden in den 1970er-Jahren zwei Werksiedlungen im Fricktal in unmittelbarer Nach-



51 Baudenkmal von nationaler Bedeutung: Technikum Windisch von Fritz Haller (1924–2012). Das 1966 fertiggestellte Hochschulgebäude gehört zu den Ikonen der modernen Schweizer Architektur.



52 Baudenkmal von nationaler Bedeutung: das BBC-Wohlfahrtshaus am Martinsberg Baden von Armin Meili. Es wurde 1952 eröffnet und 2006 durch Burkard Meyer Architekten denkmalgerecht zum heutigen Berufsbildungszentrum umgebaut.



53 Baudenkmal von nationaler Bedeutung: das Krematorium mit Abdankungshalle auf dem Friedhof Liebenfels in Baden von Ruth und Edi Lanners, erbaut 1957.





54 Baudenkmal von nationaler Bedeutung: das Kurtheater Baden von Lisbeth Sachs. Es wurde 1952 als Sommergastspielhaus eröffnet und 2020 durch Elisabeth und Martin Boesch denkmalgerecht renoviert und erweitert.



55 Baudenkmal von nationaler Bedeutung: katholische Kirche St. Antonius Wildegg. Der praktizierende Katholik Justus Dahinden entwarf den Bau 1969 auf der Grundform einer Spirale. Eine introvertierte Architektur und eine geheimnisvolle Lichtführung über wenige Dachschrägen zeichnen den aussergewöhnlichen Sakralraum mit seiner plastischen Aussenform aus.



56 Flugaufnahme Mandach, 1958. Nur wenige Dörfer im Aargau blieben integral vom Bauboom nach dem Krieg verschont. Das Juradorf Mandach im Bezirk Brugg gehört dazu und wird gerne als mustergültig bezüglich seiner Entwicklung bezeichnet. Es gehört gemäss dem Inventar schützenswerter Ortsbilder der Schweiz zu den 61 Ensembles im Aargau von nationaler Bedeutung.



57 Freibad Wohlen von Dolf Schnebli, 1966. Das denkmalgeschützte Freibad wird durch eine Dächerlandschaft aus rohen Betonpilzen charakterisiert. Der Schweizer Heimatschutz hat die Anlage zu einem der schönsten Freibäder der Schweiz erkoren.



58 Pavillonschule Hellmatt Möriken-Wildegg, gebaut 1964, Architekt: Alexander Henz. Die Gliederung der Schule in einzelne Pavillons evoziert eine Feriendorfbehaglichkeit im kindergerechten Massstab. Bestehend: Jede Klasse hat ihr eigenes Haus. Die Anlage steht seit 2013 unter kantonalem Schutz und wurde 2017 durch Husistein & Partner Architekten Aarau renoviert.



59 Bahnhof Killwangen. Ein skulpturaler Betonbau von SBB-Architekt Max Vogt, erbaut 1970.



60 Das Haus Steinmann in Aarburg. Der monolithische Sichtbetonbau entstand zwischen 1957 und 1959 nach Plänen der Berner Architektengemeinschaft Atelier 5. Es ist das erste Privathaus der Nachkriegsmoderne im Aargau, welches unter kantonalen Schutz gestellt wurde.



61 Die katholische Kirche St. Michael in Ennetbaden des Basler Architekten Hermann Baur. Das ebenfalls dem rohen Beton verpflichtete Gotteshaus wurde 1966 gebaut.





62 Das Hochhaus des *Badener Tagblatts* entstand im «international style» zwischen 1962 und 1969 nach Plänen der Architekten Bölsterli und Weidmann.



63 Mehrgenerationenhaus in Teufenthal von Gautschi Lenzin Schenker Architekten aus Aarau. Der minimalistische Bau entstand 2018.



64 Postmodernes Wohn- und Geschäftshaus von Mario Botta in Zofingen. Der Bau entstand zwischen 1989 und 1993.



65 Vorfabriziertes Wochenendhaus in Magden, 1960. Das vom Zürcher Architekten und Designer Alfred Altherr jun. entworfene Ferienhaus über den Reben von Magden gehört zu den frühesten Prototypen für Elementbauweise in der Nachkriegszeit.



66 Montage des in Villmergen und Auw produzierten Raumzellensystems Variel beim Bau der Neurochirurgie im Kantonsspital Aarau, 1973. Variel-Elemente verliessen die Fabrik als fixfertige, schiffscontainergrosse Raumzellen, die auf dem Bauplatz aufeinandergestapelt werden konnten.



barschaft zueinander. Den Impuls für den Bau des «Augarten» in Rheinfelden und der «Liebrüti» in Kaiseraugst gaben die Basler Chemiekonzerne Ciba-Geigy und Hoffmann-La Roche. Die Grossüberbauungen stehen also exemplarisch für den Siedlungsdruck, der aus den Grossstädten in den Aargau wirkte. Flussaufwärts ins Fricktal zu wachsen, zunehmend auch mit Forschung und Produktion, war die einzige Option für die chemische Industrie in der Rheinmetropole, wenn sie nicht über die Landesgrenze ausweichen wollte.<sup>311</sup>

1962 begann das Raumplanungs- und Architekturbüro Gelpke & Düby aus Volketswil mit einer Bedarfsstudie für eine erste Grossüberbauung im Fricktal. Der dabei entstandene Projektnamen «R 1000» fasst die wesentlichen Ergebnisse zusammen: In Rheinfelden sollten in einem Atemzug 1000 Wohneinheiten erstellt werden. Das landwirtschaftlich genutzte Weiherfeld im Besitz der Ortsbürgergemeinde kam in den Fokus der Planer. Es war gross und lag zwischen Rhein und der Verkehrsader mit Bahnlinie, Kantonsstrasse und der künftigen Autobahn N3. Die zwei Kilometer Distanz zum Zentrum wurden bezüglich der sozialen Anbindung als verkraftbar taxiert. Das Ausführungsprojekt, welches 1968 als grosses Modell präsentiert wurde, zeichnete sich durch eine streng orthogonale Gliederung aus. Das Raster war der seriellen Bauproduktion geschuldet, ebenso die formale und materielle Beschränkung auf wenige Haustypen. Und doch bot das Vorhaben eine attraktive Palette von der Blockwohnung über das Reihenhaus bis zu Atriumhäusern.<sup>312</sup>

Weil der Ortsbürgergemeinde als Landbesitzerin und der Einwohnergemeinde als zuständiger Instanz für eine Einzonung des Baugeländes ein entscheidendes Mitspracherecht zukam, wurde «R1000» zum Exempel direktdemokratischer Prozesse auf lokaler Ebene, dem landesweit in Presse, Radio und Fernsehen Beachtung beigemessen wurde. Immerhin ging es um eines der grössten Siedlungsprojekte der Schweiz mit 1072 Wohneinheiten, ergänzt durch eine Vielzahl öffentlicher Einrichtungen von Läden und Restaurant über Schulen und Kindergärten bis zum ökumenischen Gemeinschaftsraum und einem Freizeithaus. Ein Ausstellungspavillon warb für das Projekt, und bald standen sich zwei kommunale Aktionskomitees für und gegen das Vorhaben gegenüber.<sup>313</sup> Renommiertere externe Gutachter wurden um ihre Meinung gebeten. Planer Hans Marti unterstützte das Vorhaben basierend auf einem umfangreichen Prüfbericht zuhanden des Stadtrates, der sich gleichwohl gegen das Vorhaben aussprach. Der Basler Soziologe Lucius Burckhardt hingegen betrachtete «R 1000» kritisch und prophezeite, die Integration der Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger in Rheinfelden werde nicht gelingen. Zu stark sei die Siedlung auf die Basler Chemie ausgerichtet und zu gross die Distanz zum Zentrum von Rheinfelden.<sup>314</sup> Bemerkenswert an der Haltung von Burckhardt ist, dass er zu den drei Autoren von «achtung: die Schweiz» gehörte, die 15 Jahre früher die Gründung einer Schweizer Modellstadt gefordert hatten (siehe «Musterstadt», S. 64). Letztlich obsiegten die Befürworterinnen und Befürworter. Im Frühling 1971 fuhren die Bagger auf, und bereits im Sommer 1972

begann die Kolonisation des nunmehr «Augarten» genannten Neubaugebiets. 1980 hatten 2700 Menschen hier ein neues Zuhause gefunden. Die Bevölkerung von Rheinfelden war damit um ein Viertel gewachsen.<sup>315</sup>

Die «Liebrüti» im benachbarten Kaiseraugst entstand zwischen 1973 und 1979 nach den Plänen des Basler Architekturbüros Schachenmann + Berger, das Ende der 1960er-Jahre mit ersten Studien die Arbeit aufnahm. Das wesentlich kleinere Kaiseraugst wurde durch die Grossüberbauung mit noch viel grösserer Wucht getroffen als Rheinfelden. Die Einwohnerzahl stieg sprunghaft von 1300 im Jahr 1970 auf über 3000 im Jahr 1980.<sup>316</sup> Gleichwohl machte das Bauvorhaben viel weniger Aufhebens und erhielt 1972 vom Gemeinderat die Baubewilligung.<sup>317</sup> Fehlende kommunale Infrastruktur wurde im Bauprogramm der «Liebrüti» berücksichtigt: ein geschlossenes Zentrum mit Läden, Gemeindesaal, Hallenbad und Büros, dazu eine grosse Schulanlage und Kindergärten. Finanziell verkraftbar war dies für die Gemeinde nur, weil sich die Bauherrin in die Pflicht nehmen liess und den überwiegenden Kostenanteil für den Bau der neuen Bildungseinrichtungen übernahm.<sup>318</sup>

#### Die «Telli» als Stadterweiterung im neuen Massstab

«Telli» – Name für ein altes Aarauer Stadtrandquartier an der Aare – steht heute als Synonym für die eigentliche Königin unter den Grossüberbauungen in der Deutschschweiz: 1250 Wohnungen, die sich in nur vier geknickten Scheibenhochhäusern majestätisch auf 19 Geschossen (50 Meter) auftürmen. Die Postulate der Spätmoderne an den Städtebau und die Prämissen für den industriellen Wohnungsbau sind hier in radikaler Konsequenz umgesetzt. Deshalb fasziniert und polarisiert die «Telli» ohne Unterlass seit ihrer Entstehung. An den Stirnseiten sind die bis zu 230 Meter langen Megabauten abgetreppert, was deren Volumen optisch bricht. Dieses Konzept ist aber vor allem dem Vorzug geschuldet, dass dadurch attraktive Dachgärten entstehen. Durchlaufende Balkonbrüstungen verleihen den Gebäuden eine strenge horizontale Gliederung. Diese Schichtung wirkt elegant. Die Telli-Blöcke erinnern an riesige Kreuzfahrtschiffe, doch im Volksmund wurden sie bald «Staumauern» genannt. Aus der Ferne fügt sich die Silhouette der abgestuften Scheiben ganz passend in die dahinterliegenden Juraketten ein; das scheint von den Architekten durchaus so geplant zu sein: die «Telli», ein Wohngebirge.<sup>319</sup> Autos gibt es darin keine, diese verschwinden in gigantischen Parkgaragen. Fester Bestandteil dieses Stadterweiterungsprojekts für damals geschätzte 4500 Menschen (es sind heute rund 3000) war das 23-geschossige Bürohochhaus mit Einkaufszentrum und weiteren Nachfolgeeinrichtungen in der ausladenden Sockelzone.

Erste Studien für eine Gesamtüberbauung des alten Telli-Quartiers entstanden schon in den 1950er-Jahren.<sup>320</sup> Attraktiv gelegen, nahe der Altstadt und direkt am Auenwald der Aare, wurde das Reservepotenzial früh erkannt. Aarau, das einwohnermässig seit Jahrzehnten stagnierte, wollte das Wachstum nicht seinen Vorortsgemeinden überlas-

sen.<sup>321</sup> 1970 lud die Grundeigentümergeinschaft aus Stadt, Kanton und zwei Firmen sechs Teams zum Architekturwettbewerb, den Marti + Kast aus Zürich für sich entschieden. Sie übernahmen die Ausführung der Wohnbauten, während die zweitplatzierten Architekten Aeschbach, Felber, Kim aus Aarau das Hochhaus und das Einkaufszentrum realisierten. 1972 wurde mit dem Bau der Siedlung begonnen, der sich, mit langen Unterbrüchen, bis 1991 hinzog. 21 Jahre nach der Projektidee wurde der letzte Block vollendet. Die allgemeine Auffassung bezüglich der Konzeption von Wohnüberbauungen hatte sich in dieser Zeit umfassend gewandelt.<sup>322</sup> Überwiegende Begeisterung war inzwischen Skepsis und Ablehnung gewichen.

#### Plattenbau Webermühle

Das letzte Beispiel der «big five» ist die Grossüberbauung Webermühle in Neuenhof. Deren Konzept entstand 1972 und wurde in den Jahren 1975 bis 1984 realisiert. Die «Webermühle» ist gewissermassen das jüngste und mit knapp 400 Wohnungen das kleinste der Aargauer «grands ensembles». Entworfen wurde die Siedlung vom Zürcher Architekturbüro Steiger und Partner. Ihr liegt das landesweit vermutlich meistverwendete Elementbausystem der Generalunternehmung Göhner zugrunde, welche auch als Entwicklerin der Grossimmobilie auftrat. Das Göhner-System basiert auf raumgrossen, tragenden Sandwichbetonplatten. An der Fassade zeichnen diese Platten in der Summe ein strenges, charakteristisches Raster, was den Göhner-Siedlungen bald den Vorwurf der Monotonie eintrug.

Auf dem Areal Damsau, welches die Fluss-schlaufe der Limmat zu einer Halbinsel macht, stand eine alte Weberei, die 1970 den Betrieb einstellte und dem Wohnbauprojekt weichen musste. Immerhin gab sie der neuen Siedlung ihren Namen. Aus der Vogelperspektive zeigt sich die kreuzförmige Anordnung der vier gewaltigen Wohnblocks. Die Marketingleute deuteten dies als Rad einer Windmühle, womit der Name «Webermühle» komplett war. Wie die «Telli» entstand auch die «Webermühle» nicht als Werksiedlung, sondern aus der Initiative einer Generalunternehmerin für den freien Wohnungsmarkt. Die grosse gestalterische Geste der Architekten ist an diesem Ort sehr präsent. Die Nabe, wo die Blocks aufeinandertreffen, wurde als Arena gestaltet. Sie ist gesäumt von den öffentlichen Einrichtungen.<sup>323</sup>

#### Erblast und Vorbild

Die Grosssiedlungen schieden schon zur Entstehungszeit die Geister. Das wussten auch die Initianten, weshalb sie Begriffe wie «Trabantenstadt» tunlichst vermieden. Sie traten alle mit dem gleichen Versprechen an: Quartiere mit Erlebnisdichte und Wohnlichkeit zu schaffen. Das gelang nicht überall gleich gut. Auch das Verlassen des üblichen städtebaulichen Schemas war all diesen Projekten gemeinsam. Kritiker schimpften die Fricktaler Siedlungen als «Chemie-Ghettos»,<sup>324</sup> Intellektuelle Soziologinnen und Architekten bekundeten Mitleid für die als «grüne Witwen» bezeichneten Familienfrauen, welche in den vermeintlich trost-

losen «Wohnsilos» mit den Kindern die Tage verbringen müssten, während die Väter morgens mit dem Familienauto zur Arbeit in die Stadt fuhren. Viele dieser «grünen Witwen» empfanden dies aber gar nicht so, da sie freiwillig in die Grosssiedlung gezogen waren.

Die meist von aussen an die Grossüberbauungen herangetragene Kritik schadete deren Ruf nachhaltig. Dabei korrespondierte sie oft gar nicht mit dem Befinden der Bewohnerinnen und Bewohner, die durchaus gerne in der «Telli», in der «Liebrüti» oder in der «Webermühle» wohnten. Nach der Ölkrise war das Konzept passé, die grosse Form kam aus der Mode, bevor viele Siedlungen fertig gebaut waren. In der Fachzeitschrift *Werk* schrieb Herausgeber Henri Stierlin (1928–2022) auf dem Höhepunkt der Krise 1976: «Die letzten Siedlungen werden fertiggestellt oder sind noch im Bau begriffen; geplant wurden sie, als noch Optimismus und blinder Glaube an eine unendliche Wirtschaftsexpansion herrschten – wie einst der Fortschrittsglaube es für möglich hatte erscheinen lassen, dass aus den Menschen Götter würden.»<sup>325</sup>

Schon Ende der 1980er-Jahre machten sich in den Grossüberbauungen Verschleisserscheinungen bemerkbar. Die engagierten Erstbewohnerinnen und -bewohner waren müde geworden oder zogen weg. Segregationsprozesse setzten ein, während vielerorts Gemeinschaftseinrichtungen vernachlässigt wurden. Im schlechtesten Fall entstanden soziale Brennpunkte. Um die Jahrtausendwende standen die Grossüberbauungen als verpönte Erblast aus der Hochkonjunktur am Ende ihres ersten Lebenszyklus und zwangen die Verantwortlichen zum Handeln. Es bedurfte eines Engagements durch die öffentliche Hand, um die Negativspirale zu bremsen. Aarau erhielt für sein ganzheitliches Quartieraufwertungsprogramm «Allons-y-Telli!» ab 2001 Bundeshilfe.<sup>326</sup>

Im fortschreitenden 21. Jahrhundert werden wieder grosse Siedlungen und Hochhäuser gebaut, wenn auch nicht mehr in den Dimensionen der 1960er- und 1970er-Jahre. Der kleinere Masstab entbindet die Planerinnen und Planer oft von der Pflicht zu einer gesamtheitlichen Konzeption, wie sie einst perfektioniert wurde. Das ist evident und bedauernswert. Ein Wissenstransfer zwischen den Planergenerationen hat kaum stattgefunden.

#### Transformationen im Bestand

Als 1962 die Baumwollspinnerei Bebié nach über 130 Betriebsjahren ihre Fabriken in Turgi und Rupperswil stilllegte, war die BBC zur Stelle und transformierte das Areal in Turgi in eine hochmoderne Fabrik für Elektrotechnik. Die Industriezweige Maschinenbau und Elektronik standen damals in ihrer Blüte und produzierten in der Schweiz für die ganze Welt. Zehn Jahre später präsentierte sich das Bild anders. Die Krise der 1970er-Jahre läutete den Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft ein. Industriebetriebe gingen in grosser Zahl ein oder verlagerten die serielle Produktion in Billiglohnländer. Mit der Textil- und Modeindustrie verschwand die älteste Branche als Erstes. Quer durch den Aargau wurde es still in den einst lärmigen Fabriksälen der Spinnereien an der Aare und an der Limmat, der



67 Siedlung Bodenacker Brugg. Die Siedlung ist mit 170 Wohnungen ein Beispiel für eine kleine unter den grossen Siedlungen. Als Werksiedlung für die in Brugg domizilierte Georg Fischer AG entstand sie zwischen 1960 und 1962, ihr 16-geschossiges Punkthochhaus war damals das höchste Wohngebäude im Kanton.



68 Modellaufnahme der Bebauungsstudie «Rosinante» für das Bauerndorf Dättwil bei Baden von 1967. Metron Architekten aus Brugg planten einen modernen Stadtteil mit bis zu 8000 Einwohnerinnen und Einwohnern.



69 Werksiedlung In den Wyden der BBC in Birr. Rund 1500 Menschen, Werksangehörige mit ihren Familien aus 19 verschiedenen Nationen, zogen in die Industriesiedlung und krepelten das Bauerndorf Birr komplett um. Hatte dieses 1960 noch 730 Einwohnerinnen und Einwohner, so waren es nur acht Jahre später mehr als 2500.





70 Die Grossüberbauung Augarten in Rheinfelden, Flugbild von 1975. Mit über 1000 Wohneinheiten wirkt die von den Architekten Gelpke & Düby geplante Siedlung dörflich, was an der eher geringen Arealausnutzung von 0,5 und an der Tatsache liegt, dass hier die Erdgeschosse überwiegend dem Wohnen mit privaten Gärten vorbehalten sind.



71 Baustelle «Webermühle», Neuenhof 1981. Vorbereitungsarbeiten für den letzten und grössten Wohnblock. In der «Webermühle» findet sich in Analogie zur «Telli» die stirnseitige Staffelung der Baukörper wieder. Entwickelt wurde dieses Prinzip bei der Grossüberbauung Sonnhalde in Regensdorf.



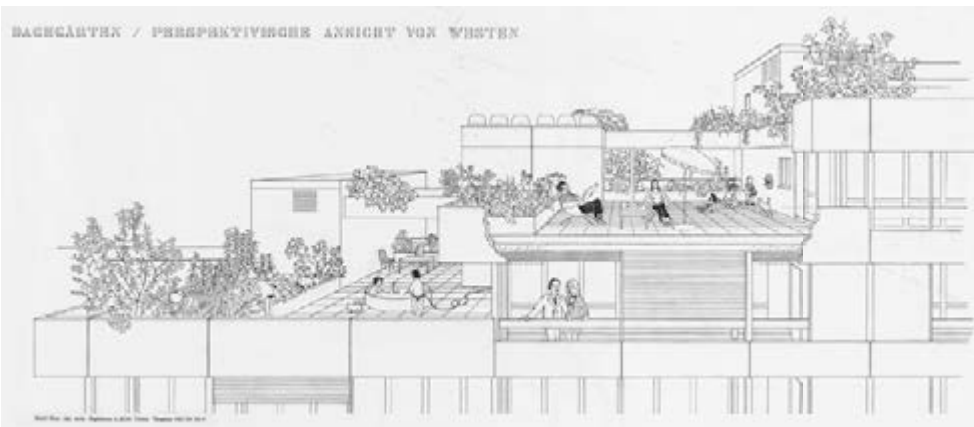


72 Die Grossüberbauung Liebrüti in Kaiseraugst, Flugbild von 1979. Die 860 Wohnungen wurden in lediglich zehn wuchtigen Baukörpern realisiert, die über ein ausgeklügeltes Wegnetz miteinander verbunden sind. Die Ausnutzungsziffer beträgt über das ganze Areal 0,9, was ihm eine städtische Anmutung verleiht.





73 Grossüberbauung Telli, 1992, ein Jahr nach der Fertigstellung. Acht Kilometer Fussgängerwege durchqueren die Parklandschaft der «Telli». Die vier Scheibenhochhäuser sind durch überdachte Passagen miteinander verbunden, eine moderne Interpretation der Laubengänge in der Berner Altstadt, wie die NZZ am 2. Februar 1974 schrieb.



74 Planzeichnung der Dachgärten in der Telli, 1972. Das hundertfach gestapelte Eigenheim bietet attraktive Wohnungen mit viel Privatsphäre.



75 Siedlung Neugrüen Melligen von Schwarz Architekten, Zürich. Die 2014 fertig gestellte Grossüberbauung umfasst rund 200 Wohnungen sowie Läden und Gemeinschaftseinrichtungen. Die Holzbauten erfüllen maximale Energiestandards, was der Überbauung eine Vorreiterrolle eintrug.



## Kometenhafter Aufstieg und tiefer Fall eines Baugiganten

Federführend bei der Telli-Siedlung war die Aarauer Generalunternehmung Horta, welche im Mehrheitsbesitz des Baufelds war. Die kurze Geschichte dieser Firma liest sich wie ein Gleichnis der Goldgräberstimmung, welche damals auf dem Bausektor herrschte. 1951 gründete der 23-jährige Zimmermann Josef Wernle in Küttigen einen eigenen Betrieb, der sich bald auf die Serienfertigung von Einbauküchen spezialisierte.<sup>1</sup> Das Geschäft war lohnenswert und das Wachstum der Firma beeindruckend. Wernle, ein Selfmademan, schickte sich nun an, aus seinem Handwerksbetrieb innerhalb von zwanzig Jahren einen international tätigen Konzern aus zehn Aktiengesellschaften mit insgesamt rund 600 Mitarbeitenden zu formen. Konsequenter verfolgte er dabei die Vision, das Bauwesen zu rationalisieren. Landkauf, die Projektierung und Bauproduktion sowie Verkauf und Vermietung besorgten die nach und nach entstandenen Firmen. Mit der Gründung der Horta AG ging es 1955 richtig los. 1965 brachte diese ein eigenes Bausystem mit dem Namen

«Rastel-Granit» auf den Markt. Dies ist ein Wortkonstrukt aus den Begriffen «Raster» und «Element» sowie dem Namen von Wernles Pferd. Als Präsident des Reit- und Kavallerievereins hatte es der einfache Handwerker in die oberste Liga des Aarauer Establishments geschafft.<sup>2</sup> Horta baute nicht nur Wohnungen, sondern auch Bürokomplexe, Schulhäuser, Einkaufszentren, Kindergärten und sogar vorfabrizierte Kirchen (siehe «Letzter Bauboom», S. 113).

Rund 7000 Rastel-Granit-Wohnungen entstanden bis Mitte der 1970er-Jahre, womit das System zu den erfolgreichsten gehörte, die in der Schweiz zur Anwendung gebracht wurden.<sup>3</sup> Auch für die «Telli» machte Wernle seinen Baukasten zur Vorgabe. Als 1972 die Bauarbeiten begannen, befand sich die Horta auf ihrem Zenit. Im Sommer 1973 verkündete Wernle die Verschmelzung des Unternehmens in einer Holdingstruktur und präsentierte stolze Zahlen. Der kerngesunde Konzern habe eine Auftragsreserve von 1,2 Milliarden Franken.<sup>4</sup> Das Telli-Hochhaus wurde zur Firmenzentrale. Obwohl die Horta keinen spekulativen Wohnungsbau betrieb, stand sie finanziell allerdings auf sehr dünnem Eis.

Hochmut kommt vor dem Fall: Der Ausbruch der Wirtschaftskrise 1974 liess das Imperium binnen weniger Monate wie ein Kartenhaus in sich zusammenfallen. «Fataler Götzendienst am Boom. Das Horta-Imperium in der Klemme» titelte die NZZ im Frühjahr 1975.<sup>5</sup> Ein Schuldenberg von nahezu hundert Millionen Franken zwang Wernle in die Knie.<sup>6</sup> 1976 kreisten die Pleitegeier über dem Telli-Hochhaus, die Horta war bankrott und verschwand von der Bildfläche. Kaum bezogen, stand der Turm wieder leer, und für die Abwicklung des aussergewöhnlich komplexen Falls musste eine ausseramtliche Konkursverwaltung eingesetzt werden. Der Kanton sprang ein und kaufte den Gläubigern das Hochhaus für 15 Millionen Franken ab; das war gut die Hälfte dessen, was es gekostet hatte.<sup>7</sup> Nun zogen die Abteilungsbüros der Departemente ein. Eines davon war – welche Ironie – das Finanzdepartement.

1 Hess 2018, 109.

2 Schneeberger 2017; Horta 1974, 36f.

3 CRB 1967–1975.

4 NZZ, 28.6.1973.

5 NZZ, 23.5.1975.

6 National-Zeitung, 12.6.1976.

7 TA, 28.4.1976.

76 Inserat Horta AG, 1970: In ganzseitigen Inseraten warb die Aarauer Generalunternehmung selbstbewusst mit dem Text: «Dieses Dorf ist zwar denkbar, existiert aber (noch) nicht. Es bestünde aus Wohn- und Ferienhäusern verschiedener Gestalt und Grösse, aus modernen und rationell angelegten Landwirtschaftssiedlungen, einer Schule, einem Kindergarten, dem Gemeindehaus und einer schmucken Kirche, und das ganze Dorf hätte die HORTA erbaut.»



Freiämter und Seetaler Hutgeflechtfirmen oder der Bally-Schuhfabriken in Dottikon und Aarau. Die Deindustrialisierung setzte sich bald in anderen Branchen fort und erreichte Ende der 1980er-Jahre auch die Flaggschiffe der Aargauer Industrie wie Kern, Kunz oder Brown, Boveri & Cie.

Die erkalteten Hochkamme, einst stolze Embleme auf den Firmenbriefköpfen, wurden als unnütze Relikte gesprengt, während Shedhallen, Remisen und Portierloggen in einen Dornröschenschlaf fielen. Das Fabrikensterben hinterliess – oft an attraktiver Lage – einen grossen Baubestand, an dem nach und nach alternative Nutzungskonzepte erprobt wurden. In den einstigen Maschinsälen entstanden Wohnungen, Künstlerateliers und Vereinslokale, Lagerräume und Caravanparkings. Die kreativen und oft lange andauernden Zwischennutzungen liessen das vielseitige Potenzial und den Charme der historischen Substanz erkennen. Anfang der 1980er-Jahre entstanden die ersten Projekte für dauerhafte Umnutzungen von alten Fabrikarealen. «Neues Bauen in alter Umgebung» wurde zum Credo einer aufgeschlossenen Architektengeneration. Die Planungsfirma Metron kaufte beispielsweise die leer stehende Papiermühle in Küttigen und baute sie 1982 auf eigene Kosten in Wohnraum um. Für die Bewirtschaftung der vom Bund als Pilotprojekt geförderten Umnutzung einer Brache gründete Metron die Stiftung gemiwo.<sup>327</sup> In Fahrwangen, um ein zweites frühes Beispiel zu nennen, kaufte 1981 eine Erbegemeinschaft eine leer stehende Hutgeflechtfabrik mit Kosthaus, um sie umzubauen und selbst zu bewohnen.<sup>328</sup>

Dass progressive Bauträger und Architektinnen langsam begannen, alte Qualitäten wiederzuentdecken und aus dem Bestand heraus Neues zu entwickeln, hatte auch mit einer neuen Bescheidenheit zu tun. Konsterniert und nicht selten beschämt blickten die Planerinnen und Planer auf die Hinterlassenschaft ihrer Gilde aus der Bauwut in den 1960er- und frühen 1970er-Jahren zurück. Geprägt von der Rezession und inspiriert vom europäischen Jahr für Denkmalpflege und Heimatschutz 1975, entstanden neue Positionen, die in der Losung gipfelten, die Schweiz sei eigentlich gebaut. Jetzt gehe es also darum, das Gebaute zu verbessern.<sup>329</sup>

Architekten und Planerinnen pilgerten in den 1980er-Jahren nach London, um sich vom viel beachteten Transformationsprojekt des alten Hafens – der Docklands – inspirieren zu lassen, wo aus alten Getreidespeichern Einkaufszentren oder Luxusappartements entstanden und stillgelegte Docks zur Kulisse für hippe Ausgehviertel wurden. Wohnungen in der Fabrikloft und moderne Arbeitsplätze in patinierten Produktionshallen wurden zum Lifestyle, und die eklektische Architektursprache der Postmoderne zitierte auch in Neubauten Elemente aus der Industriearchitektur der Vergangenheit. Während zu Beginn oft Privatinitiativen hinter der Neunutzung von Industriebrachen standen, riefen gelungene Beispiele zunehmend grosse Arealentwickler auf den Plan. Aus vermeintlich hässlichen Zweckbauten wurden Zeugen einer Epoche, denen man identitätsstiftende Kraft zuschrieb.<sup>330</sup>

## Umcodierung von grossen Aargauer Industriebrachen

Drei Beispiele von Umnutzungen grosser Industrie­flächen illustrieren die Bandbreite möglicher Eingriffstiefen. Erstens: nichts machen. 1994 erreichte die Deindustrialisierung das Stahlwerk Ferro im Industriegebiet zwischen Wohlen und Villmergen. Auf einen Schlag stand ein 200 000 Quadratmeter grosses Industrieareal zur Disposition, auf dem seit 1955 rund 400 Mitarbeitende Baustahl produziert hatten. 2003 präsentierte die Firma ambitionierte Pläne für einen Umbau der Brache in eine neue Stadt namens «Ferropolis», wo dereinst 3000 bis 5000 Menschen hätten wohnen und arbeiten sollen. Das Vorhaben stiess auf Widerstand in der Bevölkerung und konnte auch die Behörden in vielen Aspekten – Altlastensanierung und Verkehrsanbindung waren dabei die problematischsten – nicht überzeugen. 2007 wurde das Ansinnen fallen gelassen und die riesigen Hallen vermietet. Als Hauptmieter zog der Elektronikhändler Digitec ein, der hier sein Zentrallager einrichtete.<sup>331</sup>

Zweitens: Totalumbau. Baden spielte aufgrund seiner Sonderstellung als Standort des Weltkonzerns BBC bezüglich der Transformation von Industriebrachen auf einer grösseren Klaviatur. Nachdem 1988 die BBC mit dem schwedischen Elektrotechnikunternehmen Allmänna Svenska Elektriska Aktiebolaget (ASEA) zur Asea Brown Boveri (ABB) fusioniert und den Konzernsitz nach Zürich verlegt hatte, stand ein ganzer Stadtteil zur Disposition. Eine eigens konstituierte Planungsorganisation aus Stadtbehörden, Industrievertretern und Externen orchestrierte ab 1990 die «Chance Baden Nord 2005», die aus einem hermetischen und monofunktionalen Industrieareal in der Grösse von rund 35 Fussballfeldern ein durchmischtes Quartier machen sollte. Eine Bildungsreise der Planungsgruppe zu den Docks von London war selbstverständlicher Teil des Prozesses, als dessen Etappenziel 1994 ein Entwicklungsrichtplan Rechtskraft erlangte.<sup>332</sup> Baden Nord blieb jahrelang eine Grossbaustelle, rund fünfzig Prozent der historischen Substanz wurde ersetzt. Mit der Fertigstellung einer grossen Wohnsiedlung 2008 galt das im Richtplan gesetzte Ziel als erfüllt. In die einst «verbotene Stadt» zogen Kultur, Gastronomie, Bildung, Wohnen und Engineering. Kritische Stimmen liessen dabei verlauten, es habe zu viel Neubau und zu wenig Umbau stattgefunden, wodurch dem Quartier die Aura und genau jenes Cachet abhandengekommen seien, die man an umfunktionierten Industriebrachen schätze.

Drittens: langsame Transformation. Das Aarauer Industriegebiet Torfeld Süd war nach Baden Nord die Nummer zwei im Aargau bezüglich Grösse und Bedeutung. Hier waren bekannte, international agierende Firmen domiziliert: das Elektrotechnikunternehmen Sprecher + Schuh, die Maschinenfabrik F. Aeschbach AG oder die Stahlgiesserei Oehler AG, um die grössten zu nennen. In den 1980er-Jahren begann die schrittweise Stilllegung der Produktionen.<sup>333</sup> Ebenso schrittweise erfolgte die Umcodierung des Perimeters. Seit der Jahrtausendwende spielt sich im Kern des Areals das epische Kleinstadtdrama um ein neues Fuss-



ballstadion für den FC Aarau ab, dessen Realisierung nach mehreren Urnengängen und drei Neuplanungen trotz vorliegender Baubewilligung im Jahr 2020 unsicher bleibt. Die Initianten hoffen auf eine Fertigstellung bis 2028.<sup>334</sup> Derweil wurde 2019 die Transformation des Aeschbach-Komplexes zu einem neuen Quartier abgeschlossen und feierlich eingeweiht.<sup>335</sup>

#### Genossenschaftliches Wohnen und Bauen

Gemeinnützige Bauträger haben im Aargau keine grosse Tradition. Nur gut zwei Prozent des gesamten Wohnraumbestands von rund 330 000 Einheiten (Stand 2020) befinden sich im Besitz von Wohnbaugenossenschaften ohne Gewinnstreben. Damit liegt der Aargau weit unter dem landesweiten Mittelwert von gut fünf Prozent. Der Grund dafür liegt in erster Linie am Nichtvorhandensein grosser Zentren, wo der Druck auf die Immobilien stets grösser war und sozialdemokratisch geprägte Arbeitermilieus und Stadträte das genossenschaftliche Wohnen begünstigten. Dem kann allerdings entgegengehalten werden, dass hier die private Wohnungsfürsorge von Firmen nicht mitgezählt ist. Alleine die BBC besass Mitte der 1970-Jahre rund 1500 eigene Wohnungen und Häuser.<sup>336</sup>

Genossenschaften entstanden als Selbsthilfeorganisationen in Krisenzeiten mit drückendem Wohnungsmangel. In der Stadt Zürich als herausragendes Beispiel gründeten Bundespersonalverbände in den 1910er- und 1920er-Jahren mit Unterstützung der Stadt die grossen Kooperativen, deren erfolgreiches Wirken zur einmaligen Situation führte, dass seit Jahrzehnten rund ein Viertel aller Wohnungen in der grössten Stadt der Schweiz der Spekulation entzogen sind.<sup>337</sup>

Im Aargau wurden erste Genossenschaften nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet, etwa 1946 die «Lägern Wohnen» in Wettingen oder 1947 die «Allgemeine Wohnbaugenossenschaft Aarau und Umgebung». Sie erhielten für ihre Bauvorhaben Subventionen auf der Grundlage eines kantonalen Gesetzes zur Förderung der Wohnbautätigkeit, welches 1946 mit einem satten Zweidrittelmehr vom Souverän angenommen worden war.<sup>338</sup> Mit der Einführung eines eidgenössischen Verfassungsartikels 1973 wurde die Wohnbauförderung zur Daueraufgabe des Bundes. Die Entrichtung solcher Unterstützungen wurde von bürgerlicher Seite anfänglich heftig bekämpft: «Der unersättliche Moloch Wohnbausubvention wird sich auf dem Rücken der Steuerzahler spürbar auswirken», schrieb das freisinnige *Badener Tagblatt* 1947.<sup>339</sup> Bis zum Bauboom in den 1960er-Jahren blieb es im Aargau bei einer Handvoll gemeinnütziger Bauträger. Die meisten der gegenwärtig rund vierzig Genossenschaften entstanden erst in den 1980er-Jahren.<sup>340</sup> Charakteristisch dabei ist das Vorhandensein vieler Kleinstgenossenschaften mit weniger als zwanzig Wohneinheiten.

Wohnbaugenossenschaften zeigen dem Wohnungsmarkt oft mit experimentellen Projekten alternative Wege auf. An der Gartenstrasse im Zentrum Badens entstand 2017 nach Plänen von Meier Leder Architekten das erste autofreie Mietshaus. Genossenschaftlerinnen und Genossenschaftler

von «Lägern Wohnen» verpflichten sich vertraglich dazu, auf ein Auto zu verzichten, wenn sie darin eine Wohnung beziehen.<sup>341</sup>

#### Bauten für mehr Gemeinschaft

Erstaunlich reich ist der Aargau an pionierhaften Projekten, die sich in verschiedener Hinsicht als Beiträge zu einer neuen Schweizer Bau- und Wohnkultur einreihen. In Scherz schloss sich 1972 ein gutes Dutzend Familien zusammen und realisierte die viel beachtete Wohnsiedlung Auf dem Höli. Die Architektin Jacqueline Fosco-Oppenheim (\*1942) schrieb dazu, es sei damals en vogue gewesen, auf dem Land zu leben. Aber nicht allein: «Fürstlich das Lebensgefühl, spartanisch die Machart. So wollten wir auch leben.»<sup>342</sup> Dass es gelingen konnte, günstigen und gleichwohl hochwertigen Wohnraum zu realisieren, stellte die Planungsfirma Metron mehrfach unter Beweis. Ihre Reihenhaussiedlungen in Windisch, Rütihof oder Mülligen wurden in den 1970er- und 1980er-Jahren zu ihrem eigentlichen Markenzeichen. Der Nachbarschaftsgedanke und ein partizipatives Planen mit den künftigen Bewohnerinnen und Bewohnern standen dabei stets im Zentrum. «Kommunikatives Wohnen» und «Prinzip der kleinen Netze» hiessen die planerischen Leitgedanken. Die Projekte verstanden sich als Antithesen zu den vorgestellten Grosssiedlungen.<sup>343</sup>

Zwei weitere Beiträge aus der jungen Metron-Werkstatt, die seit ihrer Realisierung Mitte der 1960er-Jahre nichts an Aktualität eingebüsst haben, zielten auf die Lösung anderer Problemfelder: Mit dem Wohnblock Neuwil in Wohlen schufen sie wohl das erste Mietshaus der Schweiz, in dem die Mieterinnen und Mieter ihre Wohnung mit einem System aus flexiblen Wandelementen frei einteilen konnten. Das Mehrfamilienhaus Geissberger in Wettingen indessen war ein herausragender Beitrag für eine qualitätsvolle Verdichtung nach innen. Ein moderner Stahlglasbau mit acht verschiedenen Wohnungen trat an die Stelle eines Einfamilienhauses.<sup>344</sup>

#### Die Wiege des Terrassenhauses liegt im Aargau

Zu den frühesten und engagiertesten Promotoren des Terrassenhauses gehörte der Klingnauer Architekt Hans Ulrich Scherer, der als Primus inter Pares der jungen Planergruppe «team brugg 2000» bereits erwähnt wurde. 1958 schlug Scherer die Bebauung des Bruggerbergs mit einer «Haldenstadt» aus Terrassenhäusern vor, dies als Teil der Vision für die künftige Siedlungsverteilung der Stadt Brugg (siehe Abb. 80). Seine Version der Hangsiedlung entwickelte Scherer ab 1957. In jenem Jahr begannen die Architekten Fritz Stucky und Rudolf Meuli (\*1928) in Zug mit dem Bau des ersten Terrassenhauses in der Schweiz. Sie kamen Scherer zuvor, der ein Jahr später sein erstes Projekt in Klingnau realisieren konnte. 1963 wurde mit dem Bau der Terrassensiedlung Mühlehalde am Bruggerberg in Umiken begonnen, welche in drei Etappen bis 1971 realisiert wurde. Damit war ein Fragment aus dem utopischen Gesamtplan des «team brugg 2000» Realität geworden. Die Architekturzeitschrift *Werk* schrieb dazu anerkennend, 1958 seien die jungen

## Die Bata-Kolonie in Möhlin

Die Geschichte der Bata-Kolonie beginnt in der Zwischenkriegszeit. 1932 wurde im Fricktaler Werk des weltgrössten Schuhproduzenten Bata aus Tschechien die Arbeit aufgenommen. Bata pflegte eine ausgeprägt paternalistische Firmenkultur mit dem Ergebnis, dass das Unternehmen nicht nur Fabriken, sondern ganze Fabrikstädte baute, wo die Arbeiterinnen und Arbeiter mit ihren Familien auch wohnten und die Freizeit verbrachten. Das Baubüro am Konzernhauptszitz in Zlin entwarf für das attraktive Baugelände nahe am Rhein einen Bebauungsplan und realisierte erste Arbeits- und Wohnstätten nach standardisierten Bautypen. Mit der Eröffnung

des Klubhauses nach Plänen des Schweizer Architekten Hannibal Naef (1902–1979) konnte 1949 die Fertigstellung der Kolonie gefeiert werden.<sup>1</sup>

Der Bata-Park ist eine Idealstadt im Kleinformat. Arbeiten und Erholen bilden die beiden Pole der Bebauung. Das Klubhaus umfasste neben der Kantine auch ein kleines Dienstleistungsangebot und Freizeiträume. Es gab Sport- und Spielplätze sowie ein Freibad. Die «Arbeitswelt» am anderen Pol umfasste nicht nur die Produktion, sondern auch Design, Verkauf und Administration. Dazwischen fanden sich, verbunden durch eine zentrale Allee, in einem grosszügig angelegten Park die Wohnbauten für 300 Werksangehörige, von der Direk-

torenvilla bis zum Arbeitermehrfamilienhaus. Charakteristisch ist deren Sichtmauerwerk aus rotem Backstein der nahe gelegenen Ziegelei Frick.<sup>2</sup>

1990 wurde das Werk in Möhlin stillgelegt, und schon zwei Jahre später erfolgte auf Initiative des Aargauer Heimatschutzes die kantonale Unterschutzstellung der einmaligen Kolonie.<sup>3</sup> 2018 wurde das denkmalgerecht renovierte Klubhaus als Restaurant und Hotel wiedereröffnet und die gesamte Kolonie in das Inventar der Baudenkmäler von nationaler Bedeutung aufgenommen.

- 1 Bittner, Hackenbroich 2012, 83f.
- 2 Bauen+Wohnen, Heft 6, 1950, 166.
- 3 Ehrenbold 2012, 155.

77 Bata-Kolonie Möhlin, eine Idealstadt im Kleinformat, Flugaufnahme von 1955. Eine Allee verbindet die Fabriken mit dem Gemeinschaftshaus. Dazwischen befinden sich die Wohnhäuser der Werksangehörigen. Am linken Bildrand das Freibad.



Planer als provinzielle Jünger von Max Frisch ange- treten, quasi als Epigonen des Meisters und dessen drei Jahre früher literarisch ausformuliertem Aufruf zur Planung einer neuen Stadt (siehe «Musterstadt», S. 64). «Doch ohne Spitze gegen den Meister führen zu wollen, in Brugg blieben die Forderungen nicht Literatur, sie würden in die Tat umgesetzt.»<sup>345</sup> Die Hangsiedlung am Bruggerberg wurde zu einer Ikone der Schweizer Nachkriegsarchitektur.

Die Vorteile des Terrassenhauses lagen auf der Hand: maximale Ausnutzung eines Hangs als günstige Bauparzelle. Und Hänge, so Scherer, gebe es in der Schweiz ja nicht zu wenige. Das Terrassenhaus überbrücke den Antagonismus zwischen Einfamilienhaus und Mietshaus.<sup>346</sup> Er sah sein Konzept als tauglichen Beitrag zu einer konzentrierteren Besiedlung. Die sonnigen Hänge wollte er dem Wohnen zuweisen, um gleichzeitig die fruchtbaren Ebenen für die Landwirtschaft frei zu halten. Die Lösung lag in der Luft: Sofort verbreitete sich die neue Hausform, obwohl eine rechtliche Grundlage dafür noch gar nicht existierte. Das Stockwerkeigentum wurde in der Schweiz erst 1965 eingeführt, weshalb bei den ersten Terrassenhäusern mit komplizierten Überbaurechten operiert werden musste. «Schon überborden die Schubladen mit Bauvorhaben, und die Spekulation bemächtigt sich der neuen Bauform», klagte die Fachzeitschrift *Werk* bereits 1964 in einem Themenheft über das Terrassenhaus.<sup>347</sup>

Der Erfolg des gestaffelten Hauses war total. Kaum ein eingezonter Südhang blieb seit seiner Erfindung davon verschont, wobei selten ein Projekt die architektonischen Qualitäten der Pionierbauten erreichte. Vielen wurde das Terrassenhaus zum städtebaulichen Ärgernis. Dies führte so weit, dass der Gemeinderat Ennetbaden 2017 das Terrassenhaus im Rahmen der zu überarbeitenden Bauordnung verbieten wollte. Zur städtebaulichen Kritik gesellen sich aufgrund der Bodenversiegelung und der damit einhergehenden thermischen und hydrologischen Effekte vermehrt auch ökologische Bedenken. Das Ansinnen machte schweizweit Schlagzeilen, wurde jedoch wieder verworfen mit dem Argument, es solle nicht die Bauform an sich verboten werden, vielmehr müssten Planungsinstrumente gefunden werden, welche die Qualität der Projekte verbessern würde.<sup>348</sup> Hans Ulrich Scherer erlebte den Durchbruch seiner Idee nicht mehr. Er nahm sich 1966 erst 37-jährig das Leben.

#### Architektur für den Verkehr

Verkehrsinfrastruktur greift im Wesentlichen in die Fläche aus. Verkehr braucht aber auch Architektur. Er braucht Bahnhöfe, Tunnelportale, Stellwerke, Parkhäuser, Tankstellen und Raststätten. Er braucht Waschanlagen, Leitzentralen und vieles mehr. Oft bleiben diese Bauten unerkant als dienende Objekte für eine reibungslose Abwicklung der Mobilität. Wem fallen schon die skulpturalen Betonarchitekturen von Max Vogt (1925–2019) im Gleismeer der Limmattal-Rangieranlage auf? Wer interessiert sich bei seinem Verpflegungshalt an der Autobahn für die Entwurfsarbeit der Raststätte? Weil der Aargau viel Verkehr hat, hat er auch viel Verkehrsarchitektur.

Am 16. August 1967 eröffnete in Kölliken Süd die erste Autobahnraststätte der Schweiz. Sie war ein partielles Provisorium und bestand neben der Tankstelle aus einem gemieteten Speisewagen der SBB. «Von wegen Konkurrenzkampf zwischen Bahn und Strasse», kommentierte das Schweizer Fernsehen ironisch.<sup>349</sup> Gut drei Jahre später und einige Hundert Meter weiter Richtung Zürich konnte Anfang Oktober 1970 auf der gegenüberliegenden Seite das Restauroute Kölliken Nord dem Publikum zugänglich gemacht werden. Als Bauherr trat der aargauische Autogewerbeverband in Erscheinung, der das Land vom Kanton im Baurecht übernahm.<sup>350</sup> Augenfällig an dem Pionierbau unter den Autobahnraststätten in der Schweiz ist der grosse Gestaltungswille der verantwortlichen Architekten. Das ist kein Zufall. Der Auftraggeber schlug Angebote für eine standardisierte Raststätte durch die Tankstellenbetreiberin Gulf Switzerland aus und wollte ein ebenso hochwertiges wie einmaliges Autobahngebäude erstellen. Dieses grenzt sich durch seine Mehrgeschossigkeit von den meisten Konkurrentinnen ab. Man habe bewusst einen Baukörper entworfen, der von weither sichtbar sei und damit die Raststätte von sekundären Gestaltungsmitteln wie hoch aufragenden Leuchtreklamen unabhängig mache, meinte dazu der aus Ungarn stammende Architekt Miklos Hajnos (\*1936).<sup>351</sup>

Neben Tankstellen und Raststätten entstanden für die automobile Gesellschaft weitere Architekturen, vom Drive-in-Bankschalter der Hypothekbank Lenzburg in ihrem 1975 eröffneten Neubau bis zum Drive-in-Fastfood-Restaurant McDonalds in Bremgarten 1997. Schon Ende der 1950er-Jahre eröffnete in Spreitenbach das nach amerikanischem Vorbild gebaute Motel City-Terminal, eine pavillonartige Herberge also, in der die Zimmer direkten Aussenzugang zum parkierten Auto haben.<sup>352</sup>

Architekt Armin Meili realisierte in Schinznach zwischen 1947 und 1950 das Montagewerk der 1945 gegründeten Automobil und Motoren AG Amag, welche zum grössten Automobilunternehmen der Schweiz werden sollte. In der Fabrik wurden bis 1972 englische und amerikanische Modelle für den einheimischen Markt gebaut.<sup>353</sup> Das Zentralgebäude mit repräsentativen Empfangsräumen platzierte Meili quer zur Fabrik direkt an die Hauptstrasse und versah es mit einer filigranen Glasfassade.<sup>354</sup> Sie war das Schaufenster der automobilen Verheissung. Wesentlich raumgreifender als das Montagewerk war das 1965 eröffnete Neuwagenlager der Amag in Lupfig.

#### Die Ponte Vecchio der Postmoderne

Als im November 1972 die Brückenraststätte bei Würenlos über die sechsspurige N1 eröffnet wurde, geizten die Kommentatoren nicht mit Superlativen. Es sei die mit 136 Metern grösste Autobahn-Shoppingbrücke Europas, schrieb der *Aargauer Kurier* auf der Titelseite. Und die *Illustrierte sie + er* präzierte, von den Gesamtmassen her gesehen, sei das «höchst interessante Bauwerk» das grösste seiner Art weltweit. Das Projekt entstand 1968 im Rahmen eines Wettbewerbs, den der amerikanische Erdölkonzern Gulf Oil mit einem Projekt von Marti +



Kast Architekten für sich entschied. Gulf Oil spannte nun mit dem Zürcher Gastropionier Ueli Prager (1916–2011) und dessen Mövenpick-Gruppe zusammen. Das dürfte kein Zufall sein, kannten sich Marti und Prager doch aus gemeinsamen Zeiten bei den Singstudenten.<sup>355</sup>

Das räumliche Konzept war einfach: unten eine Ladenstrasse mit 18 Geschäften von der Schmuck- und Kleiderboutique bis zur Bankfiliale, oben, mit Blick auf die Autobahn, Gastronomie. Mövenpick, Hohepriesterin der Erlebnisgastronomie in der Schweiz, realisierte sechs verschiedene Restaurantkonzepte von der urigen «Landbeiz» über den gehobenen «Habsburg-Grill» bis zum Fastfood-Restaurant «Silberkugel». Erstmals wurde hier ein Selbstbedienungsrestaurant realisiert. Als besonders innovativ galt ausserdem das Kinderrestaurant in Form der «Spanisch-Brötli-Bahn» mit Märchenkoje und Mini-Kino. Der Eintritt war für Erwachsene verboten!<sup>356</sup> Eine eigentliche «Dörfliwelt» voller Kitsch und historischer Bezüge entstand. Der Gemeinderat Würenlos erhielt sogar ein eigenes Stübli. Ein Unterhaltungsprogramm mit Ländlerabenden und «Jazz on the bridge» wurde etabliert. Der Erfolg war gross. Prager und seine amerikanischen Innenarchitekten brachten den Menschen als Kulisse das zurück, was durch die rege Bautätigkeit vielerorts verloren ging. Klimatisierte Gemütlichkeit über dem unwirtlichen Autobahnkorridor. Das Publikum setzte sich längst nicht nur aus Reisenden zusammen. Nein, der bald so liebevoll wie abschätzig «Fressbalken» genannte Gastro- und Einkaufstempel wurde zum Treffpunkt der ganzen Region.<sup>357</sup> Die Würenloser Shoppingbrücke war das postmoderne Zitat der mittelalterlichen Ponte Vecchio in Florenz. Schnell wurde sie zu einem der bekanntesten Bauwerke der Schweiz und erhielt als Modell einen Platz im Freiluftmuseum Swissminiatur in Melide. 1974 bediente sich das Tivoli-Einkaufszentrum in Spreitenbach beim Erfolgsrezept und realisierte das «Dörfli» in der Mall.<sup>358</sup>

#### Der letzte Bauboom der Christenheit

Das Bevölkerungswachstum, insbesondere aber die Zuwanderung vornehmlich katholischer Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter, bescherte den Landeskirchen in den 1960er-Jahren einen regen Zulauf. Die Gotteshäuser wurden zu klein, und es begann der letzte grosse Bauboom der Christenheit in der Schweiz. Begünstigt wurde dieser durch weitere Aspekte: einerseits durch die behutsame Öffnung der katholischen Kirche im Zuge des Zweiten Vatikanischen Konzils, welches 1965 beendet wurde, ausserdem durch die fortschreitende konfessionelle Durchmischung in den Dörfern. Für die propagierte Ökumene fehlte es an Raum. Nicht nur neue Kirchen, auch Pfarreizentren wurden nun vermehrt gebaut. Dabei ist offensichtlich: Die Architekten nahmen das Credo der Öffnung wörtlich und übersetzten es in ganz neue Formen. Rund siebzig Sakralbauten entstanden im Aargau in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, davon mehr als dreissig in den 1960er-Jahren. Eine Sonderstellung nahmen dabei zwei identische Notkirchen aus dem Fertigbaukatalog der Generalunternehmung

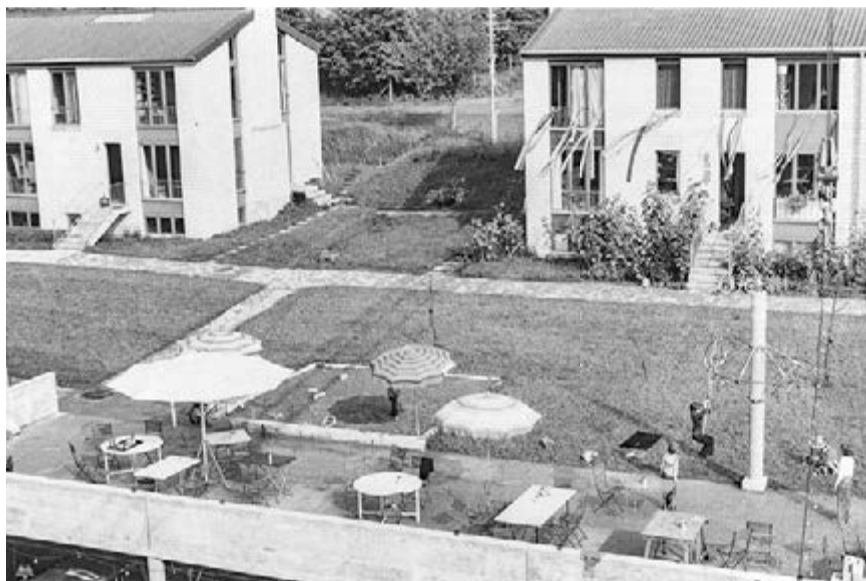
Horta ein, welche 1965 und 1966 in Lupfig und in Seon entstanden.<sup>359</sup> In Lupfig war es der sprunghafte Bevölkerungszuwachs durch die Grossüberbauung in den Wyden, welche die Raumnot der dortigen Kirchgemeinden akzentuierte. Die quantitative Verteilung der Bauvorhaben auf der Zeitleiste reflektiert die zunehmende Säkularisierung. Entstanden in den 1970er-Jahren noch rund ein Dutzend neue Kirchen, so verschwand die Bauaufgabe in den 1980er-Jahren praktisch vollständig.<sup>360</sup>

Die ersten Kirchen, die nach 1945 gebaut wurden, knüpften an die behutsam modernen Tendenzen an, wie sie etwa von Hermann Baur, einem der bedeutendsten Schweizer Kirchenarchitekten des 20. Jahrhunderts, in Möhlin (St. Leodegar) schon in der Zwischenkriegszeit zur Anwendung gebracht worden waren. Als Beispiele seien die 1954 fertiggestellte katholische Kirche St. Anton in Wettingen von Karl Higi (1920–2008) oder die 1961 geweihte reformierte Kirche in Muhen von Hans Hauri (1912–1986) erwähnt. Die Architekten beider Projekte wagten eine in unseren Breiten wenig bekannte Gliederung und stellten den Glockenturm vom Hauptbau frei.<sup>361</sup> Sie orientierten sich dabei an den berühmten italienischen Vorbildern wie dem Campanile von Pisa oder jenem von Venedig. Trotz formal moderner Anklänge blieben die Kirchenräume aber traditionell in der Disposition als längsrechteckige Hallenbauten mit einer klaren Ausrichtung zum Altar.

Nach und nach löste sich die Kirchenarchitektur von sämtlichen formalen Traditionen. Dabei sind zwei grundsätzliche Entwicklungen feststellbar: Reformierte Kirchen wurden zunehmend als moderne Gemeindezentren konzipiert, welche konzentriert alle Funktionen der Pfarrei umfassten; nebst dem Sakralraum also auch Begegnungsräume, Büros und Wohnungen des Personals. Ihr Habitus näherte sich stärker der weltlichen Architektur an. Der katholische Kirchenbau schlug indessen eine andere Richtung ein. Die Kirche wurde vermehrt zum begehren Kunstwerk erklärt. Ein vermeintlicher Widerspruch: Die traditionsbehaftete katholische Kirche wurde zur begehrten Bauherrin, welche mehr als jede andere öffentliche Institution architektonische Experimente zulies und gar förderte. So entstanden vornehmlich ab der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre skulpturale Bauten, denen bezüglich Form und Materialisierung kaum Grenzen gesetzt schienen. Gemeinsam ist ihnen eine dramatische bis mystische Lichtführung als existenzielles Thema. Justus Dahinden (1925–2020) in Wildegg, Hermann Baur in Ennetbaden und Hanns A. Brütsch (1916–1997) in Buchs waren mit ihren Aargauer Beiträgen die talentiertesten Vertreter dieser Richtung.

#### Bauen für den Konsum

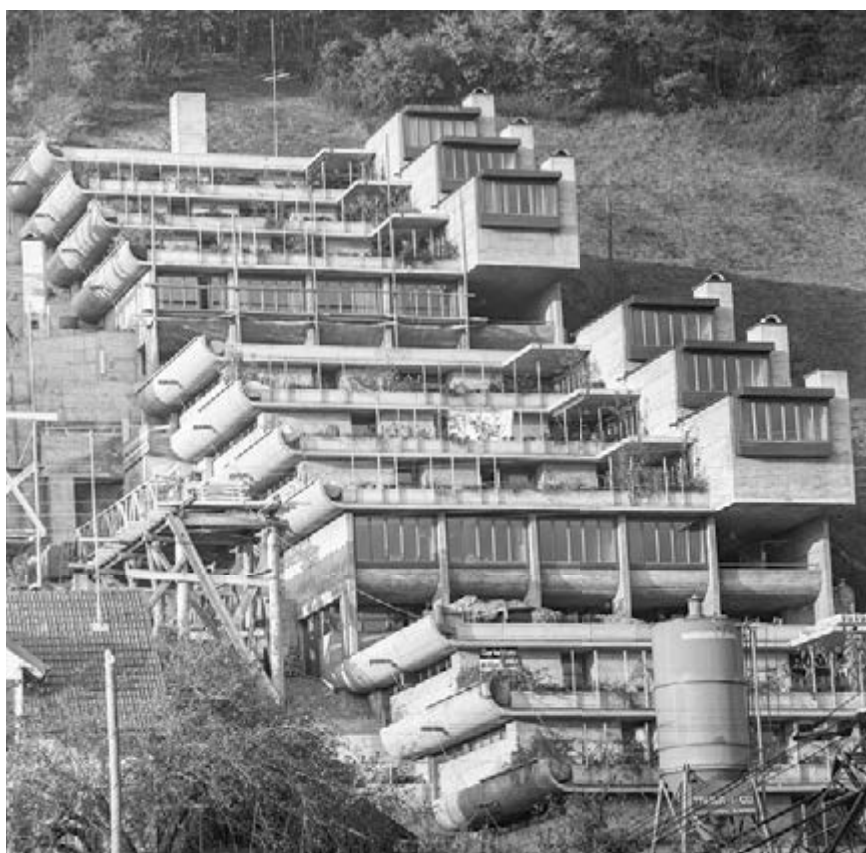
Als am 12. März 1970 in Spreitenbach das erste grosse Einkaufszentrum der Schweiz mit rund fünfzig Läden eröffnet wurde, schaute die Schweiz aufs Limmattal (siehe «Konsum», S. 410). Dass am anderen Ende des Kantons in Oftringen bereits eine Woche zuvor ebenfalls ein – wenn auch viel kleineres – Einkaufszentrum eröffnet worden war, ging in den Vorschusslorbeeren und im Pressejubiläum



78 Alternative Wohnsiedlung Auf dem Höli in Scherz, gebaut 1973 bis 1975. Die Architekten Jacqueline und Benno Fosco-Oppenheim sowie Klaus Vogt waren die treibenden Kräfte hinter dem Projekt.

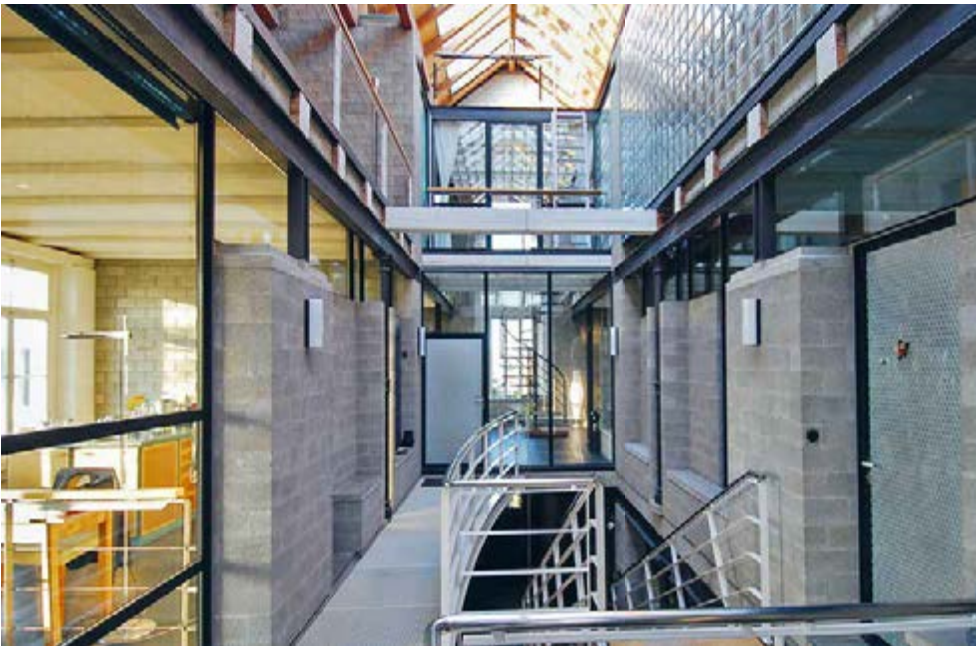


79 Das Haus Geissberger in Wettingen. Der nach dem Bauherrn Werner Geissberger bald «Geissburg» genannte Pionierbau aus Stahl und Glas wurde mit grossen Pflanztrögen ausgestattet, welche die Fassaden zu schattenspendenden hängenden Gärten machen.



80 Bau der Terrassensiedlung Mühlehalde in Umiken, 1965. Der Ringier-Bilderdienst bot das Bild auch international an unter dem Titel «Architecture of Tomorrow». Architekt Hans Ulrich Scherer aus Klingnau wurde zur Autorität für diese Bauform in der Schweiz.





81 Umnutzung Hutgeflechtfabrik Fahrwangen, 1981–1984. Die Umnutzung der ehemaligen Hutgeflechtfabrik Fischer mit Kosthaus durch Furter und Eppler Architekten aus Wohlen gehört zu den frühesten Umnutzungsbeispielen einer Industriebranche zu Wohnzwecken in der Schweiz und fand als gelungenes Beispiel für Bauen im Bestand Anerkennung in der Fachpresse.



82 Baden Nord mit der Alten Schmiede (links) und dem Berufsschulhaus heute. Die denkmalgeschützte Alte Schmiede, erbaut 1906, gehört zu den letzten gründerzeitlichen Bauten aus der BBC-Ära. Sie wird heute für die Jugendarbeit und als Eventhalle genutzt. Das Berufsschulhaus von Burkard Meyer Architekten entstand 2006.



83 Kunz-Areal Windisch. Das Fabrikareal, welches von «Spinnerkönig» Heinrich Kunz in den 1820er-Jahren begründet wurde, war zeitweilig die grösste Spinnerei auf dem europäischen Kontinent. Nach der schrittweisen Stilllegung der Fabrik erfolgte ab 2011 die Transformation zu einem Wohn- und Arbeitsquartier.



84 Aeschbach-Areal Aarau heute. Die Transformation des westlichen Bereichs des Industrieareals Torfeld Süd wurde 2019 abgeschlossen. Es bietet einen Nutzungsmix aus Wohnen, Dienstleistung, stillem Gewerbe und Kultur.





85 Zentralgebäude der Automontagefabrik der Automobil und Motoren AG Amag in Schinznach nach der Eröffnung 1949. Architekt war Armin Meili. Auf dem Parkplatz aufgereiht im Werk montierte Autos der englischen Marke Standard Vanguard.



86 Neuwagenlager der Amag in Lupfig, 1971. Heute führt die 1996 eröffnete Autobahn A3 mit dem Vollanschluss Lupfig unmittelbar am 1965 in Betrieb genommenen Autolager vorbei, das auch über einen eigenen Bahnanschluss verfügt.





87 Autobahnraststätte Kölliken Nord, eröffnet im Herbst 1970. Der imposante Sichtbetonbau hat die Form einer halben Brücke. Stützen tragen das grosse Restaurant, welches so zum Dach der darunterliegenden Tankstelle wird.



88 Kölliken Süd. Die 1967 eröffnete erste Autobahnraststätte der Schweiz in Kölliken Süd bestand aus einer standardisierten Avia-Tankstelle und einem ausrangierten Speisewagen der SBB. Dieser wurde 1972 durch einen Restaurantbau ersetzt.



89 Autobahnraststätte Würenlos, 1973. Bei der Eröffnung der ersten Shopping- und Gastrobrücke hielt sich Gastronom Ueli Prager nicht mit Kritik am herrschenden Alkoholverbot auf Schweizer Raststätten zurück. An Autobahnen keinen Alkohol auszuschenken, sei intolerant und bevormundend, schrieb er am 6. Dezember 1972 im *Aargauer Kurier*.



90 Einweihung der Pauluskirche Lupfig, 1966. Die Kirche entstand aus vorfabrizierten Elementen innerhalb von sechs Monaten als schlüsselfertiger Prototyp zum Preis von 300 000 Franken. Seit 2020 steht der einst provisorische Bau unter kantonalem Denkmalschutz.



91 Katholische Kirche St. Anton Wettingen. Der von Karl Moser entworfene und 1954 fertiggestellte Bau zeichnet sich durch eine zurückhaltend moderne Formensprache aus. Die tradierte räumliche Disposition als dreischiffige Basilika wurde dabei nicht infrage gestellt.

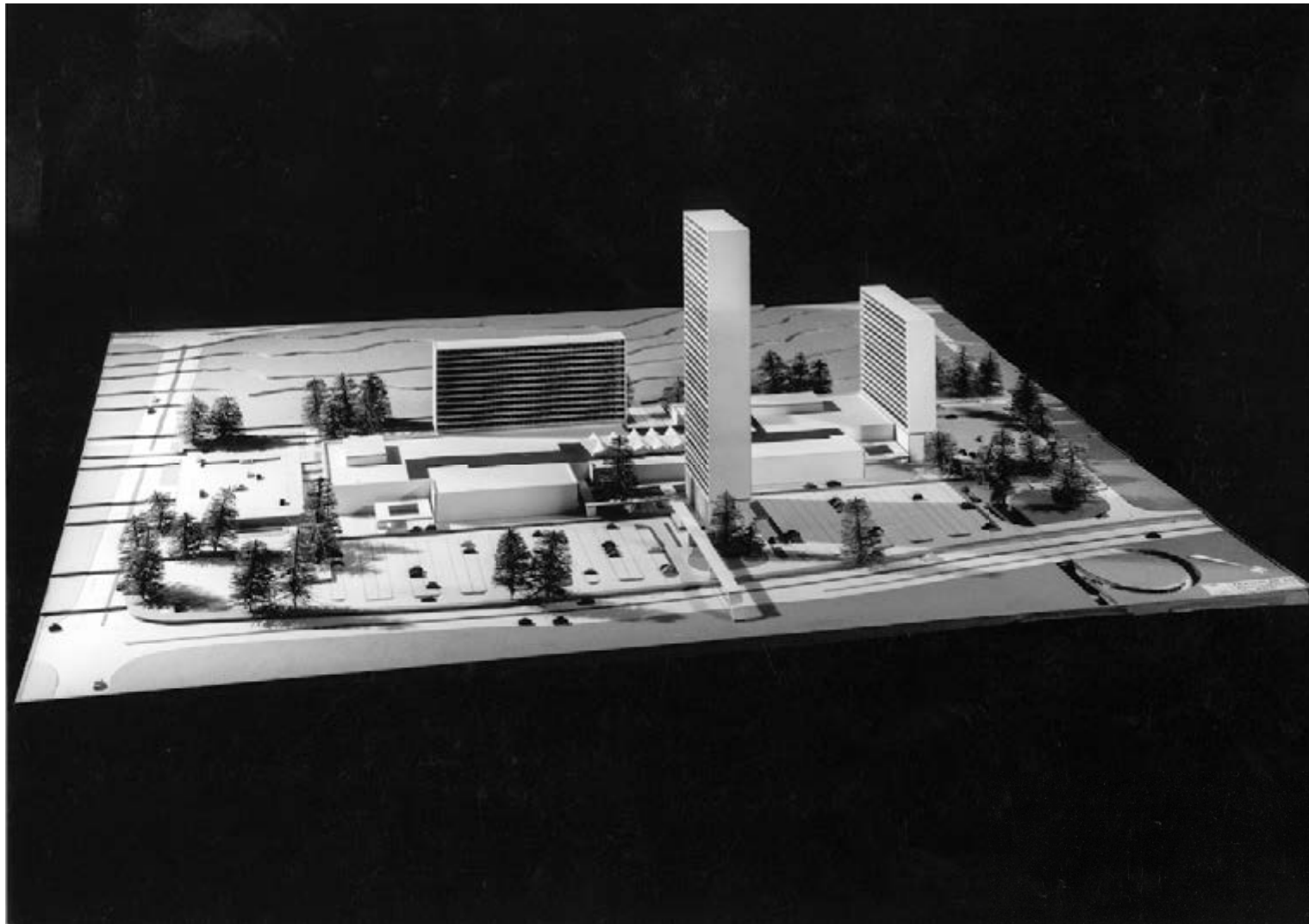


92 «Chappellehof» Wohlen. Das 1967 realisierte Pfarreizentrum ist die bauliche Umsetzung des zweiten Vatikanischen Konzils. Das Werk des Architekturbüros Beriger aus Wohlen umfasste eine Vielzahl von Gemeinschaftsfunktionen, vom Restaurant mit Saal und Kegelbahnen zu Vereinsräumen, Bibliothek sowie Alterswohnungen.





93 Reformiertes Kirchenzentrum Mutschellen. Das Architekturbüro von Martha (1926–2017) und Benedikt Huber (1928–2019) realisierte das Kirchenzentrum in Widen zwischen 1966 und 1968.



94 Modell für das Einkaufszentrum Spreitenbach von 1965. Das Konzept von Walter Hunziker (1929–2022) machte schweizweit Schule: eine lang gestreckte Halle mit der Ladenstrasse sowie ein hoch aufragendes Wohnhaus als Landmarke. Das Projekt wurde vom Zürcher Architekten Felix Rebmann (1931–2017) bis 1970 realisiert.



95 Jelmoli Brugg, 1959. Die Eröffnung des Warenhauses wurde in der Presse gefeiert. Brugg gehe schönen, neuen Zeiten entgegen, frohlockte etwa das *Brugger Tagblatt*. In Inseraten wurden dabei die bautechnischen Novitäten angekündigt, etwa: «Die Rolltreppe fährt Sie mühelos und bequem treppauf.»





96 Neumarkt Brugg auf einer Flugaufnahme von 1986. Neumarkt I (grün) und II (rot) wurden vom Bruggler Architekten Gabriel Droz entworfen.



unter. Den beiden Bauprojekten liegt die gleiche Konzeption zugrunde: Eine ausladende, in sich gekehrte Sockelzone beherbergt die Ladenstrasse. Darüber erhebt sich ein Hochhaus zu Wohnzwecken und macht den Komplex weitherum sichtbar.

Wie man Einkaufszentren baut, wussten die hiesigen Architekten nicht, als um 1960 der Wettlauf um die erste Schweizer Version des in Amerika Mitte der 1950er-Jahre etablierten Konsumtempels begann. Jelmoli und Migros begannen gemeinsam die Planung für ein Grossprojekt im Glatttal, das 1975 eröffnete Glatt-Zentrum. Denner-Chef Karl Schweri (1917–2001) sicherte sich jene grosse Bauparzelle, welche schon im Richtplan für Neu-Spreitenbach von 1959 (siehe Abb. 18) für ein Einkaufszentrum reserviert worden war. Der in Koblenz aufgewachsene Schweri trieb über seinen Immobilien-Anlagefonds die Idee eines grossen Shoppingcenters mit Entschlossenheit voran. Spreitenbach war in vielerlei Hinsicht ein idealer Ort für das Unterfangen: Der direkte Anschluss an die (damals noch in Planung befindliche) Autobahn, die abgeschlossene Ortsplanung sowie die Zusicherung des Kantons Aargau für einen täglichen Abendverkauf. In Walter Hunziker (1929–2022) fanden Schweris Leute einen Architekten mit «Amerika-Erfahrung» für das neuartige Vorhaben. Der junge Zürcher hatte in Atlanta Architektur und Städtebau studiert und kam mit einem reichen Erfahrungsschatz zurück in die Schweiz. Dazu gehörte auch eine interdisziplinäre Arbeitsweise. Das war 1962. Hunziker gründete die Transplan AG und entwarf bald in der ganzen Schweiz im grossen Massstab. In Spreitenbach schuf Hunziker den Urtyp des Einkaufszentrums für die Schweiz in Anlehnung an die amerikanischen Vorbilder: ein langrechteckiger, zweigeschossiger Bau als Hülle für die vollklimatisierte Ladenstrasse, beidseitig und zweigeschossig gesäumt von Geschäften, in der Mitte die Mall mit Springbrunnen und Oberlichtgaden.<sup>362</sup>

#### Aus Vorstadt wird Neumarkt und Citymärt

Die Vorläufer der modernen Einkaufszentren waren die Markthallen, Ladenpassagen und Warenhäuser. Letztere entstanden seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in den europäischen Grossstädten und fanden erst Anfang des 20. Jahrhunderts «en miniature» ein Publikum in den Aargauer Kleinstädten. In Aarau eröffnete 1902 Globus eine Filiale, in Baden existierte ab 1911 das Warenhaus am Schlossberg, und in Wohlen eröffnete das Kaufhaus zur Stadt Paris (alle heute Manor).<sup>363</sup> In der Brugger Altstadt nahm 1927 das Kaufhaus Rössli den Betrieb auf und blieb die erste Einkaufsadresse, bis es von einer Filiale des Zürcher Jelmoli bedrängt wurde. Dessen repräsentativer Bau – ein Entwurf des Brugger Architekten Walter Hunziker (nicht zu verwechseln mit dem Namensvetter aus Zürich) – mit seiner gerasterten Schauffassade aus Glas und Aluminiumprofilen wurde 1959 an der Badenerstrasse zwischen Bahnhof und Altstadt eröffnet. Er markierte den Anfang vom Auszug des Detailhandels aus der Enge der Altstadt, die den räumlichen Ansprüchen nicht mehr gerecht zu werden vermochte.<sup>364</sup> In den 1970er- und 1980er-Jahren verwandelte sich das Areal zwischen Bahnhof und

Jelmoli in zwei grossen Bauetappen zur Fussgänger- und Einkaufszone Neumarkt. Eine ähnliche Variante dieses Shoppingcenters in der Vorstadt entstand in Aarau nach und nach seit dem Bau der modernen Warenhäuser Oscar Weber (1969) und Coop City (1970) zwischen Graben und Bahnhofstrasse. Mit der 1988 erfolgten Eröffnung des damaligen Vilan-Neubaus (heute Manor) anstelle des Globus kam die Verwandlung der Vorstadt zum Citymärt mit gedeckter Flanierzone zum zwischenzeitlichen Abschluss.



# Im Widerspruch

## Natur und Landschaft seit 1945

Der Bauboom, die neuen Konsumgewohnheiten, die Motorisierung der Bevölkerung sowie die Mechanisierung der Landwirtschaft veränderten das Gesicht der Schweiz in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wie nie zuvor. Der damit einhergehende Wandel von Natur und Landschaft zeigt sich beispielhaft im ländlich geprägten Aargau. — *Maria Meier*

### Im Zeichen des Wachstums

Die Nachkriegsjahre waren geprägt von unzähligen staatlich geförderten Meliorationsprogrammen zur Rationalisierung der landwirtschaftlichen Produktion. Wie noch während der kriegswirtschaftlichen Anbauschlacht wurden nahezu alle Fliessgewässer begradigt, kanalisiert und dabei streckenweise in Betonröhren gelegt. Das umliegende Kulturland wurde entwässert, zusammengelegt und durch ein Netz von Flur- und Waldwegen erschlossen. Störende Landschaftselemente, wie einzeln stehende Bäume, Hecken und Findlinge mussten den Landmaschinen weichen.

Die Kriegsjahre wirkten aber auch in anderen Bereichen nach. Rohstoffmangel und Rationierung hatten zu einem generellen Nachholbedarf geführt. Als die erwartete Nachkriegsdepression ausblieb und stattdessen ein aussergewöhnlicher wirtschaftlicher Aufschwung einsetzte, vermochten Industrie, Baugewerbe und Energieproduzenten die rasch wachsende Nachfrage nicht mehr zu befriedigen. Es begann ein beispielloser Ausbau von Industrie-, Infrastruktur- und Siedlungsbauten.

Die Folgen der rationalisierten Bewirtschaftung und des beginnenden Baubooms fasste Karl Rüedi (1909–2002), Kreisoberförster und Präsident der Naturschutzkommission der Aargauischen Naturforschenden Gesellschaft (ANG), 1953 in seinem Beitrag «Naturschutz im Aargau» zusammen: «Hecken und Feldgehölze sind nahezu verschwunden. Nur wenige natürliche Strecken unserer Flussläu-

fe sind geblieben. Die Moore sind bis auf ein paar Überbleibsel nur noch Erinnerung. Die Auenwälder sind fast restlos gerodet oder umgewandelt. Kaum ein Ausblick ohne mindestens eine Kraftleitung vor den Augen. In die lauschigsten Waldgründe werden Strassen gebaut, dringen Traktor und Motorsäge. Die Ufer nehmen Strandbäder, Weekend-Häuschen, Camps usw. in Beschlag. Kaum ein Monat vergeht, ohne dass einem Steinbruch, einer Kiesgrube, einer Militär- oder Sportanlage, einem Häuserquartier oder einer Strasse wieder ein Stück schöne Landschaft zum Opfer fällt.»<sup>365</sup>

### Der Aargau baut

Besonders landschaftsprägend waren die grossen Wasserkraftwerkprojekte wie das 1945 in Betrieb genommene Wasserkraftwerk Rapperswil-Auenstein. Bereits 1949 begannen die Bauarbeiten zum Kraftwerk Wildegg-Brugg ein paar Kilometer flussabwärts; es lieferte ab 1953 Strom. Zahlreiche weitere Wasserkraftwerke, unter anderem in Säckingen, Koblenz und Aarburg, befanden sich in Planung. Der Kraftwerkbau führte mit seinen Kanalisierungen, Uferverbauungen und Staustufen zu einer tiefgreifenden Umgestaltung der Flussläufe sowie zu einer nachhaltigen Veränderung von deren ökologischen und hydrologischen Verhältnissen.

Aufsehenerregend waren die im Zusammenhang mit der Wasserkraftnutzung stehenden Pläne zur Schiffbarmachung der grossen Flüsse Aare, Reuss und Rhein. Erste Konzepte dazu bestanden seit den



1920er-Jahren und wurden nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wieder aufgenommen. Der Aargauer Regierungsrat befürwortete die Schiffbarmachung des Rheins und förderte die transhelvetische Wasserstrasse, die vom Genfersee über den Neuenburger- und Bielersee bis zur Aaremündung bei Koblenz führen sollte. Im Aargau waren dafür weitere Staustufen und Kraftwerke sowie eine grosse Hafenanlage in Brugg-Lauffohr respektive Koblenz-Klingnau vorgesehen (siehe «Raumentwicklung», S. 88).<sup>366</sup>

Sehr viel dringlicher als die Schiffbarmachung der Flüsse erwies sich der Ausbau des Strassennetzes, der «mit der gewaltigen Zunahme der Motorfahrzeuge» unmöglich Schritt halten konnte.<sup>367</sup> Nach der Aufhebung der Rationierung von Treibstoffen im November 1945 stieg die Zahl der Automobilistinnen und Automobilisten im Kanton Aargau schnell an: Bereits 1948 hatte der Verkehr das Vorkriegsniveau wieder erreicht, und von 1950 bis 1960 stieg die Zahl der Personenwagen beinahe um das Vierfache. Nach 1960 zeigte die Kurve noch steiler nach oben.<sup>368</sup>

Die rasche Verkehrszunahme verlangte nach neuen Infrastrukturbauten in Form von breiteren und geteerten Strassen, Umfahrungen, Autobahnen und Tanklagern. Sie veränderten das Ortsbild von Dörfern und Städten und den ländlichen Raum insgesamt radikal. Die sichtbarste Veränderung kam mit dem Bau der Nationalstrassen. In beeindruckendem Tempo wurde nach der deutlichen Annahme des Gegenentwurfs zur Initiative «Für die Verbesserung des Strassennetzes» des Automobil Clubs der Schweiz (ACS) die Realisierung des Nationalstrassennetzes an die Hand genommen. Bereits 1963 wurde zwischen Genf und Lausanne ein erstes Teilstück eröffnet, und 1967 war der vierzig Kilometer lange Abschnitt der N1 von Oensingen bis nach Lenzburg fertiggestellt. 1970 folgte die Strecke Lenzburg bis Zürich (siehe «Raumentwicklung», S. 77).<sup>369</sup>

#### Landschaftswandel und Verlustgefühl

Der beschleunigte Landschaftswandel im Zeichen der Wachstums- und Wohlstandseuphorie der 1950er- und 1960er-Jahre rief die privaten Heimat- und Naturschutzvereine auf den Plan. Diese sperrten sich nicht grundsätzlich gegen die Bauprojekte, sondern suchten vielmehr nach Möglichkeiten, wie eine Melioration, ein Kraftwerk oder eine Strasse möglichst landschaftsverträglich umgesetzt werden konnte. Ihr Einfluss blieb jedoch lange marginal, weil sie nicht in die staatlichen Institutionen und Prozesse eingebunden waren und weil finanzielle oder wirtschaftliche Argumente stärker gewichtet wurden als Schutzaspekte. Das galt auch für die 1942 geschaffene Kantonale Heimat- und Naturschutzkommission: Dieses privatrechtliche Organ, bestehend aus je einem Vertreter des Heimatschutzes, der Naturschutzkommission der ANG, des Fischereivereins und des Verbands der aargauischen Vogelschutzvereine, beriet die Behörden unter anderem bei Meliorationen und Gewässerkorrekturen. Die Projekte wurden der Kommission aber meist erst dann vorgelegt, wenn deren Planung abgeschlossen war.<sup>370</sup> Die Interessen der Naturschutzorganisationen wurden im Planungs- und Baufieber kaum wahrgenommen.

Das änderte sich vor dem Hintergrund der grossen Infrastrukturprojekte und der fortschreitenden Bautätigkeit der 1950er- und 1960er-Jahre. «Zahl, Tempo und Intensität der Eingriffe in Natur und Landschaft» hätten in einem Mass zugenommen, dass die bestehenden Organisationen ihnen nicht mehr gewachsen seien, stellte die Naturschutzkommission der ANG 1966 bestürzt fest. Als Folge dieser «Sturmflut», dieser «lawinenartig anschwellenden Aufgaben» entstanden neue lokale, aber auch überregionale Naturschutzorganisationen wie beispielsweise der 1954 ins Leben gerufene Aargauische Naturschutzbund (ab 1996 Pro Natura Aargau), die Stiftung Reusstal (1962) oder der Landschaftsschutzverband Hallwilersee (1964).<sup>371</sup> Vielen Bauprojekten – insbesondere den Kraftwerk- und Meliorationsprojekten – erwuchs nun zunehmend Widerstand aus Natur- und Landschaftsschutzkreisen.

So auch in Zusammenhang mit dem 1959 erneuerten Wasserwirtschaftsplan für die Reuss, der für die Strecke vom Vierwaldstättersee bis zur Mündung in die Aare bei Windisch eine «geschlossene Kraftwerkette» mit 15 Kraftwerken vorsah.<sup>372</sup> Heimat- und Landschaftsschutzkreise waren alarmiert und lancierten – ab 1962 vereint in der Stiftung Reusstal – die Volksinitiative «Für eine freie Reuss». Diese verlangte, dass die Reuss «von Bremgarten bis zur Einmündung in die Aare von neuen energiewirtschaftlichen Anlagen frei zu halten» sei.<sup>373</sup> Die Gesetzesinitiative wurde am 16. Mai 1965 mit 50 571 zu 14 135 Stimmen deutlich angenommen, womit der Lauf der Reuss auf 25 Kilometern freigehalten werden konnte. Am 17. März 1966 folgte die Verordnung über den Schutz der Reuss und ihrer Ufer nach dem Vorbild der Uferschutzverordnung des Hallwilersees von 1935 beziehungsweise 1956 und des Rheins von 1948. Das Grossprojekt für die Reuss war damit zwar faktisch vom Tisch, der Kampf um den Erhalt der natürlichen Flusslandschaft aber noch lange nicht zu Ende (siehe «Reusstalsanierung», S. 136).

Der wachsenden Opposition aus Naturschutzkreisen konnten sich auch die Behörden nicht mehr länger entziehen. Ausdruck davon waren die 1962 geschaffene Stelle für Landschaftsschutz in der Baudirektion und die Anerkennung der Kantonalen Heimat- und Naturschutzkommission als staatliche Kommission zwei Jahre später.<sup>374</sup> In den 1960er-Jahren fand ein Wertewandel dahingehend statt, als dass der Natur- und Landschaftsschutz in der Gesellschaft stärker verankert war und bei der Planung und beim Bau von grösseren Projekten miteinbezogen werden musste.

#### Kehrseiten der Konsumgesellschaft

In den 1960er- und 1970er-Jahren wurden die ökologischen Begleiterscheinungen des Wachstums und der Wohlstandsgesellschaft immer offensichtlicher: Als besonders dringend erwies sich die Bekämpfung des Abwasser- und Abfallproblems, aber auch der Schadstoffbelastung in der Luft, die durch industrielle Abgase, Ölfeuerungen und durch den



97 Bauprofile für den Staudamm des geplanten Kraftwerks Koblenz-Kadelburg bei Rietheim, 1957. Gegen das Kraftwerk gingen zahlreiche Beschwerden ein, weil die Stromschnellen des Koblenzer Lauffen dadurch zerstört worden wären. Die Bauarbeiten wurden 1966 eingestellt und das Projekt fallen gelassen.



98 Hochrhein zwischen Koblenz und Rietheim, 1964. In der unteren Bildhälfte verläuft der Koblenzer Lauffen. In der Bildmitte am rechten Ufer befindet sich das Gebiet «Chly Rhy», das von 2014 bis 2015 als Teil des Auenschutzparks Aargau renaturiert wurde.



99 Kläranlage Oberwynental, Reinach 1962. Der Bau von Kanalisationen und Kläranlagen stellte für die Gemeinden eine Herausforderung dar. Im oberen Wynental schlossen sich Reinach, Menziken, Burg und Pfeffikon (LU) bereits in den 1930er-Jahren zu einem Zweckverband zusammen. 1962 konnte die erste mechanisch-biologische Abwasserreinigungsanlage im Kanton Aargau in Betrieb genommen werden.



100 Schaumberge auf der Aare, Aarburg 1962. Industrielle Abwasser und Waschrohstoffe gelangten über die Wigger und den Tychkanal in die Aare, wo sich Schaumberge auf türmten, die stundenlang auf der «Woog» kreisten.





101 Das besetzte AKW-Gelände in Kaiseraugst, 1975. Aus der Aktion einer Gruppe von AKW-Gegnerinnen und -Gegnern wurde rasch ein Grossereignis mit nationaler Ausstrahlung. Auf dem Acker zwischen Kantonsstrasse und Autobahn versammelten sich zeitweise bis zu 15 000 Personen.



102 Sondermülldeponie Kölliken, 2008. Symbol vergangener Abfallsünden und moderner Altlastenbeseitigung: Für die Gesamtanierung (2006–2020) mussten unter anderem drei luftdichte, unter Unterdruck stehende Hallen und ein Bahnanschluss gebaut werden.



103 Deponie «Bärengaben» in Würenlingen, 1986. Die grösste Deponie des Kantons wurde 1964 als Provisorium eröffnet und bis 2011 betrieben. Der alte Steinbruch wurde hauptsächlich mit Sperrgut aus der Region Baden-Brugg, zeitweise auch mit giftigen Sonderabfällen – zum Teil illegal – aufgefüllt.



exponentiell ansteigenden motorisierten Individualverkehr verursacht wurde. Die Suche nach Lösungen erwies sich jedoch als schwierig und zäh. «Wenn die vielen Postulate auf dem Weg zur Erhaltung unserer Lebensgrundlagen und zur Verbesserung der Umweltbedingungen nur in mühsamen Schritten erreicht werden, so liegt dies zu einem grossen Teil im allgemeinen Trend unserer Zeit, das lebenswerte Leben in einem letzten Ausschöpfen der Konsummöglichkeiten zu sehen», hielt der Regierungsrat im Rechenschaftsbericht von 1972 fest.<sup>375</sup>

### Dreckwasser und Gewässersanierung

Der Zustand der Gewässer im Wasserkanton Aargau war Mitte der 1960er-Jahre besorgniserregend. Friedrich Baldinger (1910–1996), seit 1944 kantonaler Abwasseringenieur und seit 1947 Leiter des Gewässerschutzamtes, beschrieb die Lage dramatisch: «Viele Flüsse und Bäche werden vom zugeleiteten Abwasser trübe [...]. Ölschlieren schwimmen mit den Wellen talabwärts. Abwasserpilzflocken treiben in Massen in den trüben Fluten. Die Überdüngung der meisten Seen hat zur übermässigen Entfaltung mancher Algenarten geführt. Wen solches Wasser nicht eckelt, dem muss behördlicherseits das Baden darin verboten werden.»<sup>376</sup>

Zwar war bereits im Januar 1955 ein kantonales Gewässerschutzgesetz in Kraft getreten, das die Nutzung der öffentlichen Gewässer regelte, die Beseitigung von Abwasser, Kehrriecht und dergleichen verlangte und den Bau von Kanalisationen und Abwasserreinigungsanlagen durch die Gemeinden förderte. Die Verschmutzung der Bäche, Flüsse und Seen hielt im Zuge der «raschen Bevölkerungszunahme und der stürmischen Industrialisierung» aber weiter an, während es mit dem Bau von Kanalisationen und Reinigungsanlagen nur langsam vorwärtsging.<sup>377</sup> Zehn Jahre nach Inkrafttreten des Gewässerschutzgesetzes waren im Aargau gerade einmal 27 mechanische und 10 mechanisch-biologische Kläranlagen in Betrieb – nur 7,7 Prozent der Wohnbevölkerung waren damit an eine zentrale Kläranlage angeschlossen.<sup>378</sup>

Mittels eines Zehnjahresprogramms zur Gewässersanierung sollten bis ins Jahr 1970 gegen drei Viertel der Wohnbevölkerung an Sammelkläranlagen angeschlossen werden.<sup>379</sup> Die damit verbundenen Hoffnungen waren gross: «Die Technik im weitesten Sinn wird und muss uns wiederbringen, was sie uns weggenommen hat. Sie hat das Wasser verdorben, sie wird es retten.»<sup>380</sup> Das ehrgeizige Programm verfehlte allerdings sein Ziel: 1971 waren höchstens 45 Prozent der Gesamtbevölkerung an eine Sammelkläranlage angeschlossen.<sup>381</sup> Der Bau von Kläranlagen konnte erst mit dem neuen Gewässerschutzgesetz von 1972, das erhöhte Bundesbeiträge für Abwasseranlagen vorsah, substanziell vorangetrieben werden: Innert sieben Jahren wurden über vierzig mechanisch-biologische Kläranlagen in Betrieb genommen, und Ende 1979 wurden achtzig Prozent des Abwassers der aargauischen Bevölkerung einschliesslich der zugehörigen Industrie in Kläranlagen gereinigt.<sup>382</sup>

Der Grossteil der baulichen Infrastruktur zur Reinigung der Siedlungs- und Industrieabwasser war damit erstellt. Der Zustand der Gewässer hat-

te sich dadurch zwar verbessert, blieb danach aber konstant. Bei der Gewässersanierung zeigten sich zwei Dinge: Erstens war die Technik nicht die alleinige Lösung für die Probleme. Neben der Sammlung und Reinigung des Abwassers durch Kanalisations- und Kläranlagen musste die Verschmutzung insbesondere auch durch die Verminderung der Schadstoffe an der Quelle verhindert werden. Und zweitens erwies sich der Gewässerschutz als eine Generationenaufgabe. Die gebauten Kanalisationen und Kläranlagen mussten stetig erweitert und verbessert werden, um mit der Entwicklung Schritt halten zu können.<sup>383</sup>

### Abfallberge und Grubenlösungen

Schon früh hatte das Gewässerschutzamt vor unsachgemässen Kehrriechtablagerungen gewarnt und damit begonnen, «frühere und noch benützte Ablagerungsplätze in Grundwassergebieten [...] in einer Karte einzutragen».<sup>384</sup> Viele der ausgedienten Kiesgruben, Steinbrüche und Lehmgruben, die als Ablagerungsplätze dienten, waren «vom Standpunkt des Gewässerschutzes und der Hygiene ungünstig».<sup>385</sup> Zudem waren sie wegen der wachsenden Menge an Kehrriecht schnell aufgefüllt. Die Baudirektion wies schon früh auf die sich abzeichnende Notlage hin: «Die Schwierigkeiten bei der geordneten Beseitigung des lawinenartig anwachsenden Wohlstandsmistes steigen rapid an. Es wird immer seltener möglich, die Beseitigung über eine Deponie zu vollziehen [...], daher [muss] leider in einzelnen Fällen zu Notlösungen gegriffen werden.»<sup>386</sup>

Immer mehr Gemeinden hatten Mühe, neue Ablagerungsplätze für ihren Müll zu finden. Mancherorts schlossen sie sich darum zu Zweckverbänden zusammen, um regionale Lösungen für die Kehrriichtbeseitigung zu finden, so auch in der Industrieregion Baden-Brugg. 1961 konnte in Wilturgi eine für die Schweiz neuartige Kehrriichtaufbereitungsanlage in Betrieb genommen werden, in welcher Kehrriicht zu Kompost verarbeitet wurde.<sup>387</sup> Bereits im ersten Betriebsjahr war die Anlage überlastet, weil die «Anfuhr von Kehrriicht und insbesondere Sperrgut [...] beträchtlich höher» war als gedacht.<sup>388</sup> Der Zweckverband entschied sich daher schon bald für den Bau einer Kehrriichtverbrennungsanlage (KVA) am gleichen Standort. 1970 konnte in Turgi, gleich neben der alten Kompostieranlage, die erste Kehrriichtverbrennungsanlage des Kantons eröffnet werden. Hinzu kamen 1973 und 1974 die Anlagen in Buchs und Oftringen, womit die Verbrennungskapazität auf insgesamt 600 Tonnen Kehrriicht pro Tag anstieg.<sup>389</sup>

Mit den Kehrriichtverbrennungsanlagen war das Müllproblem jedoch nicht behoben, denn der wachsende Wohlstand, die neuen Konsumgewohnheiten und das grosse Wirtschaftsaufkommen führten in den 1960er- und 1970er-Jahren nicht nur zu einer Zunahme des Müllvolumens, sondern auch zu einer veränderten Zusammensetzung des Abfalls: Flaschen, Kunststoffverpackungen, Blechdosen, Alufolien, Sperrmüll, Fleischabfälle und Kadaver sowie insbesondere Industrieabfälle stellten die Gemeinden vor ein riesiges Entsorgungsproblem. Vielen Behörden fiel es zunehmend schwerer, die Kehrriichtdeponien in «geordnetem Zustand» zu



## Fricktaler Fluorkrieg: früher Umweltschutzprotest

Seit Anfang der 1950er-Jahre häuften sich im unteren Fricktal Fälle von Knochenerkrankungen bei Kühen, Massensterben von Bienenvölkern und sichtbare Schäden an Bäumen und Pflanzenkulturen. Der Verdacht lag nahe, dass fluorhaltige Abgase von der Aluminiumhütte GmbH in Badisch-Rheinfelden dafür verantwortlich waren. Trotz Untersuchungen der Eidgenössischen Versuchsanstalt Liebefeld, die aussergewöhnlich hohe Fluorwerte bei toten Bienen, in Regenwasser, Futter und Erde ergaben, zeigte sich der Mutterkonzern, die schweizerische Aluminium Industrie Aktiengesellschaft (AIAG, später Alusuisse), anfänglich unwissend und bestritt einen Zusammenhang. Erst auf anhaltenden Druck der betroffenen Gemeinden, des Aargauer Regierungsrates und des Bundesrates bewegte sich die AIAG

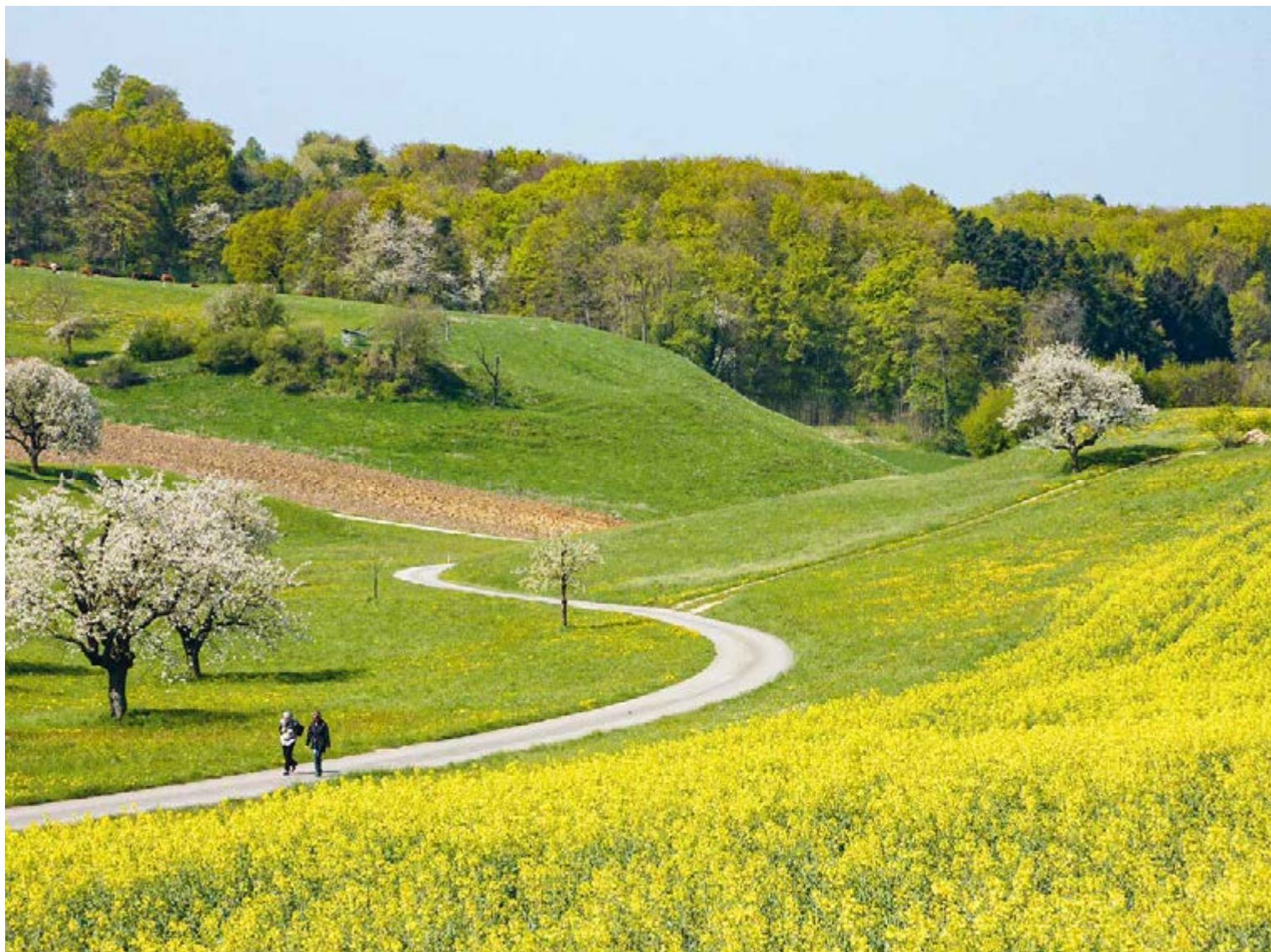
widerwillig.<sup>1</sup> In einer Schiedsvereinbarung verpflichtete sie sich, «alle durch Fluor verursachten Vieh-, Bienen-, Kultur-, Obstbaum- und Waldschäden zu vergüten».<sup>2</sup> Eine Sanierung des Werks durch den Einbau von Abgasreinigungsanlagen verfolgte die Firma hingegen wenig ernsthaft; es war günstiger, die Bauern zu entschädigen.<sup>3</sup> Erst nach einer grossen Protestkundgebung am 22. Juni 1958 in Möhlin und nach Verhandlungen mit dem Bundesrat verpflichtete sich die AIAG, in allen Werkhallen Absorptionsanlagen zu installieren. Die Fluorschäden konnten dadurch zwar vorübergehend reduziert werden, aber der Konflikt war noch lange nicht beendet: Im Dezember 1961 kündigte die AIAG überraschend die bestehende Schiedsvereinbarung und negierte «jegliche toxische oder schädigende Wirkung des noch entweichenden Fluors».<sup>4</sup> Trotz Verhandlungen kam keine neue Schiedsvereinbarung mehr

zustande. Erneut wurde wegen der anhaltenden Fluorschäden der Bundesrat um Hilfe ersucht. Und auch die Fricktaler Bauern protestierten wieder gegen die Luftverschmutzung und deren Folgen: In einer aufsehenerregenden Aktion marschierten sie im Dezember 1963 mit ihren kranken Kühen durch Zürich, wo sich der Hauptsitz der AIAG befand.<sup>5</sup> Der Kampf der Bevölkerung im unteren Fricktal gegen die Luftverschmutzung dauerte fast vierzig Jahre und schärfte früh deren Verständnis für Umweltschutz. Der Konflikt endete 1991 mit der Einstellung der Aluminiumproduktion in Badisch-Rheinfelden.<sup>6</sup>

- 1 Leuzinger 2014, 29–40; Knöpfli 2010, 57–59.
- 2 StAAG DB02/0258, Bericht Fluorschäden im Fricktal vom 6. März 1963, 1.
- 3 Leuzinger 2014, 49; Wehrli 2016.
- 4 StAAG DB02/0258, Bericht Fluorschäden im Fricktal vom 6. März 1963, 11.
- 5 Länzlinger, Schärer 2020, 40–44.
- 6 Leuzinger 2014, 61; Knöpfli 2010, 59.

104 Protestkundgebung gegen die Fluorseuche, 1958. Auf Traktoren, mit Kühen und Plakaten zogen Fricktaler Bauern durch Möhlin und demonstrierten gegen die Folgen der Aluminiumproduktion im benachbarten Badisch-Rheinfelden.





105 Sagenmülital, 2011: Idyllische Juraparklandschaft zwischen Linn und Gallenkirch. Hier hätte das letzte Stück Nationalstrasse durch den Aargau gebaut werden sollen. 1986 beschloss der Regierungsrat in letzter Minute die Verlängerung des Bözbergunnels: Das Sagenmülital blieb verschont.





106 Boniswiler Ried, 2004. 1986 löste das Hallwilerseeschutzdekret die Verordnungen aus den Jahren 1935 respektive 1956 ab. Dank der frühen Schutzbemühungen – der Aargau war der erste Kanton mit einer Uferschutzverordnung – blieben die Seeufer weitgehend unverbaut. Das Ried ist mit vierzig Hektaren das grösste noch verbliebene Flachmoor im Aargau.



halten, zudem fehlten geeignete Standorte für nichtbrennbaren Kehricht und insbesondere für Industrie- und Sonderabfälle.<sup>390</sup>

Mit der Planung und Projektierung von regionalen «Multikomponentendeponien» versuchten die Behörden, des Müllchaos Herr zu werden, doch die Suche nach geeigneten Standorten war schwierig. Schneller ging es bei der Schaffung einer «interregionalen Sondermülldeponie» für feste Industrieabfälle: 1976 reichte ein Konsortium aus den Kantonen Aargau und Zürich sowie der Stadt Zürich und einer Gruppe von Chemiefirmen ein Baugesuch für eine Deponie in der stillgelegten Tongrube in Kölliken ein. Zuvor war ein Projekt in einem Steinbruch in Mellikon nicht zustande gekommen.<sup>391</sup> Bereits ein Jahr später, also noch vor der offiziellen Eröffnung 1978, wurden rund 10 500 Kubikmeter belastetes Material aus der chemischen Deponie Birrfeld nach Kölliken überführt.<sup>392</sup> Danach und bis in das Jahr 1985 wurde mit bis zu vierzig Lastwagen täglich jegliche Art von Müll – darunter auch Sondermüll – aus der ganzen Schweiz und dem nahen Ausland angeliefert, deponiert und zugedeckt. Insgesamt kamen so 475 000 Tonnen Müll lose, in Säcken oder Fässern zusammen.<sup>393</sup>

Was 1976 noch als Lösung für die illegale Giftmüllentsorgung angepriesen wurde, also die «zentrale und geordnete» Entsorgung in einer Deponie, stellte sich jedoch bald als Abfallapokalypse heraus.<sup>394</sup> Die Tongrube, die gemäss einem Gutachten als «praktisch dicht» erklärt wurde, erwies sich als alles andere als sicher.<sup>395</sup> Nachdem kritische Stimmen in den Medien und Reklamationen aus der Bevölkerung jahrelang nicht ernst genommen worden waren, wurde die Deponie 1985 aufgrund von Medienberichten über ausgelaufene Deponiesäfte «vorübergehend» geschlossen.<sup>396</sup>

Damit begann der lange Weg von der Sicherung bis zur Sanierung der Deponie: Um den Austritt von belastetem Sickerwasser und die Verschmutzung des Grundwasservorkommens durch die Deponie zu verhindern, mussten nach und nach verschiedene Sicherungsmassnahmen, darunter der Bau eines Schmutzwassertanks, einer eigenen Kläranlage sowie einer Abluft- und Abfackelungsanlage, unternommen werden. Der Betrieb der stillgelegten Deponie kostete bis zu vier Millionen Franken pro Jahr – das Doppelte dessen, was das ehemalige Betreiberkonsortium für die Abdeckung der Grube zur Seite gelegt hatte und ein Ende war nicht in Sicht. 2003 verfügte der Kanton schliesslich den vollständigen Rückbau. Zwischen November 2007 und Juni 2015 wurden rund 512 265 Tonnen Deponiematerial ausgebagert, behandelt, rezykliert oder endgelagert.<sup>397</sup>

#### Widerstand und Wahrnehmungswandel

Die immer offensichtlicher werdenden Umweltprobleme führten zu einem Wandel der öffentlichen Wahrnehmung: Naturschutzthemen prägten seit 1970/71 die öffentliche Debatte und wurden zunehmend als gesamtgesellschaftliches «Umweltproblem» wahrgenommen.<sup>398</sup> Einen Anteil daran hatte auch das erste europäische Naturschutzjahr, das 1970 vom Europarat ausgerufen wurde und das auch im Aargau ein grosses Echo erzeugte. Neben

«Naturputzeten» in den Gemeinden und dem Anlegen von Weihern regte der Kanton die Erarbeitung eines Schulbuches über Naturschutz an.<sup>399</sup>

Der Verfasser war der Bezirkslehrer, Naturschützer und spätere Leiter des Schweizerischen Zentrums für Umwelterziehung des WWF, Ernst Zimmerli (1928–2001), aus Zofingen. Sein Buch «Tragt Sorge zur Natur» richtete sich «an alle, die willens sind, verhindern zu helfen, dass sich unser Planet in beschleunigtem Tempo in eine kahle Wüste wandelt».<sup>400</sup> Naturschutz bedeute, die verhängnisvolle Entwicklung zu stoppen, wobei die Zeit des «weltfremden Romantikers» jedoch längst vorbei sei: «[H]eute geht es vor allem um die Erhaltung des ganzen, in seinem Gleichgewicht arg gestörten Naturhaushaltes, um das Überleben der Menschheit schlechthin.»<sup>401</sup> Naturschutz heisse daher Lebensschutz: «Die Natur ist Grundlage jeglichen Lebens; sie bedarf des Schutzes vor dem Menschen für den Menschen.»<sup>402</sup>

Der Wahrnehmungswandel zeigte sich ebenfalls in der Entstehungsgeschichte des Verfassungsartikels zum Umweltschutz, der am 6. Juni 1971 mit überwältigendem Mehr von 93 Prozent der Stimmberechtigten angenommen wurde. Der Anstoss dazu war 1964 aus dem Aargau gekommen, als der Badener Nationalrat Julius Binder (\*1925) den Bundesrat in einer Motion einlud, einen Bericht über «die Arten und die Ausmasse aller Immissionen vorzulegen» und die «notwendigen verfassungs- und gesetzgeberischen Massnahmen» für einen wirksamen Immissionsschutz zu treffen.<sup>403</sup> Die Erfahrungen im Aargau unter anderem in Zusammenhang mit den Fluorschäden in Rheinfelden und Möhlin (siehe «Fluorkrieg», S. 131) hätten gezeigt, dass der bestehende privatrechtliche Schutz nicht ausreiche, begründete Binder seinen Vorstoss im Nationalrat. Aus Binders Forderung nach einem «umfassenden Immissionsschutz» von 1964 resultierte der Verfassungsartikel «Über den Schutz des Menschen und seiner natürlichen Umwelt» von 1971.

Nach Annahme des Verfassungsartikels durch die Bundesversammlung forderte Binder in einer weiteren Motion, dass der Bund nun «keine Zeit mehr verlieren» dürfe und ein umfassendes «Programm für den Umweltschutz entwerfen» müsse. Dem Umweltschutz sei gegenüber anderen Staatsaufgaben Priorität einzuräumen; nur so sei die «Umweltkrise» und die «zunehmende Zerstörung der Biosphäre» aufzuhalten.<sup>404</sup> Trotz der Annahme des Verfassungsartikels durch den Souverän im Juni 1971 und des wachsenden gesellschaftlichen und politischen Drucks sollte die Ausarbeitung des Umweltgesetzes ganze zwölf Jahre in Anspruch nehmen. Die Umsetzung verzögerte sich wegen der Wirtschaftskrise, der Komplexität des Themas und dem massiven Widerstand aus Wirtschaftskreisen.<sup>405</sup>

In der Zeit zwischen Aufbruch und Krise differenzierte sich die Umweltbewegung aus, wurde zunehmend politisch und kämpferisch. Ein zentrales Moment war die erstarkte Anti-AKW-Bewegung. 1970 war mit dem Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke erstmals eine organisierte Opposition gegen den Bau von Atomkraftwerken aufgetreten, nachdem noch Mitte der 1960er-Jahre ein Grossteil der Gesellschaft und auch Teile der Naturschutzbewegung die zivile

Nutzung der Atomenergie grundsätzlich befürwortet hatten.<sup>406</sup> Die Protestbewegung konzentrierte sich auf den Aargau, wo in Beznau bereits ein Atomkraftwerk in Betrieb war und sich mit Beznau II, Leibstadt und Kaiseraugst drei weitere Kernkraftwerke im Bau oder in Planung befanden.

Auf dem Höhepunkt des Protests besetzten Aktivistinnen und Aktivisten der Gruppierung Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst (GAK) am 1. April 1975 das Gelände, auf dem das Kraftwerk gebaut werden sollte, und verhinderten damit eine Wiederaufnahme der Bauarbeiten nach Ostern.<sup>407</sup> Damit wurde Kaiseraugst schlagartig zum Brennpunkt der nationalen Anti-AKW-Bewegung und geriet in den Fokus der Medienöffentlichkeit.<sup>408</sup> Der Widerstand dieser überregionalen Bewegung stiess in der lokalen Bevölkerung auf viel Interesse und Sympathie.<sup>409</sup> Die Politik zeigte dagegen wenig Verständnis für die «widerrechtliche Besetzung» von «vorwiegend auswärtigen Initianten», doch für einen «raschen Einsatz» der Kantonspolizei hatten sich deren «Kräfte als unzureichend» erwiesen.<sup>410</sup> Beinahe wäre es dennoch zur Konfrontation gekommen: Bürgerliche Bundesräte hatten den Einsatz der Armee gefordert, doch der zuständige Bundesrat Willi Ritschard (1918–1983) von der Sozialdemokratischen Partei drohte für den Fall, dass dies beschlossen würde, mit dem Rücktritt. Stattdessen bot er den Besetzerinnen und Besetzern Verhandlungen an. Nach elf Wochen beendete die GAK den friedlichen Protest. Der Widerstand gegen das AKW Kaiseraugst ging aber weiter.<sup>411</sup> Die Pläne für dessen Realisierung wurden schliesslich 1988 endgültig fallen gelassen.<sup>412</sup>

## Umweltschutzpolitik und praktischer Naturschutz

Während die staatlichen Institutionen in den 1970er-Jahren die zahlreichen Umwelthanliegen nur ungenügend abbildeten und vielfach «im Widerstreit» mit den Umweltschutzbewegungen standen, erfolgte in den 1980er-Jahren die umweltpolitische Wende. Der Konfrontationskurs gegenüber «Idealisten und Extremisten» wich zunehmend einem Verständigungsansatz, einer Einbindung der Umweltschutzorganisationen sowie einer Integration verschiedenster ökologischer Anliegen in das politische System.<sup>413</sup>

### Grundlagen für eine moderne Umwelt- und Naturschutzpolitik

Das 1983 verabschiedete Umweltschutzgesetz übertrug den Kantonen zahlreiche neue Aufgaben und löste auch im Aargau strukturelle Neuerungen aus.<sup>414</sup> Unter dem Regierungsrat und Vorsteher des Baudepartements, Ulrich Siegrist (\*1945), fand eine umfassende Neuorganisation der zuständigen Verwaltungsstellen statt. Die Umweltschutzkommission zur Koordination und Information der verschiedenen Fachstellen wurde vom Departement des Innern losgelöst und dem Baudepartement zugeteilt.<sup>415</sup> Per 1. Januar 1986 wurde die neue Ab-

teilung «Umweltschutz» geschaffen. Sie bündelte die Kompetenzen im Bereich der Reinhaltung der Luft, des Bodens und des Grundwassers.<sup>416</sup> Mit der Bildung der Abteilung «Landschaft und Gewässer» im Zuge der Neuorganisation des Baudepartements 1989 waren die Strukturen für eine kantonale Umwelt- und Naturschutzpolitik schliesslich weitgehend geschaffen.

Parallel zu den organisatorischen Anpassungen wurde in den 1980er-Jahren eine Vielzahl von Konzept- und Grundlagenarbeiten angeregt. In Zusammenhang mit dem Dekret über den Natur- und Landschaftsschutz von 1985, welches die erste kantonale Natur- und Heimatschutzverordnung von 1914 ablöste, wurde erstmals ein umfassendes Mehrjahresprogramm lanciert. Dieses beinhaltete verschiedene Instrumente wie die Festlegung von kantonalen Interessengebieten für Landschaftsschutz und Naturschutz, die Erarbeitung von Unterhaltsplänen für bestehende Naturschutzgebiete sowie die Schaffung von Inventaren, etwa demjenigen der biologisch bedeutenden Waldbestände.<sup>417</sup>

### Schützen, sanieren, renaturieren

Durch die aktivere Umweltschutzpolitik und den integrativen Ansatz im Natur- und Landschaftsschutz erzielte der Kanton auch Erfolge, die nationale Ausstrahlung hatten. So lancierten verschiedene Umweltverbände – darunter der Aargauische Bund für Naturschutz und der Verband der Aargauischen Vogelschutzvereine (heute Bird Life Aargau) – die Initiative «Auenschutzpark – für eine bedrohte Lebensgemeinschaft». Sie wollten grössere Talabschnitte schützen, in denen sich die Fliessgewässer frei entfalten könnten. Die verbliebenen Auengebiete – 88 Prozent der Auenflächen im Aargau waren bereits verschwunden – sollten erhalten und weitere Flächen zurückgewonnen werden. Die Initiative wurde am 6. Juni 1993 von über 67 Prozent der aargauischen Stimmbevölkerung angenommen, womit der Kanton verfassungsmässig verpflichtet wurde, innert zwanzig Jahren einen Auenschutzpark mit einer Gesamtfläche von mindestens einem Prozent der Kantonsfläche zu schaffen.<sup>418</sup> In den zwanzig Jahren nach Inkrafttreten des Verfassungsartikels im Jahr 1994 wurden im Aargau insgesamt 283 Hektaren Auenflächen renaturiert, wobei dessen Zielvorgabe mit 0,95 Prozent der Kantonsfläche knapp noch nicht erreicht wurde.<sup>419</sup>

Auch im Bereich Ökologie und Landwirtschaft betrat der Aargau Neuland. Bereits Mitte der 1980er-Jahre hatte sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Naturschutz nicht ausschliesslich mit raumplanerischen Massnahmen wie der Ausscheidung von Schutzgebieten, sondern nur durch den Einbezug der Landwirtschaft zu erreichen sei. Seit 1985 richtete der Kanton deshalb versuchsweise Beiträge an Landwirte aus, die sich zu einer extensiven Nutzung verpflichteten. Daraus entwickelte der Aargau 1989 als erster Kanton ein gesamtbetriebliches Vertragsmodell zur Erhaltung und Förderung von Trockenstandorten, Magerwiesen und Hochstamm-Obstanlagen.<sup>420</sup> Dessen Ziel war es, «Natur- und Umweltschutzmassnahmen auf Betriebsebene zu verwirklichen, unter Wahrung von Freiwilligkeit, Einkommensausgleich und Mitbeteiligung».<sup>421</sup>

## Die Reusstalsanierung: Lehrstück einer kooperativen Umweltpolitik

Nach massiven Überschwemmungen im Jahr 1953 erwirkte die aus landwirtschaftlichen Kreisen hervorgegangene Reusstalkommission beim Regierungsrat einen Kredit für ein Vorprojekt zur Melioration der gesamten Reussebene. Als dieses 1959/60 vorlag, rief es sofort den Widerstand aargauischer Naturschutzkreise hervor.<sup>1</sup> Mediationsgespräche der Kulturstiftung Pro Argovia ebneten den Weg zu einer Verständigungslösung: Die verschiedenen Interessengruppen sollten in einer kantonalen Fachkommission ein gemeinsames Meliorationsprojekt und eine Gesetzesvorlage ausarbeiten. Das daraus resultierende Reusstalgesetz wurde 1969 nach einem harten Abstimmungskampf angenommen. Es sah neben Meliorationen und Hochwasserschutzbauten explizit auch Massnahmen für den Natur- und Landschafts-

schutz vor. Die Naturschutzorganisationen – allen voran die Stiftung Reusstal und deren Vizepräsident Erich Kessler (1928–2007) – hatten mit Landankäufen und Landumlegungen, mit Überzeugungsarbeit und Beharrlichkeit erreicht, die ursprünglich vorgesehenen ein bis zwei Hektaren Naturschutzfläche auf ein gesetzliches Minimum von 250 Hektaren auszuweiten. Erstmals ermöglichte ein Zweckentfremdungsverbot den Schutz von Kulturland, und der Regierungsrat erhielt den Auftrag, Landschaftsgestaltungspläne zu erlassen.<sup>2</sup> Mit der Realisierung der Reusstalsanierung in den Jahren 1971 bis 1985 kam schliesslich ein Grossprojekt zum Abschluss, das während Jahrzehnten Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen war. Den Heimat- und Naturschutzvereinen war es in dieser Zeit gelungen, sich mit ihren Forderungen einen Platz in einem der grössten Meliorationsprojekte der Schweiz zu erkämpfen. Der Natur- und Land-

schaftsschutz wurde neben wasserbaulichen, land-, forst- und energiewirtschaftlichen Interessen erstmals als gleichberechtigter Bestandteil gesetzlich festgeschrieben. Für den im Aufbau befindlichen kantonalen Umweltschutz galt die Reusstalsanierung als ein wichtiges Lehrstück für praktischen Natur- und Landschaftsschutz, ein «Verständigungs-» und «Partnerschaftswerk» sowie ein «Modell für kooperative Umweltpolitik».<sup>3</sup> Die Sanierung der Reussebene verbindet damit gewissermassen zwei Epochen der Umweltpolitik – sie war ein «Projekt zwischen den Zeiten».<sup>4</sup>

- 1 StAAG DB02/0256/02, Brief der Aargauischen Kommission für Natur- und Heimatschutz an die Baudirektion vom 8. März 1960; Stauffer 1960.
- 2 Vgl. Kessler 1985, 77; Stiftung Reusstal, Bericht über die Tätigkeit im Jahre 1969, 6f.
- 3 Widmer 2007, 40–43; Werder 1982; Maurer 2016, 277.
- 4 Lüchi 2009 (Online-Quelle); Maurer, Stapfer et al. 2020, 28–33.

107 Stille Reuss, Rottenschwil 2020. Blick vom Zieglerhaus, dem Sitz der Stiftung Reusstal, auf eines der biologisch vielfältigsten Stillgewässer der Schweiz. Dank des Engagements aus Naturschutzkreisen konnte verhindert werden, dass die ehemalige Flussschlinge bei der Reusstalsanierung als Entwässerungsbecken für das umliegende Kulturland genutzt wurde.





Von 1990 bis 1994 führte der Kanton dazu das Pilotprojekt «Naturgemässe Kulturlandschaft Fricktal» in elf Gemeinden im oberen Fricktal durch, wo er an diverse ökologische Vorarbeiten des Verbands Oberfricktalischer Natur- und Vogelschutzvereine anknüpfen konnte.<sup>422</sup> Die positiven Erfahrungen aus dem Pilotprojekt lieferten auf kantonaler Ebene die Grundlagen für das Mehrjahresprogramm «Natur 2001».<sup>423</sup> Sie fanden aber auch Niederschlag in der Bundesgesetzgebung: Nationalrat Peter Bircher (\*1939) aus Wölflinswil, der als Präsident der Regionalplanungsgruppe Oberes Fricktal in das Pilotprojekt involviert war, beantragte bei der Beratung zur Änderung des Landwirtschaftsgesetzes im Juni 1992 erfolgreich, dass die ökologischen Ausgleichszahlungen «annähernd die gleiche Grössenordnung erreichen» sollten wie die Direktzahlungen für die konventionelle Landwirtschaft.<sup>424</sup>

Schliesslich gaben die Erfahrungen aus dem Versuch in den Fricktaler Juragemeinden den Anstoss für ein weiteres Projekt: den Jurapark Aargau. Seit 2002 hatte der Verein «dreiklang.ch Aare-Jura-Rhein» verschiedene Aktivitäten und Programme unter anderem in den Bereichen Erhaltung und Pflege der Kultur- und Naturlandschaft, Förderung der lokalen und nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft sowie naturnaher Tourismus zusammengetragen und lanciert. Das Engagement führte 2009 zur Einreichung eines Gesuchs zur Schaffung eines Naturparks, das vom Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (heute Bundesamt für Umwelt) bewilligt wurde. Seit 2012 trägt der Jurapark Aargau das Label eines Regionalen Naturparks.<sup>425</sup>

## Schutz und Nutzen im Widerspruch

Welche Bilanz lässt sich aus der Geschichte des Natur- und Landschaftsschutzes seit 1945 ziehen? Der Schutzgedanke hat sich in dieser Zeit etabliert, und er wurde rechtlich verankert. Für manches akute Umweltproblem hat man technische Lösungen gefunden. Und dennoch bleibt der Widerspruch bestehen: Die Kläranlagen reinigen die Abwässer, doch die Belastung der Gewässer bleibt hoch. Die Abfälle werden behandelt, recycelt und verbrannt, Altlastenstandorte aufwendig saniert, doch die Lagerung von Sonderabfällen und radioaktiven Abfällen bleibt ein ungelöstes Problem. Und schliesslich geht der Verlust von Boden ungehindert weiter; die Artenvielfalt schwindet, und hart erkämpfte Schutzzonen geraten wieder unter Druck.

Hat der Natur- und Umweltschutz im Aargau also versagt? Die Herausforderungen waren enorm – und sie sind es immer noch. Natur und Landschaft wie auch Bestrebungen zu deren Schutz und Erhalt müssen sowohl im Lichte vergangener Erfahrungen und Leistungen als auch mit Blick auf neue und kommende Herausforderungen immer wieder neu erkämpft und durchgesetzt werden.<sup>426</sup> Umwelt, Natur und Landschaft – und das zeigt die Geschichte im Aargau besonders – können nur so gut geschützt werden, wie die einzelnen Menschen aktiv für sie eintreten, ihnen einen Wert und eine Stimme geben.

